

FORM NO. 51.61  
MAY 1949

CLASSIFICATION RESTRICTED

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

**INFORMATION REPORT**

REPORT

CD NO.

COUNTRY Germany

DATE DISTR. 29 Juen 1949  
STAT

SUBJECT German Language Publications

NO. OF PAGES

PLACE ACQUIRED

NO. OF ENCLS.  
(LISTED BELOW)

DATE OF ACQUIRED

SUPPLEMENT TO REPORT NO. STAT

THIS DOCUMENT CONTAINS INFORMATION AFFECTING THE NATIONAL DEFENSE OF THE UNITED STATES WITHIN THE MEANING OF THE ESPIONAGE ACT 50 U. S. C. 31 AND 32 AS AMENDED. ITS TRANSMISSION OR THE REVELATION OF ITS CONTENTS IN ANY MANNER TO AN UNAUTHORIZED PERSON IS PROHIBITED BY LAW. REPRODUCTION OF THIS FORM IS PROHIBITED.

THIS IS UNEVALUATED INFORMATION

STAT

The attached German periodicals are sent to you for retention in the belief that they may be of interest to you.

CLASSIFICATION RESTRICTED

STATE	NAVY	NSRB	DISTRIBUTION						
ARMY	AIR	ORE	X						

1/2 PM '49  
W/E

# Geist und Tat

**MONATSSCHRIFT FÜR  
RECHT, FREIHEIT UND KULTUR**

4. Jahrgang, Nr. 4

April 1949

JULIE POHLMANN

**Was bedeutet uns Kant?**

VICTOR LAROCK, BRÜSSEL

**Die griechische Hölle**

DR. CURT STAFF

**Recht und Gesetzgebung**

WILLI EICHLER

**Nationalismus — Nationalgefühl**

Diskussion um einen Antikriegs-Film / Grundgesetz oder Grundbefehl  
Sklavenarbeit / Freizügigkeit im Ost-Paradies / Währungsgewinnler  
Ein neuer Weltgewerkschafts-Bund? / Auslese in der Demokratie  
Kardinal als Streikbrecher / Freiheit ein kapitalistisches Vorurteil

**SCHRIFTFLEITER: WILLI EICHLER  
EUROPÄISCHE VERLAGSANSTALT GMBH. HAMBURG**

## I N H A L T

Willi Eichler: Nationalgefühl und Nationalismus .....	145
Julie Pohlmann: Was bedeutet uns Kant? .....	150
Dr. Ulrich Teichmann: Ziel und Methoden der Agrarplanwirtschaft .....	153
Victor Larock: Die griechische Hölle .....	156
Erich Meyer: Die gewerkschaftliche Situation .....	162
Dr. Curt Staff: Zur gegenwärtigen Lage der Gesetzgebung .....	164
Paul Stamford: Kreuzzug für eine Weltregierung .....	168
E. El. Blencke: Der Kampf um Trumans Fair Deal .....	169
Rudolf Küstermeier/Derrick Sington: Die Tore öffnen sich .....	172
Benter Dietrich: Man muß darüber sprechen. (Antwort an Dr. Mörchen) .....	175
P. S.: Diskussion um einen Anti-Kriegsfilm .....	176

*Notizen zum Weltgeschehen*

Grundgesetz oder Grundbefehl? .....	178
Pyrrhus-Sieg der „Dritten Kraft“ .....	178
Treuhänder für Stahl und Eisen .....	179
Sklavenarbeit .....	179
Der neuralgische Punkt .....	180
Atlantik-Pakt .....	180
Grenzänderungen statt Grenzbeseitigungen .....	181
Katholische Unternehmer .....	181
Ein neuer Weltgewerkschaftsbund? .....	182
Fortschritte in der Benelux-Organisation .....	182

*Rundschau*

Sarojini Naidu — eine Kämpferin um Indiens Freiheit .....	183
Die völkerverbindende Sprache .....	183
Freiheit ein kapitalistisches Vorurteil .....	184
Freizügigkeit im Ost-Paradies .....	184
Erziehung zu guten Volksdemokraten .....	184
Mennecke — nicht Hennecke .....	184
Erzbischof und Dekan .....	184
Totalitärer Exzeß in Holland .....	185
Neues aus Argentinien .....	185
Wenn zwei dasselbe tun ...! .....	186
Kardinal als Streikbrecher .....	186
Zeitzündler Mazedonien .....	187
Auslese in der Demokratie .....	188
Echte Völkerverständigung .....	188
Währungsgewinnler .....	190

*Von alten und neuen Büchern*

„Tito contra Stalin“ (P. S.) .....	191
Paul Frölich: „Rosa Luxemburg“ (Peter Blachstein) .....	191
Pressefreiheit (Wg.) .....	192

„Geist und Tat“ erscheint monatlich und kann durch die Post oder den Buch- und Zeitschriftenhandel bezogen werden. Vierteljährliches Abonnement 1.50 DM zuzüglich Zustellgebühren. Einzelheft 50 D-Pf. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen; Rücksendung erfolgt nur, falls Rückporto beiliegt. Der Abdruck einer Arbeit in „Geist und Tat“ bedeutet nicht unbedingt, daß die Schriftleitung dem gesamten Inhalt dieser Arbeit zustimmt. Zuschriften für die Redaktion bitten wir zu senden an: Willi Eichler, Köln-Klettenberg, Petersbergstraße 73. Alle übrigen Anfragen erbitten wir an die Europäische Verlagsanstalt GmbH., Hamburg, Pressehaus, Telefon: 32 69 23. Rotationsdruck: Carl Schünemann, Bremen - 3236/4/49 Klasse C - Printed in Germany. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. Copyright 1947 by Europäische Verlagsanstalt GmbH., Hamburg, Anzeigenverwaltung, Anzeigen-Union GmbH., Hamburg, Speersort 1. Pressehaus. Ruf 32 10 04.

**MONATSSCHRIFT  
FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR**  
SCHRIFTFLEITER: WILLI EICHLER  
Veröffentlicht unter Zulassungsnummer 89 der Militärregierung

*Geist  
und Tat*

4. Jahrgang

April 1949

Nr. 4

*Willi Eichler:*

## Nationalgefühl und Nationalismus

1.

Wir haben uns im Februarheft dieser Zeitschrift zu zeigen bemüht, daß die Reaktionen weiter deutscher Kreise auf die Veröffentlichung des Ruhrstatuts nicht einem neuen deutschen Nationalismus entspringen, sondern im wesentlichen darauf zurückzuführen sind, daß das Ruhrstatut grundsätzlich nichts Neues schafft, — daß es zwar versucht, die Welt gegen eine Wiederholung deutscher Angriffspolitik zu sichern, was gut und rechtens ist, daß es aber keinerlei Ansätze zu einer europäischen Lösung darstellt, ohne die eine Wiederherstellung Europas schlechthin undenkbar ist. Mit dieser Darlegung glauben wir gezeigt zu haben, welchen Weg ein demokratisch und friedlich gesonnenes Deutschland einschlagen sollte, um der Welt zu beweisen, daß es an der Zeit sei, diesem Deutschland wieder zu vertrauen und eine Reihe von Maßnahmen einzustellen, die geeignet sind, auch die demokratischen Deutschen schließlich zur Verzweiflung zu treiben. Um uns ganz deutlich auszudrücken, brachten wir auch einen Brief zur Kenntnis unserer Leser, den Herr Merton aus Frankfurt an den Londoner „Economist“ gerichtet hatte, und aus dem uns nationalistische Töne entgegenzuklingen schienen, die man im Ausland als allgemein deutsch anzunehmen geneigt sein könnte.

2.

Einige mündliche und schriftliche Bemerkungen unserer Leser haben uns gezeigt, daß die Verständigung über das, was nationalistisch genannt zu werden verdient und was nicht, noch schwieriger ist, als wir glaubten. Herr Merton und einer seiner Verteidiger zählen alle Versager der alliierten Politik auf, die wir alle seit den Tagen der Pariser Vorortverträge von 1919 her kennen, und die zu nennen auch diese Zeitschrift nicht unterlassen hat, da wir keineswegs glauben, daß nur die Deutschen eine schlechte Politik machen können. Gerade der Artikel über und gegen das Ruhrstatut diente ja diesem ausgesprochenen Zweck.

Was schlugen wir zur Behebung des internationalen Dilemmas vor? Internationalisierung der westeuropäischen Industrie und deren gemeinsame Ausbeutung zum gemeinsamen Nutzen! Herr Merton aber sieht darin keinen Unterschied zu der im Ruhrstatut getroffenen Lösung, da ja die Deutschen innerhalb einer solchen gemeinsamen Kontrolle doch nur wieder in der Minderheit sein würden! Soll das aber heißen, daß die Deutschen nur einer europäischen Lösung zustimmen könnten, bei der sie innerhalb der Kontrolleinrichtungen die Mehrheit hätten? Wir hatten in unserem Aufsatz gerade darauf hingewiesen, daß der allgemeine, und überall zu bekämpfende Nationalismus sich darin zeige, daß man überall am Aufbau der Nationalwirtschaften interessiert sei, an einem Unternehmen also, das über kurz oder lang nur wieder in die alte Linie des Kampfes um die Märkte und also zu kriegerischen Verwicklungen führen müßte.

Wenn dagegen der europäische Gedanke sich soweit durchsetzt, wie wir unter Anrufung der Hilfe und des guten Willens aller Völker glauben erwarten zu kön-

nen, daß die nationalen Industrien zu einer gemeinsam zu handhabenden europäischen Industrie umgestaltet werden, dann ist klar, daß in dieser gemeinsamen Verwaltung und Kontrolle nicht von nationalen Mehrheiten oder Minderheiten gesprochen werden darf.

Wer aber eine solche Entwicklung für unmöglich hält, der darf nicht über Beleidigung seines Nationalstolzes klagen, wenn er unter dem Mißtrauen der andern, oder auch unter ihrer Konkurrenzfurcht zu leiden hat. Seine Unfähigkeit, im Denken und Fühlen über die Grenzen nationalen Denkens hinauszustoßen, zeigt eben gerade seinen Nationalismus, — der sich ja nicht nur darin zu äußern braucht, daß seine Träger von Militarismus und Kriegsgedanken getragen sind.

3.

Ein Wort über Krieg und Nationalismus. Herr Merton und viele Deutsche weisen darauf hin, daß der zweite Weltkrieg „die Folge des ersten“ gewesen sei, weil die Sieger ihr Versprechen, „gut zu sein“, nicht hielten (Verletzung der 14 Punkte Wilsons).

Ich möchte heute nicht im einzelnen eingehen auf die Geschichte dieser vierzehn Punkte, obwohl es sehr reizvoll wäre, der nationalistischen Verdrehung bei Erörterungen dieses Gegenstandes der Weltpolitik nach 1918 ein Ende zu machen. Nur so viel: die 14, im Januar 1917 verkündeten Punkte sind von der kaiserlichen Regierung, als sie verkündet wurden, nur verhöhnt worden. Als sie schließlich nach der vollkommenen militärischen Niederlage Deutschlands akzeptiert wurden, wurde dabei zugestanden, daß auch spätere Erklärungen Wilsons in sie aufgenommen wurden. Trotzdem ist es richtig, daß sie insbesondere bei der Setzung neuer Grenzen nicht befolgt wurden, weil das allgemeine Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu unmöglichen Konsequenzen geführt hatte, die sich im übrigen in einigen Teilen der Welt auf nationaler Basis überhaupt nicht lösen lassen.

Im übrigen ist über die Pariser Vorortverträge hier bereits gesprochen worden, und nichts in ihnen, was keine Beschönigung verdient, sollte beschönigt werden. Aber die Konsequenzen, die die deutsche Politik daraus zog, hätten andere sein sollen und können. Zunächst: man war in Deutschland fast allgemein der Ansicht, daß Deutschland „im Felde unbesiegt“ geblieben war. Diese imposante Lüge wurde auch von höchsten Staatsfunktionären in öffentlichen Kundgebungen zum Besten gegeben. Das zweite war die deutsche Dolchstoßlegende, mit der die deutschen Kriegsverbrecher (es gab auch andere) sich sehr rasch reinwaschen konnten, da sie damit bei allen Deutschen mit einem schlechten Gewissen, und die waren nicht selten, Anklang fanden. Das dritte war der Schwindel, als ob in der Hauptsache die Reparationszahlungen das deutsche Volk zugrunde gerichtet hätten, ein Schwindel, den Herr Merton in seiner Skala der „Angriffsfriedens“-Aktionen nicht erwähnt, von dem ich aber nicht sicher bin, ob er ihn nicht heute noch glaubt. In Wirklichkeit pumpte man sich einen Haufen Geld im Ausland zusammen, von dem man einen Teil zu Reparationszahlungen verwandte und einen Teil zu einer irrsinnigen Aufblähung der deutschen Industrie, die zum Schluß glaubte, nicht mehr anders wirtschaftlich arbeiten zu können als durch eine formidable Aufrüstung, und die schließlich deshalb die Gegenrevolution finanzierte und durch Adolf Hitler das deutsche Volk verrückt machen ließ, wozu dies leider großenteils leicht bereit war.

Herr Merton wundert sich in seinem Brief an den „Economist“, daß man heute Deutschland hindert, „seine wirtschaftliche Freiheit zu erlangen“. Nun, man hat Deutschland in der Weimarer Republik relativ leicht ermöglicht, seine wirtschaftliche Freiheit zurückzuerlangen. Das begann 1924 mit dem Dawes-Gutachten, zu einer Zeit, als die deutsche Industrie längst mit den deutschen Generälen und den Russen konspirierte und heimlich aufrüstete. Und ein anderer Leser, der mit Herrn Merton einverstanden ist, schreibt uns: „Diese Tatsachen (Demontage, Ruhrstatut usw.) erhalten erst dann ihren allerdings furchtbaren Sinn, wenn man als bewegende Kraft nicht die Sorge um die Sicherheit — wer lacht da? —, sondern den Willen zur Niederhaltung des deutschen Volkes und zur Unterbindung der deutschen Konkurrenz

annimmt.“ Wenn man sich vor der Abgabe solcher Urteile doch darum bemühte, praktisch zu erforschen, das heißt in Frankreich, was für ein entscheidendes Motiv dort die Sorge um die Sicherheit des Landes vor den Deutschen ist, dann würden einem solche Dinge nicht über die Feder kommen! Aber darin liegt eben der Nationalismus solcher Äußerungen, die nicht das geringste Verständnis aufbringen für die wirklichen Sorgen anderer Leute und die nur jammern können über das vermeintliche oder auch wirkliche Unrecht, das einem selber angetan wird. Und man kann schließlich verstehen, wenn bei solcher Behandlung der Dinge in der Öffentlichkeit sich Meinungen bilden, wie sie vor kurzem ein Ostdeportierter in einem Brief an die Schweizer „Tat“ ausdrückte:

„Sind Sie in der Lage, einen Weg zu finden, der uns die geraubten Ostgebiete auf friedliche Art und Weise wiedergibt? Glauben Sie etwa, daß wir sie wiederbekommen, wenn wir ganz brave und folgsame Demokraten werden? Das glauben Sie doch auch nicht!“ Liegt in dieser Verzweiflungshaltung nicht bereits die Bereitschaft, an schwarzer Reichswehr und dergleichen teilzunehmen?

4.

Keine verantwortliche Gruppe von Menschen behauptet, daß alle Deutschen am Kriege oder am Hitlersystem „kollektiv schuldig“ wären. Wohl aber müssen sich alle Deutschen entschließen, für die Taten des Hitlerregimes die Verantwortung zu übernehmen. Und schon daran fehlt es in Deutschland weitgehend. Niemand will heute in Deutschland für das Aufkommen des Naziregimes verantwortlich sein, und wenn wir noch etwas warten, dann besteht das ganze deutsche Volk nur noch aus Widerstandskämpfern, die von Anfang an gegen Hitler aktiv aufgetreten sind.

Herr Merton schreibt in einem Brief an uns: „Die 42 Prozent deutscher Wähler (etwa 17 Millionen Stimmen), die im Jahre 1933 für Hitler gestimmt haben, haben sicher nicht für Konzentrationslager, Judenpogrome, Krieg usw., sondern für Arbeit und Brot gestimmt.“ Nehmen wir an, das war so. Dann zeigt das einen Grad von politischer Unreife, der die Deutschen für die nächsten 50 Jahre aus der Reihe zivilisierter Nationen ausschließen müßte. Denn Hitler hat gewiß viel gelogen, aber das, was er an Scheußlichkeiten vorhatte, sobald er einmal an die Macht kommen würde, hat er in seinem unsäglichen Buch „Mein Kampf“ beinahe in Einzelheiten niedergelegt. Und auch seine Spießgesellen wie Rosenberg, Goebbels und einige der anderen asozialen Elemente waren durchaus nicht zurückhaltend in der Schilderung dessen, was Deutschland zu erwarten hatte.

Wer solch eine Unterwelt mit der Regierung in einem Lande betraut, muß dafür auch die Verantwortung übernehmen, auch für den Fall, daß er sich später selber Vorwürfe gemacht hat, für sie gestimmt zu haben. Wir sind auch bereit, aus dieser Ansicht die Konsequenzen zu ziehen und auch das englische, amerikanische und russische Volk staatsrechtlich dafür verantwortlich zu machen, daß Stalin, Roosevelt und Churchill der Austreibung von 12 Millionen Deutschen aus Ostdeutschland, der Tschechoslowakei und den Balkanländern zugestimmt hatten. Und wir sind auch bereit, diese Taten als Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzusehen. Die Frage ist aber, wie zeigt sich in dieser Situation Nationalismus und wie das, was man als Nationalgefühl bezeichnen könnte, dessen Sinn und Berechtigung wir keineswegs leugnen möchten.

Der Nationalist wird immer nur alles zusammentragen, was ihm von außen an Üblem geschieht, und zu verkleinern oder zu vergessen suchen, was an Bemühungen aufgebracht wurde, den Deutschen zu helfen. Er wird nicht müde werden, unter Berufung auf die Gleichberechtigung der Völker, diese Gleichberechtigung sofort zu fordern, und kein Verständnis aufbringen für die Tatsache, daß Deutschland in der Welt ein riesiges Ausmaß an Mißtrauen erst abtragen muß, das seit den Judenverfolgungen und der Ermordung ganzer Völker und der eigenen Volksgenossen durch die Nationalsozialisten leider angehäuft wurde.

Statt dessen erleben wir, daß auch die riesigen Lebensmittellieferungen und Hilfsaktionen als bloßer Ausdruck des Selbsterhaltungswillens der

Hilfsvölker angesehen werden, während bei der Tätigkeit von Victor Gollancz z. B. doch deutlich nicht nur die uneigennützigste Hilfsbereitschaft, sondern auch die kritische Haltung der Politik seiner Regierung gegenüber zum Ausdruck kommt. Und in der Tat kommt solche Kritik am zweckmäßigsten von den eigenen Landsleuten.

5.

Nationalgefühl, echtes, das Gefühl, das Wert darauf legt, daß das eigene Volk sich sauber und anständig benimmt, würde uns heute und seit 1945 bei Protesten gegenüber dem Ausland meist etwas ganz anderes geraten haben. Es hätte dafür gesorgt, daß die Nazis wirklich aus deutschen Ämtern ausgeschlossen werden, statt daß sie von allen möglichen Stellen geradezu bevorzugt und geschützt werden. Es hätte dafür gesorgt, daß die deutschen Bauern ihre eigenen Volksgenossen so gut wie möglich beliefert hätten, bevor man sich an das Ausland mit der Bettelei um Lebensmittel wandte, während die in Deutschland produzierten zum größten Teil auf dem Schwarzen Markt verschoben wurden. Es hätte dafür gesorgt, daß die deutschen Industrieprodukte gerecht verteilt worden wären, statt sie für Phantasiepreise zu verschieben. Es hätte dafür gesorgt, daß die Hortung, daß die Währungsgewinne unmöglich gewesen und die Steuerbetrüger als Volksverräter bestraft worden wären. Es hätte dafür gesorgt, daß die Flüchtlinge als Menschen angenommen worden wären, daß man sie eingereiht hätte in eine Notgemeinschaft, statt sie mit billigen Versprechen, sie würden schon in ihre Heimat zurückkommen, entweder überhaupt zu belügen oder sie zu nationalistischen Exzessen aufzuputschen. Kurz, das echte Nationalgefühl würde sich ermannt haben, aus dem moralischen Misthaufen, dem das deutsche Volk nach dem Zusammenbruch mehr und mehr ähnelte, eine Lebens- und Schicksalsgemeinschaft zu machen. Aber nicht diese Gemeinschaft entstand — und zwar durch deutsche Schuld, oder durch Schuld eines großen Teils der Deutschen —, sondern lediglich eine Flut von Redensarten über diese notwendige Gemeinschaft, — eine Flut, die nicht besser wird dadurch, daß sie von betont nationalen Leuten stammt!

Das Nationalgefühl, um es mit einem Wort zu sagen, richtet sich darauf, aus der Nation unter allen Umständen eine saubere Gemeinschaft zu machen. Der Nationalismus richtet sich mit seinen Beschwerden über die moralischen Verfallserscheinungen an das Ausland.

Gewiß gibt es auch bei andern Völkern Nationalisten, und es ist das traurige Zusammenspiel der Umstände, daß sich die Nationalisten aller Länder gegenseitig die Bälle zuwerfen. Es ist eine Bedingung echten Nationalgefühls, mit dem Ausbruch aus diesem Teufelskreis zu beginnen und sich nicht mehr darauf zu berufen, daß es die „Anderen“ ja auch nicht täten.

6.

Diese Verzögerung der eigenen guten Tat unter Hinweis auf die Andern ist nicht neu. In der Weimarer Republik gab es einen Mann, einen Professor, der einen Kommentar zu der Verfassung der Weimarer Republik schrieb. Es handelt sich um den Professor Gerhard Anschütz, der in diesem Kommentar zur Reichsverfassung unter anderem schrieb:

„Wenn der Absatz 1 (des Artikels 148 der Reichsverfassung) dem Lehrer gebietet, die ihm anvertraute Jugend im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erziehen, so mutet er ihm zwei Aufgaben zu, die heute schwerlich miteinander vereinbar sein dürften. ... Vielmehr fordert der Geist unseres Volkstums, allem anderen zuvor, Erziehung der Jugend zur Deutschgesinnung, zum nationalen Selbstbewußtsein, zu nationalem Ehrgefühl. Unser nationales Ehrgefühl aber wird durch das Friedensdiktat von Versailles, oft genug auch durch die Gesinnung, welche die Siegerstaaten ... Deutschland gegenüber betätigen, aufs tiefste verletzt. Der ‚Geist der Völkerversöhnung‘ kann das ihm innewohnende Ethos erst entfalten, wenn nicht nur wir, sondern auch die Andern sich von ihm leiten lassen, wenn er, in diesem Sinne, ein internationales Gut wird. Bis dahin (!) bedeutet eine Vorschrift, die es als Aufgabe in

unserer Schule bezeichnet, für Völkerversöhnung zu wirken, einen Gewissenszwang gegen jeden, der sein Deutschtum hochhält, sei er Lehrer oder Schüler.“

Deutschtum verträgt sich also nicht mit dem Wirken für Völkerversöhnung!

Dieser Herr Professor, den in Deutschland viele für einen linken Demokraten gehalten haben, und er sich selber wahrscheinlich auch, ist nur einer der vielen, die unter keinen Umständen zu bewegen sind, mit vernünftigen Aktionen anzufangen. Ihre Methode ist: „solange die anderen . . .“, solange müssen wir ebenso töricht bleiben. Wir hatten das große Glück, noch während des Krieges mit einigen führenden Vertretern der jüdisch-polnischen Arbeiterorganisation „Der Bund“ zusammenzuarbeiten. Wenn bei irgendwelchen Volksangehörigen die psychologische Bereitschaft vorhanden sein mußte, die Deutschen insgesamt zu hassen, deren Regierung Millionen von Juden auf die scheußlichste Art umbringen ließ, war es bei den Vertretern dieses Volkes und dieser besonderen Organisation der Fall. Sie dachten aber gar nicht daran, sich dem allgemeinen Deutschenhaß zu verschreiben, und zwar mit der simplen Argumentation, daß die einzige Rettung aus solchem totalen Absturz der Menschheit nur erreicht werden könnte, wenn man von Anfang an damit rechnete, daß jedenfalls ein großer Teil der Deutschen diese Dinge nicht freiwillig mitgemacht hatte, und daß man mit diesen Deutschen auf der Basis europäischer Zusammenarbeit sich finden müßte, — freilich mit allen notwendigen Sicherungen gegen eine Wiederkehr deutscher Angriffslust.

7.

Damit kommen wir zum Schluß. Herr Merton sagt am Ende seines Briefes großzügig, die Lösung des Problems, das zwischen den westlichen Idealisten und Deutschland besteht, fände sich in dem Lutherwort: Wir sind allzumal Sünder und mangeln des Ruhms, den wir eigentlich vor Gott haben sollten. Und einer seiner Freunde zitierte mit derselben Absicht das Wort von Lloyd George, daß wir alle in den vorigen Weltkrieg „hineingeschliddert“ seien.

Niemand wird bestreiten, daß wir allzumal Sünder sind; aber es kann auch nicht verkannt werden, daß es dem Grad der Sünde nach Unterschiede gibt, und zwar erhebliche. Und wenn es richtig ist, was wir für den ersten Weltkrieg zuzugeben bereit sind, daß man in ihn mehr oder weniger hineingeschliddert ist, weil es zwischen den Staaten nur eine Anarchie, aber keinen Rechtszustand gab, so bleibt, nachdem man dies ausgesprochen hat, es eine Sünde, wenn man nicht alles tut, diesen Zustand zu beheben. Wer es in nationalistischer Kurzsichtigkeit unterläßt, Schritte zur Entgiftung der Völkerbeziehungen zu unternehmen, ganz gleich aus welchem Grund, der trägt unmittelbar dazu bei, die Anarchie unter den Staaten zu verewigen, und das heißt, sich heute schon verantwortlich zu machen für den Ausbruch des nächsten Krieges. Es ist eine Ausrede, hinterher zu sagen, man hätte solche Folgen nicht gewollt. Auch Wilhelm II. war vielleicht überzeugt, den Krieg nicht gewollt zu haben. Aber wenn er ihn wirklich nicht gewollt hat, dann hätte er sich auch überlegen müssen, was dazu nötig war, daß er nicht ausbrach. Wer noch heute nicht über die nationalistische Brille wegsehen kann, kann nichts für sich geltend machen, wenn wir wieder alle die Konsequenzen dieser nationalistischen Stürheit zu tragen haben werden.

Die Deutschen haben, was internationale Beziehungen angeht, sicherlich heute am wenigsten Grund, sich überheblich zu benehmen. Und wenn sie das Ausland an Dinge erinnern wollen, die das Ausland besser unterließe, dann bekommt das seine moralische Berechtigung nur, wenn sie selber zeigen, daß bei ihnen die Dinge besser liegen, daß also ihre Einwände nicht auf nationalistischem Boden geübt sind.

---

*Ein Volk, das Anti-Semitismus pflegt, setzt sich selbst als Kulturvolk herab; und ein Christ, der Antisemit ist, verrät sein Christentum.*  
Leo Tolstoi.



*Julie Pohlmann:*

## Was bedeutet uns Kant?

Zum 225. Geburtstag Immanuel Kants

Am 22. April 1724 wurde Kant in Königsberg als Sohn eines Sattlers geboren. Dort verbrachte er sein langes Leben. Er wirkte als Universitätsprofessor. Maria Theresia, Friedrich der Große, Voltaire, Rousseau, Lessing, Schiller, Goethe waren seine Zeitgenossen. Seine Zeit nannte sich stolz Zeitalter der Aufklärung und der Humanität, und er war einer ihrer großen Bahnbrecher. Seine Schrift „Was ist Aufklärung?“ (1784) gibt die klassische Interpretation jener geistigen Revolution: „**Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Selbstverschuldet ist diese Unmündigkeit, wenn die Ursache derselben nicht am Mangel des Verstandes, sondern der Entschliebung und des Mutes liegt, sich seiner ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.**“

\*

Zu bloßen historischen Erinnerungen hat der Politiker heute keine Zeit. Er fragt, ob er bei Kant Hilfe findet für die Lösung der Aufgaben, die die Hinterlassenschaft zweier Weltkriege ihm stellt. Seine vordringliche Sorge ist, einen dritten Weltkrieg zu vermeiden. Gerade von hier aus geht ein unmittelbarer Kontakt zu Kant, der 1795 seine heute besonders aktuelle Schrift „Zum ewigen Frieden“ veröffentlichte. In ihr heißt es z. B.: „Bei dem Begriff eines Völkerrechts, als eines Rechts zu m Kriege läßt sich eigentlich gar nichts denken (weil es recht sein soll, nicht nach allgemeingültigen, äußern, die Freiheit jedes einzelnen einschränkenden Gesetzen, sondern nach einseitigen Maximen durch Gewalt, was Recht sei, zu bestimmen), es müßte denn darunter verstanden werden: daß Menschen, die so gesinnet sind, ganz recht geschieht, wenn sie sich unter einander aufreiben, und also den ewigen Frieden in dem weiten Grabe finden, das alle Greuel der Gewalttätigkeit samt ihren Urheberern bedeckt.“ Da „die Vernunft vom Throne der höchsten moralischen gesetzgebenden Gewalt herab, den Krieg als Rechtsgang schlechterdings verdammt, den Friedenszustand dagegen zur unmittelbaren Pflicht macht, welcher doch, ohne einen Vertrag der Völker unter sich, nicht gestiftet oder gesichert werden kann: — so muß es einen Bund von besonderer Art geben, den man den **Friedensbund** nennen kann, der vom **Friedensvertrag** darin unterschieden sein würde, daß dieser bloß einen Krieg, jener aber alle Kriege auf immer zu endigen suchte.“ Ablehnung des Krieges als barbarisch und menschenunwürdig finden wir auch bei anderen Aufklärern wie St. Pierre, Voltaire, Rousseau, Hume. Was Kants Forderung eines friedlichen Verkehrs der Staaten untereinander eine überragende Stellung gibt, ist die Tatsache, daß er diese Forderung als ein **wissenschaftlich erhärtetes Recht** der Menschen auf ein friedliches freies Dasein darlegt, das nur durch das Vernunftgebot der Gleichheit, nicht durch Willkür reguliert werden darf.

\*

Sehr viel Anregung zum Nachdenken können auch heute noch Kants andere populäre Schriften bieten. Wer sich die Muße gönnt, sich in Kants etwas schweren Stil einzulesen, stellt mit Überraschung fest, daß Kant zu Fragen Stellung nimmt, mit denen Politiker und Pädagogen auch heute sich herumschlagen: Vereinbarkeit von Freiheit und Gleichheit, — Autorität und Freiheit im öffentlichen Leben und in der Erziehung, — Gesetzlichkeit und Gerechtigkeit, — Christentum, Religion und Kirchendogmen. Der Leser findet Anregung genug, „sich seines eigenen Verstandes zu bedienen“; er begegnet einem überragenden, revolutionären Geist, der in einer starken lebendigen Liebe für Wahrheit und Gerechtigkeit und im Vertrauen auf die Kraft der Vernunft wurzelt.

Aber von Kants Lebensarbeit hat er damit erst einen kleinen Teil kennengelernt, einige reife Früchte seiner eigentlichen Arbeit, die der Philosophie galt und für die mit Kant eine neue Epoche beginnt, die der strengen Wissenschaft. Daß mit dieser strengen philosophischen Arbeit auch für die Politik Entscheidendes geleistet worden ist, geht hoffentlich aus meinen Ausführungen hervor.

\*

Die Philosophen vor Kant hatten sich für ihre philosophische Arbeit der logisch-dogmatischen Methode bedient, das heißt, sie hatten aus Axiomen und Definitionen durch logisches Schließen ihre Systeme aufgebaut. Durch diese Methode war Euklid zu seinem folgerichtigen klaren System der Geometrie gekommen, an dessen Wahrheit nicht zu zweifeln ist. Aber auf philosophischem Gebiet hatte diese Methode zu einem Labyrinth von einander widersprechenden, bestenfalls in sich geschlossenen Systemen geführt, jedoch keineswegs zu allgemeingültiger Wahrheit, um die es doch den Philosophen ging.

In jahrelanger angestrengter Arbeit gelingt es Kant, die verborgene Fehlerquelle hierfür aufzuweisen. Ihm wird klar, daß die Wahrheit jeder gedachten Erkenntnis letzten Endes auf der Wahrheit ihrer Grundvoraussetzungen beruht, daß Euklids Lehrgebäude der Geometrie Wahrheitscharakter hat, weil seine Grundvoraussetzungen von unabwiesbarer anschaulicher Gewißheit sind. Gerade dieser aber fehlt den philosophischen Grundvoraussetzungen, daher sind sie so schwer faßbar. Die Schwierigkeit wird dadurch verschleiert, daß wir in unseren besonderen Urteilen im alltäglichen Denken und Handeln kraft unsers Wahrheits- und Rechtsgefühls oft mit Sicherheit die richtige Entscheidung fällen. Sollten wir aber angeben, welcher Grundsatz uns dabei leitete, würden wir in Unsicherheit geraten. — Bemerkenswert erscheint ferner, daß das Gefühl schwankt, sobald es sich um Fragen außerhalb unseres üblichen Lebenskreises handelt. Auch nachdenkliche gutwillige Menschen — sogar Philosophen — urteilen sehr verschieden etwa über ein und denselben Fall von Ländererwerb durch Krieg, über die Berechtigung einer bestimmten Diktatur, über Vorrechte von Rassen, Klassen oder Religionen. — Was ist Wahrheit?

Die Entdeckung dieser eigenartigen Dunkelheit der philosophischen Grundvoraussetzungen bringt Kant zu der Erkenntnis, daß der Philosoph nicht sofort an den Aufbau eines Systems gehen darf. Vor dieser Arbeit muß eine andere wissenschaftliche Aufgabe gelöst werden, nämlich die, sich zunächst einmal in den Besitz der ursprünglich dunkeln Grundvoraussetzungen zu bringen und außerdem die Quelle ihrer Gewißheit aufzuspüren, eine Aufgabe, um die vor Kant nur Sokrates und Plato gewußt haben. Diese Aufgabe nennt Kant Kritik der Vernunft.

Aus solchen Erwägungen kam Kant zu einem weiteren Schritt: die Methode mußte gefunden werden, durch die die planmäßige Aufweisung der gesuchten Grundwahrheiten gelingen konnte. In einer Vorlesung 1770 sagt Kant: „Allein in der reinen Philosophie . . ., wo die ursprünglichen Begriffe der Dinge und Verhältnisse und die Grundsätze selbst durch den reinen Verstand selbst ursprünglich gegeben werden, und, da sie keine Anschauungen sind, der Irrtum nicht immer vermieden werden kann, geht die Methode aller Wissenschaft voraus, und alles, was vor der genauen Prüfung und sicheren Feststellung ihrer Vorschriften versucht wird, erscheint als ein voreiliges Denken und muß unter die leeren Tändeleien des Verstandes verwiesen werden.“

Kant arbeitet die dieser Voruntersuchung angemessene Methode in wesentlichen Grundzügen heraus. 57 Jahre ist er alt, als er in der „Kritik der reinen Vernunft“ (1781) der Welt seine großen Entdeckungen unterbreitet. Da es nicht nur im Gebiet der erkennenden (reinen) Vernunft ursprünglich dunkle Erkenntnisse gibt, sondern auch im Bereich der handelnden (der praktischen), so läßt er die „Grundlegung der Metaphysik der Sitten“ (1785) und andere epochemachende Werke folgen, die der Herausarbeitung der kritischen Methode und Bemühungen um ihre Handhabung gewidmet sind.

\*

Kants großartige Entdeckungen auf dem Gebiet der theoretischen Philosophie auch nur zu nennen, geht über den Rahmen dieser Arbeit hinaus. Von den Früchten

der Kritik der praktischen Vernunft sollen die Aufweisung der Autonomie des sittlichen Willens und des kategorischen Charakters des Pflichtgebots erwähnt werden. Denn in diesen Entdeckungen liegt die Verwerfung jeder geistigen Bevormundung, gegen die — nicht gegen den Grundsatz der Nächstenliebe — Kants unablässige Abwehr geht.

Muß das Selbstverständliche erwähnt werden, daß Kant bei weitem nicht alle seine Entdeckungen auch selber ausarbeiten konnte, daß ihm Lücken, Schwerfälligkeiten und Fehler unterliefen in der Durchbildung und Handhabung der kritischen Methode? Kants Aufforderung an uns würde sein: „Wenn einer Wissenschaft geholfen werden soll, so müssen alle Schwierigkeiten **aufgedeckt** und sogar diejenigen **aufgesucht** werden, die ihr noch so geheim im Wege liegen; denn jede derselben ruft ein Hilfsmittel auf, welches, ohne der Wissenschaft einen Zuwachs, es sei an Umfang oder an Bestimmtheit, zu verschaffen, nicht gefunden werden kann, wodurch also selbst die Hindernisse Beförderungsmittel der Gründlichkeit der Wissenschaft werden. Dagegen werden die Schwierigkeiten absichtlich verdeckt, oder bloß durch Palliativmittel gehoben, so brechen sie, über kurz oder lang, in unheilbare Übel aus, welche die Wissenschaft in einem gänzlichen Skeptizismus zugrunde richten.“ (Kant: „Kritik der praktischen Vernunft“).

Das Eindringen in Kants Werke wird uns erschwert dadurch, daß der deutschen Sprache seiner Zeit eine große Sprödigkeit und Schwerfälligkeit anhaftete, daß er sich eine für die neue Wissenschaft geeignete Terminologie erst schaffen mußte. Das Lebenswerk eines Kant erschließt sich nur dem, der ihm mit Geduld und Achtung nachgeht. In seine Ethik (und die seiner Nachfolger Schiller und Fries) gibt es eine klare tiefe Einführung. Es ist Leonard Nelsons Arbeit „Die kritische Ethik bei Kant, Schiller und Fries“. Sie legt Kants eigenen Maßstab an die Leistung jener drei Philosophen.

Die Welt hat nicht das Glück gehabt, daß Kants Glaube an die Vernunft, an die Heiligkeit der Menschenwürde, seine Forderung eines Friedensbundes bei den Machthabern ein lebendiges Echo fand. Nicht einmal die tonangebenden Philosophen begriffen, welche Aufgaben er ihnen als Diener der Wahrheit und damit als Gewissen des öffentlichen Lebens stellte. Einzelne **Resultate** Kants, richtige und falsche, griffen sie auf, verwoben sie in ein neues System, nannten sich Kantianer — und stießen damit die Philosophie wieder zurück auf das Niveau der „leeren Tändeleien des Verstandes“. Das Versagen dieser Philosophen hatte verhängnisvolle Folgen auch auf politischem Gebiet. Kants Forderung der Geistesfreiheit wurde verzerrt in den Ruf des älteren Liberalismus nach schrankenloser wirtschaftlicher Freiheit. Hegel, der einflußreichste Philosoph des 19. Jahrhunderts und gleichzeitig der Meister in „leeren Tändeleien des Verstandes“, gab mit seiner Lehre „alles Wirkliche ist vernünftig, und alles Vernünftige ist wirklich“ der Reaktion in Deutschland die theoretische Grundlage für ihre Machtverherrlichung, die Militarismus und Imperialismus „rechtfertigte“ und zur Knebelung der freien Meinung, letzten Endes zu Hitler führte.

Das Kernstück von Kants Wirken, das Bemühen um die kritische Methode wurde nur durch einige von der Öffentlichkeit möglichst totgeschwiegene oder befehdete Philosophen fortgesetzt, von Fries, Schiller, Nelson und ihrer Schule. Diese Mißachtung ist erklärlich; denn ihre Arbeit brachte Ergebnisse, die den Vormündern und Ausbeutern aller Schattierungen unbequem waren.

Marx flößten die bekannten Philosophen seiner Zeit keine Achtung vor der Philosophie ein. Fries hat er offenbar nicht gekannt, obwohl dieser noch lebte, als Marx seine Doktorarbeit schrieb. Daher versuchte er, geleitet von leidenschaftlicher Empörung über die Ausbeutung, dem Gang der Geschichte Naturgesetze abzufragen, nach denen der Sozialismus naturnotwendig kommen muß. Ihm ging es wie Kant; seine Anhänger verfangen sich in den Irrtümern seiner Lehre: mächtige Internationalen zerbrachen über dem Bruderzwist und heute nach zwei furchtbaren Weltkriegen ist die Arbeiterklasse in zwei Lager gespalten: das eine will das Prinzip der Gleichheit durchsetzen auf Kosten der Freiheit und unerbittlich bis zum Terroris-

mus, das andere ist überzeugt, daß die Gleichheit nicht Preisgabe der Freiheit einschließen könne.

Es geht um das alte Problem Kants, das Fundamentalproblem des Sozialismus. Fries sah es als solches, er erkannte, daß das Fabrikwesen zu wachsender Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer führte, ging dem Problem tiefer nach und zeigte auf, daß die persönliche Gleichheit nicht Gleichheit des Besitzes fordert, sondern nur die gleiche Möglichkeit für jeden, durch geeignete Arbeit seine Bedürfnisse zu befriedigen. Nelson formuliert es eindeutig: „Alle ihrer Natur nach bildungsfähigen Wesen haben das gleiche Recht auf die äußere Möglichkeit, zur Bildung zu gelangen.“

So hat mit Kant nicht nur die Philosophie als Wissenschaft begonnen, sondern die Kant-Fries'sche Schule hat dank der kritischen Methode einen entscheidenden Beitrag zur Begründung des Sozialismus geleistet.

*Dr. Ulrich Teichmann:*

## **Ziel und Methoden der Agrarplanwirtschaft**

Im Agrar- und Ernährungssektor ist, wie die Entwicklung in vielen Ländern gezeigt hat, schon sehr frühzeitig die Tendenz hervorgetreten, von der vollständig ungebundenen freien Wirtschaft hinweg zu einer Planwirtschaft zu kommen. Bemerkenswerterweise war umgekehrt der Agrarsektor auch erst spät nach dem industriellen Sektor von den manchester-liberalistischen Tendenzen ergriffen worden.

### **Notwendigkeit der Planwirtschaft**

Der Gründe für das Streben des Agrarsektors in die Planwirtschaft gibt es viele: die landwirtschaftliche Produktion hat durch den starken Einfluß der unsicheren Witterung von vornherein einen hohen Unsicherheits- und Wagnisfaktor in sich, und der Landwirt ist daher grundsätzlich bestrebt, nicht auch noch den erheblichen Risiken der freien Wirtschaft ausgesetzt zu sein. Das um so weniger, als der Landwirt wegen der sich in Jahresrhythmen des Wachstums bewegenden Produktion in seinen wirtschaftlichen Dispositionen behindert ist: rasch wechselnden Konjunkturen kann er sich nicht anpassen.

Während die Industrie sich zum Schutze gegen Marktschwankungen häufig monopolistisch organisiert hat und durch Kartelle u. ä. „privat-planwirtschaftlich“ die Marktschwankungen auszugleichen versucht hat, ist es im Agrarsektor zu solchen monopolistischen Marktformen kaum gekommen. Die Vielzahl der an der Agrarproduktion beteiligten landwirtschaftlichen Betriebe macht solche Zusammenschlüsse auf privater Basis fast unmöglich. Daher trat hier der Ruf nach Ordnung und Planung durch den Staat auf, der Ruf also nach einer aktiven Agrar- und Wirtschaftspolitik im Gegensatz zu der passiven Agrar- und Wirtschaftspolitik nach den Grundsätzen des *laissez-faire*.

So wenig wie die Landwirtschaft selbst sich kartellierte, so stark machten sich allerdings monopolistische Einflüsse im Agrarhandel bemerkbar, wobei die Spekulation mit Nahrungsmitteln mehr und mehr hervortrat, und die Reaktion von Erzeuger und Verbraucher hierauf wurde häufig der Anstoß für das Entstehen einer agraren Planwirtschaft.

Ein weiterer starker Antrieb zur Planung und Lenkung im Agrarsektor geht vom Konsumenten aus. Die Ernährungskosten machen einen Hauptanteil der Lebenshaltungskosten aus. Agrarkonjunkturen wirken sich somit stark auf den Konsumenten aus. Mehr noch, die Agrarpreise beeinflussen indirekt das Lohnniveau erheblich. **Stabile Agrar- und Lebensmittelpreise sind daher Voraussetzung für eine stabile Wirtschaftslage überhaupt**

So kommt es, daß die Agrarplanung meist der Anfang und das Kernstück der Wirtschaftsplanung überhaupt geworden ist.

Ein starker Antrieb, die Agrarwirtschaft in eine aktive Planungeinzubeziehen, ergibt sich auch aus weltwirtschaftlichen Zusammenhängen. Kommt es nämlich in einem Lande zu einer aktiven Beeinflussung der Agrarwirtschaft, so gewinnt der Export an Agrarerzeugnissen, namentlich in den eigentlichen Agrarländern, sofort eine bestimmte Bedeutung innerhalb der Agrarplanung: er wird nämlich ein Mittel, um Agrarüberschüsse, die den Inlandsmarkt drücken und instabilisieren, in das Ausland abzuleiten. Solche Agrarüberschüsse treten nun als „Dumping“-Exporte auf dem Weltmarkt auf und werden damit zu einem Störungsfaktor von außerordentlicher Bedeutung für andere Landwirtschaften. Hier entsteht dann, wie z. B. in Deutschland 1931 die Notwendigkeit, die inländische Produktion eventuell sogar durch gleitende Zölle zu schützen und durch bestimmte Maßnahmen den Stoß dieser Dumping-Exporte abzufangen.

Soweit ein kurzer Überblick über die Tendenzen zur Agrarplanung, die ohne Rücksicht auf liberalistische Bekenntnisse u. a. m. in fast allen Staaten der Welt, so z. B. auch in Amerika und der Schweiz zu verzeichnen sind.

Zweck einer Agrarplanung ist es, die Produktion und den Verbrauch von Nahrungsmitteln und von Rohstoffen, die aus der Landwirtschaft stammen, zu stabilisieren, wodurch eine Stabilisierung und Sicherung des Realeinkommens sowohl des Erzeugers als auch des Verbrauchers erreicht werden soll.

#### Die Zwangswirtschaft als planwirtschaftliches Mittel

Eine Betrachtung der Wege, wie Agrarplanung realisiert werden kann, zeigt im Extrem zwei einander gegenüberstehende Möglichkeiten.

Eine Möglichkeit zur Realisierung einer Agrarplanung besteht in der totalen Zwangsbewirtschaftung. Es hat sich aber gezeigt, daß bei dem Versuch einer Steuerung bis in einzelne die Wirtschaft rasch durch Bürokratismus und von einem Gestrüpp von Hunderten von Anordnungen und Verboten erstickt wird, woraus eine Produktionslähmung entsteht, die letzten Endes Produzenten und Konsumenten benachteiligt. Die Zwangswirtschaft führt weiter offenbar immer zu einer ungesunden Aufblähung des Verteilungssektors, die auf Kosten des Konsumenten geht, und zu einer sehr starken und fast unerträglichen Bevormundung des Produzenten und des Konsumenten. Da Voraussetzung für das Funktionieren einer totalen Zwangswirtschaft letzten Endes der totale Zwangsstaat ist, wird dieser Weg der Realisierung einer Wirtschaftsplanung, abgesehen von vielen anderen Gründen, von vornherein undiskutabel. Unbestritten ist natürlich, daß die totale Zwangswirtschaft ein vorzügliches Mittel zur militärischen Aktivierung einer Wirtschaft im Kriege und vor dem Kriege ist und daß durch sie auch eine desorganisierte Nachkriegswirtschaft zusammenhalten kann. Sie kann starke Einschnitte in die Konsumgewohnheiten, die mit der Kriegführung zusammenhängen (Aufhören der Importe, Produktionsumstellungen usw.), psychologisch leichter erträglich machen, indem die entstandenen „Mangelwaren“ durch Rationierung zumindest scheinbar „gleichmäßig“ verteilt werden.

#### Der Preis als Steuerungsmittel

An der Zwangswirtschaft kommt man scheinbar vorbei, wenn man den Preis als Steuerungsmittel benutzt und eine Preisfixierung, d. h. Festpreise benutzt, um den Agrarsektor zu stabilisieren. Aus kurzer Überlegung geht aber schon hervor, daß Preisfixierung allein kein geeignetes Mittel zur Realisierung einer Agrarplanung sein kann. Ein Festpreis, der dem Marktpreis nicht entspricht, der also höher oder niedriger liegt, wird nämlich auf die Dauer mit Sicherheit umgangen, es sei denn, man versucht durch gleichzeitige Einführung von Bewirtschaftung und Rationierung den Marktmechanismus überhaupt auf diesem Sektor auszuschalten. Festpreise können auf die Dauer nur im Rahmen einer Zwangsbewirtschaftung gehalten werden.

Weil der Preis nur der Ausdruck einer bestimmten Marktsituation ist, also nur das Verhältnis von Angebot und Nachfrage abbildet, kann er allein nicht als Mittel

zur Steuerung des Marktes benutzt werden. Ebensowenig wie — um einen Vergleich zu bilden — durch Manipulationen an einem Thermometer oder Tachometer die Temperatur eines Raumes oder die Geschwindigkeit eines Fahrzeuges beeinflusst werden kann.

#### **Lenkung bei freier Preisbildung**

Eine tatsächlich lenkende Beeinflussung des Agrarsektors ohne Zwangswirtschaft, d. h. ohne Produktionszwang durch Auflagen, ohne Ablieferungszwang, ohne Verwendungszwang und ohne Konsumrationierung wird deshalb nur durch Änderung der Marktsituation, d. h. durch Änderung von Angebot und Nachfrage erreicht werden können.

Damit ist die zweite grundsätzliche Möglichkeit der Realisierung einer Agrarplanung gegeben.

Diese Möglichkeit steht dabei, wie sich leicht erkennen läßt, in einem Gegensatz zu der zuerst angeführten, nämlich der zwangswirtschaftlichen. Hier ist zunächst eine totale, alle Einzelheiten umfassende Planung notwendig und diese Planung muß durch totale Lenkung und Steuerung bis in alle Einzelheiten realisiert werden. Die zentrale Planung muß als zentraler Beschluß dem Willen des Einzelnen gegenüber bis ins einzelne durchgesetzt werden und dabei muß der persönliche Spielraum des Einzelnen sowohl bei der Produktion als auch beim Konsum notwendigerweise äußerst eng gehalten werden.

Demgegenüber bleibt bei der zweiten nicht-zwangswirtschaftlichen Realisierung der Planung ein weiter Spielraum für den Einzelnen.

Zur Realisierung der Planung ergeben sich, was den Agrarsektor angeht, folgende Möglichkeiten einer Beeinflussung und Lenkung des Agrarmarktes:

- I. Durch Nachfrageänderung und zwar
  1. Steigerung der Nachfrage: durch
    - a) Propaganda (z. B. „Eßt Vollkornbrot“, „Trinkt mehr Milch“);
    - b) durch Verbilligung von Nahrungsmitteln (staatliche Aufschlagszahlung).
  2. Verringerung der Nachfrage: durch
    - a) Propaganda („Spart Fett“ usw.);
    - b) durch Verteuerung (Erhebung von Zöllen, Besteuerung, Ausgleichsabgaben, z. B. die derzeitige Weizenmehlverteuerung zwecks Roggenpreisstützung).
- II. Durch Angebotsänderung und zwar
  1. Steigerung des Angebotes: durch
    - a) Propaganda (für Ausdehnung bestimmter Produktionen);
    - b) Prämienzahlung (z. B. Anbauprämien für Kartoffeln);
    - c) Importpolitik (Vergrößerung der Importe);
    - d) Vorratsentnahmen.
  2. Verringerung des Angebotes: durch
    - a) Propaganda (z. B. Veröffentlichung von Marktprognosen);
    - b) Produktionsdrosselung (durch Prämien);
    - c) Export (Vergrößerung des Exportes, Abstoßen von Überschüssen);
    - d) Vorratsbildung;
    - e) Vernichtung von Überproduktion (z. B. Kaffee in Brasilien, Kartoffeln in USA).

Letzteres Mittel stellt natürlich einen durchaus unschönen Ausweg dar, der zudem normalerweise auch nur in Frage kommen wird, um vorhergehende unzulängliche oder falsche Planungsmaßnahmen zu korrigieren.

Bei solcher Beeinflussung von Produktion und Konsum muß natürlich die Preisbildung grundsätzlich frei bleiben. Schon deshalb, weil der freie Preis von der planenden Stelle als Anzeiger für die tatsächliche Angebots- und Nachfragesituation benötigt wird. Es muß daher eine von monopolistischen Einflüssen freie Preisbildung sichergestellt werden.

Wenn auch der Preis grundsätzlich frei sein soll, so kann es doch zweckmäßig sein, Höchst- und Mindestpreise als die

Grenzen festzusetzen, bei deren Unter- bzw. Überschreitung der Staat in Aktion treten muß. In dieser Weise ist z. B. in den USA durch den Farm-Akt von 1941 ein „Paritätspreis“ festgelegt, bei dessen Unterschreiten der Staat Ankäufe tätigen muß.

Zusammenfassend ergibt sich also: wenn eine Agrarplanung bei grundsätzlich freier Konsumwahl und bei grundsätzlich freier Preisbildung realisiert werden soll, so muß das im wesentlichen durch Beeinflussung von Angebot und Nachfrage geschehen. Dabei wird dann gewissermaßen nur das Gebiet abgesteckt, in dem sich die wirtschaftliche Entwicklung abspielen kann.

Die Entwicklung zu solcher Planwirtschaft zeigt sich in der westlichen Welt schon seit langem. Gewisse Zwangsvorstellungen und erstarrte Meinungen haben allerdings weitgehend die Erkenntnis verhindert, daß solche Wirtschaftspolitik, namentlich soweit sie in den USA getrieben wurde, typisch planwirtschaftlichen Charakter hat.

Planung liegt zweifellos dann vor, wenn eine dem einzelnen Wirtschaftssubjekt übergeordnete Instanz, die in einer Demokratie ein Parlament oder ein von ihr abhängiges Exekutivorgan ist, es unternimmt, die Wirtschaft durch geeignete Maßnahmen in bestimmter Richtung zu lenken. Dabei besteht natürlich zwischen der totalen Planung und der freiheitlichen ein erheblicher gradueller und auch ein gewisser grundsätzlicher Unterschied.

Während hier ein selbständiger Plan entworfen wird und er auf Biegen oder Brechen realisiert wird, wird im anderen Falle nur ein bestimmtes Ergebnis als Ziel aufgestellt und lenkende Maßnahmen werden nur so weit eingesetzt, wie es erforderlich ist, um an dieses Ziel heranzukommen. Es ist klar, daß die Lenkung im zweiten Falle wesentlich weniger starr zu sein braucht als im ersten. Die Kompliziertheit der modernen Wirtschaft scheint auf die Dauer die Anwendung der totalen Planung und Lenkung sogar zu verbieten, weil sie zu schwerfällig ist, ja vermutlich an das Können von Menschen übermenschliche Anforderungen stellt. Deshalb bringt bekanntermaßen die totale Planungs- und Lenkungswirtschaft stets stärkste und bis in Groteske gehende Reibungen und Störungen mit sich und stets machen sich sehr schnell Zeichen der Erstarrung bemerkbar.

*Victor Larock (Brüssel):*

## **Die griechische Hölle**

Vor einigen Wochen besuchten Victor Larock, der Herausgeber des Brüsseler „Peuple“, und Denis Healey, der Internationale Sekretär der Labour Party, im Auftrage der Sozialistischen Internationale Griechenland. Victor Larock gibt hier seine Feststellungen wieder, die sicherlich viel Neues und wenig Erfreuliches enthalten.

Seit Dezember 1944 war die Lage in Griechenland nie so kritisch, die Unzufriedenheit so tiefgehend, die Unruhe so lebhaft wie heute. Der Ausnahmezustand herrscht; jede Versammlung von mehr als drei Personen wird mit Gefängnis bestraft. Koalitionsrecht gibt es nicht. Die von der Regierung noch geduldeten Oppositionsblätter werden mit Hilfe der Polizei boykottiert. Einschüchterungsmaßnahmen und willkürliche Verhaftungen stehen auf der Tagesordnung. Die Justiz stützt sich auf Denunziationen. Im ganzen Land arbeiten Standgerichte. Auch die geringfügigste Handlung, die jemanden mit der Verwaltung in Berührung bringt, sei es ein Arbeitsvertrag oder die Änderung des Wohnsitzes, muß von einer Loyalitätserklärung gegenüber der gegenwärtigen Regierung begleitet sein. Wer die Unterdrückungspolitik der Regierung zu kritisieren wagt, gilt als „Synodiporos“ (Sympathisierender der Kommunisten). Zehntausende von Verdächtigen befinden sich in Gefängnissen oder wurden deportiert. Seit 1947 gab es zweitausend Hinrichtungen aus politischen Gründen, das ist mehr als in drei Jahren deutscher Besetzung.

PAUL FRÖLICH

# Rosa Luxemburg

Gedanke und Tat

Ladenpreis kartoniert 9 DM, gebunden 12 DM

360 Seiten Oktav. Subskriptionspreis kartoniert 6 DM, gebunden 9 DM

Paul Frölichs Biographie über Rosa Luxemburg, die bereits in Paris und London erschien, wird demnächst in einer deutschen Ausgabe vorliegen. Der in Amerika lebende Historiker Frölich hat als Verwalter des Nachlasses von Rosa Luxemburg und ihr ehemaliger Kampfgefährte die besten Voraussetzungen, das Leben und Werk der genialen Frau darzustellen.

Stark umstritten ist die Leistung der größten Politikerin, die die sozialistische Arbeiterbewegung bisher hervorgebracht hat. Ihre selbständigen Auffassungen über Fragen der Nationalökonomie, über die Taktik der Gewerkschaften und Parteien und über die Probleme der Führung der Arbeiterbewegung beweisen ihre Stärke, indem sie dreißig Jahre nach ihrem Tode einer neuen Generation noch immer Anregungen geben und Aufgaben stellen. Für die Erneuerung der sozialistischen Bewegung wäre es fruchtbar, wenn Rosa Luxemburgs Auffassungen stärkere Beachtung fänden. In der russischen



Frage hat sie wie wenige frühzeitig die Gefahren einer Diktatur erkannt, die den Willen der Mehrheit vergewaltigt. Sie war ebenso leidenschaftlich Anhängerin der sozialistischen Revolution wie des Rechtes der Minderheit, immer und überall ihre abweichende Meinung in aller Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen zu dürfen.

Rosa Luxemburg vereinigte in sich einen klaren theoretischen Verstand und ein leidenschaftliches Herz für alle von der Gesellschaft Benachteiligten. Sie war am Schreibtisch und in der Redaktionsstube im Fluge ihrer Gedanken ebenso kühn, wie im Kampf um die Freiheit an der Seite der polnischen, russischen und deutschen Arbeiterbewegung mutig. Geist und Tat waren bei ihr in Übereinstimmung. Ein ganzer Mensch, eine Frau, die das Leben liebte und die Menschen und die erfüllt war von der Aufgabe, das Leben für alle lebenswert zu machen.

Das Buch füllt eine Lücke in der sozialistischen Literatur. Das Leben Rosa Luxemburgs kennenzulernen, wird jeden bereichern, die Darstellung ihrer Ideen der Klärung der Probleme unserer Zeit dienen.



**VERLAG FRIEDRICH OETINGER**  
HAMBURG 1 · PRESSEHAUS

## EINLADUNG ZUR SUBSKRIPTION

Im Frühjahr 1949 erscheint:

PAUL FRÖLICH

*Rosa Luxemburg*

Gedanke und Tat

Der Verlag gibt interessierten Lesern die Möglichkeit, bei Vorbestellung das Buch zu ermäßigtem Preis zu erwerben. Die Vorbestellungen müssen bis zum 30. 4. 49 beim Verlag eingehen. Der ermäßigte Preis für das kartonierte Exemplar beträgt 6 DM (Ladenpreis 9 DM), gebunden ermäßigt 9 DM (Ladenpreis 12 DM).

In unserem Verlag ist soeben Rosa Luxemburg:

**»Die russische Revolution«**

hrsg. und eingeleitet von P. Blachstein, erschienen.  
64 Seiten 8°. Kartoniert 1 DM

### BESTELLSCHEIN

Paul Frölich: Rosa Luxemburg

..... Exemplar(e) kartoniert, zum Vorzugspreis von 6 DM

..... Exemplar(e) gebunden, zum Vorzugspreis von 9 DM

Rosa Luxemburg: Die russische Revolution

..... Exemplar(e) kartoniert, 1 DM

Ich überweise gleichzeitig den Betrag auf Bankkonto Norddeutsche Bank in Hamburg, Fil. Altona / Postscheckkonto Hamburg 79 57  
Ich bitte um Zusendung per Nachnahme.  
Versand erfolgt nur nach Vorauszahlung oder per Nachnahme.  
Das Angebot gilt nur bis zum 30. 4. 1949.

Besteller

Anschrift

Ort und Datum

Declassified in Part - Sanitized Copy Approved for Release 2012/02/14 : CIA-RDP83-00415R003200030003-9

DRUCKSACHE

VERLAG FRIEDRICH OETINGER

HAMBURG 1  
PRESSEHAUS

Über die Kräfte der Rebellen schwanken offizielle Angaben. Es ist die Rede von 40 000 Menschen, dann von 70 000. Als Zaldaris 1946 seine erste Regierung bildete, sprach er von „höchstens zweitausend Rebellen“.

Siebenhunderttausend Flüchtlinge — ein Zehntel der ganzen Bevölkerung — leben zusammengepfercht in den Städten des Peloponnes und des griechischen Festlandes. Die meisten leben in größtem Elend.

Die Kommunisten sind in bezug auf Brutalität unübertrefflich. Man schätzt die Zahl der Kinder, die sie aus ihren Familien gerissen und in slawische Länder geschickt haben, damit sie dort in den richtigen Schulen erzogen werden, auf 25 000.

Der Kampf hat unerbittliche Formen angenommen. Die Rebellen können keine Gnade erwarten, noch geben sie sie. Die gegenwärtige Regierung stützt sich auf das Argument der Waffen. Sie lehnt jede Lösung ab, die nicht einen vollständigen Sieg bedeutet.

Die Armee zeigt jedoch eine gewisse Schlappeheit, und die Regierung kann in der Verwaltung, der Justiz und der Polizei kaum auf das Vertrauen des Volkes rechnen.

Die Soldaten schlagen sich tapfer, wenn sie dazu die Gelegenheit haben. Aber viele fragen sich, wozu sie sich eigentlich schlagen. Die Einmischung der Slawen, die eine augenscheinliche und unbestreitbare Tatsache ist, erklärt nicht alles. Dieser Krieg ist nicht nur ein nationaler, sondern auch ein sozialer. Die Rebellen sind nicht alle Banditen oder Kommunisten. Mancher Bauer, der in die Armee eingezogen wurde, weiß, daß er gegen seinen Vater oder Bruder kämpft. „Wir sind es leid, zu hassen“, sagte mir ein griechischer Freund. Athen weiß nicht, wo sich die militärischen Operationen abspielen, aber die Armee weiß sehr wohl, was in Athen vor sich geht: Rivalitäten unter den Politikern, Schwarzer Markt, Korruption, Finanzskandale. Offiziere auf Urlaub reden gern darüber, daß sie „mit Markos aufräumen wollen, um dann in Athen etwas Ordnung zu schaffen“.

Unter den Rebellen befinden sich wahrscheinlich nicht mehr als 20 Prozent echte Kommunisten. Die übrigen sind in der Mehrzahl politische Analphabeten, meist Bauern, die die soziale Ungerechtigkeit und ihr eigenes Elend zu Aufrührern gemacht hat. Zweifellos hat sich auch eine Reihe von Abenteurern und wirklichen Räubern darunter gemischt, besonders in den Gegenden, in denen das Banditentum immer schon geblüht hat. Aber wie kann man es sich erklären, daß die Polizei und die Armee unfähig sind, mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dem Bürgerkrieg ein Ende zu bereiten und seine Ausbreitung zu verhindern, wenn sie, wie das die Regierungspropaganda behauptet, nur eine vom Ausland bezahlte Räuberbande vor sich hätten? In Wirklichkeit hat der Kommunismus in Griechenland seine besten Verbündeten an dem von der Rechten eingesetzten Regime und an den Männern, die es verkörpern. Und seine Kraft erhält er weniger durch die internationale Sache, der er dient, als durch die Gewalttaten und Fehler einer reaktionären Unterdrückungspolitik, die von Haß und Furcht diktiert wird.

Es sprechen alle Anzeichen dafür, daß sich die Kommunistische Partei entschlossen hatte, am 3. Dezember 1944 einen Staatsstreich zu wagen. Drei Jahre nach diesem Ereignis brüstete sich der damalige Ministerpräsident, G. A. Papandreu, daß er ihn provoziert habe. Auf die Äußerung einer Athener Zeitung „Kathemerini“ aus dem Jahre 1944, daß die Regierung zu allen Konzessionen bereit gewesen sei, um einen offenen Kampf zu vermeiden, antwortete Papandreu am 2. März 1948: „Um die Lage zu klären, mußte ich die sofortige Demobilisierung der ELAS (Rebellentruppe) fordern und die Kommunistische Partei in das Dilemma bringen, sich entweder ohne Gegenwehr entwaffnen zu lassen oder den Aufstand zu wagen, aber unter Bedingungen, die ihre Niederlage unvermeidlich machten. Das ist die historische Wahrheit.“

\*

Ein Bürgerkrieg besteht aus einer Serie von Repressalien. Es gab einen Zeitpunkt, in dem eine Befriedung möglich und wirksam gewesen wäre: nach dem Übereinkommen von Varkiza. Die Rechte hat ihn nicht wahrgenommen. In Vorbereitung der Volksabstimmung organisierte sie den Terror. 1946 wurden mehr als 80 000 griechische Staatsangehörige verfolgt. Nach offiziellen Angaben wurden 20 000 verhaftet, 4000 wurden hingerichtet.

Diese erste Verfolgung trieb 300 000 Menschen aus ihrer ländlichen Heimat. Viele gingen in die Berge. Daraufhin wurde ihr Eigentum beschlagnahmt. Was blieb ihnen anderes übrig, als sich den Guerilla-Kämpfern anzuschließen? Abgesehen von den Grenzgebieten war der Aufstand in den Gebieten am heftigsten, wo die Unterdrückung am größten war.

Die Zusammenarbeit mit den Italienern und Deutschen während des Krieges wurde nach dem Krieg nicht geahndet. Der griechische Quisling, der während der Besetzung Vorsitzender des Rates war, wurde eingehüllt in die Fahne der Nation begraben.

Andererseits dauerte es nicht lange, und die Widerstandsleute aller Richtungen wurden als Verdächtige behandelt. „Am 21. Dezember wurden in den Gefängnissen 18 000 Menschen festgehalten, gegen die nichts vorlag“, erklärte Mavros, der Justizminister. Es lag gegen sie wohl nur vor, daß sie Mitglied der Widerstandsbewegung gewesen waren.

Heute gibt es über 50 000 politische Gefangene, Deportierte und Exilierte. Eine charakteristische Einzelheit: der junge Glesos, der 1941 das Hakenkreuz von der Akropolis heruntergeholt hatte, wurde wegen kommunistischer Tätigkeit zum Tode verurteilt. Die Justiz wurde Wegbereiterin des Aufstandes. Die Regierung hat im Vorjahr, unter Berufung darauf, daß es sich um einen nationalen Notstand handele, den Ausnahmezustand verhängt und Standgerichte eingeführt. Die öffentlichen und privaten Dienste wurden von ehemaligen Angehörigen der Widerstandsbewegung „gesäubert“. Voraussetzung für eine Anstellung in staatlichen oder öffentlichen Ämtern, in einer Bank oder einem Handels- oder Industrieunternehmen ist eine schriftliche Erklärung, daß der Betreffende nichts mit den Führern des früheren EAM (Widerstandsbewegung) zu tun hat. Kein Beamter und kein Angestellter erhält seine Pension ohne ein Zeugnis der Staatspolizei. Kürzlich haben die Amerikaner sich an die Handwerker gewandt wegen eines Unternehmens, das sie im Piräus errichten wollen. Etwa tausend Arbeiter meldeten sich; weniger als die Hälfte wurde zur Probe zugelassen. Aber die Polizei ist wachsam: nach einer schnellen Durchkämmung erhalten nur 15 Prozent den blauen Ausweis, der sie zum Arbeiten berechtigt. Den andern wird ein weißes oder gelbes Papier ausgehändigt, das sie zu Kommunistenverdächtigen stempelt und damit gleichbedeutend ist mit einem Reiseausweis zu den Guerillakämpfern.

Jeder Staatsbürger in Griechenland hat die Freiheit, sich auf Seite der Regierung gegen die Rebellen zu stellen. Jede rechtsgerichtete Organisation hat die Freiheit, „Kommunistenfreunde“ aufzuspüren. Freiheiten anderer Art zu garantieren, ist sehr viel schwieriger.

Die Rechtsprechung in politischen Dingen erfolgt vor Standgerichten, die sich auf unkontrollierte und unkontrollierbare Polizeiberichte stützen. Es abzulehnen, die Aufständischen uneingeschränkt zu verurteilen, stellt eine schwere Anmaßung dar. Man wird also schuldig befunden, nicht, weil man umstürzlerische Ansichten geäußert hat, sondern weil man sich nicht der offiziellen Meinung anschließt. Die Standgerichte werden in der Mehrzahl (wie in Athen) oder ausschließlich durch aktive Offiziere besetzt. Die häufigste Strafe ist die Todesstrafe. Die Polizei zögert nicht, die Angeklagten zu mißhandeln, um sie zu einem Geständnis zu nötigen. Jeder, den man belangen will, wird als Kommunist oder Kommunistenfreund bezeichnet. Ein Bischof, der seine Messe in den Bergen (bei den Aufständischen) liest, ist ein Agent Moskaus. Als im Dezember 1948 Evatt, der Präsident der UNO-Generalversammlung, zu einem Vermittlungsversuch die Initiative ergriff, haben neun griechische Angehörige der linken Mitte ein Glückwunschtelegramm an ihn gerichtet. Sie wurden als „Krypto-Kommunisten“ denunziert und zum Tode verurteilt.

Die Anhänger einer „dynamischen“ Politik — d. h. der Unterdrückung bis zum Äußersten — entgegnen, daß das Vaterland in Gefahr sei, und da der Aufstand mit der Kominform und den slawischen Staaten verknüpft ist, gäbe es keine andere Entscheidung als durch das Schwert. Und sie fügen hinzu, was richtig ist, daß auch die Rebellen vor keinem Mittel haltmachen.

Die Richtigkeit einer Politik wird an ihren Ergebnissen gemessen. Nun berichten die offiziellen Veröffentlichungen, daß die Aufständischen heute zwanzigmal so zahlreich sind wie im Jahre 1946. Trotz amerikanischer Hilfe ist die Zerrüttung der Wirtschaft und der Finanzen noch weitergegangen, und auch die Unsicherheit, Unzufriedenheit und die Mißachtung der öffentlichen Autorität ist noch gewachsen.

Ein griechischer Patriot, der während der Besetzung Griechenlands ständig Führung mit der Widerstandsbewegung hatte, hat uns vorausgesagt, daß Markos in Ungnade fallen werde. Er fügte jedoch hinzu, sollte die slawische Intervention auch offiziell aufhören, könnte es doch sehr wohl geschehen, daß sich ein Teil der Armee gegen die Regierung in Athen wenden würde.

Die Aufständischen — deren Sieg ausgeschlossen ist — haben zweifellos ein Interesse daran, daß die Regierung in ihrer gewalttätigen Willkür verharret, denn damit bewirkt sie einen Kräftezuwachs und eine Konsolidierung der Rebellen.

\*

Zwei Fragen drängen sich hier auf: Wenn diese Politik schließlich siegt, wenn die Rechte das letzte Wort behält, wer kann sich dann vorstellen, daß dies der sozialen Gerechtigkeit und der Freiheit dienen wird? Und mit welchem Recht können wir westlichen Demokraten die Methoden und Praktiken der „Volksdemokratien“ verurteilen, wenn wir es unterlassen, die heute in Griechenland geübten zu brandmarken?

Unsere sozialistischen Genossen in der ELD halten offenbar nicht viel davon, daß durch wirtschaftliche Mittel die gegenwärtige Lage ihres unglücklichen Landes gebessert werden kann. Der Lösung durch Waffengewalt, die das Rezept der Rechten ist, setzen sie im wesentlichen politische Lösungen entgegen: einen Regierungswechsel, Wiedereinführung bürgerlicher Freiheiten, den Appell an das Volk. Sie teilen diese Meinungen mit einer großen Zahl ehrlicher Demokraten, von denen manche sogar Parlamentsmitglieder sind.

Dennoch steht am Ausgang dieses Dramas das Wirtschaftselend. Die große Masse der Bevölkerung ist des Tötens und der Reden müde. Mehr als irgendwelche ideologischen Siege braucht sie Brot und Sicherheit. Die Menschen, denen es gelingt, ihr das zu geben, werden ihr Vertrauen gewinnen.

Über 70 Prozent der Bevölkerung sind Bauern, nur etwa 8 oder 9 Prozent gehören zum Industrieproletariat. Das übrige sind Beamten — der Beamtenkörper ist sehr aufgebläht —, Angestellte, Handel- und Gewerbetreibende. Die ganze Wirtschaft steht praktisch unter der Kontrolle der Banken.

Die Industrie (Textil, chemische Produkte, Tabak) konzentriert sich auf einige Punkte: Athen, Saloniki, Patras, Volos. Die Bodenschätze — Eisen, Bauxit, Braunkohle und auch die Wasserkraft — sind wenig ausgenutzt. Das Transportwesen ist wenig ausgebaut.

Seit der Amtszeit von Venizelos ist der Großgrundbesitz bis auf vier Güter liquidiert worden. Der Boden gehört den Bauern. Aber aus Mangel an Werkzeug, an Unterweisung und an Krediten können die meisten Bauern kaum ihren eigenen Lebensunterhalt herauswirtschaften. Sie wohnen elend, kennen keine Elektrizität, und falls eine Dürre oder eine Krankheit über sie hereinbricht, sind sie hilflos.

Der Export bringt nichts ein. Da Griechenland vom Balkan abgeschnitten ist, kann es seinen Tabak, seine Rosinen, sein Öl und seinen Wein nur seinen Nachbarn im Mittelmeer anbieten, die diese Genußmittel selber erzeugen.

Der Kapitalismus wird von einigen Handelsgesellschaften und von den Bankspekulanten vertreten. Die öffentlichen Ersparnisse sind äußerst gering, private Einlagen gibt es nicht. Die besitzende Schicht führt den Großteil ihrer Kapitalien aus, mit Vorliebe nach Argentinien, da sie zum Perón-Regime mehr Vertrauen hat als zu dem des „Sozialistenfreundes“ Truman.

Die Arbeiter (etwa 300 000) haben wenig von dem, was wir „Klassenbewußtsein“ nennen. Bei unseren Unterhaltungen haben sich mehrere Sozialisten geäußert, daß ihr Kampf in erster Linie nicht der der Arbeiter, sondern des ganzen Volkes sei.

Sie wollten damit ausdrücken, daß die sozialen Forderungen die der Masse der armen Bevölkerung seien, besonders der der Bauern, die an ihrem Boden hängen, selbst wenn der Hunger und die Schikanen der Polizei sie in die Städte treiben, wo es heute tatsächlich 700 000 Bauern gibt.

Es gibt keine Kontrolle der Preise und der Verteilung. Die Regierung konnte oder wollte nie eine Rationierung einführen. Große Mengen an Verbrauchsgütern wurden von der UNRRA und der AMAG (Amerikanische Hilfsmission in Griechenland) auf den Markt geworfen. Mit Unterstützung öffentlicher Stellen haben Handelsgesellschaften sie mit großem Aufschlag wiederverkauft, während ein anderer Teil auf den Schwarzen Markt abwanderte. Und die Preise stiegen weiter.

Die Zuteilung aus der Marshall-Hilfe wurde für 1948/49 auf 244 Millionen Dollar festgesetzt. Sie war bestimmt zum Ankauf von Verbrauchsgütern und von Rohmaterialien zum Wiederaufbau. In Wirklichkeit wurde aber der größte Teil zur Deckung des Haushaltsdefizits verwandt und der Rest mit Hinblick auf das zu erwartende kommende Defizit beiseitegelegt. So ist der Wiederaufbau noch nicht richtig in Angriff genommen worden. Das Programm jedoch, das dem OEEC unterbreitet wurde, sieht eine Industrialisierung vor.

Die Unfähigkeit, und in vielen Fällen auch die Käuflichkeit der Regierungsbürokratie hat die Amerikaner veranlaßt, mehr und mehr in die öffentliche Verwaltung einzugreifen.

Das reaktionäre Parlament, das aus den Wahlen vom 31. März 1946 hervorgegangen ist, hat für eine Reihe arbeiterfeindlicher Maßnahmen gestimmt, wie z. B. die Aufhebung des Gesetzes, das die Arbeitnehmer vor willkürlichen Entlassungen schützt; ein Gesetz über die „Säuberung der öffentlichen Dienste und der Organe des öffentlichen Rechts“; ein Gesetz „zur Kontrolle der Loyalität“ der Arbeiter und Angestellten; die Aufhebung des Streikrechts.

Polizeiaktionen stehen außerhalb der Gesetze. Es dauerte nicht lange, bis sie innerhalb der Gewerkschaften auf der Tagesordnung standen und dazu führten, daß die Gewerkschaften vollkommen in die Hand der Vertrauensleute der Regierung gerieten. Die Polizei wohnte den Versammlungen bei, übte auf die aktiven Mitglieder einen Druck aus, schaltete bei Wahlen unerwünschte Kandidaten aus, verhaftete Widerspenstige. Der gegenwärtige Gewerkschaftsbund steht der herrschenden Schicht vollkommen zur Verfügung. Über seine Mitgliederzahl schwanken die amtlichen Angaben um die 50 000 herum.

\*

Außer der Kommunistischen Partei, die illegal ist, und der sozialistischen Gruppe ELD, die geduldet, aber streng überwacht wird, gibt es in Griechenland keine nach westeuropäischem Muster organisierte Parteien mit beitragszahlender Mitgliedschaft. Es gibt aber, besonders auf der Linken, zahlreiche Leute, die hoffen, Parteiführer zu werden.

Die rechte „Volkspartei“, unter der gerissenen Führung von Zaldaris, bewahrt einen gewissen Zusammenhalt; mangels eines Programms halten sie die Vorteile, an der Macht zu sein, zusammen. Ihre liberalen Partner sind gespaltener, sie teilen sich aber meist in die Ämter. Angefangen mit Papandreu gibt es wenige Politiker, die sich nicht Sozialisten nennen. Das bedeutet einfach, daß sie in der Opposition sind und hoffen, sich an einer nicht-reaktionären Regierung beteiligen zu können, die das Volk wünscht.

Es ist das Verdienst unserer Genossen in der ELD und ihres Vorsitzenden Svolos, daß sie dem Druck und den Drohungen der Reaktion nicht nachgegeben haben, und auch nicht der Ungeduld, die sich manchmal in ihren eigenen Reihen zeigt. Sie sind jetzt in der Lage, an einer Regruppierung der Kräfte auf breitester Grundlage teilzunehmen, von der nur die Kommunisten und die rechten Faschistenfreunde ausgeschlossen sein werden.

Der eigentliche Konflikt tobt zwischen dem Sowjet-Block und den westlichen Demokratien. Wenn Griechenland unter den Schlägen der Slawen und ihrer Ver-

bündeten im Inneren zusammenbricht, droht der Ausbruch eines neuen Krieges. Der territoriale Bestand Thraziens und Mazedoniens muß garantiert werden. Die Kommunistische Partei Griechenlands muß veranlaßt werden, ihre Waffen niederzulegen, wenn sie wieder in die Legalität zurückkehren will. Dies sind die Vorbedingungen für einen Frieden im Inneren.

Die Rechte und ihre Regierung geben vor, sie mit Gewalt durchzusetzen, nach ihren Ansichten und Interessen. Es sprechen alle Anzeichen dafür, daß die Angelsachsen diese Politik als das kleinere Übel ansehen. Sie würden lieber eine andere sehen, die sowohl realistischer ist als auch den Wünschen der Bevölkerung mehr entspricht. Sie stoßen dabei aber auf zwei Hindernisse. Das Parlament wurde 1946 in einer Atmosphäre der Einschüchterung, wenn nicht gar des Terrors gewählt, und hat eine große reaktionäre Mehrheit. Die Linke ist uneinig und es spricht gegen sie, daß sie noch nie unabhängig an der Macht war.

\*

Ist es noch Zeit, wie Evatt vor kurzem dachte, die Grenzfrage durch eine internationale Intervention unter der Kontrolle der UNO zu regeln zu suchen? Vielleicht — man soll sich dabei aber keinen Illusionen hingeben. Eine solche Intervention, an der sich die Sowjetunion beteiligt, wird den inneren Kampf sicher nicht beenden. Sie könnte sogar noch neue Konflikstoffe entzünden.

Ein Eingreifen, direkt oder indirekt, der Sowjet-Diplomatie in die inneren Angelegenheiten kann nicht in Frage kommen. Moskau hat dem Grundsatz der Aufteilung in Einflußsphären zugestimmt und daraus selber den größten Vorteil gezogen: die westlichen Alliierten sind entschlossen, ihn in Griechenland gelten zu lassen.

Das Problem ist also, den Aufstand zu beenden mit Hilfe der Kräfte, die das Land selber besitzt. Die Gewaltmethoden haben nur zu deutlich ihre Wirkungslosigkeit gezeigt. Markos kann ausgeschaltet werden. Tito kann in Albanien intervenieren — das wird vielleicht die nächste Etappe sein —, der Schlüssel zur Lage befindet sich jedoch in Athen. Ordnung und Freiheit werden in Griechenland durch Feuer und Schwert nicht auf die Dauer hergestellt werden.

\*

Es wird nicht möglich sein, die Methoden zu ändern, der Bevölkerung Vertrauen einzuflößen, die positiven Elemente unter den Rebellen von den Kommunisten zu trennen, die Justiz in den Dienst der Befriedung stellen, solange das heutige Regierungspersonal und die hohen Beamten, die in ihrem Sold stehen, ihre Ämter behalten. Da die Rettung Griechenlands letzten Endes von den Griechen selber abhängt, wovon die Angelsachsen überzeugt sind, muß man sich dazu entschließen, der „dynamischen“ Brutalität der Rechten eine ebenso entschiedene Politik entgegenzusetzen, die jedoch umfassender und großzügiger ist.

Eine Regierung der linken Mitte, entschlossen, sowohl die Kommunisten wie auch die Reaktion zur Vernunft zu bringen, wäre eine Garantie des Aufbaus. Nur wenn die Alliierten ihr helfen, wird die Armee sie unterstützen.

Dies ist auch die These der griechischen Sozialisten aller Gruppen. Die ELD hat diese Stellungnahme in einer Erklärung an die westlichen Parteien niedergelegt: „Eine demokratische Sammlung, die alle gemäßigten Elemente des Landes vereint und sich klar für eine friedliche Liquidierung des Bürgerkrieges ausspricht, könnte heute den Rahmen bilden, innerhalb dessen die Gefühle der großen Mehrheit des Volkes am besten zum Ausdruck kommen.“

Zahlreiche liberale und unabhängige Persönlichkeiten, die hohes Ansehen genießen, sprechen dieselbe Sprache.

Wird es ihnen gelingen, alle Strömungen um sich zu sammeln? Wir wünschen es im Interesse der freiheitlichen Zukunft Griechenlands und aus Freundschaft für ein kleines, tapferes Volk, das es nicht verdient hat, von seinen eigenen Herren gegen den sowjetischen Expansionsdrang so schlecht verteidigt zu werden.

*Erich Meyer:*

*(Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentliche Dienste für Westfalen und Ruhrgebiet):*

## **Die gewerkschaftliche Situation**

Es hat den Anschein, als ob in unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung bald der Kulminationspunkt der gesellschaftlichen Machtkämpfe erreicht wird. Der ewige Kampf der Habenichtse gegen die Besitzenden ist wieder einmal in ein entscheidendes Stadium getreten. Wenn das Niveau dieser ganzen Auseinandersetzungen, durch die Nachkriegsverhältnisse bedingt, auf einer denkbar niedrigen Ebene ausgetragen wird, so läßt gerade unsere Armut diesen Kampf aller gegen alle so schrecklich werden. Für viele geht es hier einfach ums nackte Leben.

Es ist schon zu erkennen, daß jetzt auf der Besitzseite der große Hecht den kleinen zu fressen beginnt; aber, um im Bilde zu bleiben, unsere Wirtschaft ist doch der Karpfenteich und das Jagdgebiet der Hechte geblieben, und die Lohn- und Gehaltsempfänger sind die Karpfen, die auf jeden Fall gefressen werden sollen. Hinter dieser ersten Linie der aktiv Schaffenden steht das Heer der sozial Bedürftigen: die Flüchtlinge, Kriegsbeschädigten, Rentner, Witwen und Waisen, die bisher vergeblich auf einen bescheidenen Platz am Tisch der Volksgemeinschaft warten. Sie alle warten mit wachsender Ungeduld darauf, daß sie ihr Recht zum Leben bestätigt bekommen.

Dieses Problem ist nur zu einem Teil ein politisches. Wirtschaftliche Macht ist zu oft in unserer Geschichte in politische Macht umgemünzt worden, als daß die Wichtigkeit sozialer Kraftgruppierungen in der Wirtschaft über politischen Fragen vergessen werden dürfte. Die Bekämpfung der wirtschaftlichen Macht in den Händen weniger ist nur in unzureichendem Maße möglich durch gesetzliche Maßnahmen des Staates, wenn sie, wie bei uns, gehemmt werden durch entscheidende Einflüsse von außen (nämlich der Militärregierungen), und ein so uneinheitliches Bild tragen, wie die Formierung unserer heutigen politischen Parteien und die Zusammensetzung unserer Parlamente. Somit werden die sozialpolitischen Gegensätze in den Parteien der Wirtschaft ausgetragen werden müssen, und hier sind Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Kontrahenten. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die Bemühungen um einen Wirtschaftsfrieden eigentlich immer von eigennützigen Profitinteressen der Unternehmer torpediert worden sind. Es ist dabei nicht unwesentlich, daß die großen Arbeitnehmerorganisationen, die Gewerkschaften, infolge des von ihnen auch verkörperten solidarischen und auch sittlichen und ethischen Prinzips, immer mehr Aufgeschlossenheit für die Belange des allgemeinen Volkswohls bewiesen haben, eine Tatsache, die sie oft daran gehindert hat, in gleicher Weise ihren Vorteil bei sozialen Machtkämpfen wahrzunehmen, wie es die mit weniger Skrupeln behaftete Arbeitgeberseite tut.

Die Gewerkschaften haben in der Öffentlichkeit häufig Angriffe auszuhalten. Während die eine Seite ihnen vorwirft, daß sie undemokratisch in ihren Handlungen sind und einen unangemessenen Anspruch auf wirtschaftliche und letztlich auch politische Einflußnahme erheben, wendet man auf Arbeitnehmerseite häufig gegen sie ein, daß sie nur unvollkommen die Interessen der arbeitenden Schichten vertreten haben.

Die Arbeiter und Angestellten und auch die Beamten sehen in der wirtschaftlichen Entwicklung nach der Währungsreform, in dem riesigen Preisanstieg bei im allgemeinen gleichgebliebenen Löhnen und damit der rapiden Senkung des Reallohnes, also des Anteils des schaffenden Menschen am Sozialprodukt, eine verhängnisvolle Einbuße, für die sie nicht zuletzt die maßvolle Haltung der Gewerkschaften verantwortlich machen.

Man muß sich mit diesen Vorwürfen gegen die Gewerkschaften einmal befassen, auch von Gewerkschaftsseite her, man muß es nicht zuletzt deshalb, weil die Gewerkschaften in den jetzt sicherlich unmittelbar bevorstehenden Auseinandersetzungen um einen gerechten Lohn die Generalprobe nicht nur auf ihre praktische Wirksamkeit, sondern auf ihre Daseinsberechtigung überhaupt auszuhalten haben.



Hierzu ist als erstes zu sagen, daß im Gegensatz zu den Arbeitgeberorganisationen, die sowohl materiell als auch personell ihren Bestand in den letzten Jahrzehnten halten konnten, die Gewerkschaften mit dem Jahre 1945 aus dem Nichts wieder in Funktion treten mußten. Es ist kein Wunder, daß die ersten Jahre in der Hauptsache ausgefüllt sein mußten mit dem Organisationsaufbau. Hier fehlte es an materiellem Besitz, aber viel mehr noch an den Menschen. In der zwölfjährigen Nazidiktatur haben gerade die Gewerkschaften ungeheure Verluste erleiden müssen. Es fehlte nicht nur der Nachwuchs, sondern auch der Stamm der alten Funktionäre, der durch die Zuchthäuser und Konzentrationslager der Nazis dezimiert wurde. Der materielle Aufbau ist mit einer bewundernswerten Aufgeschlossenheit und Entschlossenheit gegen alle Schwierigkeiten durchgeführt worden, so daß die Gewerkschaften ihre normalen Funktionen im Arbeitsleben bereits wieder voll ausfüllen. Die ideelle Zielsetzung hat zu Organisationsformen geführt, die in der praktischen Arbeit manche Schwierigkeiten hervorgerufen haben. Sie sind zum wesentlichen überwunden. Die größte Schwierigkeit bereitet immer noch die Personenfrage. Damit, daß in den neuen Gewerkschaften naturgemäß das Schwergewicht des gewerkschaftlichen Aufbaus in den Händen der Kollegen lag, die schon aus den Jahren vor 1933 gewerkschaftliche Erfahrungen mitbrachten, hat sich eine Überalterung der Funktionäre in den führenden Gewerkschaftsstellungen entwickelt, die zu ernsthaften Gefahren für die Schlagkraft der gewerkschaftlichen Organisationen führen könnte. Manche von den Mitgliedern nicht recht verstandene, zögernde und unentschlossene Maßnahme wird von breiten Kreisen der Arbeitnehmerschaft als opportunistisch empfunden, und in der Tat liegt die mangelnde Anziehungskraft der Gewerkschaften gerade für die entscheidenden jungen Jahrgänge, auf die es ankommt, in dieser sicherlich mit gutem Grund maßvollen Haltung der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften sind sich ihrer wirtschaftlichen Verantwortung bewußt; das ist häufig genug von den führenden Gewerkschaftern zum Ausdruck gebracht worden. Wirtschaftliche Verantwortung wird aber zur Unvernunft, wenn der tatsächliche wirtschaftliche Einfluß nur eine Phrase ist. Im Zeitpunkt der gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitnehmerschaft und Arbeitgebern wird das Herausstellen von Verantwortung gegenüber der Wirtschaft als nicht zeitgemäß empfunden. Instinktmäßig wünschen weite Kreise der Arbeitnehmer mehr, daß hierbei die Fronten klarer abgegrenzt und die Gewerkschaften sich als Kampforganisationen entschlossen und tatkräftig gegenüber der wachsenden wirtschaftlichen Macht zeigen.

Das ist eine schwierige Frage und ein für die Zukunft unserer Wirtschaft insgesamt ungeheuer wichtiges Problem. Bedeutet das doch letzten Endes, daß mit der ungehemmten Durchsetzung von Forderungen der Arbeitnehmer die Wirtschaft schwersten Erschütterungen ausgesetzt ist und daß hierbei, wie in jedem Kriege, Trümmer entstehen. Eine solche Frage kann in dem jetzigen Zeitpunkt unserer wirtschaftlichen Erholung, die ohnehin nur mit sehr vielen negativen Vorzeichen versehen ist, eine vernichtende Auswirkung haben, vernichtend nicht zuletzt auch für die Arbeitnehmerschaft selbst und den großen Kreis des von einer normal funktionierenden Wirtschaft Abhängigen.

Es bestehen keine unmittelbaren Aussichten dafür, daß in nächster Zeit ein entscheidender Wandel in der gewerkschaftlichen Auffassung eintreten wird. Man darf aber nicht darüber hinwegsehen, daß die Stimmung in den breiten Massen der Mitglieder sowohl, als auch der nicht gewerkschaftlich Organisierten, sich dem Nullpunkt nähert, daß die Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen ungeheuer wächst, und daß es weniger demagogischer Kräfte bedarf, um diese Stimmung auszunutzen und sie auch tragend werden zu lassen. In diesem Augenblick wird die Radikalisierung der Gewerkschaften eine progressive Steigerung erfahren und die Auswirkungen, sowohl in organisatorischer Hinsicht für die Gewerkschaften selbst, als auch in politischer Beziehung, werden unheilvoll sein. Es ist nur der Zweck dieser Worte, diese Gefahr aufzuzeigen. Sie sollten gleichermaßen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer klaren Sicht über die augenblickliche Lage bringen. Maßvolle Zurückhaltung ist unangebracht, wenn die Arbeitgeber ihren Beschluß, wie er noch am 13. 1. 49 in Wiesbaden von dem Hauptausschuß aller Arbeitgeberverbände

beschlossen wurde, aufrecht erhalten. Hier wird in geradezu unverantwortlicher Weise jede Korrektur von Löhnen und Gehältern abgelehnt und die unbedingte Beibehaltung des jetzigen Nominallohnes gefordert. Das ist ein unverständlicher und auch unkluger Beschluß. Die Arbeitgeber haben selbst sehr viel Ursache, aufmerksam auf die Stimme zu hören, die das Stimmungsbarometer in der Masse der Arbeitnehmerschaft anzeigt. Daß es jetzt beinahe auf Sturm steht, ist nicht zum wenigsten ihr Verschulden, weil sie damit den ruhigen und verantwortungsbewußten gewerkschaftlichen Funktionären in den Rücken fallen und den unwägbareren Kräften innerhalb der Arbeitnehmerschaft die Argumente an die Hand geben, eine radikale Kursänderung zu verlangen. Sie erweisen sich damit einen schlechten Dienst. Für die Gewerkschaften selbst wird damit der Kampf unausweichlich werden. Sie werden aus ihrer bisherigen Reserve als verantwortungsbewußte Gestalterin der deutschen Wirtschaft heraustreten müssen und sich auf den Urgrund des gewerkschaftlichen Willens besinnen müssen, daß sie nämlich als Kampforganisation für die wirtschaftlich Schwachen auch den Kampf zu führen haben, wenn er unausweichlich ist.

*Dr. Curt Staff*  
(Senatspräsident am Obersten Gerichtshof für die britische Zone):

## Zur gegenwärtigen Lage der Gesetzgebung

„Gewiß, die Zeit ist wunderbar gelaunt.  
Doch Menschen deuten oft nach ihrer Weise  
Die Dinge, weit entfernt vom wahren Sinn...“  
(Julius Cäsar I. Aufzug. 3. Szene)

Die Aufgabe der Gesetzgebung des Staates ist es, durch zweckmäßige Gesetze auf allen seiner Kompetenz zugewiesenen Gebieten die Beschränkung der Freiheitssphären seiner Bürger so zu ordnen, daß ein höchstmögliches Maß von Freiheit für den Einzelnen, verbunden mit der besten Ordnung für die Allgemeinheit erreicht wird. Der einzelne Mensch strebt danach, die Sphäre seiner einzelnen Rechte und Interessen möglichst weit auszudehnen ohne Rücksicht darauf, daß durch das gleichgerichtete Verlangen seiner Mitmenschen starke Spannungsverhältnisse im Gefüge der Gesellschaft entstehen müssen.

Möglichst wirkungsvolle Ausschaltung und Vermeidung solcher Kollisionen ist u. a. Aufgabe des Gesetzes. Gelingt es dem Gesetze, diesen Zustand zu schaffen, so sprechen wir von einem Rechtsstaat im weitesten Sinne, bleibt die Forderung dagegen hinter dem Erreichten zurück, so bleibt auch das Spannungsverhältnis bestehen und beschattet die Lage eines solchen Staatswesens mit der Sorge vor einer ungewissen Zukunft, da solche Spannungsverhältnisse, wenn die Zeit dafür reif ist, eine natürliche, d. h. oft gewaltsame Lösung suchen.

Diese Bedingungen innezuhalten und die natürliche Lösung zu vermeiden, gilt sowohl gegenüber dem einzelnen Staatsgesetz, das ad hoc Fragen aktueller Bedeutung regelt, wie gegenüber grundsätzlichen Gesetzen, wie gegenüber ganzen Codifikationen, die weite Rechtsgebiete systematisch abschließend für eine ungewisse aber längere Zeitdauer zusammenzufassen bestrebt sind. Bezüglich der beiden letztgenannten Gruppen von Gesetzen könnte hier zunächst die Frage entstehen, die zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts schon einmal die deutsche Rechtswissenschaft bewegt hat: Genügt zu einem solchen Akte staatlicher Rechtsschöpfung einfach der gute Wille des Gesetzgebers oder ist seine glückliche Realisierung noch abhängig von anderen, außerhalb liegenden Voraussetzungen, insbesondere der Zeit und den allgemeinen staatlichen und politischen Verhältnissen? Zu dieser grundsätzlichen Frage besteht heute um so mehr Anlaß, als die gegenwärtige Cäsar des Zeitablaufs durch die Gegensätzlichkeit hoffentlich endgültig überwundener und neu in die Erinnerung zurückgerufener Prinzipien eine viel strengere ist als sie es zu Anfang des 19. Jahrhunderts war.

Gesetzgebung ist aber nicht nur Technik, sondern auch ein Ergebnis von Urteilsvermögen, Übung und Erfahrung, von denen die beiden letzteren zur begrifflichen Voraussetzung haben eine gewisse zeitlich zurückliegende Betätigungsmöglichkeit. Nun kann aber nicht geleugnet werden, daß zwölf Jahre hindurch von einer solchen Möglichkeit nicht zu sprechen war, weil die Grundsätze, die eingangs für den Gesetzgeber als bindend bezeichnet wurden, nicht existierten, ja nicht einmal von irgendeiner Seite überhaupt die Forderung erhoben wurde, sich auf diese Prinzipien zu besinnen und an Stelle des Willens zu Recht schaffendem Gesetz offen zur Schau gestellter Zynismus der Gewalt das Feld übergab. Ein Prozeß übrigens, der zwar erst mit dem katilinarischen Gewaltstreich des Jahres 1933 sichtbar in Erscheinung trat, dessen verhängnisvoller Anfang jedoch schon sehr viel früher für den Einsichtigen in gewissen weit vorherliegenden Ergebnissen des staats- und völkerrechtlichen, ja sogar des zivilistischen Schrifttums zu erkennen war. Mit anderen Worten: ist ein Volk, das zwölf Jahre der rechtsstaatlichen Übung entwöhnt ist, das auf dem Gebiet des Rechtslebens länger als ein Jahrzehnt ständig schwankte zwischen Bartholomäusnacht und Operette, bereits heute wieder fähig, rechtliche Probleme im weiter oben erörterten Sinne gesetzgeberisch zu lösen? Käme es hierbei nur auf Übung und Erfahrung an, so könnte man wohl dem Gesetzgeber zu solchem Werke noch eine gewisse Zeit des Abstandes wünschen. Wenn gleich dem gegenwärtigen Gesetzgeber aber auch durch die verhängnisvolle Macht der hinter uns liegenden Verhältnisse in seiner Übung und praktischen Erfahrung auf rechtlichem Gebiet gewisse Grenzen gesetzt sind, so gilt dies doch in gar keiner Weise von der anderen, weit wichtigeren Voraussetzung: der eigenen Urteilskraft, d. h. jenem Vermögen, bestimmte Verhältnisse unter allgemein gültige Regeln zu subsumieren, das sich besonders äußert im historischen Sinn und nüchterner sachlicher Vernunft.

Soweit also das Gesetz in seinem notwendigen Inhalt als Abgrenzung der widerstreitenden individuellen Interessenssphären erkennbar ist, d. h. vom menschlichen Verstande her begriffen werden kann, kann keiner Zeit und keinen wie immer gearteten Verhältnissen der Beruf und die Eignung zur Gesetzgebung abgesprochen werden. Insoweit ist auch die Forderung Bacos unberechtigt, daß die Zeit, in welcher größere gesetzgeberische Arbeiten geschaffen werden, an Einsicht die vorhergehenden Zeiten übertreffen müßte. Vernunft ist entweder vorhanden oder nicht, wohl können ihre Träger zu verschiedenen Zeiten häufiger oder seltener sein. Wo wäre endlich die Instanz, die in der gleichen Zeit über vorhandene oder nicht vorhandene Einsicht entscheiden sollte? Wer sollte sie zusammensetzen? Doch ohne Zweifel wiederum nur Einsichtsfähige, die diese Eigenschaft zu beurteilen in der Lage wären. Wir kämen auf diesem Wege zu einem regressus ad infinitum, aber nie zu einem vernünftigen Gesetz. Wohl aber können und müssen gewissen Zeiten — und eine solche scheint mir heute in der Tat vorzuliegen — den Gesetzgeber zu besonderer Vorsicht und Prüfung im einzelnen Falle mahnen, vor allem dort, wo er nicht etwa nur den Schutt des zwölfjährigen Systems staatlich organisierten Unrechtes forträumt, sondern, wo er im Begriff steht, zugunsten neuer Ordnung mit grundsätzlichen normativen Regelungen zu brechen, die sich vor 1933 in jahrzehntelangem Bestande zum Nutzen aller Bürger bewährt haben.

Man mag über die Bedeutung des Römischen Rechts für unsere Zeit verschiedener Meinung sein — die verachtende Stellungnahme des Nationalsozialismus allein sollte hier schon nachdenklich stimmen — eine bedeutsame Funktion kann ihm auch der Gegner nicht absprechen: das dem römischen Charakter entsprechende Festhalten am bewährten Herkömmlichen ohne starre Bindung und seine überall allmähliche völlig organische Entwicklung des Rechts hat sich nicht nur auf diesem Gebiet glücklich ausgewirkt, sondern damit zum Wohl der gesamten abendländischen Menschheit. Wir wollen nicht vergessen, daß der heute so vielfach mißverständlich gebrauchte Begriff der „humanitas“ ohne jene Rechtsentwicklung nicht denkbar wäre.

\*

Der notwendige Inhalt der Gesetze ist indessen, wie angedeutet, unabhängig von Übung und Erfahrung dem menschlichen Verstande erkennbar, weil die hinter

jedem positiven Gesetze stehenden Normen, deren äußerer Fixierung wir nur im Gesetz begegnen, dem Menschen unabhängig von der Erfahrung immanent sind. (Abgesehen von den Ordnungsnormen des Polizei- und Verwaltungsrechtes.)

Gesetze im weitesten Sinne sind die naturnotwendigen Beziehungen, die aus dem Wesen der Dinge abgeleitet werden, und in diesem Sinne hat alles Seiende sein Gesetz, Gott, die Welt, der Mensch.

„Das Gesetz im allgemeinen“, sagt Montesquieu im „Geist der Gesetze“, „ist die menschliche Vernunft, insoweit sie alle Völker der Erde regiert, und die staatlichen und bürgerlichen Gesetze jedes Volkes dürfen nur die Sonderfälle sein, in denen diese menschliche Vernunft zur Anwendung kommt.“ In dieser Vernunft, die die Völker der Erde regiert, manifestiert sich der Wille des Schöpfers, der selbst als Gesetzgeber diesen Willen erkennbar macht, z. B. in den 10 Geboten. Alle Bereiche der menschlichen Kultur und des Handelns (Politik, Kunst, Wissenschaft, Religion, Kirche usw.) verfügen hiernach über ein gewisses Maß von Eigengesetzlichkeit, sind also für den Gesetzgeber nicht schlechthin bestimmtes Material, sondern werden von ihm in eben dieser Eigengesetzlichkeit bereits vorgefunden. Will der Gesetzgeber auf diesen Gebieten eingreifen, so findet er bereits Normen in Gestalt leitender Grundsätze vor, die zwar der Ergänzung oder Beschränkung zugänglich sind, die aber nie willkürlich geschaffen oder in ihrem Wesenskern geändert werden können, ohne daß sich der Gesetzgeber in Widerspruch setzen würde mit der Vernunft und dem Willen des Schöpfers. Die sogenannten Gesetze des Dritten Reiches entbehren deshalb insoweit der Schaffung von Recht, als sie im Widerspruch stehen zu diesen übergesetzlichen Normen (Recht des Individuums auf freie Meinungsäußerung, Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, Achtung der wohlverworbenen Rechte, der Kulturfreiheit der Religionsgemeinschaften, Rechtes Verhältnis zwischen Schuld und Strafe, Wahrung der Vertragstreue, auch wo auf der einen Seite der Staat selbst Vertragspartner ist usw.) und nicht ein besonderer Rechtfertigungsgrund, der aber wiederum nur dem Vernunftbereich der übergesetzlichen Norm entnommen werden kann, eine Ausnahme zuläßt.

Eine relativ sichere Erkenntnisquelle für die Übereinstimmung des zu setzenden Rechtes mit diesen Normen ergibt die vergleichende Analyse des „Gesetzgebungswerkes“ des Dritten Reiches — exempla docent!

So sicher es auf der einen Seite ist, im Interesse der Rechtssicherheit, daß nicht der Richter des ordentlichen Rechtszuges diese Übereinstimmung zu prüfen hat, ebenso sicher ist es im Interesse der Gerechtigkeit, daß der rechtsstaatliche Gesetzgeber diese Prüfung vor Schaffung solcher Gesetze vorzunehmen hat, die möglicherweise mit jenen Grundsätzen kollidieren könnten.

\*

Dies gilt auch für die gerade zur Zeit so lebhaft erörterte Frage der zukünftigen Gerichtsverfassung, des Aufbaues des Instanzenzuges und der Gestaltung des letzten Rechtsmittels, bisher Revision genannt. Die in dieser Richtung auszusprechenden Bemerkungen sollen sich nur auf die strafrechtliche bzw. strafprozessuale Seite der Frage beschränken. Strafprozeß und Gerichtsverfassung gehören zu den vom Gesetzgeber geschaffenen Mitteln, um die bereits in die Erscheinung getretenen Spannungsverhältnisse im gesellschaftlichen Leben, sowie entstandene Konflikte zwischen Trägern verschiedener Interessenssphären im befriedigenden Allgemeininteresse zu lösen, und zwar vornehmlich im Wege richterlichen Urteils. Da im Prozessverhältnis einer der Beteiligten, nämlich der Staat, gegenüber dem anderen Beteiligten, dem Angeklagten, schon kraft seiner Stellung eine natürliche Überlegenheit besitzt, entspringt es allein der Vernunft, die Stellung des Angeklagten zu kräftigen durch alle Rechtsgarantien, Rechtsbehelfe und Rechtsmittel, die geeignet sind, seine an sich schon schwächere Position zu stärken und damit dem Ziele jeder Rechtspflege näherzukommen: der Gerechtigkeit.

In der Pflicht der Gerechtigkeit erhebt die Würde jedes einzelnen Mitmenschen den Anspruch an uns, das Leben als eine reine Erscheinung des Ewigen zu begreifen. Durch die Pflicht zur Gerechtigkeit wird der Mensch aus seiner Vereinzelnung gelöst und in den Individualbereich seiner Mitmenschen eingeordnet. Das Prinzip

der Gerechtigkeit läßt die Interessen der anderen als Teil des eigenen Lebenszweckes erscheinen und verbindet so die Interessen aller zu einem Reich der Zwecke, dem auch die Rechtsordnung eingegliedert ist.

\*

Wenn also der Gesetzgeber vor der bedeutsamen Frage steht, wie das letzte Rechtsmittel zu gestalten ist, so kann die Antwort hierauf nur erteilen seine gesunde Urteilskraft, die das Ergebnis der historischen Überlegung und der Vernunft ist. Die historische Betrachtung wird ihm in Erinnerung rufen, daß die Entwicklung dieses Rechtsmittels sich vollzogen hat unter dem Gesichtspunkt der Einheit und Gerechtigkeit. Dieses letzte und in den meisten Fällen einzige Rechtsmittel (gegen die Urteile der Strafkammer und des Schwurgerichtes gibt es keine Berufung, sondern ausschließlich Revision) muß also so beschaffen sein, daß es diesen beiden Aufgaben zugleich dient. Wenn in der heutigen Diskussion die Forderung erhoben wird, das letzte Rechtsmittel einer Instanz zu übertragen, die ohne Akten, d. h. Kenntnis des Sachverhaltes nur über die ihrer Kognition unterbreitete Rechtsfrage zu entscheiden hat, oder etwa dieses letzte Rechtsmittel der Cassation des Französischen Rechtes anzupassen (schon Feuerbach hat seine warnende Stimme hiergegen erhoben), so wird hierbei völlig der organische Zusammenhang mit der geschichtlichen Entwicklung übersehen. Von der Nichtigkeit der Beschwerde des gemeinen Deutschen Prozeßrechts, die der Korrektur materiellen und prozessualen Unrechts diente, geht der Weg über manche Unebenheiten des Preussischen Rechtsmittelsystems, das vorübergehend den Gedanken der Rechtseinheit in den Vordergrund stellte, zur reichsrechtlichen Revision, die, Rechtseinheit und Gerechtigkeit verbindend, durch die Rechtsprechung des früheren höchsten Deutschen Gerichtes immer mehr zu einem bedeutsamen Instrument der Gerechtigkeit wurde. Hier findet der Gesetzgeber die Grundlage, auf der es gilt, weiterzubauen. Neben dem Gedanken der Rechtseinheit steht gleichwertig als Aufgabe des letzten Rechtsmittels die Verwirklichung der Gerechtigkeit. Gerade diese Aufgabe hat in der letzten Zeit der Oberste Gerichtshof für die britische Zone immer wieder betont. Diese Aufgabe aber kann der mit der Handhabung des letzten Rechtsmittels betraute Gerichtshof nur erfüllen, wenn er imstande ist, auf Grund der Kenntnis des ganzen Falles den Begriff der Rechtsnormverletzung in einem Maße auszudehnen, das nicht nur dem notwendigen formellen Interesse der Einheitlichkeit dient, sondern auch in gleicher Weise ein gerechtes Ergebnis in der Sache selbst ermöglicht. Erfahrungssätze, Denk- und Auslegungsregeln, Verwendung formelhafter Begriffe an Stelle nachprüfbarer Tatsachewürdigung, unvollständige und widerspruchsvolle Entscheidungsgründe müssen der Nachprüfung im letzten Rechtsmittel um so mehr zugänglich sein, als erfahrungsgemäß auf diesen Gebieten die Hauptfehler in den Urteilen der Vorinstanz liegen. Alle Fehler auf diesem Gebiete, die rechtsgrundsätzlicher Natur sind — insoweit natürlich auch auf dem beinahe für den Angeklagten noch wichtigeren Gebiete der Strafzumessung — müssen die Möglichkeit zur Beseitigung des Urteils geben. Nur im Rahmen dieser Möglichkeit hat der Angeklagte die Garantie, daß das Prozeßverfahren dem Ziele der Gerechtigkeit zustrebt. Ich erinnere hier an das Wort eines unserer größten deutschen Prozeßlehrer, Wach, über die Aufgaben der Revision:

„Das Rechtsmittel (die Revision) bezweckt nicht Aufstellung von Rechtsanschauungen, abstrakten Rechtssätzen, sondern die Nachprüfung und evtl. Änderung in der Sache selbst. Daher dient es nicht nur der Rechtseinheit, sondern zugleich der konkreten, gerechten Rechtsprechung.“

\*

Daß die deutsche Rechtseinheit nicht von 17 oder mehr Oberlandesgerichten gewahrt werden kann, sondern es dazu einer Zentralinstanz bedarf, liegt auf der Hand und braucht nicht näher ausgeführt zu werden.

Daß in der Hand von ebensoviel Oberlandesgerichten, die schon in der Frage der Aufgaben des letzten Rechtsmittels verschiedener Ansicht sind, nicht die Garantie „der konkreten gerechten Rechtsprechung“ im Sinne Wachs gegeben ist, wird

jedem sofort klar, wenn er die oft vortrefflichen aber völlig untereinander abweichenden Entscheidungen dieser Gerichte in den letzten drei Jahren vergleicht, und zwar in Rechtsfragen, die tagtäglich über Freiheit, Ehre und Leben zahlreicher Staatsbürger entscheiden. Daß dieser Aufgabe ebenfalls nur eine Zentralinstanz dienen kann, auf Grund aktenmäßiger Kenntnis des Falles (man denke nur an die unzähligen immer wiederkehrenden Verstöße gegen Schutzgarantien des Angeklagten in der Prozeßordnung) erhellt schon allein aus der Überlegung, daß nur eine Instanz hier die richtige Entscheidung im Sinne materieller Gerechtigkeit mit einiger Wahrscheinlichkeit treffen kann, die aus dem gesamten Gebiete des gleichen Rechtes die gleichen strittigen Rechtsfragen vorgelegt erhält und so imstande ist, aus dieser Fülle des gleichen Rechtsstoffes zu immer klareren rechtsgrundsätzlichen Entscheidungen zu gelangen. Je größer der Überblick der letzten Rechtsmittelinstanz über die wirtschaftlichen, sozialen und anderen tatsächlichen Verhältnisse ihres Zuständigkeitsgebietes ist, je reicher ihr das Material fehlerhafter Rechtsanwendung zufließt aus möglichst ausgedehntem regionalem Sektor, um so größer ist die Wahrscheinlichkeit für sachlich richtige Fortentwicklung des Rechtes im Sinne seines letzten Zieles: Der Gerechtigkeit. Jede andere Gestaltung dieses Rechtsmittels, die diese Grundsätze außer acht ließe, würde die deutsche Rechtsentwicklung um zwei Jahrhunderte zurückwerfen.

*Paul Stamford:*

## Kreuzzug für eine Weltregierung

In einer Kundgebung in Hamburg, zu der von allen an einer Weltfriedensbewegung interessierten Organisationen eingeladen worden war, sprach Lord Beveridge, der, wie er so schön sagte, „die volle Weltsicherung zu seinem persönlichen Ziel“ gemacht hat und nun die ganze Kraft seiner Persönlichkeit daran setzt, alle anderen Menschen auch zur Hingabe an diese große Aufgabe zu bewegen. Wenn man nach den überfüllten Sälen und dem starken Applaus urteilen darf, mit dem die Rede Beveridges unterstrichen wurde, dann hat der „Kreuzzug“ bereits einen vielversprechenden Anfang genommen. Bei dem hohen Ziel und den Schwierigkeiten, die auf dem Wege zu diesem Ziel liegen, wollen wir uns jedoch nicht Illusionen hingeben. Aber wir pflichten auch hier dem greisen Vorkämpfer für Weltfrieden bei, daß es sich um ein unmittelbares, ein naheliegendes Ziel handelt und daß wir vor den Schwierigkeiten das große Unternehmen nicht aufgeben dürfen.

Beveridge entwickelte das Programm einfach und klar, und wir wollen hier die wesentlichen Punkte wiedergeben. Vier Grundsätze stellte er auf: 1. Der Krieg muß gänzlich abgeschafft werden, damit auch die Furcht davor verschwindet; 2. als positive Alternative muß an Stelle des Krieges Gericht und Polizei geschaffen werden; die friedliche Vermittlung zwischen sich streitenden Ländern muß freiwillig oder auch zwangsweise geschehen; 3. als Autorität ist eine Weltregierung zu errichten, die stärker als irgendwelche Staatsregierungen ist; 4. es muß eine föderalistische Organisation sein zur Aufteilung der Aufgaben zwischen Weltregierung und Staatsregierungen.

Gegenwärtig besteht noch keine Grundlage einer Weltregierung. Wie kommen wir zu einer solchen? Es gibt drei Wege: über die UNO, mit Hilfe der Vereinigten Europa-Bewegung oder durch einen Kreuzzug für die Weltregierung.

Die UNO ist zur Zeit wirkungslos; denn das Vetorecht der Mitgliedstaaten nimmt ihr alle wirkliche Macht. Sie könnte zwar als Basis der Weltregierung dienen, doch wäre dazu eine Änderung ihrer Verfassung und ein Gesinnungswandel ihrer Mitglieder nötig. — Die Europäische Bewegung (in der Churchill eine Hauptfigur ist) macht praktische Fortschritte und, so sagte Beveridge, ihre Arbeit ist uns willkommen. Aber sie ist keine Gesamtlösung und kann den Weltkrieg nicht verhindern. Unser Ziel bleibt die Weltregierung, die allein eine volle Weltsicherung ermöglicht. Der „Kreuzzug“ dafür ist ein unmittelbarer Angriff auf die Gleichgültig-

keit und Hoffnungslosigkeit der einzelnen Staatsbürger. Die nächsten Phasen der Entwicklung sind: Unmittelbare Wahl von Vertretern für eine Völkerversammlung, die 1950 zusammentreten soll. Diese hat die Aufgabe, eine Verfassung der Weltregierung zu beraten.

Die schwierigste Frage, vor der wir alle stehen, ist: Was ist mit der Sowjetunion zu machen? Auch die Russen können nicht den Krieg wünschen; leider aber scheinen sie etwas zu begehren, das ohne Krieg nicht zu haben ist. Je größer der Erfolg unseres „Kreuzzuges“ sein wird, desto besser werden wir auch die russischen Völker überzeugen können. Wir verhehlen uns nicht die Schwierigkeit der Aufgabe, aber die Weltregierung gibt eine bessere Möglichkeit einer Lösung als alles andere. Wir halten auch für die Sowjetunion den Platz frei. Wir bilden keine Allianz gegen irgendein Land, wir schließen uns zu einem „Bund der Menschheit gegen den Krieg“ zusammen. —

Unter den anderen Rednern, die auf dieser Kundgebung sprachen, sei vor allem Prof. Domagk erwähnt, der eindringlich klarlegte, daß der Vernichtungskampf nicht nur mit den Waffen aufhören muß, sondern ebenso auch mit den wirtschaftlichen Mitteln, und es war besonders angebracht, aus dem Munde des Nobelpreisträgers für Medizin zu hören, daß der Wirkung der Wissenschaft für das Wohlergehen der Menschen enge Grenzen gezogen sind, wenn nicht Wirtschaft und Politik den Weg freilegen.

Diese Erkenntnis hat viele Wissenschaftler von hohem Rang dahin geführt, sich für diese politische Bewegung einzusetzen, und sie haben, mit Albert Einstein an der Spitze, den Aufruf zum Handeln für die friedliche Schaffung einer Weltregierung unterzeichnet.

*E. E. Blencke, New York:*

## **Der Kampf um Trumans Fair Deal**

Die Hoffnungswelle, die nach Trumans Wahlsieg am 2. November 1948 mehr Millionen als die einundzwanzig seiner Wähler belebte, ist in der Nacht vom 17. zum 18. März einer Welle der Verzweiflung und Empörung gewichen, bei allen, die für Gleichheit aller vor dem Gesetze kämpfen.

In dieser Nacht kamen die Obstruktionsreden zu Ende, die 16 Tage lang die Tätigkeit des Senats lahmgelegt hatten, als Revolte der Demokraten des Südens gegen Trumans Programm der Bürgerrechte. Die Gegner Trumans hatten in dieser Nacht nicht etwa ihre Redekraft von selber erschöpft, sondern bei den Versuchen, Schluß der Debatte zu erreichen, wurde ein sogenannter Kompromiß über die Auslegung der Regel 22 des Senats-Sitzungsstatuts angenommen. Diese Regel 22 war im Jahre 1917 dem Sitzungsstatut eingefügt worden. Sie sollte eine Waffe gegen die Methode der Obstruktionsreden (Filibuster) sein. Solche hatten damals die Tätigkeit des Senats gelähmt, als ein Gesetz zur Bewaffnung der Handelsschiffe gegen deutsche U-Boote vorgeschlagen war. Nun zeigten die diesjährigen Debatten, daß die Reformer von damals eine Kautschukbestimmung geschaffen hatten. Sie hatten erstens offengelassen, ob die geforderte Zweidrittelmehrheit von der Gesamtzahl der Senatoren — 64 von 96 — oder von der Zahl der anwesenden Senatoren zu berechnen sei. Außerdem war nicht klar, ob sie bedeutete, daß Schluß der Debatte gegen einen Antrag zur Beratung eines Gesetzes oder gegen einen Antrag zur Annahme eines Gesetzes beschlossen werden konnte.

Mit den Stimmen von 29 Demokraten und 34 Republikanern gegen 15 Demokraten und 8 Republikaner einigte man sich darauf, daß der Filibuster beendet werden muß, wenn 64 von 96 Senatoren für Schluß der Debatte stimmen, außer wenn die Änderung dieser Regel selber zur Debatte steht. Praktisch bedeutet diese Regelung einen Vorteil für die Gegner des Bürgerrechts-Programms Trumans; denn bei dem heutigen Charakter des Senats ist es ziemlich hoffnungslos, eine solche Mehrheit zustande zu bringen, wenn es sich um diese so heiß umstrittenen Gesetze handelt, die

von den Demokraten der Südstaaten von jeher durch den Filibuster bekämpft werden. Dieser Kompromiß öffnet sogar denjenigen eine Hintertür, die sich zwar nicht offen als Gegner der fortschrittlichen Bürgerrechts-Gesetze kennzeichnen wollen, aber doch gern bereit sind, ihre Annahme zu hintertreiben. Unter Berufung auf die Regel 22 können die Republikaner, die sich mehrheitlich für Trumans Forderung auf Beseitigung der Vorrechte der Weißen im Süden ausgesprochen hatten, das Zustandekommen der dazu nötigen Gesetze verhindern helfen. Es war ein dramatischer Augenblick, als nach seiner Rede Walter White, der Vorsitzende der Nationalen Vereinigung für den Fortschritt der Farbigen, sagte, daß nun sicher fünf bis sieben Republikaner mehr sich den südlichen Demokraten anschließen werden und damit die Hoffnung, für eine bessere Gesetzgebung für die Neger im Süden erst einmal wieder zunichte gemacht worden ist.

\*

W. H. Lawrence berichtet in den „New York Times“ vom 6. 3. unter der Überschrift: Die Republikaner im Kongreß ergreifen ihre Taktik für die 1950er-Wahlen, das folgende private Eingeständnis eines Republikaners:

„Als Minderheitspartei müssen wir eine opportunistische Rolle spielen. Wir haben nicht die genügenden Stimmen, um unser eigenes Programm durchzudrücken. Wir können jedoch eine positive Rolle spielen, wenn die Maßnahmen, die wir auch begünstigen, von genug Demokraten gestützt werden, so daß sie durchgebracht werden können... Wenn wir jedoch heute ein eigenes Programm aufstellen würden, so würde es als ein republikanisches Programm gekennzeichnet sein und als solches manche unserer demokratischen Freunde vor den Kopf stoßen.“

Im Lichte dieses Eingeständnisses sehen wir die Vorgänge der vergangenen Tage im Senat noch unter einem besonderen Gesichtswinkel. Es fragt sich, ob die opportunistische Haltung des Zusammengehens der Republikaner — der Partei, die im Süden als Träger der Tradition Lincolns gewertet wurde — mit den 19 Dixiekraten in dem Augenblick, wo diese gegen die Ausbreitung der Bürgerrechte auf Neger filibustern, eine weise Haltung ist. Zwar ist im Augenblick ein Erfolg errungen. Wird er aber von Dauer sein? Bis zu Franklin D. Roosevelt sind in den gesamten USA die Negerstimmen zu den Republikanern gegangen. Dann begannen sie im Norden, sich den Demokraten zuzuwenden. Daß Truman sich entschloß, den Bruch in der demokratischen Partei wegen des Bürgerrechts-Programms zu wagen, brachte ihm viele Negerstimmen. Die Zukunft wird den Demokraten mehr bringen.

Nach der Niederlage des republikanischen Präsidentschaftskandidaten Dewey wurden viele Spekulationen darüber angestellt, warum sie erfolgt sei. Die richtige Erklärung ist wohl, daß die Republikaner es nicht verstanden hatten, fortschrittliche Ideen in ihr Programm aufzunehmen. Nun sehen wir sie nicht nur sich einigen und sich beleben im Kampf gegen Mietenkontrolle und gegen eine vernünftige Arbeitergesetzgebung. Wir sehen sie auch noch ein Bündnis eingehen mit den rückschrittlichsten Gruppen der Demokraten. Das wird sich bei den Wahlen 1950 auswirken, bei denen das Repräsentantenhaus und ein Drittel des Senats neu gewählt werden..

Oder stehen wir am Beginn einer Umschichtung der Parteien? Senator Wayne Morse, Republikaner von Oregon, schrie nach der Abstimmung den Senatoren zu:

„In Wirklichkeit hat sich heute nacht hier eine neue Partei gebildet. Es wird interessant sein zu beobachten, ob diese Koalition weiter bestehen bleibt über die Auslegung der Regel 22 hinaus, ... ob sie nur ein Vorspiel darstellt, zu der Behandlung, die Kernstücke der sozialen Gesetzgebung im Kongreß erfahren werden.“

Präsident Truman sagte in einer Pressekonferenz, die Ereignisse hätten gezeigt, daß es drei Parteien im Senat gäbe, die Republikaner, die Demokraten und die Dixiekraten, womit er die Demokratische Partei praktisch nicht mehr als einheitliche Partei bezeichnet. (Dixiekraten ist der Name für die unter Gouverneur J. Strom Thurmond von South Carolina als Präsidentschaftskandidaten gegen Truman wegen



**dessen Bürgerrechte-Reform opponierenden Demokraten. Es spielt an auf die Mason-Dixie-Linie, die, zwischen den Staaten Pennsylvania und Maryland beginnend, nach Westen laufend, die USA teilt, so daß südlich von ihr gerade alle die Staaten liegen, die in der Negerfrage rückschrittlich sind. Man nennt den Süden darum oft Dixie als Symbol der weißen Vorherrschaft.)**

\*

Ohne daß wir die Bedeutung der Niederlage, die Trumans Politik erlitten hat, herabsetzen wollen, lassen uns doch die Hinweise auf die Motive der Dixiekraten und der Republikaner erkennen, daß sich hier nur das wiederholt, was Roosevelt in den vier Präsidentschaftsperioden immer wieder erfahren hat; seine Politik wurde behindert durch einen ihr in der Mehrheit feindlichen Kongreß. Es ist durchaus möglich, daß bei den Wahlen 1950 in diese Situation eine Bresche geschlagen wird. Das Drängen der Demokraten auf Schluß der Debatte im Senat, das sich nach der Nacht vom 17. zum 18. März als kurzsichtig ansah, weil ein sich Totlaufen des Filibusters nicht die Zukunft mit einem so verhängnisvollen Erbe wie dem geschlossenen Kompromiß belastet hätte, würde sich dann als eine erfolgreiche Methode erweisen. Den Wählern, deren gesundes Urteil die Truman-Wahl bewiesen hat, ist so ein neues Anschauungsmaterial darüber erteilt, wer für Fortschritt und wer dagegen ist.

\*

Es wäre falsch, diese Ausführungen über die vergangenen Kämpfe im Senat abzuschließen, ohne inhaltlich auf die Teile der Gesetzgebung einzugehen, die die Dixiekraten zum Filibuster veranlaßten.

Die Kernstücke sind: Abschaffung der Wahlsteuer. (Noch heute ist in Alabama, Arkansas, Mississippi, Süd-Karolina, Tennessee, Texas und Virginia die Zulassung zur Wahl abhängig von der Entrichtung einer Kopfsteuer. Das betrifft sowohl arme Weiße wie arme Farbige.) Ein Bundesgesetz gegen das Lynchen. Ein Bundesgesetz gegen die Benachteiligung eines Menschen bei der Arbeitssuche wegen seiner Hautfarbe (Fair Employment Practice Law).

Die Debatte im Senat begann damit, daß die Dixiekraten zur Verteidigung ihres Standpunktes Senator Walter F. George von Georgia vorschickten: Seine Ausführungen kennzeichnen treffend die Mentalität dieser Vertreter der Vorherrschaft der Weißen im Süden; u. a. sagte er:

„Wir beginnen eine denkwürdige Debatte. Das Prinzip der Mehrheit ist keines, das im Senat herrscht, wo der kleinste Staat die gleiche Vertretung hat wie der größte. (Jeder Staat sendet 2 Senatoren in den Senat. So haben der Staat Nevada und New York dieselbe Anzahl von Senatoren, obgleich New York 125-mal so viele Bewohner hat als Nevada, E. E. Bl.) Wenn Sie davon Abstriche machen, so beschneiden Sie die Rechte der Einzelstaaten. Unsere ganze Verfassung ist eine direkte und beabsichtigte Beschränkung der Macht der Mehrheit. Sprechen Sie nicht den Einzelstaaten das Recht ab, hier gehört zu werden.“

Dann argumentiert er gegen die drei erwähnten Gesetze, über die die Südstaaten ihre besonderen Auffassungen besitzen. Seine Argumentation gegen die Wahlsteuer ist nicht bedeutsam, wohl weil er aus Georgia kommt, wo sie bereits abgeschafft ist und er auch an seine Wähler denken muß. Nun aber die anderen Gesetze:

„Keine politische Partei kann einen ehrlichen Mann finden, der für Maßnahmen stimmt, die er für verfassungswidrig hält. ... Das Antilynchgesetz würde bedeuten, daß die Bundespolizei totale und absolute Gewalt in den Einzelstaaten erhielt. Das Gesetz, daß jemand nicht, weil er Neger ist, von einer Arbeitsstelle fortgeschickt werden kann oder ihm eine solche vorenthalten werden kann, würde eine völlige Beschneidung eines fundamentalen Rechtes jedes Amerikaners sein, nämlich, daß jeder sich seine Gefährten nach seinem Wunsche wählen kann. ... Jeder Senator hat daher ein Recht, gegen die vorgeschlagenen Gesetze zu stimmen, von denen er mit all seiner Seele und seinen tiefsten Grundsätzen überzeugt ist, daß sie eine Beleidigung für die Amerikanische Verfassung und gegenüber den ältesten und besten Traditionen in unserem Lande darstellen.“

Wir sehen, daß es hier um einen erbitterten und geschickt verbrämten Kampf um Vorrechte geht, verbrämt mit dem Kampf um die Souveränität der Einzelstaaten gegenüber der Bundesregierung.

\*

Die Annahme der genannten Gesetze durch die Bundesregierung hätte für die Gleichstellung aller vor dem Gesetz, unbeschadet ihrer Hautfarbe, einen großen Fortschritt bedeutet. Diese Entscheidungen sind erst einmal wieder verschoben und das kann nicht stark genug bedauert werden. Es muß aber für Beobachter außerhalb der Vereinigten Staaten von Nordamerika hinzugefügt werden, daß das Versagen im Senat nicht bedeutet, daß damit in den Einzelstaaten der Kampf selber verschoben ist. Bei dem so schwierigen Problem der Rassenfragen, wo nur ein Hand-in-Hand-gehen von politischen Erfolgen und erzieherischen Einwirkungen von Mensch zu Mensch Fortschritte bringen können, ist der Kampf innerhalb der Einzelstaaten selber sehr wichtig.

Während der Tage, als die Presse über das Blockieren von Trumans Vorschlägen im Bundesmaßstab berichtete, wurden Fortschritte im Kampf für die Neger in Einzelstaaten erzielt.

Im Staate Alabama, einem der schlechtesten, saß Anfang März zum ersten Male ein Neger als Geschworener im höchsten Gericht des Staates Alabama in einem Prozeß gegen einen Weißen.

Im Staate New Jersey hat das Staatsparlament am 16. 3. ein Gesetz angenommen und dem Gouverneur zur Unterschrift überreicht, das die unterschiedliche Behandlung von Negern in Hotels, Restaurants und an Vergnügungsstätten verbietet. Eine Geldstrafe bis zu 500 Dollar und eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr werden für Übertreter des Gesetzes festgesetzt. Es ist zu erwarten, daß Gouverneur Dyiscoll unterzeichnet.

*Rudolf Küstermeier / Derrick Sington:*

## Die Tore öffnen sich

Am 15. April 1945 wurde das KZ Bergen-Belsen durch englische Truppen befreit. Der Leiter der englischen Einheit, die als erste das Lager betrat und sich ein ungeheures Verdienst um die dort vorgefundenen Menschen erworben hat, hat über seine und seiner Kameraden Tätigkeit einen Bericht \*) geschrieben, dem Rudolf Küstermeier ein Kapitel eingefügt hat: „Wie wir in Belsen lebten“. Hier bringen wir einige Auszüge; denn wir dürfen diese Dinge nicht totschweigen.

In der ganzen Welt gibt es Menschen, die fürchten, das Opfer eines Propagandaapparates zu werden, wenn sie über deutsche Konzentrationslager hören. Und sie haben recht, sich gegen Übertreibungen zu wappnen, wenn sie die Wahrheit suchen. Offenbar gibt es eine tief verwurzelte Überzeugung, daß menschliche Wesen, gleichgültig welchen Landes oder welcher Rasse, nicht solcher Greuel und Grausamkeiten schuldig sein können, wie sie jetzt der Welt enthüllt worden sind.

Millionen von Männern, Frauen und Kindern haben unter diesem System gelitten. Sie haben nicht nur davon gehört oder zugesehen, sie haben es erlebt, und die Überlebenden spüren es an ihren Leibern noch jetzt, wo alles vorbei ist. Ich selbst habe dieses System zwölf Jahre lang ertragen — seit 1933. Darf ich Ihnen davon berichten, auch den Zweiflern unter Ihnen? Ich denke, Sie werden es mir erlauben, nachdem ich Ihnen ein kleines Geständnis gemacht habe: Viele von uns, die Opfer des SS- und Gestapo-Systems gewesen sind, können jetzt selbst kaum glauben, daß wir die Dinge, die wir erinnern, wirklich erlebt haben. Nicht Sie allein, Leser und Zuhörer, möchten sich weigern, die Möglichkeit solcher Unmenschlichkeit und Verurtheit einzuräumen, sondern selbst wir, die wir dies alles erlebt und viele Jahre ertragen haben, sind versucht, jetzt zu denken: „Nein! Diese Dinge können nicht wirklich geschehen sein.“ Aber, ach — sie sind geschehen...

\*) Derrick Sington: „Die Tore öffnen sich“. Hamburger Kultur-Verlag. 183 Seiten, 8 Photos.

In den Güterwagen, mit denen wir gerest waren, hatten wir zu 80 oder 100 zusammengepfercht 30 Stunden lang gestanden. Dann waren wir 6 Kilometer marschiert. Und nun standen wir wieder. Schließlich durften wir die Baracken betreten. Sie waren innen nicht anders als außen. Es gab keine Betten, keine Stühle, keine Bänke und kein Licht. Die Fenster waren zerbrochen, und es gab weder Strohsäcke noch Stroh zum Liegen. Da war nur der schmierige Fußboden, und der Regen kam durch das Dach. Man sagte uns, daß wir die nächsten zwei bis drei Tage nichts zu essen bekommen würden, weil die Küche für die Neuankömmlinge nicht ausreichten. Wir schliefen, wie Heringe aneinandergedreht, auf dem Fußboden. Es gab keinen Platz, sich umzudrehen oder auszustrecken. Mitten in der Nacht erwachte ich von einem scharfen Schmerz in der Magengegend. Jemand hatte mir auf den Bauch getreten. . . .

Und der Tod war eifrig am Werk. Eines Tages kam ein Transport aus Groß-Rosen in Schlesien. Fast 3000 Männer waren zwölf Tage lang in Güterwagen eingeschlossen gewesen, ohne Speise oder Trank, bis zu hundert in einem Waggon. Als die Türen der Waggons geöffnet wurden, wurden mehr als 800 Leichen gefunden. Die meisten der anderen konnten weder gehen noch stehen. Die Überlebenden wurden in eine Stallbaracke geschafft, die zwar für sie frei gemacht, aber nicht gereinigt worden war. Dort wurden sie in Schmutz und Mist sich selbst überlassen, weil sie als typhusverdächtig betrachtet wurden.

Ein paar Tage später wurde die Stallbaracke gesäubert. Es lebten noch etwa zweihundert Männer. Sie wurden in die Lazarettblocks gebracht. Die anderen gingen den gleichen Weg wie ihre achthundert Kameraden vor ihnen — ins Krematorium. . . .

Es sah so aus, als ob wir alle sterben müßten. Wir saßen überlegend und diskutierend zusammen, aber wir fanden keinen Ausweg. Plötzlich hörte ich, als wir beieinandersaßen, das leicht erkennbare Gebrüll eines SS-Mannes. Er hatte einige Gefangene dabei überrascht, wie sie Bretter von ihren Betten im Ofen verbrannten. Die Männer antworteten ihm, daß sie vor Kälte umkommen würden. „Aber ihr seid hier zum Verrecken!“ rief der SS-Mann, „zum Verrecken, und sonst nichts!“ . . .

Ein paar Tage nach unserer Befreiung kam ich in eine verlassene Baracke des Lagers. Auf dem Boden lagen einige alte Zeitschriften. Als ich in einer von ihnen blätterte, fand ich einen Satz der wunderbar die Idee zum Ausdruck brachte die, hinter allem stand, was in jenen Tagen von englischer Seite zur Linderung unmenschlichen Leidens getan wurde:

„Unser höchstes Gesetz ist die Liebe“

Und wo fand ich diesen Ausspruch? Ich fand ihn in schönen Lettern gesetzt, über eine ganze Seite gedruckt, in einer alten Ausgabe von — Himmlers Monatsschrift für die SS.

Rudolf Küstermeier.

\*

Gegen Ende unseres zweiten Tages in Belsen hatten wir die Nationalitätengruppen im Lager ermittelt. Etwa 25 000 von den 40 000 Insassen waren Frauen, und von diesen waren einige 18 000 ungarische, polnische, rumänische, tschechische und deutsche Jüdinnen. Sie stellten einen Teil der Überlebenden des europäischen Judentums dar und waren in aller Eile in Belsen hineingepfercht worden, als die Deutschen durch das Vorrücken der alliierten Armeen aus Ost und West gezwungen wurden, das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau in Polen und die Dutzende von Arbeitsklavenlagern in Schlesien und Nordostdeutschland zu evakuieren. Der größte Teil dieser jüdischen Frauen stellte die einzigen Überlebenden von Familien dar, die in den Gaskammern von Birkenau und Treblinka umgekommen waren. Außer den Jüdinnen waren noch 2000 Russinnen in Belsen. Diese Russinnen waren fast alle „Meuterer“. Sie waren Zwangsarbeiterinnen, die aus ihrer Heimat verschleppt worden waren und gegen ihre deutschen Herren aufgemuckt hatten. . . .

Die 15 000 Männer des Lagers fielen im großen und ganzen unter die gleichen Gruppen: Juden, Meuterer und politische Gefangene; unter den letzteren befanden sich einige Deutsche, die es fertiggebracht hatten, zurückzubleiben, als die 600 Deutschen in Belsen von der SS davongetrieben wurden.

Das waren die Lebenden in Belsen, von denen mehr als ein Viertel im Laufe der nächsten vier Wochen sterben sollte.

An diesem zweiten Tage entdeckten wir auch die zahlreichen Toten.

Die SS hatte die größten Anstrengungen gemacht, sich der vielen Tausende von Leichen vor Ankunft der Engländer zu entledigen. Mehrere Tage lang wurden diejenigen Gefangenen, die dazu körperlich noch imstande waren, zu Beerdigungskommandos zusammengestellt, die die Leichen aus dem ganzen Lager auf einer sandigen Lichtung in der Südwestecke des Lagers zusammentrugen. Vier Gefangene mußten jeweils Kleidungssetzen an Hände und Füße eines jeden Leichnams binden und ihn, zwei am Kopf- und zwei am Fußende, Hunderte von Metern fortschleppen. Im allgemeinen gab die SS der Verbrennungsmethode den Vorzug, weil sie keine Spuren hinterließ, und die erste große Leichenansammlung wurde zu einem gewaltigen Scheiterhaufen. Eisenbahnschwellen und Leichen wurden schichtweise aufeinandergelegt und vor der Entzündung mit Benzin durchtränkt. Aber trotz dieser Bemühungen hatte das Problem der zunehmenden Leichenhügel die SS überwältigt, so daß nach unserer Ankunft im Lager 10 000 unbeerdigte Leichen auf dem Boden lagen. . . .

Am zweiten Tage unseres Aufenthalts in Belsen wurde jedoch der Anblick der Sterbenden womöglich noch herzerreißender als der der Toten.

Gegen Mittag sah ich einen Mann in schäbigem blauen Anzug, dessen Rockkragen aufgeschlagen war, langsam dorthin gehen und niedersinken. Sein Gesicht war halb vom Hut verdeckt, und er lag mit ausgestrecktem Arm auf der Seite. Jedenfalls war er an jenem Punkt des steten Abgleitens angelangt, das, falls er nicht Glück hatte, in einen ruhigen Tod vor Hunger und Schwäche führen würde.

Wenn man durch das Lager ging, bemerkte man Dutzende dieser ausgesreckten Männer. Sie lagen meist am Rande der Hauptstraße, weil sie von dort nicht so weit zum Wasser hatten, das nun an verschiedenen Punkten einem Schlauch entnommen werden konnte, der die Straße entlanggelegt worden war. Vielleicht wählten sie diese Stelle auch, weil sie nahe bei den Küchen lag und sie hoffen konnten, sich über die kurze Entfernung bis zur Nahrungsquelle hinzuschleppen. Vielleicht auch nur deswegen, weil diese Böschung den Mittelpunkt des Lagers bildete, so daß sie ein Freund dort leichter finden und ihnen Hilfe bringen konnte.

Diese Männer zu retten versuchen, ihnen einem nach dem andern Nahrung einzuflößen, ja sie nur nach ihrem Namen zu fragen, dazu hätte es mindestens der zehnfachen Anzahl von Hilfskräften bedurft, die in jenen ersten Tagen tatsächlich in Belsen anwesend waren. Und viele von ihnen waren selbstverständlich schon an einem Punkte angelangt, wo ihnen niemand mehr helfen konnte. . . .

Am 29. April fuhren wir nach Lüneburg. Die steilen, rotziegeligen Dächer glühten im Frühlingssonnenschein, und Massen von Flieder wogten über den Hecken. Auf den Feldern grasten die schwarz-weißen Kühe und die Kirchen von Lüneburg zeigten die grünen Kupfertürme des wunderschönen Deutschland, das ich vor achtzehn Jahren hatte kennengelernt.

Wie war das friedliche Landgebiet geschändet worden. Der Geruch verbrannten Leders und brennender Kiefern war noch in meinem Gedächtnis.

Eine Frau stürzte aus einem Bauernhaus und hielt meinen Wagen an.

„Können Sie uns nicht helfen?“ fragte sie. „Die Russen schlachten unsere Hühner und Schweine und verlangen Kleider und Möbel.“ Ich gab Gas und fuhr weiter.

Ich dachte an die Tausende von Männern und Frauen, die tot oder verkrüppelt in den Blocks des Konzentrationslagers und in den Baracken der Panzerausbildungsschule lagen. . . .

\*

Aus den Geschehnissen in Belsen aber sollten recht viele Deutsche die tiefere Einsicht gewinnen, weshalb sie ihre Heime und ihren Besitz verloren und weshalb es ihnen an Kleidern und Nahrung mangelt. Es sollte sie auch verstehen lehren, weshalb die Welt diejenigen Deutschen nicht bedauern kann, die sich allzu laut beklagen, daß sie Opfer einer „schrecklichen Ungerechtigkeit“ seien. Viele Tau-

sende von Männern und Frauen in allen Ländern der Welt wollen bei der Wiederersterhebung Deutschlands als friedliches und gedeihendes Land mithelfen. Aber es gibt sehr wenige unter ihnen, die durch jene Deutsche, die einen Groll gegen die Welt hegen, nicht gelähmt werden. Wenn schon Groll, so scheint uns die übrige Welt, besonders die Völker Europas und Rußlands mehr Berechtigung zu haben, ihn zu empfinden.

Aber solch ein Groll ist in jedem Fall unkonstruktiv. Es gibt viele Deutsche — nicht nur unter den alten Anti-Nazis, auch unter den Jungen —, die sich danach sehnen, ein neues Kapitel deutscher Geschichte zu beginnen. Die Kenntnis dessen, was in Belsen geschah, sollte ihnen helfen, ihre Landsleute zu überzeugen, die jetzige Zeit der Not und Sorgen ohne Verbitterung durchzuhalten. Diese Kenntnis sollte auch ihre Entschlossenheit stärken, nie mehr Männern, deren politische Ziele auf Gewalt, Schrecken und Grausamkeit aufgebaut sind, zu erlauben, sich die Macht über das deutsche Volk anzueignen.

Derrick Sington

# DIE Diskussion

## Man muß darüber sprechen

Eine Stellungnahme zu „Der Kampf der Friedensbewegung“ von Dr. med. F. Mörchen, Wiesbaden. (Vergl. Heft 2 dieses Jahrganges.)

Ein Arzt und Friedensfreund hat der Menschheit den Puls gefühlt, seine Diagnose gestellt und den deutschen Friedensfreunden ein Rezept geschrieben.

Das geht uns alle an. Wer wäre nicht begierig, die Ursachen und Heilungsaussichten kennenzulernen, wenn er bemerkt, wie sein Organismus in immer stärkerem Maße vom Fieber geschüttelt wird und einer schrecklichen Krisis zutreibt?

Wie niederdrückend ist aber diese sachliche und nüchterne Diagnose! Die Menschheit, die eben erst in einem Kampf auf Leben und Tod das ihr Schädliche niedergeworfen und seine Überbleibsel mit scharfem Operationsmesser entfernt hat, steht schon wieder vor einem Angriff des Bösen und sammelt deshalb ihre Abwehrkräfte. Das ist zweckmäßig und gut gehandelt; denn Vorbeugen ist allemal besser als Heilen und Operieren. Darum — so meint Herr Dr. Mörchen — sollten auch die Friedensfreunde im gegenwärtigen Augenblick nicht zur Kriegsdienstverweigerung aufrufen.

Ist das Ganze nicht furchtbar? Trotz zweier Weltkriege und einer Serie von Prozessen gegen die Kriegstreiber droht schon wieder Kriegsgefahr. Sie wird geschürt von so abgrundtief schlechten Menschen, daß ein Friedensfreund seinen Gesinnungsgenossen keinen anderen Rat geben kann als den, sich selbst nach eigenem Ermessen als Kämpfer der guten Seite zur Verfügung zu stellen. Daneben will der Verfasser allerdings seinen Freunden — und hier meint er offensichtlich in erster Linie oder ausschließlich seine deutschen Freunde — das Privileg zugebilligt wissen, daß niemand sie mit Gewalt zum Kriegsdienst zwingen dürfe.

Was hier offen ausgesprochen ist und was dahinter steht, ist so todernst und so verantwortungsvoll, daß kein deutscher Mensch versäumen sollte, es nachzudenken. Ist hiermit die Situation unserer Tage treffend gekennzeichnet? Ist das Rezept für uns deutsche Menschen gut und brauchbar? Das sind die Fragen, die uns alle, die wir zwischen Rhein und Oder leben, bewegen sollten.

Über die „Lage“ zu diskutieren dürfte für uns, die wir täglich mit Nachrichten dieses oder jenes Lagers mit allen Mitteln unserer Zeit reichlich gefüttert werden, eigentlich überflüssig sein. Es wäre doch gelacht, wenn wir nicht denken würden,

wie wir denken sollen! Oder sollte da wirklich noch jemand sein, der noch seine eigenen Gedanken denkt? Für diesen wäre es dann aus verschiedenen Gründen Zeit, seine Ansichten zu äußern. Vielleicht findet sich sogar eine der modernen Publikationseinrichtungen bereit, seine Meinung zu publizieren.

Nach Marx ist der Staat ein Machtinstrument in der Hand einer Minderheit zur Beherrschung einer Klasse; nach Saint Simon sind Nationen nichts anderes als Industriegesellschaften. Beide — das geben wir doch wohl heute zu — hatten von ihrem Blickpunkt aus recht. Der eine stand unter dem Eindruck des imperialen Machtstrebens der Nationalstaaten, der andere sah mit klaren Augen, was der Merkantilismus bezweckte. Ihre Definitionen trafen darum zu ihrer Zeit genau ins Schwarze. Wer aber entschleierte uns das große Geschehen unserer Tage mit gleicher Genialität? Tat das etwa Burnham? Befinden wir uns schon mitten im Wettkampf der Wirtschaftsmanager um die Herrschaft der Welt? Spielen Nationen und Klassen schon nicht mehr die Rollen wie ehemals?

Wenn wir uns über diese Fragen Gewißheit verschafft haben, dann werden wir auch wissen, was wir zu tun haben im Verlaufe der sich ankündigenden tätlichen Streitereien der Machthungrigen. Fest scheint mir zu stehen, daß es in absehbarer Zeit keine deutsche Machtfrage mehr geben wird. Folglich, so könnten wir sagen, interessiert uns auch das Gezänk nicht. So leicht aber entschlüpfen wir denen nicht, die gewöhnt sind, ihre „gewöhnliche“ Arbeit durch andere machen zu lassen. Sie werden nicht zögern, allen denen, die sich in ihrem Machtbereich befinden, die Alternative zu stellen: Mitmachen, wie wir wollen, oder verhungern und verkommen. Was das für Deutschland bedeutet, das sich bei Beginn der Feindseligkeiten aller Voraussicht nach zur einen Hälfte auf der guten, zur anderen aber auf der bösen Seite befindet und dann im Verlauf der Kampfhandlungen unter Umständen mehrmals den Besitzer wechseln wird, ist leicht auszumalen. Was aber erst werden soll, wenn sich ein Teil seiner Söhne für diese, ein anderer für jene Partei als Kämpfer zur Verfügung gestellt hat, das mag ich mir nicht ausmalen.

Ich kann darum auch nicht das Rezept des Herrn Dr. Mörchen für gut halten. Richtiger scheint mir schon zu sein, wenn wir uns einig werden in dem Gedanken, daß kein deutscher Mensch sich an den kommenden Machtkämpfen aktiv beteiligen darf, daß wir uns dafür aber rüsten und bereithalten, die Wunden, Scherben und Schäden des neuen Wahnsinns zu heilen, wegzuräumen und zu reparieren. Es werden bei der Furchtbarkeit der modernen Zerstörungsmittel für diese Aufgaben und für die Sicherstellung der Lebensnotwendigkeiten aller derjenigen, die der Moloch Krieg nicht sofort als Werkzeuge oder Opfer verschlingt, nicht leicht zuviel helfende Hände vorhanden sein können.

Wenn eine Nation sich nicht für die Zwecke anderer einspannen lassen will, dann wird das auch heute noch zu verwirklichen sein. Stellt man es aber in das Belieben der Einzelwesen nur einer einzigen Nation, sich für eine der streitenden Parteien zu entscheiden, dann — — —:

Wehe den Besiegten und ihren Familien!

Benter Dietrich.

### Diskussion um einen Anti-Kriegsfilm

Der Film „Die letzte Nacht“ ist im Titel und der Ankündigung von der tragischen Liebe zweier Menschen leicht irreführend. In Wirklichkeit handelt es sich um einen deutschen Anti-Kriegsfilm, der neben seiner künstlerischen Qualität auch seiner Tendenz wegen Beachtung verdient. Die Leitung eines Hamburger Kinos war der Ansicht, dieser Film sollte nicht nur angesehen, sondern auch diskutiert werden, und lud zu einer Diskussion ein. Der Saal war überfüllt, und man diskutierte drei Stunden lang Probleme, die der Film aufgeworfen hatte.

Was hat diese Wirkung und Mitwirkung beim sonst so trägen Kinopublikum hervorgerufen?

Der Film zeigt die letzte Etappe des geschlagenen, aus Frankreich abziehenden deutschen Heeres; er beginnt mit Szenen des Abwehrkampfes der französischen Widerstandsbewegung. Die Heldin (Hauptdarstellerin Sybille Schmitz) hat einen Staudamm gesprengt und wird vom deutschen Feldgericht zum Tode verurteilt. Wäh-

rend der Divisionsstab, der in ihrem Schlosse wohnt, Wein trinkt und sich von einer albern KdF-Truppe unterhalten läßt, stößt der junge Offizier, dem für den nächsten Morgen ein „Himmelfahrtskommando“ gegeben ist, auf diese Frau. Die beiden — gegnerischen — Todgeweihten kommen sich in dieser letzten Nacht menschlich nahe; in den wenigen Stunden, die ihnen bleiben; überzeugt die Frau den Soldaten von der Scheußlichkeit und Sinnlosigkeit des Krieges. Er verhilft ihr zur Flucht und wird wegen Verrats selber erschossen.

Es sind im wesentlichen drei Probleme, an denen sich die Diskussion entzündet. Ist es nötig oder auch nur erträglich, so fragt sofort einer, dem die ganze Tendenz des Films nicht paßt, daß Szenen auf die Leinwand gebracht werden, in denen Front-Offiziere sich mehr liederlich als heldisch benehmen? Das ist doch Selbstbeschmutzen, peinlich nach einem soeben verlorenen Krieg und geschmacklos dazu! Ihm wird, und zwar von vielen, erwidert, daß die Darstellung des Films noch rück-sichtsvoll und gelinde ist, verglichen mit der Wirklichkeit. Es ist an der Zeit, so wird unter Beifall erklärt, dem Soldatentum endlich den trügerischen Glanz abzustreifen. Es handelt sich um eine sehr notwendige Selbstkritik; nur so kann der Anfang gemacht werden mit der Überwindung des tiefsitzenden Militarismus. Das gerade tut der Film.

Schwieriger noch ist das zweite Problem: Darf ein Offizier „im Einsatz“ seine Soldatenpflicht verletzen, wenn sich sein Gewissen regt und er den Krieg als ein Verbrechen erkennt? Es gelingt einigen Rednern, von einer höheren Warte aus zu sehen, daß man etwas für seine „Soldatenpflicht“ erst hält, nachdem man vorher gründlich vergessen oder überhaupt übersehen hat, was Menschenpflicht ist. Wie zu erwarten, fehlt es auch in diesem Saal nicht an dem ehemals „aktiven“ Offizier, der aufsteht und von der „Ethik des Krieges mit Mann gegen Mann“ redet, die bei der modernen Kriegführung allerdings etwas gelitten habe. Hingegen wird mit Recht kritisiert, daß die innere Wandlung des Offiziers im Film zu rasch vor sich geht.

Klar jedoch kommt der Sinn des Films und die Botschaft, die er geben soll, heraus. Die Heldin des Widerstandskampfes ruft allen zu: „Den Krieg hassen und verdammen die meisten. Das aber ist nicht genug! Man muß ihn aktiv bekämpfen. In jedem Lande finden sich Menschen, die so denken und gegen den Krieg handeln.“ Aber, so fragt man auch hier, kann man der Gewalt des Krieges etwas anderes als Gewalt entgegensetzen? Diese Frau hat ja auch erst Dynamit gebraucht. Was ist die Alternative? Es kommt auf Völkerverständigung an und darauf, Gegnerschaft in Freundschaft zu verwandeln. Diesem humanistischen Gedanken gibt der Film starken Ausdruck. — Es wird wiederholt aus der Versammlung gefordert, daß gerade ein solcher deutscher Film auch im Ausland gezeigt werden müsse.

P. S.

---

### Balance der Mächte in Europa

„Die menschliche Natur erscheint nirgend weniger liebenswürdig, als im Verhältnis ganzer Völker gegeneinander. Kein Staat ist gegen den andern wegen seiner Selbständigkeit oder seines Eigentums einen Augenblick gesichert. Der Wille, einander zu unterjochen oder an dem Seinen zu schmälern, ist jederzeit da; und die Rüstung zur Verteidigung, die den Frieden oft noch drückender und für die innere Wohlfahrt zerstörender macht, als selbst den Krieg, darf nie nachlassen. Nun ist hierwider kein anderes Mittel, als ein auf öffentliche mit Macht begleitete Gesetze, denen sich jeder Staat unterwerfen müßte, gegründetes Völkerrecht (nach der Analogie eines bürgerlichen oder Staatsrechts einzelner Menschen) möglich; — denn ein dauernder allgemeiner Friede durch die sogenannte Balance der Mächte in Europa ist, wie Swifts Haus, welches von einem Baumeister so vollkommen nach allen Gesetzen des Gleichgewichts erbauet war, daß, als sich ein Sperling drauf setzte, es sofort einfiel, ein bloßes Hirngespinnst. —“ (Aus Im. Kant: „Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis.“)

# Notizen zum Weltgeschehen

## Grundgesetz oder Grundbefehl?

Bei der Beratung des Bonner Grundgesetzes ist anlässlich der Übergabe von Einwänden der Militärgouverneure gegen den fertiggestellten Entwurf eines solchen Grundgesetzes wieder die Frage entstanden, wer eigentlich für das Grundgesetz verantwortlich sein soll. Wenn es die Deutschen sein sollen, was anzunehmen ist, da sie es ja unterschreiben sollen, dann scheint es uns nötig zu sein, daß die Deutschen ihrerseits darauf bestehen, den Entwurf zu verabschieden. Da das ihnen versprochene Besatzungsstatut bisher ebenfalls nicht bekannt gegeben worden ist, arbeiten sie ohnehin halb im illusionären Raum einer nicht vorhandenen Zuständigkeit.

Aber auch inhaltlich wird man die Einwände der Militärgouverneure nicht verstehen können, wenn das Grundgesetz gedacht war als ein Statut zur besseren Verwaltung und Regierung der Trizone. Wenn die Sorge ausgedrückt wird, daß die Länder durch den mäßigen Finanzausgleich, der im Entwurf enthalten ist, an die Wand gedrückt werden können, so kann man darauf nur antworten, daß, wenn dies in einigen wesentlichen Punkten deutscher Politik nicht wirklich erreicht wird, die Länder den Bund an die Wand drücken werden, da sie bis heute gezeigt haben, daß ihre eigenen Interessen ihnen meist über die des Ganzen gehen.

Die Entdemokratisierung hat wieder einen bedeutenden Fortschritt gemacht!

## Pyrrhus-Sieg der „Dritten Kraft“

Anlässlich der Kantonalwahlen in Frankreich hat man, je nach Temperament, die verschiedensten Behauptungen aufgestellt: Daß die Kommunisten eine Niederlage erlitten hätten, die Gaullisten stagnierten, die Rechte gestärkt sei, usw. Richtig scheint zu sein, daß die Sozialisten sich halbwegs gut gehalten haben, besser jedenfalls als sie selber vorher dachten. Der Anteil der kommunistischen Stimmen von 23,54 Prozent und der der gaullistischen von 25,34 Prozent scheint uns immer noch reichlich hoch zu sein, besonders wenn man bedenkt, daß der der Sozialisten 16,81 Prozent und der der Volksrepublikaner (MRP) 8,7 Prozent beträgt. Der sozialistische Innenminister hat zwar errechnet, daß die Dritte Kraft einen Sieg errungen hätte, da die „Regierungsparteien“ mehr als 50 Prozent der Stimmen erobert hätten. Aber diese Rechnung geht nur auf, wenn man gleichzeitig annimmt, daß ein erheblicher Teil der Gruppen, die man gemeinhin als rechtsstehende bezeichnet, zu der Dritten Kraft hinzugerechnet werden, wodurch die Dritte Kraft allerdings erheblich den Sinn verliert, den man bei der Schöpfung dieses Wortes damit verband. Denn sie ist inzwischen aus dem Lager des Sozialismus und des Liberalismus so weit nach rechts geschoben worden, daß man nur unter höchster Ausdehnung des Begriffs der Dritten Kraft davon sprechen darf, daß sie sich durchgesetzt habe.

Wie so oft schon, gibt auch hier das Verhalten der Börse eine gute Antwort darauf, wer eigentlich gesiegt hat. Aus Paris wurde am 22. März telegraphiert: „Die Pariser Börse hat auf die Wahlergebnisse gut reagiert. Der Preis des Goldes und der ausländischen Devisen ist um einige Punkte gesunken.“

Die Stichwahlen am 2. Wahlsonntag führten zu dem Gesamtergebnis, daß de Gaulle und seine Freunde 389 Sitze erhielten; die Kommunisten 37 (trotz der 23 Prozent Stimmen, die sie im ersten Wahlgang erhalten hatten); die Sozialisten 279; die Radikalen 235; die MRP 111 Sitze. Die Gaullisten wurden die stärkste Partei, stehen allerdings weit zurück hinter dem Regierungsblock.



### **Treuhänder für Stahl und Eisen**

Die 12 Treuhänder für die Reorganisierung der deutschen Eisen- und Stahlindustrie hatten viel von sich reden gemacht, und zwar deshalb, weil bei der Auswahl dieser 12 Personen in der Tat alles darauf ankam, solche Leute auszusuchen, denen man wirklich zutrauen kann, für diese Reorganisierung neue Gedanken mitzubringen. Von Anfang an waren viele einflußreiche Bestrebungen zu merken, in dieses Gremium von Zwölf möglichst viele der alten Konzernherren hineinzubringen, die sicherlich bemüht gewesen wären, an dem Zustand der Industrie nur so weit etwas zu ändern, als es der Behauptung der Machtposition dieses Wirtschaftszweiges nicht zu sehr entgegenstand.

Es hat sich gezeigt, daß die lebhafteste öffentliche Diskussion zu der vor allem die Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion im Wirtschaftsrat beigetragen hat, fruchtbar gewesen ist. Denn die jetzt veröffentlichte Liste der 12 Treuhänder enthält den größten Teil der von bestimmter Stelle vorgeschlagenen alten Konzernherren nicht mehr. Es sind z. B. 4 Gewerkschafter im Treuhänderrat vertreten, denen als ehemaliger Angehöriger der Eisenkonzerne nur noch Dr. Günther Henle gegenübersteht. Die Gewerkschaften sind durch Heinrich Deist, Willi Geldmacher, Heinrich Meier und Erich Potthoff im Treuhänderrat vertreten. Als Vertreter der entflochtenen Werke werden ihm Heinrich Dinkelbach und Friedrich Harders angehören. Gotthard Falkenhausen gilt als Finanzsachverständiger, Alfons Wagner vertritt Bayern und Herbert Mondel die Verwaltung für Wirtschaft. Wen der frühere Oberbürgermeister von Hannover, Arthur Menge, vertritt, ist nicht bekannt.

\*

Vertreter der Metall- und Bergbaugewerkschaften aus den am Ruhrstatut beteiligten Ländern, einschließlich Deutschlands, trafen sich vor einigen Wochen in Luxemburg. Als positivstes Ergebnis dieses Treffens kann man die Bildung eines internationalen Ausschusses für Eisen und Kohle bezeichnen. Der Vorsitzende dieses Ausschusses ist der Leiter der belgischen Gewerkschaften Gailly. Ein Exekutivkomitee wurde gewählt, das unter dem Vorsitz des Generalsekretärs der luxemburgischen Gewerkschaften Krier steht. An beiden Körperschaften sind deutsche Vertreter beteiligt. In einer besonderen Entschliefung der Tagung wird ausdrücklich erklärt, es sei die eindeutige Auffassung der Gewerkschaften, daß die Schlüsselindustrien der anderen Länder ebenfalls in die internationale Ordnung einbezogen werden sollen. Damit scheint uns ein erheblicher Schritt in Richtung internationale Zusammenarbeit getan zu sein.

### **Sklavenarbeit**

Der Parteivorstand der SPD hat erneut Stellung genommen zu der Festhaltung deutscher Kriegsgefangener, vor allem in Rußland, und hat gefordert, daß die Angehörigen von Kriegsgefangenen dieselbe Unterstützung erhalten wie die Angehörigen von Soldaten, die als vermißt gemeldet sind. In der Tat ist nicht einzusehen, warum in solchen Fällen ein Unterschied zwischen Vermißten und denen gemacht wird, die sich inzwischen zwar als lebend herausgestellt haben, aber trotzdem so wenig wie die Vermißten in der Lage sind, für ihre Familien zu sorgen.

Wichtiger aber noch als diese Behebung eines offensichtlichen Mangels in der Fürsorge für die Angehörigen der Kriegsgefangenen bleibt die Tatsache, daß viele Jahre nach der Einstellung der Feindseligkeiten Kriegsgefangene in riesiger Zahl als Arbeiter unfreiwillig festgehalten werden. Es handelt sich hier um Sklavenarbeit, wobei nur der Umstand fehlt, daß sie auch beliebig verkauft werden könnten.

Man hat in Deutschland erlebt und hört es immer wieder, daß all die Scheußlichkeiten des Hitler-Regimes nicht bekannt geworden seien, und daß man, wenn sie bekannt gewesen wären, sicherlich etwas dagegen unternommen hätte. Wir haben unsererseits diese Behauptungen in den meisten Fällen für faule Ausreden gehalten. Die moralische Lahmheit der Menschheit zeigt sich erneut in so klaren Fällen, wie sie sich in der Zurückhaltung der deutschen Kriegsgefangenen offenbaren. Jeder Mensch weiß außerdem, daß die Russen in der Ostzone Konzentrations-

lager unterhalten, genau wie die Nazis, und daß Tausende von Menschen von ihnen verschleppt werden. Sollte man nicht ernstlich überlegen, daß ein solch organisiertes Verbrechen, wie es z. B. die Zurückhaltung der Kriegsgefangenen darstellt, mindestens öffentlich als Verbrechen festgestellt und ihre Verantwortlichen gebrandmarkt werden, auch wenn das in Abwesenheit zu geschehen hätte?

Selbst wenn man zugibt, daß die Russen ein Recht haben, für den Wiederaufbau ihres Landes von Deutschland Hilfe zu erhalten, so folgt daraus keineswegs, daß sie eine beliebige Gruppe von Deutschen eine beliebige Zeit als Sklaven behandeln dürfen, ohne Rücksicht darauf, ob diese für den angerichteten Schaden persönlich verantwortlich sind oder nicht.

### Der neuralgische Punkt

Die Einführung der Westmark als des alleingesezlichen Zahlungsmittels in West-Berlin hat den Schnitt noch vertieft. Trotz mancher Härten, die dabei unvermeidlich, vielleicht auch vermeidlich, aufgetreten sind und über die wir an anderer Stelle berichten, wird man sagen müssen, daß dieser Schritt die Situation weiter geklärt hat. Die Sorge um Berlin ist damit natürlich nicht behoben. Wie groß sie ist, und daß sie vom Westen begriffen wird, zeigt die Einsetzung von 480 Millionen DM in den Haushalt der Bizone als Unterstützung des Notopfers Berlin, — was mehr als die Hälfte des ganzen Haushalts ausmacht.

Bei einigen Leuten, die der kommunistischen Propaganda leichter aufsitzen, als sie selber glauben, ist inzwischen die famose Idee aufgetaucht, die Deutschen hätten eigentlich für die Versorgung Berlins gar nichts beizutragen, da es sich dort um einen Streit zwischen den Russen und ihren früheren Verbündeten handele. Diese gemeingefährliche Ansicht übersieht eine einzige fundamentale Tatsache, nämlich die, daß nicht nur die Deutschen, sondern schlechthin alle einigermaßen freiheitlich denkenden Menschen daran interessiert sein sollten, die Berliner Millionenbevölkerung aus dem Machtbereich der Russen herauszuhalten, so weit das irgend in ihren Kräften steht. Und man kann sagen, wenn es sich dabei nur um die Bereitstellung von Geld handelt, kann eigentlich kein Preis zu hoch sein, um Menschen ihre Freiheit zu erhalten, die sie sich außerdem durch besondere Opfer teuer genug erkauf haben, — was nicht wenig dazu beigetragen hat, nicht nur ihren eigenen guten Ruf zu erhöhen, sondern auch den Gesamtdeutschlands, woran wir als Deutsche ganz gewiß nicht uninteressiert sein können.

### Atlantik-Pakt

Obwohl der Atlantik-Pakt die Deutschen nicht unmittelbar angeht, da sie weder Mitglieder des neuen Paktsystems sind noch in absehbarer Zeit werden können, hat er doch einen großen Einfluß auch auf die deutsche Politik. Europa kann nicht beginnen mit einem gesunden Wiederaufbau, wenn das politische Leben dauernd überschattet ist von der Möglichkeit eines dritten Weltkrieges.

Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet ist der Abschluß des Atlantik-Paktes zu begrüßen. Die kollektive Sicherheit, die in ihrer vollen Bedeutung erst wirksam werden kann, wenn die ganze Welt sich einem System gemeinsamen Schutzes bei allen internationalen Schwierigkeiten unterwirft, wird wenigstens teilweise verwirklicht. Und es mag deshalb wirklich geschehen, was Präsident Truman in seiner Antrittsbotschaft erklärte, daß die Sicherheit, daß jede bewaffnete Attacke auf einen der beteiligten Staaten mit überwältigenden Kräften gegen sich zu rechnen hat, jeden solchen bewaffneten Angriff verhindern wird.

Und dies ist die einzige Hoffnung, die der Pakt erweckt, während sich eine Reihe von Bedenken nicht leicht von der Hand weisen lassen. Bündnisse, die zum Zweck der Verteidigung geschlossen wurden, können leicht, wenn die Verbündeten eine gewisse Stärke erreicht haben, dazu verführen, wenn schon nicht aggressiv, so doch provokant zu werden. Und es mag viele Europäer geben, die meinen, daß Europa nun automatisch in einen Streit zwischen Amerika und Rußland hineingezogen werden könnte, der Europa eigentlich nichts angeht. Aber so ernst man solche

Bedenken erörtern sollte, es kann nichts über die Tatsache hinwegsehen lassen, daß sich Europa heute ohne Amerika nicht selbst verteidigen kann, und daß Europa von einem solchen Angriff bedroht ist. Die osteuropäische Entwicklung seit 1945 hat das deutlich gezeigt.

### **Grenzänderungen statt Grenzbeseitigungen**

Die inzwischen veröffentlichten sogenannten Grenzberichtigungen an Deutschlands Nordwest-Grenze zeigen wieder einmal, wie wenig es bisher gelungen ist, von dem alten Standpunkt handwerksmäßiger Diplomatie zu dem einer staatsrechtlichen Vernunft zu kommen. Es kann keine Frage sein, daß die Gebiete, die jetzt an Holland, Belgien, Luxemburg und Frankreich abgetreten werden sollen, auch nach der Meinung der Annexionsländer materiell unbedeutend sind und jedenfalls in keinem Verhältnis stehen zu dem Schaden, der in psychologischer Hinsicht angerichtet wird. Die einseitige Verfügung nicht nur über Landesteile, sondern auch über Einwohner, ist ein derartiger Rückfall in die Barbarei, daß man nicht begreifen kann, wie sich zivilisierte Länder zu solchen Schritten entschließen können, von denen kein einziger nötig gewesen wäre, weil sie alle durch Verträge hätten geregelt werden können, so weit es sich bei diesen Grenzkorrekturen tatsächlich um wirtschafts- und verkehrspolitische Erleichterungen handelt.

Es berührt beruhigend, daß offenbar große Teile der Bevölkerung der annexionslüsternen Länder mit diesen Aktionen ihrer Regierungen nicht einverstanden sind.

### **Katholische Unternehmer**

Vor kurzem wurde in Königswinter der Bund katholischer Unternehmer gegründet. Er ist gedacht als ein Versuch, die in den beiden sozialpolitischen Enzykliken Rerum Novarum und Quadragesimo Anno niedergelegten Grundsätze einer katholischen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verwirklichen. Wie Kardinal Frings, der Protektor des neuen Bundes, erklärte:

„Gegenüber der immer stärker werdenden Drohung des Kommunismus müssen die katholischen Unternehmer den Ruf der Kirche in die Unternehmerverbände tragen und durch soziale Initiative dem Arbeiter einen festen Standort in der menschlichen Gesellschaft geben.“

Die päpstlichen Enzykliken sind in der Tat in der Verurteilung der Habgier vieler, auch katholischer Unternehmer ziemlich weit gegangen und haben deutlich gefordert, den Arbeitern ihren „gerechten Lohn“ zu geben. Allerdings haben sie ebenso unmißverständlich klar gemacht, daß nach ihrer Auffassung der Sozialismus abzulehnen sei, vor allem wegen der in ihm enthaltenen Lehre vom Klassenkampf. Aber unabhängig davon, wie man die Absichten der Päpste bei der Herausgabe ihrer beiden Enzykliken auch bewerten mag, — es scheint uns bezeichnender zu sein, was sich die katholischen Unternehmer als Ziel einer gerechten Lohn- und Sozialpolitik vorstellen. Danach führt die Demokratisierung der Wirtschaft zum Kollektivismus, Betriebsratswahlen seien abzulehnen, da sie von außerbetrieblichen Kräften kommandiert würden, und jeder Sozialismus, ob national oder international, sei schädlich.

Es besteht offenbar die Absicht, eine bestimmte „arbeiterfreundliche“ Sozialpolitik einzuleiten, mit gewissen Anreizen für den Arbeiter, wie Gewinnbeteiligung und dergleichen, und ihn auf diese Weise den „außerbetrieblichen“ Kräften, wie seiner Gewerkschaft, zu entfremden, die sich für eine Demokratisierung der Wirtschaft einsetzen, weil sie das Wohlergehen der Arbeiter, die ja für die Wirtschaft nicht weniger wichtig sind als die Unternehmer, unabhängig machen wollen vom Wohlwollen des einen oder anderen Unternehmers. Die Anreize, wie Gewinnbeteiligung, Werkwohnung und ähnliche Unternehmerfreundlichkeiten sie bieten, dienen in der Tat dazu, die Arbeiterschaft in einen kleinlichen Konkurrenzkampf zu führen, der sie selber in viele Interessentengruppen spaltet und dazu

beiträgt, daß man sie nach der Devise *divide et impera* weiter unter Kuratel der Unternehmer halten kann.

Wem die Frage der Demokratisierung der Wirtschaft Kopfschmerzen macht, der hat offenbar begriffen, daß die politische Demokratie keinen Schaden für die Alleinherrschaft der Unternehmer bedeutet, solange ihr nicht eine wirtschaftliche Demokratie zur Seite tritt, die erst wirklich für eine Gleichberechtigung aller Staatsbürger sorgen kann. Und der Protest gegen die Wirtschaftsdemokratie heißt deshalb auch nichts weniger als auch gegen eine echte politische Demokratie zu protestieren, eine Haltung, in der sich katholische und protestantische Unternehmer aber immer schon einig gewesen sind.

### Ein neuer Weltgewerkschaftsbund?

In Bournemouth trafen sich am 8. März etwa 40 Vertreter von 15 Berufssekretariaten (der Internationalen der verschiedenen Berufe), um den Aufbau eines Koordinationskomitees zu besprechen, das die Bemühungen der verschiedenen Internationalen Berufssekretariate möglichst wirkungsvoll auf einen gemeinsamen Nenner bringen könnte. Die Bergarbeiter waren nicht vertreten, weil sie fürchteten, daß die Berufssekretariate vielleicht eine Gegenorganisation zum Weltgewerkschaftsbund aufbauen könnten (der nach dem Austritt einiger seiner wichtigsten Mitgliedsverbände heute eine kommunistische Organisation geworden ist). Der Vorsitzende der Versammlung, J. H. Oldenbroek, der Generalsekretär der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, erklärte zu diesen Sorgen und Zweifeln: „Wir haben nicht vor, eine neue internationale Föderation zu gründen, die entweder den Platz des Weltgewerkschaftsbundes einnehmen sollte oder den der neuen Internationale, die, wie ich glaube, in naher Zukunft geschaffen werden wird.“

Oldenbroek hatte vorher betont, es sei die Pflicht der Gewerkschaft, die Leute in den Ländern, in denen es keine Presse- und Redefreiheit gibt, über die Haltung des Weltgewerkschaftsbundes zu informieren. „Tausende von alten Kollegen“, sagte Oldenbroek, „die früher zu unserer Internationale gehörten, warten sehnsüchtig auf Nachrichten von uns. Wir müssen uns Wege und Mittel schaffen, sie zu erreichen, und wir müssen wieder den Rundfunk benutzen, um ihnen die Wahrheit zu sagen, wie wir es während des Krieges getan haben.“

### Fortschritte in der Benelux-Organisation

Die Konferenz der Benelux-Staaten im Haag hat zwar nicht zu einer Wirtschaftsunion der drei Länder geführt, ist aber auf diesem Wege wenigstens so weit vorgedrungen, daß, wie Ministerpräsident Spaak sich ausdrückte, die Benelux-Länder sich von einer Idee zu einer lebendigen Realität weiterentwickeln können. Zugleich mit der Beseitigung einer Reihe von Kontingenten soll auch der Reiseverkehr innerhalb der Benelux-Staaten erleichtert werden. Ab 1. Juli 1949 sollen die Handels- und Steuerabkommen der Benelux-Staaten mit anderen Ländern koordiniert und ein System ausgearbeitet werden, das den Abschluß gemeinsamer Verträge vorsieht.

Diese sogenannte Pré-Union soll ein Jahr dauern und am 1. Juli 1950 von einer vollständigen Wirtschaftsunion abgelöst werden. Die Schwierigkeiten auf diesem Wege waren bisher sehr groß und werden in Zukunft nicht kleiner sein. Es wird sich zu erweisen haben, und zwar für alle Europäer und insbesondere die Benelux-Länder selber, wie weit es möglich ist, daß ein so relativ kleines Wirtschaftsgebiet wie die Benelux-Staaten durch verbesserte Abkommen unter sich die allgemeinen Schwierigkeiten Europas für sich lösen kann.

---

### Kant über Religion

„Christus hat das Reich Gottes herbeigerückt; aber man hat ihn nicht verstanden und das Reich der Priester errichtet, nicht das Gottes in uns.“ (Reflexionen.)

„Kann wohl etwas verkehrter sein, als den Kindern, die kaum in diese Welt treten, gleich von der anderen etwas vorzureden?“ (Hartenstein, VIII, 617.)

# Rundschau

## Wir gedenken

### Sarojini Naidu — eine Kämpferin um Indiens Freiheit

Kaum ein Jahr nach dem Tode Gandhis, ihres Freundes und politischen Führers, starb vor einigen Wochen Frau Sarojini Naidu. Sie war eine der begabtesten Persönlichkeiten der lyrischen Dichtung Indiens, hatte aber schon früh ihre literarische Laufbahn aufgegeben, um sich ganz dem Werk der sozialen und politischen Reform Indiens und seinem Befreiungskampf zu widmen. Als sie in England studierte, schloß sie sich der Frauenbewegung an und nahm einen aktiven Anteil am Kampf der englischen Suffragetten. Nach ihrer Rückkehr in die Heimat übernahm sie eine führende Rolle in der indischen Frauenbewegung und trug viel dazu bei, daß eine Reihe schwerer sozialer Benachteiligungen der Frauen aufgehoben wurden, z. B. die Tradition der Witwenverbrennung. Den größten Ansporn erhielten die indischen Frauen aber durch die Tätigkeit des indischen National-Kongresses und den passiven Widerstand, den Gandhi führte. Damals wurden Tausende von Frauen aktive Kämpferinnen für Indiens Freiheit, und auch hier war Frau Naidu wieder eine der führenden Persönlichkeiten. Als Gandhi im Jahre 1930 gegen die das Volk schwer bedrückende Salzsteuer eine passive Widerstandsbewegung organisierte, stand Frau Naidu sofort an seiner Seite und führte nach Gandhis Verhaftung den geplanten Marsch auf die Salzwerke an. Mit 2500 Freiwilligen wollte sie das Dharasana-Salzlager besetzen und sagte ihren Gesinnungsfreunden in einer Ansprache: „Gandhis Körper ist im Gefängnis, aber seine Seele ist mit euch. Das Ansehen Indiens liegt in eurer Hand. Ihr dürft unter keinen Umständen Gewalt anwenden. Ihr werdet geschlagen werden, ihr dürft euch aber nicht widersetzen; ihr dürft nicht einmal die Hand erheben, um die Schläge abzuwehren.“ Ihre Worte wurden ausnahmslos befolgt, obwohl die indischen Freiheitskämpfer

Schreckliches durch die Polizei erdulden mußten. Frau Naidu selber wurde verhaftet.

So wie ihre Gesinnungsfreunde brachte auch Frau Naidu einen Teil ihres Lebens im Gefängnis zu. Sobald sie entlassen wurde, stand sie wieder im Mittelpunkt des öffentlichen Lebens. 1931 begleitete sie Gandhi nach England, wo er der Vertreter des indischen National-Kongresses bei der sogenannten Round-Table-Konferenz war. Sie war lange Zeit Gemeindevertreterin von Bombay und wurde Ehrenbürgerin der größten indischen Städte Kalkutta, Madras und Karachi. 1925 wurde sie als erste indische Frau Präsident des National-Kongresses.

Während des zweiten Weltkrieges leistete sie, wie alle Mitglieder des National-Kongresses, passiven Widerstand gegen die englische Regierung und kam wieder ins Gefängnis.

Als nach 1945 die englische Labour-Regierung mit den politischen Führern Indiens über die Unabhängigkeit verhandelte, spielte Frau Naidu dabei wieder eine wichtige Rolle. Nachdem diese Verhandlungen zu einem Erfolg geführt und die beiden unabhängigen Dominions Indien und Pakistan gegründet worden waren, erreichte Frau Naidus politische Laufbahn ihren Höhepunkt: sie wurde Gouverneur der Vereinigten Provinzen, eines Landes in Indien von 50 000 000 Einwohnern. Diese Wahl ehrte nicht nur eine große Frau, sondern auch das Land, das sich, nach Jahrhunderten politischer Rechtlosigkeit der Frauen, entschloß, einer Frau im öffentlichen Leben solch einen entscheidenden Auftrag zu geben.

### Die völkerverbindende Sprache

Die Esperanto-Abteilung der Lyoner Messe 1948 zeigt, in welchem großem Ausmaß Esperanto als internationales Verständigungsmittel bereits praktisch angewandt wird. 3230 Schreiben in Esperanto wurden aus 52 Ländern an das Messebüro gerichtet.

S. E. T.

7000 Bücher der Bibliothek in Genf (Schweiz) sind Werke in Esperanto.

## *Ostliche Demokratie*

### **Freiheit ein kapitalistisches Vorurteil**

Ministerialdirigent Dr. Eichlepp, der bisherige Kurator der Universität Halle, erklärte in mehreren Lehrerversammlungen im Lande Sachsen über die „künftige Schulpolitik in der Ostzone“:

„Von Freiheit zu reden, ist Unsinn. Kein Mensch ist frei, denn jeder ist abhängig von seinen Bedürfnissen.“ Mit dieser Halb Wahrheit möchte Herr Dr. Eichlepp offenbar den Mangel an Freiheit und seine eigene Gleichschaltung rechtfertigen.

Es gibt aber trotz dieser Ostzonen-Philosophie Menschen und wird es immer geben, die ihre Bedürfnisse nicht soweit zur Richtschnur ihres Lebens machen, daß sie sich den Wert der Freiheit und der Menschenwürde von ihnen ersticken lassen würden. Ja, es gibt sogar Menschen, denen die Freiheit mehr wert ist als das Leben.

### **Freizügigkeit im Ost-Paradies**

Der Berliner „Telegraf“ meldet: „Um der ständig zunehmenden Flucht namhafter Wirtschafts- und Verwaltungsfunktionäre Einhalt zu gebieten, ist an die Betriebsgewerkschaftsleitungen die Anweisung ergangen, jeden Fluchtverdächtigen sofort zu melden. Auf diese Weise konnten in letzter Zeit verschiedene Personen kurz vor ihrer Flucht verhaftet werden. Außerdem werden jetzt auf Anordnung der Landesregierung Sachsen die Wohnungen samt Einrichtungen aller Personen beschlagnahmt, die ohne Paß nach dem Westen reisen. „Jetzt“, meint die „Sächsische Zeitung“, „wird sich mancher überlegen, ob er nach dem Westen geht oder nicht.“

In der „westlichen Hölle“ brauchte man keine Zwangsmaßnahmen zu treffen, um die Flucht nach dem Osten aufzuhalten.

### **Erziehung zu guten Volksdemokraten**

Als ein Schüler der Fridtjof-Nansen-Schule in Oberschöneweide fragte, ob es Pflicht sei, der Vorführung des Films „Affäre Blum“ beizuwohnen, antwortete der Direktor der Anstalt Kohler:

„Diese Frage ist reaktionär.“ Die Schüler verstanden die Warnung, und keiner wagte, fernzubleiben. Es wird ihnen rechtzeitig beigebracht, daß „Volksdemokratie“ bedeutet: „Befehl ist Befehl!“

### **Mennecke — nicht Hennecke**

Beim Friseur Mennecke in Halle verlangte ein Kunde, nach Feierabend bedient zu werden. Als der mehrfache Hinweis auf den Geschäftsschluß erfolglos war, sagte der Friseur: „Ich heiße Mennecke, nicht Hennecke!“

Hierauf verschwand der Kunde, um nach zehn Minuten in Begleitung zweier Kriminalbeamten wiederzukommen und den Friseur zu verhaften. Bis heute ist über dessen Schicksal nichts bekannt.  
(Telegraf)

## *Westliche Demokratie*

### **Erzbischof und Dekan**

Der Erzbischof von Canterbury veröffentlicht eine Erklärung, in der er sich erneut von der politischen Tätigkeit und Auffassung des Dekans von Canterbury absetzt, der praktisch ein Kommunist ist. Der Erzbischof erklärt zunächst, daß der Dekan nur seine persönliche Meinung vertritt und nicht die der Kirche, und geht dann auf die Frage ein, wieso der Dekan nicht seines Amtes enthoben wird. Das ginge einmal deshalb nicht, weil das Gesetz vorschreibt, daß solche Entlassung nur nach einem Verfahren vor einem zivilen oder kirchlichen Gerichtshof erfolgen könne, daß aber der Dekan dazu bisher keinen Anlaß gegeben habe. Zweitens aber, so sagt der Erzbischof wörtlich:

„In England legen wir der Freiheit der Rede großen Wert bei, und unsere Gesetze sind sehr zögernd, diese Freiheit zu beschränken, selbst wenn sie sich manchmal als unbequem, störend und schmerzlich bemerkbar macht. Ihre Unterdrückung ist gerade einer der Anklagepunkte, die wir gegen die totalitären Polizeistaaten erheben, die sich des Vertrauens des Dekans erfreuen.“

Man stelle sich vor, daß Stalin eine ähnliche Haltung gegenüber seinen Opponenten in Rußland einnähme! Aber auch die Katholische Kirche würde sicher-

lich nicht die Großzügigkeit gegenüber einem führenden Katholiken aufbringen, die sich in der englischen Kirche bei der Behandlung des Dekans von Canterbury gezeigt hat.

## Kultur

### Totalitärer Exzeß in Holland

Wie die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt, hat die holländische Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Leihbibliotheken einer zweifachen Kontrolle unterwerfen soll. Erstens, indem die Person, die die Leihbibliothek betreiben will, dazu einer obrigkeitlichen Erlaubnis bedarf, und zweitens, indem die in der Bibliothek enthaltenen Bücher von den Behörden gebilligt werden müssen.

Dieser Gesetzentwurf wird von den Sozialdemokraten, den Calvinisten und anderen Protestanten bekämpft, weil sie ihn mit Recht als eine Verletzung der Gewissensfreiheit und der Pressefreiheit betrachten. In dem Gesetzentwurf wird nämlich auch nicht festgelegt, nach welchen Maßstäben die Befähigung eines Menschen, Bibliothekar zu sein, bemessen wird, und auch nicht, welche Bücher zulässig sein sollen. Wie die „Neue Zürcher Zeitung“ bemerkt, muß danach der Besitzer einer Leihbibliothek ... eine Art von Sittenausweis erbringen..., während die Bücher nicht gegen die Ehrbarkeit verstoßen und der sittlichen Gesundheit der Minderjährigen nicht abträglich sein dürfen“. Dadurch würden die lokalen Behörden, die durch nichts besonders qualifiziert sind, über die „Sittlichkeit“ eines Menschen zu Gericht zu sitzen, die Macht erhalten, die Gedankenfreiheit holländischer Bürger nach ihrem Gutdünken zu dirigieren. Das erscheint uns besonders unangebracht, da es in Holland ohnehin schon ein Gesetz gegen Pornographie gibt. Wir wissen aus Erfahrung, wie nötig es ist, mit Zensurvollmachten vorsichtig umzugehen und sie klar abzugrenzen, da sie sonst leicht mißbraucht werden können zur Unterdrückung von Ansichten, die den herrschenden Gewalten nicht passen.

Die Verfasser des holländischen Gesetzentwurfs über Leihbibliotheken sind der Innenminister, der Justizminister und der Erziehungsminister, alle drei Mit-

glieder der katholischen Volkspartei. Würde diese Partei im holländischen Parlament die absolute Mehrheit besitzen, wäre durch die Annahme dieses Gesetzentwurfs ein schwerer Schlag gegen die Demokratie geführt worden. Da er aber auf heftigen Widerstand der anderen Parteien gestoßen ist, besteht keine Wahrscheinlichkeit, daß er angenommen werden wird. Die Tatsache seiner Einbringung soll aber denen eine Warnung sein, die glauben, daß ein Sieg christlich-demokratischer Parteien das beste Bollwerk gegen den Totalitarismus und eine sichere Garantie für den Schutz der Menschenwürde sei.

## Faschismus

### Neues aus Argentinien

Die Opposition in Argentinien kann immer weniger ihre Stimme erheben. Darum erwächst für uns im freien uruguayischen Bruderland die Aufgabe, die Welt über das, was jenseits des La Plata vor sich geht, aufzuklären.

Ein sehr gutes Bild von den Zuständen im Lande Peróns gab die angesehene Zeitung „El País“, Montevideo, vom 11. März. Dort hieß es: „Die Verfassungsändernde Versammlung in Buenos Aires beschloß einstimmig — die Radikalen hatten sich vorher zurückgezogen — die Reform der argentinischen Verfassung. Es ist notorisch, daß die wichtigste konkrete Reform in der unbegrenzten Möglichkeit der Wiederwahl des Präsidenten besteht. Gemäß der bisherigen Verfassung bleibt der Präsident sechs Jahre im Amt. Jetzt kann diese an sich schon lange Amtsperiode verlängert werden bis zu zwölf, achtzehn, vierundzwanzig Jahren, für die ganze Zeit, die das „sozialistische“ Volk beschließt.“

Von diesem Standpunkt aus ist der Fall erledigt. Innerhalb von drei Jahren — 1952 —, wenn sein Mandat erlischt, kann der General Perón wiedergewählt werden als Präsident. Und es scheint, daß diese drei Jahre nicht die geruhsamsten für ihn sein werden. Finanzleute aus New Orleans, die soeben Argentinien besucht haben, kündigen für die nächsten Monate einen unvermeidlichen wirtschaftlichen Zusammenbruch an. Die Rationierungen sind dort an der Tagesordnung, wie wenn man im Kriege

wäre: das Zeitungspapier, das Gas, das Benzin, die Taxis, die Medikamente. Die Flugzeuge des staatlichen Unternehmens „FAMA“ können nicht fliegen wegen Mangel an Ersatzteilen. Der Import ist gesperrt wegen Dollarmangel. Es wird behauptet, daß die Ernennung des Generals Sosa Molina zum Nationalen Verteidigungsminister, dessen neues Ministerium sich aus den drei Waffengattungen zusammensetzt, nicht gerade vom Regenten vorgenommen wurde, dessen Kandidaten keinen Erfolg hatten.

Angesichts dieser Tatsachen kommt der Gedanke, daß das Problem nicht darin besteht, die Wiederwahl im Jahre 1952, sondern die Beibehaltung des Amtes während der kritischen Jahre 1949, 1950 und 1951 zu sichern.“

Zu diesen Ausführungen wäre nur hinzuzufügen, daß der kürzlich beendete Buchdruckerstreik in Buenos Aires gezeigt hat, daß Perón die Arbeiter nicht so in seiner Hand hat, wie er es wünschte. Ist er nicht mehr bereit, den Arbeiterforderungen so weiter nachzugeben, wie jene es von ihm gewohnt waren — und mit der zunehmenden Krisis wird er es nicht mehr können —, dann werden sie ihm offensichtlich immer mehr entgleiten. Die Frage ist nur, in welchem Tempo diese Entwicklung Platz greifen wird, und ob Perón sie mit steigendem Terror meistern will. Zweifellos bieten sich hier große Chancen für die Opposition.

Raul Franco

## *Politische Kirche*

**Wenn zwei dasselbe tun ...!**

Angesichts des berechtigten Protestes der katholischen Kirche gegen die Verurteilung des Kardinals Mindszenty sollte man nicht vergessen, daß es auch andere totalitäre Staaten gibt, die von der Kirche ebenso entschieden abgelehnt werden müßten — wenigstens wenn es ihr wirklich um demokratische Freiheiten zu tun ist.

Dies war auch die Ansicht des katholischen Priesters Pater Jose Maria Dunphy in Argentinien, der sich in seinen Predigten wiederholt scharf gegen den Präsidenten Perón ausgesprochen hatte. Aber die katholische Hierarchie Argentiniens ist anderer Meinung: sie weigert sich, gegen das totalitäre Regime Peróns

Stellung zu nehmen. Daher wurde Pater Dunphy, der vierzehn Jahre lang seiner Kirche treu gedient hatte, im Auftrag des Kardinals Copello von seinem Posten als Vikar und Verwalter einer Pfarrgemeinde entlassen.

Pater Dunphy hatte schon früher eine persönliche Mitteilung des Kardinals erhalten, der ihm nahelegte, freiwillig zurückzutreten und einen neuen Posten in einem Mönchsorden in Buenos Aires anzunehmen, was Dunphy jedoch ablehnte. Er betonte, daß seine Opposition gegen Perón sich ausschließlich auf „religiöse und moralische Erwägungen“ gründe. Er sagte: „Heute führen Priester in der ganzen Welt den Kampf gegen den Kommunismus aus denselben Gründen, und ich schließe mich ihnen selbstverständlich an. Es gibt jedoch einen Totalitarismus von rechts und von links, und vom moralischen und religiösen Standpunkt aus sind beide Formen gleich falsch.“

Kardinal Copello ist jedoch offenbar ebensowenig darauf aus wie die spanische und portugiesische katholische Hierarchie, ein „Märtyrer der Demokratie“ zu werden, sondern zieht es vor, mit einem totalitären Regime zusammen zu arbeiten.

### **Kardinal als Streikbrecher**

Die Totengräber, Gärtner und Chauffeure zweier großer katholischer Friedhöfe im Staat New York sind sei mehreren Wochen im Streik. Die Friedhöfe werden verwaltet von der St. Patrick's Cathedrale des Erzbistums New York. Mit anderen Worten: Kardinal Spellman ist der Arbeitgeber.

Die Friedhofsarbeiter sind organisiert in der „United Cemetery Workers Union CIO“ (Congress of Industrial Organization). Sie streiken um eine Lohnerhöhung. Da sie sechs Tage in der Woche arbeiten, verlangen sie ihren bisherigen Lohn für fünf Tage Arbeit, und für den sechsten Tag der Woche den Überstundenlohn, eine Regelung, die für die Industriearbeiter Gesetz ist. Die Friedhofsverwaltung bot eine Stundenlohnerhöhung von 3 Cents an, worauf sich die Streikenden nicht einlassen wollten. Infolge des Streiks waren auf beiden Friedhöfen bis zum 1. März 1949 mehr als 1000 Tote nicht beerdigt worden. Bis zu ihrer Beerdigung sind sie jedoch so



untergebracht, daß gesundheitlich keine Gefahr besteht.

Am 28. 2. 1949 verhandelte Kardinal Spellman persönlich mit den Vertretern der Streikenden. Er beschuldigte die Gewerkschaft als kommunistisch durchsetzt. Die Arbeiter könnten die Arbeit nur dann wieder aufnehmen, wenn sie aus der Gewerkschaft austräten. In dem Falle würde er eine Stundenlohnerhöhung von 8 Cents bewilligen. Die Arbeiter lehnten diese Vorschläge ab. Am 2. 3. 1949 verkündete der Kardinal, er beurteile die Ablehnung als Verzicht auf Arbeitswiederaufnahme. Er würde Freiwillige rekrutieren, um die Toten zu beerdigen.

Am 3. 3. 1949 erschien Kardinal Spellman persönlich mit 100 katholischen Seminaristen vor den Toren eines der beiden Friedhöfe und führte die Studenten durch die Streikposten. Diese (fast alle katholisch) sahen mit Groll, doch mit Respekt für den Kardinal, auf die Streikbrecher. Manche zogen den Hut.

Am 4. 3. 1949 hatten die Streikenden eine Gewerkschaftsversammlung. (Während Kardinal Spellman seine Helfer täglich selbst „schützt“ und bei ihrer Arbeit beaufsichtigt.) In ihrer Versammlung haben sich die Streikenden einstimmig von der CIO losgesagt und haben sich der AF of L (American Federation of Labour) angeschlossen. Doch halten sie an ihrer Lohnforderung fest und streiken weiter. Die AF of L hat den Streikenden für ihre Lohnforderung volle Unterstützung zugesagt.

Das Argument Spellmans, daß die CIO kommunistisch durchsetzt sei, wurde widerlegt von P. Beamish, dem Präsidenten des Westchester Industrial Council. CIO. Er beschuldigt den Kardinal, daß er den berechtigten Lohnforderungsstreik zu verdunkeln versuche mit der Beschuldigung, die Gewerkschaft sei kommunistisch durchsetzt. Alle in Frage kommenden Gewerkschaftsbeamten haben den Eid abgelegt, nicht-kommunistisch zu sein. Beamish stellte fest, daß die Forderung des Kardinals an die Streiker, aus der CIO auszutreten, dem Recht und den Grundsätzen des Gewerkschaftslebens widerspräche. In Beamishs Telegramm an den Kardinal heißt es weiter: „Man sollte annehmen, daß ein Mann in Ihrer Position ein Beispiel von

Anständigkeit und Ehrenhaftigkeit geben würde.“

Kardinal Spellman hat sich mit folgenden Worten an seine Arbeitnehmer gewandt:

„Es ist erfreulich zu hören, daß die 800 Mitglieder der United Cemetery Workers (Vereinigte Friedhofsarbeiter) geschlossen dafür gestimmt haben, aus der kommunistischen Mutterorganisation auszutreten. Ich vertraue und bete, daß die übrigen Streikdifferenzen bald geregelt werden. Und es ist nicht weniger anerkennenswert, daß ich mir selbst sagen kann, daß unsere Seminaristen täglich 90 Gräber ausgeworfen haben... All dies wird manches Herzleid stillen und Gott wohlgefallen... und alle anderen Fragen dieses ungerechtfertigten, unmoralischen Streiks werden bald gerecht gelöst werden.“

In den Zeitungen von Trenton (Hauptstadt des Staates New Jersey) ist diese Streikbrecheraffäre nicht einmal erwähnt worden. Die Blamage für den Arbeitgeber „Katholische Kirche“, als Streikbrecher in Aktion zu treten, ist wohl zu groß — und zu unpopulär. L. Op.

## Internationale Politik

### Zeitründer Mazedonien

Als vor einigen Wochen von dem bolschewistischen Statthalter in Bulgarien, Dimitroff, die sogenannte Slawisch-Mazedonische Befreiungsfront ins Leben gerufen wurde, die sich aus den Staaten Bulgarien, Albanien und Griechenland (d. h. soweit dieses unter kommunistischem Einfluß steht) zusammensetzt, war klar, daß damit nichts anderes als eine neue Fußangel der Kominform ausgelegt werden sollte, über die der ehemalige Moskauer Befehlsempfänger und jetzige „Renegat“ Tito stolpern sollte. Das fruchtbare Mazedonien war von jeher das heiße Eisen auf dem Balkan; alle Anliegerstaaten erheben nach wie vor Ansprüche auf seinen Besitz. Da es gegenwärtig unter jugoslawischer Verwaltung steht, sieht Moskau hier einen der neuralgischen Punkte, an dem es ansetzen kann, um Titos noch immer ungebrochene Macht zu untergraben. Ein künftige von den Belgrader „falschen“

Kommunisten „befreites“ Mazedonien soll zu einem neuen Duodez-Balkanstaat werden, natürlich unter kominformistischer Kontrolle.

Man sieht, daß Moskau jedes Mittel recht ist, wenn es gilt, einen Abtrünnigen auf die Knie zu zwingen; denn ein selbständiges Mazedonien mit seinen serbischen, albanischen, nordgriechischen und bulgarischen Bevölkerungsgruppen wäre weder politisch noch wirtschaftlich lebensfähig und würde — wie bisher schon — nur der Begehrlichkeit der Anliegerstaaten neuen Auftrieb geben. Die in Moskau konzipierte „Befreiungsfront“ ist alles andere als eine fruchtbare politische Konstruktion. Aber darauf scheint es den Herren der Kominform nicht anzukommen: Um zu verhindern, daß Titos unverfrorene Selbständigkeit Schule machen könnte, setzen sie den mühsam gewährten Frieden auf dem Balkan, dem alten „europäischen Pulverfaß“, aufs Spiel. A. W.

## *Neue Wege*

### **Ansehe in der Demokratie**

Der Indische National-Kongreß war ursprünglich eine Zusammenfassung der verschiedenen politischen Richtungen zum Kampf um Indiens Freiheit. Nachdem Indien seine Unabhängigkeit erlangt hatte, mußte sich der National-Kongreß den veränderten politischen Umständen anpassen und hat daher vor kurzem neue Statuten angenommen, die ihm den Charakter einer politischen Partei geben. Ihr Ziel ist: „Das Wohlergehen und der Fortschritt des indischen Volkes und die Errichtung eines ‚Genossenschaftlichen Gemeinwesens‘ (Co-operative Commonwealth) durch friedliche und gesetzmäßige Mittel, das sich auf die Gleichheit der Möglichkeiten und der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechte gründet und den Weltfrieden und die internationale Solidarität anstrebt.“

Die Bedingungen der Mitgliedschaft in dieser neuen Partei sind besonders interessant, da sie eine starke Abweichung von den in den westlichen Massenparteien üblichen darstellen. Es gibt verschiedene Kategorien der Mitgliedschaft: Mitglieder der ersten Stufe, erprobte Mitglieder und Aktivisten. Als Mitglied erster

Stufe wird jemand bezeichnet, der über 21 Jahre alt ist, die oben erwähnten Ziele des Kongresses für richtig hält und das schriftlich erklärt.

Nach zwei Jahren ununterbrochener Mitgliedschaft als Mitglied der ersten Stufe kann das Mitglied ein „erprobtes“ werden, wenn es regelmäßig Khadi trägt (handgewebtes, indisches Tuch), Abstinenzler ist, die Einrichtung der Kaste der „Unberührbaren“ in jeder Form verwirft, für religiöse Toleranz zwischen den Hindus und Mohammedanern eintritt und einen Jahresbeitrag von einer Rupie (etwa 1,50 DM) bezahlt. Auch darf es nicht einer politischen Partei mit eigener Mitgliedschaft, Verfassung und Programm angehören.

„Aktivisten“ sind Mitglieder, die mindestens ein Jahr lang „erprobte Mitglieder“ waren und regelmäßig einen Teil ihrer Zeit einer öffentlichen, konstruktiven Tätigkeit widmen.

In den Vorstand selbst der untersten Einheit des Kongresses kann nur ein erprobtes Mitglied gewählt werden; in die Vorstände der höheren Einheiten kommen nur Aktivisten.

Die Methode, die Auswahl der Mitglieder dadurch etwas zu sichern, daß die Partei einen gewissen Standard festlegt, dem alle Mitglieder, die in der Partei Verantwortung übernehmen, genügen müssen, scheint uns auch für unsere demokratischen Parteien im Westen beachtenswert.

## *Internationale Verständigung*

### **Echte Völkerverständigung**

Die Geschichtsklitterung in den Geschichtsbüchern der Nazi- und der Sowjetschulen ist bekannt und wird allgemein verurteilt. Aber auch in nicht-totalitären Ländern hat der Geschichtsunterricht immer schon dazu beigetragen, nationale Überheblichkeit, Vorurteile, Haßgefühle zu schüren; die schließlich in Kriegsbegeisterung und -hysterie gipfelten.

Die Schwierigkeit objektiver Darstellung wird bei der Behandlung großer Persönlichkeiten besonders klar. So erscheint Napoleon in den französischen Geschichtsbüchern als der große revolu-

tionäre Führer und Reformator, der Frankreich gegen die Angriffe der britischen, russischen und deutschen Reaktionäre verteidigte, während er z. B. in deutschen und englischen Geschichtsbüchern als der „korsische Pirat“ und machthungrige, brutale Eroberer und Unterdrücker tapferer Nationen dargestellt wird. Diese national bedingte Geschichtsbetrachtung in den Schulen, mit ihren Verzerrungen und Schlimmerem, hat wirkliche Friedensfreunde immer schon veranlaßt, eine internationale Vereinbarung über den Geschichtsunterricht zu fordern. Ein schönes Vorbild geben in dieser Beziehung die skandinavischen Staaten: Dort haben sich alle großen Schulbuchverlage freiwillig dazu verpflichtet, nie ein Geschichtsbuch drucken zu lassen, ehe das Manuskript von den dafür zuständigen Ausschüssen in den Nachbarländern gelesen und gebilligt wird. Über Erfahrungen und Bemühungen im Geschichtsunterricht in diesen Ländern schreibt eine norwegische Lehrerin, Helga Stene, die sich — nach schweren Leiden unter der deutschen Besatzung — die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Norwegen und Deutschland zu ihrer besonderen Aufgabe gemacht hat:

„Auch im Norden hat der Nationalstolz und die dementsprechende Verachtung der Nachbarvölker eine alte Tradition. So soll zum Beispiel der Sage nach im Jahre 1000 folgender Zwischenfall stattgefunden haben: Der König Olav Trygvason fuhr mit seinen Schiffen nach Wendland, um die Mitgift seiner Königin zu holen. Auf dem Rückweg wurde er von den vereinigten Heeren des Schwedenkönigs, des Dänenkönigs und seiner norwegischen Konkurrenten geschlagen. Vor der Schlacht musterte er die feindliche Flotte und sagte: ‚Die weichen Dänen werden wir leicht überwinden, die altmodischen Schweden täten besser daran, ihre Opferschalen zu Hause zu lecken, aber da sind Erik und Svein, mit denen werden wir den härtesten Kampf kämpfen müssen, denn sie sind Norweger wie wir.‘ Wie schwollen da unsere Herzen, wie fanden wir das so richtig und wundervoll! So finden es auch noch heute unsere Schüler, bis wir herzlosen Lehrer noch weiter mit ihnen darüber sprechen und sie entdecken lassen, daß unser Nationalfehler, die Groß-

sprecherei, ebenso alt ist wie unsere Geschichte. Für junge Menschen ist dies ein harter Absturz — von der Höhe des Nationalstolzes zur Selbstbesinnung und Selbstkritik.“ Selbst unter der Nazi-Besatzung versuchten die norwegischen Lehrer den völkerversöhnenden Geist im Geschichtsunterricht beizubehalten. So erzählt Helga Stene folgenden Zwischenfall:

„1941 bekamen wir in den norwegischen Schulen von der Nazischulbehörde ein Rundschreiben mit dem Befehl, in unseren englischen Lesebüchern alle anti-deutsche Propaganda auszuschneiden. Meistens sabotierten wir solche Rundschreiben der Nazis, aber in diesem Fall konnte man ihm peinlich genau nachkommen. Ich rüstete mich also mit einer enormen Schere aus, nahm das Rundschreiben in die Klasse und las es den Schülern vor, wobei ich sie aufforderte, mir zu helfen, alle anti-deutschen Stellen zu finden. Wir suchten sorgfältig, fanden aber nur eine Stelle, in der das Wort ‚deutsch‘ vorkam, nämlich die: ‚Im Osten trennt die Nordsee, auch Deutsches Meer genannt, die britischen Inseln von Deutschland...‘ Nachdem wir ernsthaft erörtert hatten, ob es wohl eine Beleidigung sein könnte, die Nordsee auch ‚deutsches Meer‘ zu nennen, entschlossen wir uns, die Bezeichnung stehen zu lassen. Bewußt hatte ich diese kleine Szene in meiner Klasse hervorgerufen, um den Schülern unseren Versuch klar zu machen, den Unterricht so zu gestalten, daß wir keinen Haß oder Verachtung anderer Völker erwecken.“

Ein führender norwegischer Geschichtspädagoge, Haakon Vigander, sprach kürzlich in einem Vortrag über „Geschichtsunterricht und Völkerverständigung“, wobei er sich mit dem Einwand auseinandersetzte, daß man beim heutigen Geschichtsunterricht ja die Übergriffe der Deutschen auf Norwegen nicht beschönigen oder entschuldigen kann. „Gewiß nicht“, sagte Vigander. „Wir müssen aber versuchen, so viel Selbstbeherrschung zu zeigen, daß wir es vermeiden, die Deutschen mit allgemeinen Schimpfwörtern zu belegen. Lassen wir die Tatsachen und die Übeltat für sich selber sprechen, benutzen wir sie aber nicht dazu, um allgemeine Urteile daran zu knüpfen, mit denen wir alle Deutschen aller Zeiten treffen wollen.“

## Innenpolitik

### Währungsgewinnler

Am 20. März 1949 wurde auf Befehl der Militärgouverneure der Westmächte die Westmark als einziges gesetzliches Zahlungsmittel in den Berliner Westsektoren eingeführt. Einige besonders krasse und verhängnisvolle Auswirkungen dieser Maßnahme zeigen die folgenden Beispiele:

#### 1. Absperrung der westlichen Nachrichten- und Bildungseinrichtungen.

Was keinem Befehl der SMA und keiner Blockademaßnahme bisher gelungen ist — die Ost-Berliner von den Nachrichten- und Bildungsmitteln des Westens abzusperren —, das hat jetzt mit einem Schlage die Währungsverordnung der Westkommandanten erreicht: Für die Bewohner des Ostsektors, die nur Ostgeld verdienen, bedeutet diese Maßnahme bei dem gegenwärtigen Wechselkurs von 1:5 eine fünffache Erhöhung der Preise für alle in Westmark zu bezahlenden westlichen Zeitungen, Theaterbillets, Luftbrücken - Postsendungen usw. Praktisch sind damit alle diese Dinge den Ost-Berlinern nicht mehr zugänglich, während umgekehrt die gleichen Einrichtungen des Ostens den Westbewohnern für ein Fünftel der entsprechenden Westpreise unbeschränkt zur Verfügung

stehen. Die Folgen sind noch nicht abzusehen. Zeitungsverkäufer und Theaterkassen in West-Berlin haben sie jedenfalls bereits am 22. März sehr massiv zu spüren bekommen, und die Ost-Berliner sind damit rettungslos den östlichen Quellen ausgeliefert. Jedenfalls ist der „Eiserne Vorhang“ in diesem Falle einwandfrei von Westen her gezogen worden!

#### 2. Vier-Klassen-Besoldung in West-Berlin!

Wie wenig der an sich schon märchenhafte Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ von seinen demokratischen Verfechtern in der Praxis durchgeführt wird, zeigt die für West-Berlin angeordnete Klassifizierung der Arbeitnehmer nach Arbeits-, Wohn- und Verpflegungsbezirken. Obwohl die Westmark das „einzige gesetzliche Zahlungsmittel“ ist, wird durch dasselbe „Gesetz“ bestimmt, in welcher Höhe den verschiedenen Arbeitnehmergruppen ihre Besoldung in („ungesetzlicher“!) Ostmark ausgezahlt werden muß! Allerdings legen die „alliierten Finanzsachverständigen“ — wie die englisch lizenzierte „Welt“ vom 21. 3. 49 ausdrücklich schreibt —, Wert auf die Feststellung, daß dieser Teil der Verordnung „auf einem Vorschlag der deutschen Sachverständigen beruht“. Die Anordnung der Militärregierungen trifft die folgende Einteilung für die anteilmäßige Zahlung der Löhne und Gehälter:

Klasse	Wohnort	Lebensmittelbezug	Arbeitsplatz	Prozentsatz für West und Ost-Geld		Wert in Ostmark für Je 300 M Netto-Lohn bei Wechselkurs 1:5
I	West	West	West	100 %	— %	1500 Ostmark
II	West	West	Ost	60 %	40 %	1020 Ostmark
III	West	Ost	Ost	30 %	70 %	660 Ostmark
IV	West	Ost	West	10 %	90 %	420 Ostmark
V	Ost	Ost	Ost	— %	100 %	300 Ostmark

Die letztgenannte Gruppe hat nichts mit den Westsektoren zu tun und ist nur zum Vergleich mit angeführt. Die grobe Ungerechtigkeit vom sozialen und vor allem vom politischen Standpunkt aus zeigt sich bei Klasse IV: denn zu ihr gehören all die zahlreichen kleinen Angestellten, die zwar am 1. 12. 48 zum Westmagistrat übergegangen sind, aber ihre Wohnung im Osten behalten muß-

ten, da sie im Westen keine bekamen, während die wenigen leitenden Männer auch im Westen Wohnungen bekamen und jetzt zur Klasse I gehören. Die im Westen bereits wohnenden SED-Leute aber, die nach dem 1. 12. beim Ostmagistrat weiterarbeiten, genießen die Vorteile der Klasse II, ebenso wie die entsprechenden Angehörigen der ostzonalen Wirtschaftskommission.

## VON ALTEN UND NEUEN

# Büchern

### **Tito contra Stalin**

Es ist etwa ein Jahr her, daß der Streit zwischen Tito und Stalin offen zum Ausbruch kam; seitdem hat sich Jugoslawien gegen allen Druck von seiten seines einstigen Oberherrn behauptet und auch nicht durch die Angriffe, die in der letzten Zeit mit besonderer Heftigkeit erneuert wurden, auf die Knie zwingen lassen. Der Konflikt schwelt weiter, und es ist nicht abzusehen, zu welchen Konsequenzen er sowohl Tito als auch die Beherrscher des Kominform noch nötigen wird.

Da ist es sehr interessant, einmal den Hergang der Fehde in dem (ins Deutsche übersetzten) Urtext zu lesen: in den Briefen und Erklärungen, die von beiden Seiten geschrieben wurden. Sie geben einen direkten Einblick in die unter kommunistischen Brüdern üblichen Methoden und Maßnahmen. „Tito contra Stalin“. Der Streit der Diktatoren in ihrem Briefwechsel. (Europäische Verlagsanstalt, Hamburg, 88 Seiten, 2,20 DM.)

In dem Sündenregister, das in Moskau über den „Vasallen“ Tito geführt wurde, ist alles enthalten, was ihn reif fürs kommunistische Schafott machte. Hat er doch gewagt zu sagen, daß er, so sehr er auch die Sowjetunion liebe, sein eigenes Land nicht weniger liebe. Gegen die Einmischungen der russischen „Spezialisten“ hatte er sein Mißtrauen gesetzt, und gegen die Bespitzelung seine Gegenspionage. Ihm wird eine „unrichtige Linie in bezug auf Klassenkampf, Partei und Volksfront“ nachgewiesen, und ein hartes Kapitel folgt über die „Eitelkeit der jugoslawischen Führer“ und vor allem über „ihre falsche Einstellung zu ihren Fehlern“.

Wahrscheinlich ist Tito genau solch ein guter oder schlechter Kommunist wie Stalin, und es kommt uns auch gar nicht so sehr darauf an herauszufinden, wer von den beiden nun den echten Ring des „marxistisch-leninistischen“ Glaubens besitzt. Der Totalitätsanspruch jedenfalls, mit dem hier die Sowjetunion

einem Freunde gegenüber auftritt, ist zugleich auch ein Nachweis dafür, daß die anderen „Volksdemokratien“, die in der sowjetischen Zwangsjacke stecken, mit demselben Terror, derselben Mißachtung jeglicher Freiheiten für Volk und Regierung behandelt werden.

Die Rebellion Titos hat die anderen Satelliten bisher nicht zu einem ähnlichen Wagnis verleitet; aber das abtrünnige Jugoslawien hat die Stabilität des Ostblocks von innen erschüttert.

Die Dokumente über diesen bedeutenden Vorfall in der europäischen Politik sollten eifrigst gelesen werden. Sie können ebenso instruktiv sein, wie sie interessant sind. P. S.

### **Rosa Luxemburg**

Zu den größten Gestalten der Arbeiterbewegung gehört Rosa Luxemburg. Aus der marxistischen Schule am Anfang dieses Jahrhunderts hervorgegangen, ist sie zu einer bedeutenden Theoretikerin geworden, den Marxismus als lebendige Wissenschaft weiter entwickelnd und selbständig neue Lösungen für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse suchend. Jeder Dogmatismus und jede autoritäre Götzendienerei waren ihr fremd und verhaßt. Sie kannte in ihrer Forschung nur ein Ziel: die Wahrheit. Antrieb ihres unermüdlichen Schaffens war der Wunsch: den Sozialismus schnell und gründlich zum Ziele zu führen. Die geistige und politische Anpassungsfähigkeit an die bestehenden Zustände erfüllte sie mit tiefer Unruhe. Sie fürchtete, daß die Arbeiterbewegung ihrem Ziel, die Welt zu verändern, untreu würde und sich im Rahmen der bestehenden Zustände auf Reformen abdrängen oder gar damit zufriedienstellen ließe. Sie vereinigte in sich das Beste der Kultur Ost- und Westeuropas, eine gründliche wissenschaftliche Vorbildung, ein heißes Herz und einen scharfen Verstand. Sie besaß die Geisteskraft, den Kampf mit den besten Köpfen der damaligen Arbeiterbewegung aufzunehmen, mit Jaurès und Bebel, mit

**Kautsky und Lenin.** Doch jede Auseinandersetzung galt der Sache, der Menschheitsbefreiung, deren Erfolg oder Niederlage das Glück von Generationen bedeutete. Erst heute können wir ganz verstehen, nachdem wir durch die Katastrophe zweier Weltkriege gegangen sind, wie Rosa Luxemburg unter einer falschen Politik litt, von der sie Krieg und Untergang der Arbeiterbewegung befürchtete. Sie schonte sich selbst nicht. Es hielt sie, zur Kunst und Wissenschaft neigend, nicht in der Studierstube. Sie mußte hinaus mitten in das heftigste Kampfgetümmel. Bei den Kämpfen der polnischen, russischen und deutschen Arbeiter war sie zuhause und stand an ihrer Seite, bis gedungene Mörder sie erschlugen.

Paul Frölich schildert in seiner Biographie Rosa Luxemburgs Leben und Denken. (Paul Frölich: „Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat“, Verlag Friedrich Oetinger, Hamburg. \*) Frölich, ein langjähriger Kampfgefährte und Verwalter ihres Nachlasses, gibt ein lebendiges Bild des Menschen und Denkers Rosa Luxemburg. Es ist ein Verdienst, einer neuen Generation deutscher Sozialisten diese wichtigen Auseinandersetzungen vor Augen zu führen. Es ist nicht das Heldenleben oder Pietät, warum wir eine Rückschau auf Rosa Luxemburg empfehlen. Sie hat den Sozialisten unserer Zeit viel zu sagen, vor allen denen, die spüren, daß der Sozialismus neue Grundlagen und neue Kampfformen finden muß. Peter Blachstein.

\*) Ein Subskriptionsangebot des Verlages für dieses Buch liegt dieser Zeitschrift bei.

### **Pressefreiheit! . . .**

Soll man nun auch noch Bücher über diese doch nur theoretisch bestehende Funktion einer Großmacht lesen? — Den allgemeinen Sinn eines Buches macht sein Wert als Lebenshilfe im Aufweisen und Klarstellen von Kräften aus, die das Gemeinschaftsleben beeinflussen.

In diesem Sinn wertvoll sind die Untersuchungen über Werden und Wirkungen des Massen-Nachrichtenwesens, angestellt von einer Kommission der Universität in Chicago. Ihre Ergebnisse werden in mehreren Sonderstudien (darunter „Völker zwischen Völkern“) niedergelegt und in einem Schlußbericht „Eine freie, verantwortliche Presse“ zusam-

mengefaßt. (Nest-Verlag, Nürnberg.)

Aus dem weiten Ausgangsgebiet Amerika wird die bestechend prägnante, streng abtrennende und beweisschlüssige Darstellung hingeführt auf eindeutig formulierte Forderungen. Sie aufzugreifen ist nicht allein Sache der „Obrigkeit“, sondern sie zu überdenken und wirksam zu machen, sollte gemeinhin unsere Angelegenheit sein.

Unbestritten wird die Feststellung bleiben, „daß die Einwirkung auf die Presse das schwierigste, gefährlichste und wichtigste Problem darstellt“, das Gesetzgeber und Politiker zu lösen haben. (J. Adams.) — Die sondierenden Darlegungen haben nicht die Form von Empfehlungen. Sie dienen vielmehr klärender Diskussion und zeigen, von welcher Bedeutung die oben zitierten drei Eigenschaftswörter sind. Und weiter machen sie die enge Verzahnung der verschiedenen Triebkräfte erkennbar, auf denen das Geschehen um den Sammelbegriff Presse abrollt.

Der schon erreichte technische Entwicklungsgrad im Nachrichtenwesen, der gleichfalls eine spezifiziertere Darstellung erfährt, verträgt keine Bremse, erfordert aber eine Steuerung, wenn Presse, Funk und Film eine der Gesellschaft förderliche Funktion ausüben sollen.

Wohin aber und wie soll diese Lenkung gehen, von wem soll sie gehandhabt werden, welche Mittel sind möglich und anwendbar? . . . für diese — unsere! — Fragen halten selbstverständlich die beiden kleinen Schriften selbst in ihrer universellen Sicht keine gebrauchsfähige Sofortlösung bereit.

Sie zeichnen die gegenwärtigen gefährlichen Verzerrungen der Pressefreiheit und decken die üblen Praktiken auf, nach denen noch verfahren wird. Aus ihnen und den anerkannten Notwendigkeiten werden Forderungen als Richtpunkte aufgestellt, die den Weg markieren zu einer Lebensform, in der durch die Anwendung aller modernen Nachrichtenmittel die Gesamtheit der Menschen miteinander verbunden wird.

Wer diese Entwicklung will und an einen solchen Fortschritt glaubt, wird durch die kritische Kennzeichnung klare Vorstellungen vom Tatsächlichen gewinnen und auch die Gültigkeit der grundsätzlichen Vorschläge anerkennen. Wg.

## BESTELLSCHEIN

An die Europäische Verlagsanstalt GmbH., Hamburg 1  
Speersort 1, Pressehaus.

Ich bestelle hiermit die Monatszeitschrift

»GEIST und TAT«

ab Monat .....

zum Preise von 0,50 DM monatlich durch die Buchhandlung

.....  
durch Postzustellung zum Preise von 1,59 DM vierteljährlich einschl. Zu-  
stellgebühr (Bezugsgebühren werden durch die Post eingezogen) oder  
zu 3 DM halbjährlich — 5,50 DM jährlich — portofrei bei Vorauszahlung  
des Betrages auf Postcheckkonto Hamburg 155 12.  
(Nichtzutreffendes bitte durchstreichen)

.....  
(Ort und Datum)

(Unterschrift)

.....  
Namen, Beruf, genaue Adresse (Straße, Haus-Nr., Ort, Postamt usw.) bitte recht  
deutlich, möglichst in Blockschrift

Bitte senden Sie Probenummern von „Geist und Tat“ an nachstehende  
Adressen:

.....  
.....  
Eine gute und billige Auswahl:

### ***Fünf Schriften für junge Menschen***

in geschmackvoller Kasette:

*B. Traven:* Ol und Land · 30 S.  
*Ignazio Silone:* Der Fuchs · 26 S.  
*Gottfried Keller:* Die Verantwortung tragen wir alle · 12 S.  
Der Wahltag  
*Lydia Sejfullina:* Der Ausreißer · 18 S.  
*Ruth Benedict:* Rassenforschung und Rassentheorie · 45 S.

zum Gesamtpreis von DM 2,—

**VERLAG „ÖFFENTLICHES LEBEN“ G. M. B. H.**  
Hamburg 1, Speersort 1 (Pressehaus)

**Bücher**  
von denen man spricht, erhalten Sie in der Buchhandlung **Weimer**  
Oldenburg i. Oldenburg, Lange Straße 37

**MAIN-ECHO** Die unabhängige Zeitung für Nordwestbayern  
Aschaffenburg, Maximilianstraße 1a

**VERLAG AUERDRUCK G.M.B.H.**  
Hamburg 1 — Speersort 1 — Pressehaus

Neuerscheinung!

**BREVIER**  
**FÜR FREIE MENSCHEN**

Halbleinen 9,— DM, 334 Seiten

Eine Auswahl des wertvollsten Geistesgutes der Menschheit von Platon  
bis André Gide, zusammengestellt von Hans Dohrenbusch

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen  
Stets vorrätig in der Auer-Buchhandlung, Hamburg 1, Pressehaus

**TITO contra STALIN**  
**Der Streit der Diktatoren in ihrem Briefwechsel**  
88 Seiten, kartoniert, mit zweifarbigen Umschlag, 2,20 DM

Hier wird zum erstenmal in deutscher Übersetzung der Originalbriefwechsel veröffentlicht, der über Anklage und Gegenanklage zum Bruch der beiden kommunistischen Diktatoren geführt hat. Besser als irgendwelche Kommentare zeigen diese Dokumente die Zustände und Methoden innerhalb des kommunistischen Lagers. Dieser politische Streit kann in seiner Bedeutung für die europäische Politik kaum überschätzt werden.

Dem Buch ist ein Anhang mit Erklärungen der im Text vorkommenden Ausdrücke der marxistisch-leninistischen Terminologie beigelegt.

Bestellen Sie diese hochinteressante und wichtige Schrift durch Ihre Buchhandlung oder direkt beim Verlag.

**EUROPÄISCHE VERLAGSANSTALT G.M.B.H.**  
Hamburg 1, Speersort 1, Pressehaus



# FRANKFURTER HEFTE

*Zeitschrift für Kultur und Politik*

F  
NH

# INHALT

	Seite
<b>Kurzartikel</b>	
Jenseits des Atlantikpakts / Das zureichende Minimum / Demokratisch maskierte Bürokratie / Warum ich ging / Beobachtungen und Bemerkungen / Theaterruinen / Der Skandal unserer Kioske / Geist und Geister vor Gericht . . . . .	281-296
<b>Hauptaufsätze</b>	
Denis de Rougemont : Zuerst Europa . . . . .	297
Hendryk Brugmans : Die revolutionäre Stabilität der Sowjetunion . . .	304
Hans Urs von Balthasar S. J. : Theologie und Heiligkeit / Zur Revision der Scholastik . . . . .	311
Walter Dirks : Wir wollen keinen Kulturkampf! . . . . .	324
Hildegard Brücher und Clemens Münster : Deutsche Forschung in Gefahr?	333
Maria Hufnagl : Flüchtlinge . . . . .	344
<b>Das Porträt</b>	
Rüdiger Proske : Dr. Chaim Ben Ozer Weizmann — Vater des Staates Israel . . . . .	345
<b>Berichte</b>	
Alfred Joachim Fischer : Die Presse der Sowjetunion . . . . .	348
<b>Die Glosse</b>	
Ohnmacht und Macht des Einzelnen / Der Name Gottes in der Verfassung / Deutsche Efficiency? / Reaktionen / Per definitionem / Wissenswertes aus einem Schmöker . . . . .	354-359
<b>Kritik</b>	
Das Publikum im Film „Nürnberg und seine Lehren“ / Wilhelm Geyer und das Problem der christlichen Kunst der Gegenwart / Georgesche Nachklänge / In Nacht ertrunkener Tag / Geschichte und Dämonie / Sozialistische Wirtschaftsordnung / Hinweise . . . . .	360-366
<b>Mitteilungen</b> . . . . .	367



April 1949. Die FH sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar vom Verlag zu beziehen. Einzelheft: DM 1.80; Vierteljahresabonnement DM 5.10; Halbjahresabonnement DM 9.60; Jahresabonnement DM 18.—, zuzüglich Zustellgebühr. Postscheckkonto: Frankfurt a. M. 824 91. / Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Schriftleitung und Verlag: Frankfurt am Main, Neue Mainzer Straße 31, Telefon: 76322/78318. / Druck: Limburger Vereinsdruckerei G. m. b. H., Limburg an der Lahn. / Lizenz Nr. 2010.

# FRANKFURTER HEFTE

## Zeitschrift für Kultur und Politik

Herausgegeben von  
Eugen Kogon unter Mitwirkung von Walter Dirks und Clemens Münster

4. Jahrgang

April 1949

Heft 4

### Jenseits des Atlantikpakts

*Frankfurt am Main, 17. März 1949*

WG 1943, Kairo, große Diskussion in einem Soldatenclub. Ein emigrierter Ungar wirbt um Verständnis für die psychologische Situation seiner Landsleute zuhause: man klatscht Beifall seinem Mut, verschließt sich seinen Argumenten. Da meint ein junger Captain, die Maschine der Staatsraison und der Propaganda sei mächtiger, als man ahne; wenn eine Tory-Regierung Ihre Karten nur gut mische, dann könne das englische Volk drei Jahre nach diesem schon zu einem neuen Krieg, gegen Rußland diesmal, bereitstehen. Tosendes Gelächter war die Antwort.

Heute wird in Debatten über Heeres- und Flottenbudget im Unterhaus nicht der geringste Versuch gemacht, zu verheimlichen, daß die Sowjetunion der einzige potentielle Gegner sei. Heute sitzt in Fontainebleau als Generalstabschef eines Westbundes, der offiziell noch gegen Deutschland gerichtet, tatsächlich ein antisowjetisches Defensivbündnis ist, derselbe General, dem damals der junge Captain unterstand. Heute holt sich der norwegische Außenminister bei der britischen Regierung (bei einer Labour-Regierung übrigens) den Mut, einen moskauer Nichtangriffspakt abzulehnen.

Und doch gab es sofort nach dem Krieg gar keinen Westen. Den hat erst der Hammer Molotow zusammengeschmiedet. Jetzt sollen ihn wohl Wyschinskijs polnische Kavallerie-Attacken brillant, kühn und verführerisch ein wenig auflockern. Schon warnt der londoner „Economist“ davor, sich durch die moskauer Geheimniskräme-

rei ablenken zu lassen. Erst das Dach übers westliche Haus, ehe man sich den östlichen Zirkus besieht.

Ich entsinne mich einer sehr eindrucksvollen Schilderung von Gromyko, dem neuen stellvertretenden Außenminister der Sowjetunion, wie er, jung noch und scheu, geradezu erdrückt von Gewicht und Bedeutung seines großen Landes, stumm abseitsstand. Es bedrückte ihn noch etwas anderes: die relative Ohnmacht dieses riesenhaften Machtkomplexes; die Passivität dieses aktivistischen Kräftezentrums; die Isolierung dieses Propaganda-Apparates; die unabweisbare Unterlegenheit dieser gewaltgläubigen Überlegenheitsmaschine.

Die Lage der Welt ist nicht dadurch gekennzeichnet, daß nur zwei Riesen einander gegenüberstünden. (Das gibt sich wieder; in Südamerika, Asien, Afrika sind junge Riesen im Wachsen.) Das Entscheidende ist das Machtgefälle unter den zweien, die Nervosität, das Mißtrauen des vergleichsweise Zweitrangigen, seine stoßweise Aggressivität gegen den lastend gleichmäßigen, automatischen Druck des Erstrangigen, die Angst vor Vergrößerung des Rüstungsabstandes.

Moskau ist nur Nummer Zwei; jenseits des Atlantik arbeitet, erfindet, organisiert sich, amüsiert sich, redet und rüstet Nummer Eins. Und dieser Westen wächst, integriert, akkumuliert, schiebt sich vor, ebenso langsam und systematisch, wie er 1945 überstürzt und kopflös zurückgewichen war. Das war ja wohl der Beginn alles Übels und aller Mißverständnisse: innerlich hatte man nach dem Kriege offenbar den halben oder ganzen Kontinent bereits

an die Bolschewiken abgeschrieben. „Vous serez écrasés!“ — „Sie werden zermalmt werden!“, sagte mir der Vertraute zweier westlicher Außenminister, als ich damals meine Rückkehr nach Deutschland betrieb. Diesen Glauben hatten in gar nicht zufälligem Verein die Propaganden von Moskau und Berlin einer ungenau denkenden Weltöffentlichkeit eingedrillt: die Alternative zum Faschismus, und sein Nachfolger, sei der Kommunismus. Es bedurfte der mühe- los antikommunistischen Wahlen im Norden, in Ungarn, Österreich und Westdeutschland, und es bedurfte der mühevollen kommunistischen Gewaltpolitik in Budapest und Prag, um die Lage zu beleuchten. Nun mußte geräumtes Gebiet wieder besetzt werden, und was als natürliche Selbstbehauptung hätte wirken können, erschien nunmehr als gewagtes Vordringen.

Für gewagt hielt es sogar vor einiger Zeit der Mann, der dazu ausersehen gewesen war, der Außenpolitik der Vereinigten Staaten einen festeren und klareren Kurs zu geben. Als Norwegen in die Verhandlungen um den Atlantikpakt miteinbezogen wurde, warnte der republikanische Außenpolitiker John Foster Dulles davor, die Nerven der sowjetischen Führer zu überschätzen, und er fragte, wie man in Washington wohl reagieren würde, wenn die Sowjetunion, um ihrer eigenen Sicherheit willen, die Aufrüstung eines Nachbarlandes der USA betriebe. Es handelt sich ja darum, Nummer Zwei zu einer Anerkennung der realen Situation und nicht zu einer verzweifelten kriegerischen Auflehnung gegen sie zu veranlassen.

Einen Augenblick dachte man wohl wirklich an eine Art neutralen Gürtels zwischen Nummer Eins und Nummer Zwei. (Das war freilich eine sehr altmodische Vorstellung. Sie stammte aus einer Zeit, die noch nicht in Exportkrediten einerseits und marxistischen Lehrbüchern andererseits imperialistische Angriffsvorbereitungen sah, und sehen konnte.) Für solche Aggressionen stellen Neutralitätsgürtel ein geradezu ideales Feld dar. Trotz allem entspricht die Neutralitätssehnsucht in europäischen Ländern einer sehr echten und realen Zielsetzung, die sogar noch in der phantasievollen Vorstellung einer Neutralisierung Deutschlands zum Ausdruck kommt. Es ist die tiefe Seh-

sucht nach Autonomie für Nummer Drei.

In der Tat beruht die amerikanische Politik der Wiederaufrichtung Europas auf einer Dialektik, die niemals aus dem Bewußtsein schwinden darf, soll sie nicht bei halben Ergebnissen und ganzen Katastrophen enden.

Die wirtschaftliche Hilfe für die Marshallplan-Länder ist dazu bestimmt, sich *überflüssig* zu machen. Mr. Cripps vergißt das nicht; auf Europa-Konferenzen geht er daher den Kollegen gelegentlich auf die Nerven, und auch Amerikaner denken manchmal, daß er das Jahr 1952 ein wenig garzu tragisch und wörtlich nehme.

Die Aufrüstung der westeuropäischen Staaten mit Hilfe der USA hat den Sinn, sich *überflüssig* zu machen. Es gibt in Frankreich und Italien sehr wenig Leute, die ernstlich einen Einmarsch der Roten Armee wünschen, aber: „Paris est plein de Muni-chois“, voll von Leuten also, die wie damals, 1938 in München, ohne weiteres dem Angreifer zufallen, wenn sie damit hoffen können, ihren lieben Frieden zu retten Sie werden auch dem Verteidiger zufallen, wenn er glaubhaft machen kann, den Frieden zu sichern.

Aber auch die Zusammenfassung der freigebliebenen europäischen Völker zu einem westlichen Block weist über sich selbst hinaus, muß den Mut finden, auf ihre eigene *Überflüssigkeit* zu zielen. Nicht nur ist natürlich ein wirtschaftlicher Ausgleich für die Industriestaaten des Westens auf Dauer ohne enge Zusammenarbeit mit ihren osteuropäischen Abnehmern und Lieferanten undenkbar; niemals auch wird Europa an seine Fülle und seine Erfüllung glauben, solange Prag, Krakau, Budapest, Dresden draußen bleiben. Wir müssen uns sehr genau darüber im klaren sein, was es heißt, auf den europäischen Osten nicht zu verzichten und doch den Gedanken an Krieg und Gewalt zu seiner Wiedergewinnung auszuschließen.

Es ist Europas Schicksal, sich nur mit Hilfe Amerikas wiederaufrichten zu können, mit fremden Waffen seinen Frieden zu sichern, durch Beschränkung auf den Westen die Hoffnung des Ostens in der Schwebelage zu halten, niemals eine Etappe des vielfach gewundenen Weges für das Ziel zu verkennen. Nur am Ende lösen sich die Widersprüche. Wer bei ihnen stehenbleibt, kommt darin um.

## Das zureichende Minimum

Frankfurt am Main, 18. März 1949

EK Die Ministerpräsidenten der elf westdeutschen Länder haben im vergangenen Jahr, einer Notwendigkeit, eigener Einsicht und den londoner Empfehlungen folgend, die Aufgabe übernommen, dafür zu sorgen, daß eine deutsche Regierung zustandekommt. Europa braucht einen Partner hierzulande und die Entwicklung im Lande selbst ein gültigeres Zentralorgan als es der Wirtschaftsrat der Doppelzone sein konnte.

Eine Regierung, das war das Ziel. Sie ist nicht ohne Verfassung möglich. Die Verfassung sollte einer künftigen Regelung der deutschen Frage nicht vorgreifen.

Aus dem doppelten Grunde also konnte es sich nur um eine provisorische Verfassung handeln: weil mehr derzeit nicht zustandekommen sollte als eine Regierung für die unmittelbaren (drängenden) Aufgaben von allerdings großer Tragweite und weil man der Einheit Deutschlands nicht schaden, sondern nützen wollte.

Wenn Deutsche zusammenkommen, um etwas Wichtiges zu beraten, vielleicht zu beschließen, möglicherweise sogar zu tun, dann wird in der Regel nicht Politik gemacht, sondern zuerst ein wohlfundiertes, bis zu den Ornamenten vollendetes Grundriss-Gebäude errichtet, und wäre es in der Käseglocke. Provisorisch —, wer hätte das im Gedächtnis behalten, als sich die Möglichkeit bot, um Prinzipien zu kämpfen, noch dazu mit lusterzeugender Systematik. Nur keine unvollendeten Symphonien.

In nicht mehr als acht Wochen wollten sie's ursprünglich geschafft haben, so leicht kam ihnen damals, ehe sie wieder einmal sich selber zum Opfer fielen, und angetrieben von einer in dieser Sache inzwischen eben falls verfliegenen Ungeduld der angelsächsischen Militärgouverneure, alles vor. Am 21. Juni 1948, von allem Anfang an, schrieben wir an dieser Stelle (FH III/7, 589, 590): „Meint die GmbH der Staatengründer, sie könne etwa zwischen dem 1. September und dem 15. Dezember 1948, nur weil's ein Jubiläumsjahr ist, es so weit bringen, das fertige Ergebnis dem deutschen Volk auf den Weihnachtstisch zu legen? Ostern 1949 wird bis dahin mindestens ins Land ziehen. .

Mit der Verewigung des Schreles, man habe keine Zeit, verlöre man noch den Rest, der uns retten kann, und schüfe überhaupt nichts als Pfuscherwerk . . . Gibt es deutsche Politiker, die der nun vor uns liegenden Aufgabe gerecht werden können. . .? Jetzt ist für sie die Gelegenheit gekommen, staatsmännisch zu sein.“ Sie sind nicht einmal politisch gewesen, denn sie haben das zureichende Minimum verfehlt, das unser Optimum gewesen wäre.

Immer wieder bot sich ein Anlaß, zur eigentlichen Aufgabe zurückzukehren: eine Regierung auf provisorischer Verfassungsgrundlage zustandezubringen. Der Streit um das Elternrecht — vonseiten der Bischöfe mit vollem Recht geführt (politisch gesehen: wenn schon, denn schon) — konnte zum Beispiel zeigen, wohin man geraten war. Die Lösung wäre ein Parteienkompromiß nicht in der Sache, sondern im gemeinsamen Rückzug auf das *jetzt* Notwendige gewesen: die Grundlage für eine Regierung, und noch einmal die Regierung. Der neueste, übrigens höchst loyale, auch im Ton wohlthuend von einigen früheren Dokumenten sich abhebende „Einspruch“ der Militärgouverneure gegen einen übermäßigen Zentralismus war ebenfalls so ein Anlaß. Ja sehen denn unsere Politiker nicht, daß die staatsmännische Einsicht, die sie in diesem Punkt an den Tag legten, zu Beginn nämlich, dazumal in Rüdeshheim, als sie sehr zurückhaltend waren, diesmal auf Seiten der Gouverneure und noch immer auf Seiten der Ministerpräsidenten liegt, diesen voran Dr. Ehards? Erkennen sie garnicht, daß jeder, der den Zentralinstanzen des Deutschen Bundes im Westen auch nur ein Gran mehr Macht gibt, als dem zureichenden Minimum entspricht, der künftigen deutschen Einheit schwerste Hindernisse auftürmt, jeder aber, der das Gefüge vorerst locker läßt — zureichend fest, zureichend locker —, den gewünschten deutschen Möglichkeiten von morgen die Türe offenhält? Daß der Föderalismus, vom Ziel einer gesamtdeutschen Regelung aus gesehen, auch in dieser Hinsicht weit aus nützlicher ist als ein zentralistischer Unitarismus in *unserm Teil Deutschlands*? Nicht „grundsätzlich“, sondern politisch?

Oder wollen sie, ihren eigenen lauten und beständigen Beteuerungen entgegen, schon Blockpolitik und endgültige Trennung, — den Militärvertretern der Mächte sogar um einige Kilometer im Winde voran? Sie wollen's nicht: sie sind halt Grundsatzpolitiker, obgleich provisorische.

Eine richtige Sache muß uns also wieder einmal „aufgezwungen“ werden. Welch ein Exempel, um daran zu lernen.

Es ist mit den vorstehenden Hinweisen keineswegs erschöpft. Man könnte es zum Gegenstand einer prachtvollen politischen Abhandlung machen. Das Verhalten der Westmächte und ihrer Gouverneure erscheint zur Zeit höchst widerspruchsvoll: In Sachen des bonner Verfassungsentwurfes sind sie, im Widerspruch zu ihrem früheren Vorgehen, etwas zögernd geworden, die Gesamtlage hat sich nämlich vielfach verändert, wenn auch das Haupterfordernis: einen Partner zu bekommen, geblieben ist. In allem andern drängen sie ungeduldig: die praktischen Aufgaben unserer eben fehlenden Regierung leiden nämlich keinen Aufschub mehr: das Beamtengesetz, die Verwaltungsreform, die Bodenreform, das Pressegesetz und noch zehn weitere elementare Dinge. Das Meiste davon könn-

ten die Länder selbst leisten, die seit drei-viertel Jahren hübsch brav auf eine Bundesregierung warten, und diese Bundesregierung hätte lediglich für diesen vernünftigen Ausgleich und das notwendige Mindestmaß an Einheit zu sorgen. Weil man in Bonn ein Maximum in Arbeit nahm, das nicht bloß zu langwierig, sondern jetzt auch in mehrfacher Hinsicht bedenklich wird, eben deshalb haben die Militärregierungen hier zu bremsen, dort aber an allen Ecken und Enden wieder mit eigener Initiative und mit teilweise schärfsten Monierungen einzugreifen begonnen. Weitere Beweggründe, die sich aus weniger erfreulichen Interessen herleiten, sind dem beigemischt, sie sind aber nicht vorwiegend oder gar bestimmend: vorwiegend und bestimmend ist das Interesse an einer *provisorischen* westdeutschen Regierung und an der Erledigung der praktischen Arbeiten, die seit langem auf sie warten, damit die Arbeit der Länderregierungen durch das zureichende Minimum an Einheit wirksamer wird — auch für Europa.

Heißt es nicht, Politik sei die Kunst des Möglichen? Das Mögliche ist nicht mehr und nicht weniger, als was man kann und was man soll.

## Demokratisch maskierte Demokratie

Ende Februar ist das Bundes Wahlgesetz von den bonner Abgeordneten mit einer beim Parlamentarischen Rat sonst nicht gewohnten Schnelligkeit verabschiedet worden an einem Tag Lesung im Hauptausschuß. am nächsten Tag alle drei Lesungen im Plenum. Man hatte den deutlichen Eindruck, daß die Parteien, die sich auf ein Kompromiß geeinigt hatten, es verabschieden wollten, ehe die öffentliche Meinung zu ihm Stellung nehmen konnte. Man fürchtete die öffentliche Meinung, die sich mit keiner Frage, die in Bonn zur Beratung steht, so viel befaßt hat wie mit dem Wahlrecht. Immer lauter sind die Stimmen geworden, die eine entschiedene Abkehr von der weimarer Praxis und ihren Grundsätzen fordern.

Die Militärregierung hat dann Wasser in den bonner Wein gegossen. Sie hat die Zuständigkeit des Parlamentarischen Rates für das Wahlgesetz verneint, und verlangt,

daß in den einzelnen Länderparlamenten Wahlgesetze für die erste Bundeswahl verabschiedet werden. Damit hat das deutsche Volk, damit haben die Wähler eine letzte Möglichkeit gewonnen, ihrer Meinung zur Art des Wahlgesetzes Ausdruck zu geben und sie durchzusetzen.

Worum geht es bei der Entscheidung um das Wahlverfahren? Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Entscheidung über das Prinzip, nach dem unsere Demokratie aufgebaut werden soll. In der heutigen Welt sehen wir drei Regierungsformen, die sich alle — und das ist ja das Verwirrende — den Völkern als Demokratie anpreisen: die Ein-Parteien-Demokratie, die Koalitions-Demokratie, die Mehrheits-Demokratie. Welche von diesen Regierungsformen man haben will, darüber entscheidet man mit der Art des Wahlverfahrens.

Die *Ein-Parteien-Demokratie* ist die mo-

derne Form der Diktatur. Die Minderheit, die die Macht im Staate hat, behängt sich mit einem scheindemokratischen Mäntelchen, um sich den Anschein der Rechtsmäßigkeit zu verschaffen; sie legt dem Volk zur Akklamation (Zustimmung) die Liste der Regierungspartei vor. So war es bei den Nationalsozialisten, so ist es bei den Russen, so ist es in den Ländern, die sich „Volksdemokratien“ nennen.

Zur *Koalitions-Demokratie* kommt es, wenn nach dem Verhältniswahlrecht oder nach dem sogenannten absoluten Mehrheitswahlrecht mit Stichwahl gewählt wird. Das Verhältniswahlrecht gibt jeder Weltanschauungs- und Interessengruppe, mag sie noch so klein sein, die Möglichkeit, Sitze im Parlament zu erringen. Da es in jedem Volk immer viele Strömungen und Richtungen geben wird, muß ein derartiges Wahlverfahren zwangsläufig zur Zersplitterung in zahlreiche Parteien führen. Diese Zersplitterung macht es dann notwendig, schwierig und, wie wir wissen, häufig unmöglich, Koalitionsregierungen zustandezubringen. In jedem Fall sind die Koalitionsregierungen schwach und durch viele Rücksichtnahmen handlungsunfähig.

In der Wirkung dem Verhältniswahlrecht sehr ähnlich ist das absolute Mehrheitswahlrecht mit Stichwahl, wie es Deutschland unter der bismarckschen Verfassung hatte. Auch dieses Wahlrecht begünstigt die parlamentarische Vertretung kleiner Parteien, wenn es auch die Zersplitterung nicht bis zu dem Grad der Atomisierung treibt wie das Verhältniswahlrecht.

Verhältniswahlrecht und absolutes Mehrheitswahlrecht waren und sind die Grundlagen der Demokratie in den meisten kontinental-europäischen Ländern. Sie haben in einigen Fällen, zum Beispiel in Deutschland, Italien und Ungarn, bereits einmal den „legalen“ Übergang zur Ein-Parteien-Demokratie, das heißt zur Diktatur herbeigeführt. Sie sind häufig, wie heute wieder in Frankreich, die Ursache für chronische Schwächen der Demokratie. Im Zusammenwirken mit der in Deutschland bisher üblichen Wählbarkeit der Beamten führt die Koalitions-Demokratie zu einer Verfühlung von Legislative und Exekutive und zur Herrschaft einer demokratisch maskierten Bürokratie.

Die *Mehrheits-Demokratie* kommt zustande, wenn nach dem relativen Mehrheitswahlrecht in Ein-Mann-Wahlkreisen gewählt wird. Bei diesem Wahlverfahren gilt in jedem Wahlkreis derjenige als gewählt, der die meisten Stimmen hat. Da Splitter-Kandidaten von vornherein nicht die geringste Aussicht haben, treten sie garnicht erst auf, und so führt dieses Wahlverfahren zum Zwei-, allenfalls Drei-Parteien-System. Das relative Mehrheitswahlrecht ist das traditionelle Wahlrecht der angelsächsischen Länder. Die Erfahrungen mit ihm zeigen klar, daß in den meisten Fällen eine Partei die absolute Mehrheit im Parlament und dadurch die Verantwortung, aber auch die Stärke erlangt, wirklich zu regieren, wirklich handeln zu können Ihre Macht wird gebändigt durch die ebenfalls immer vorhandene starke Oppositionspartei, die die Mehrheit von morgen sein kann, und die durch diese Möglichkeit zu Verantwortungsbewußtsein und zu konstruktiver Opposition gezwungen wird. Während in der Koalitions-Demokratie immer dieselben Parteien in der Regierung sind, dort aber nie die alleinige Verantwortung tragen, wechseln in der Mehrheitsdemokratie die Parteien *nacheinander* in der Regierungs-Verantwortung ab.

Häufig wird behauptet, es liege an politischer Unbegabtheit oder Unreife des deutschen Volkes, wenn seine Demokratie schlecht und handlungsunfähig sei. Das deutsche Volk ist politisch genau so begabt und unbegabt wie viele andere Völker. Aber es liegt an den Einrichtungen, die ihm seine Verfassungsväter geben, ob es sich in der Demokratie bewähren kann oder nicht. An schlechten Institutionen, wie die Koalitions-Demokratie eine ist, wird das Volk nur dann mitschuldig, wenn es seine Stimme zur Schaffung besserer Einrichtungen nicht erhoben hat. Das deutsche Volk fühlt zur Zeit ganz richtig, daß das Wahlverfahren die Art seiner Regierungsform bestimmt, und daß diese für das Wesen der Demokratie entscheidend ist. Deshalb meldet es sich so unermüdlich zu diesem Punkt.

Die bonner Parlamentarier haben sich erneut zur Koalitions-Demokratie bekannt. Allein die CDU-CSU-Fraktion ist geschlossen für die gesunde, in den angelsächsischen Ländern erprobte Mehrheits-Demokratie

eingetreten. Sie ist überstimmt worden von der SPD, der LDP, dem Zentrum und der Deutschen Partei. Daß die kleinen Parteien nicht für die Mehrheits-Demokratie gestimmt haben, gehört vielleicht in das Gebiet des Selbsterhaltungstriebes. In der LDP, deren Anhänger vielfach für das Mehrheitswahlrecht eintreten, hat wohl eine besondere Rolle gespielt, daß die Abgeordneten Heuss, Höpker-Aschoff und Becker zur alten Garde von Weimar gehören. Die Leitung der SPD, die die Hauptverantwortung für die jetzige Fehlentscheidung trifft, hat anscheinend aus den Fehlern der Vergangenheit noch nicht genügend gelernt. Bei der augenblicklichen Parteien-Konstellation in Deutschland hatte sie beim Mehrheitswahlrecht die Möglichkeit, entweder wirklich zu regieren oder eine verantwortungsbewußte Opposition zu entwickeln, sie hat den weimarer Grundsatz vorgezogen, „dabei zu sein“!

Man hat in Bonn anstelle des folgerichtigen Verhältnis- und Listenwahlrechts, wie es die Weimarer Verfassung kannte, ein Gemisch aus Personen- und Verhältniswahlrecht gesetzt. Unter den Gründen, die von den Befürwortern der Personen- und Mehrheitswahl immer wieder vorgebracht werden, ist das am leichtesten verständliche: die bessere Verbindung zwischen Wähler und Gewähltem, wenn der Wähler weiß, wem

er seine Stimme gegeben hat. Das Kompromiß sah vor, daß die Hälfte der Abgeordneten in Einzel-Wahlkreisen nach dem Mehrheitswahlrecht gewählt werden sollte. Indem man so scheinbar der Stimmung und Forderung der Bevölkerung Rechnung trug, glaubte man wohl darüber hinwegtäuschen zu können, daß man durch die Wahl der übrigen Abgeordneten nach dem Grundsatz der Verhältniswahl in den alten Gleisen der Koalitionsdemokratie zu verharren wünschte. Gerade die scheinbare Konzession zeigt, wie die demokratisch maskierte Bürokratie agiert.

Nun gibt es unter denen, die nicht davon lassen wollen, daß die einzelnen Abgeordneten in einem wirksamen Verhältnis der Abhängigkeit von der Parteibürokratie bleiben, solche, die es sozusagen „hintenherum“ versuchen: von ihnen stammt der Vorschlag, nach der Ablehnung der bonner Zuständigkeit durch die Militärgouverneure sollten sich die Parteien, einschließlich der in Bonn überstimmt CDU CSU, darin einigen, daß in allen Landtagen das bonner Kompromiß ohne Widerspruch verabschiedet würde. Wir wollen hoffen, daß die Wachsamkeit und der Protest der Deutschen, die wissen, worum es geht, diesen Versuch noch rechtzeitig vereiteln werden

*Konrad Mommsen.*

## Warum ich ging

Am 7. Dezember 1948 verließ ich den russischen Sektor von Berlin und warf zwei Briefe in den Postkasten, in denen ich Wilhelm Pieck und dem Chefredakteur der „Täglichen Rundschau“ Oberst Kirsanow mitteilte, daß ich aus der SED austräte und meine Stellung als politischer Mitarbeiter des Organs der SMA aufgab. In diese Stellung hatten mich meine antifaschistische Tätigkeit in den Reihen des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ in Moskau und an der Ostfront, meine dort gewonnene marxistische Überzeugung und meine Sympathien für Rußland und den russischen Menschen gebracht. Als ich sie aufgab, war das selbst für meine engsten Freunde in beiden Lagern — „Ost“ und „West“ — eine Überraschung. Gerade hatte ich mit einer viereinhalbmonatigen, durch nichts gerechtfertigten Haft

in der amerikanischen Zone etwas erlebt, was keineswegs dazu angetan war, mein Vertrauen in westliche Freiheit und Rechtssicherheit zu stärken. Darüber hinaus hatte ich bis zum Tage meines Wegganges aus der russischen Zone meinen kommunistischen Standpunkt selbst in kleinstem Kreis verteidigt und verfochten. Erst in den letzten vier bis fünf Tagen, bevor ich den russischen Sektor verließ, tat ich das bewußt zur Tarnung — aus begreiflichen Gründen. Vorher aber war es die Weigerung, mir eine innere Entwicklung einzugestehen, die schon seit langem in mir begonnen hatte.

Was waren die Gründe für diese Weigerung? Fürchtete ich, Anwürfen und Verleumdungen ausgesetzt zu sein, wie sie bei einem solchen Stellungswechsel unvermeidlich sind? Nein, ich habe einfach Angst ge-



habt, einen seelischen Schutz aufzugeben, den mir die Zugehörigkeit zu einer starken Kollektivität und ein beinahe schon religiös zu nennender Glaube an die Lehre des „Marxismus-Leninismus“ gewährten. Denn diese Lehre trägt tatsächlich ein tiefes menschliches Anliegen in sich, und sie versucht einen Ausweg aus der tiefen Krise zu zeigen, in die Europa 1914 gestürzt ist.

Ja, ich hatte auch einfach Angst, mit diesem Eingeständnis eine Entscheidung zu treffen, die sich später als ein schwerer Irrtum erweisen könnte. Ich hatte den Verdacht, daß es sich um nichts anderes als persönliche Schwäche oder Weichheit handle, wenn meine Bedenken und Gewissenskonflikte vor der bedingungslosen Bejahung der Gewalt und des Terrors durch die Sowjets und ihre Anhänger immer stärker wurden. Außerdem war und ist mein Vertrauen, daß die sogenannte westliche Welt einen Ausweg aus ihrer Dauerkrise findet, der dem Menschen weniger Leiden auferlegt, nicht überaus groß.

Wenn ich dennoch in diese Welt gegangen bin, so deshalb, weil ich lieber mit dem letzten Fünkchen Hoffnung an der Seite derjenigen stehe, die an die Macht des Geistes, der Vernunft und der Einsicht appellieren, als in einem System zu leben, das nur die Gewalt anerkennt. Ich kann nicht mehr glauben, daß es eine Lösung des Problems der Beziehungen zwischen der Gesellschaft und dem Einzelnen bedeutet, ohne Rücksicht auf Verluste und bei größter Skrupellosigkeit in der Wahl der Mittel den Menschen einer Staatsgewalt oder einer Partei oder meinetwegen auch der „Diktatur des Proletariats“ zu unterwerfen, und ihm lediglich die vage Hoffnung auf eine unbestimmte Zukunft zu lassen, in der die freie menschliche Gesellschaft freier Individuen wie durch ein Wunder aus der harten Schale dieser totalitären Diktatur hervorschlüpfen soll.

Das „Neue Deutschland“ hat hinter mir hergeschrieben, ich sei zwar ein bewährter Gegner des Faschismus gewesen, aber ich sei eben kein Angehöriger der Arbeiterklasse, kein Sozialist, sondern als „verarmter Adliger ein typischer Vertreter des Kleinbürgertums, der in Zeiten gespitzten Klassenkampfes zu flennen beginnt und ins andere Lager überläuft“.

Gut, wenn das „Neue Deutschland“ recht haben sollte, wenn ich tatsächlich nur ein weichlicher Spießer wäre, so hielte ich es jedenfalls für ehrlicher und vor allem für die Umwelt ungefährlicher, das einfach einzugestehen. Ich will mir nicht durch krampfartiges Festhalten an einer Parteilinie eine innere Kraft und Stärke vortäuschen, die mich berauscht, weil ich ihr nicht gewachsen bin. Gerade das aber ist bei nicht wenigen der Ostzonen-Funktionäre der Fall, deren aggressiver und gemeingefährlicher Fanatismus nichts anderem als dem unbewußten Bedürfnis nach einer dauernd wirk-samen Selbstagitation entspringt.

Ich habe Kommunisten kennengelernt, deren Angehörige in irgend einer der vielen Säuberungsaktionen in der Sowjetunion über die Klinge springen mußten, wobei sich manchmal nachher herausstellte, daß diese Säuberungsaktion gerade von „Ver-rätern“ gegen die „Linientreuen“ inszeniert wurde, die auf diese Weise aus dem Wege geräumt werden sollten. Sie selber haben als Sippenhäftlinge oder auf Grund eines „administrativen“ Urteils auf bloßen Verdacht hin bis zu zehn Jahre Zwangsarbeit hinter sich. Dennoch sind diese Menschen weiter überzeugte Anhänger des Sowjet-Systems geblieben. Sie nehmen diese Dinge hin, wie etwa ein Soldat im Felde es hinnehmen muß, daß er einmal irrtümlicherweise von der eigenen Artillerie beschossen wird, — als eine bedauerliche, aber eben nicht immer vermeidbare Begleiterscheinung eines harten Kampfes.

Es mag sein, daß eine solche Unterordnung des persönlichen Schicksals unter den politischen Glauben im Einzelfalle wirklich etwas Großes und Bewundernswertes ist. Wenn aber die Wahrscheinlichkeit solcher „Pannen“ in einem System zu groß wird, weil die absolute Befehlsgewalt einer Parteihierarchie jede demokratische Diskussion, selbst innerhalb der Partei, unmöglich macht, weil die Allgegenwart der Spitzel jede menschliche Beziehung mit Mißtrauen vergiftet, und weil die Skrupellosigkeit in der Vernichtung selbst des nur möglichen Gegners jedes Maß überschreitet, dann kann auch der riesigste technische und wirtschaftliche Apparat nicht die allmähliche Barbarisierung des Systems verhindern.

Von Lenin stammt das Wort, daß die Diktatur des Proletariats keine Gesetze anerkennt außer denen, die sie sich selbst setzt, — wobei er natürlich voraussetzt, daß diese Gesetze auf der Basis freier demokratischer Rechte mindestens für die Arbeiterklasse oder besser für die „Werkstätigen“ erlassen würden. In der Sowjetpraxis aber ist dieses Wort längst so abgewandelt worden, daß sich der Partei-, Staats- und Geheimpolizeiapparat nicht einmal mehr an die Gesetze hält, die er selber voller Willkür erläßt. „Recht ist, was der Führer spricht“, — diese „Rechtsgrundlage“ des Dritten Reiches war beinahe noch sicherer als die des Sowjetsystems, in dem man in keiner Minute voraussehen kann, nach wessen Willkür sich das „Recht“ gerade richten wird.

Ich möchte gewiß nicht in das Extrem einer vereinfachenden Gleichsetzung von Faschismus und Bolschewismus fallen, obwohl — ich brauche das wohl nicht weiter auszuführen — die nackte beziehungslose Wirklichkeit oft eine geradezu erschütternde Ähnlichkeit der beiden Systeme aufzeigt. Sowohl Ausgangspunkt wie Ziele sind jedoch grundverschieden. Die Mächterschleichung der deklassierten und pathologischen Abenteuerer von 1933 hat nichts zu tun mit dem vulkanischen Ausbruch der lange zurückgestauten Kräfte des russischen Volkes im Jahre 1917. Ich glaube, daß Sehnsucht nach Freiheit und nach der Verwirklichung des Menschen, Antriebe der in der bolschewistischen Revolution zum Ausdruck gekommenen geistigen Bewegung, auch heute noch wirksam sind, und daß sie gegen den unerhörten Machtmißbrauch im heutigen Sowjetsystem ein moralisches Gegengewicht bilden, auf das man vielleicht Hoffnungen gründen kann.

In den von den Sowjets besetzten Gebieten jedoch fehlt selbst dieses Gegengewicht. Es fehlt das Gewissen einer echten Volksrevolution sowohl bei denen, welche die Besetzung durchführen und sich bereits allzusehr an die Rolle von Okkupanten gewöhnt haben, wie bei denen, die mit ihnen zusammenarbeiten. Es ist eben ein großer Unterschied, ob die Völker ihre Revolutionen selber machen oder ob sie ihnen von außen aufgenötigt werden. Sogar wenn man

dem Sowjetregime große Verdienste um den kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritt der Sowjetvölker nicht bestreiten will, ist es unerträglich, mitanzusehen, wie sehr die Sowjets vergessen, daß sie nach einem Worte Stalins erst einmal hundert Jahre europäischer Entwicklung nachzuholen hatten; wie sehr sie vergessen, daß diese plötzliche Kraftanstrengung Opfer gekostet hat, die selbst im Vergleich mit den Opfern eines halben Jahrhunderts „kapitalistischer Ausbeutung und imperialistischer Kriege“ kein Grund sind, sich so furchtbar stolz und überlegen gegenüber der übrigen Welt zu zeigen. Es ist unerträglich, weil sich aus diesem Vergessen oder besser Verschweigen die widerwärtige Mischung von schulmeisterlicher Gewalt und herablassender Arroganz ergibt, mit der die Sowjets den Deutschen in der Ostzone ihr System aufzwingen

Die Sowjets wollen nicht begreifen, daß das, was in Rußland mit seiner damals überwiegend analphabetischen Bevölkerung vor dreißig Jahren vielleicht richtig war, noch lange nicht im Mitteleuropa von 1949 zu rechtfertigen ist. Sie wollen sich auch nicht eingestehen, daß sie immer noch sehr große Anstrengungen machen müssen, um Westeuropa auf allen Lebensgebieten wirklich einzuholen. Solange sie aber den Mut zu solchen Einsichten nicht aufbringen und auf diese Weise endlich ihren Minderwertigkeitskomplex auflösen, der nicht nur das System als Ganzes, sondern auch viele seiner einzelnen Anhänger so mißtrauisch, unberechenbar und aggressiv macht, solange wird es in den von den Sowjets besetzten Gebieten keine Freiheit und damit auch keinen Sozialismus geben. Denn durch dieses Mißtrauen und diese Aggressivität schaffen sie sich erst die Feinde, an denen sie dann ihre Gefühle abreagieren können. — Nach Marx ist aber ein Volk, das andere Völker niederdrückt, selbst nicht frei.

Ich weiß, daß es im kommunistischen Lager, insbesondere auch gerade unter den Russen, viele intelligente und auch fein empfindende Menschen gibt, die der tiefen Überzeugung sind, ihr Bestes für eine glückliche Zukunft der Menschheit zu tun. Aber sie leben in der Täuschung, daß der Zweck jedes Mittel, ja jedes Verbrechen heilige. Sie haben nicht den Mut, vor sich selbst und der Welt

eingestehen, daß dieser Satz eine teuflische Gefahr in sich birgt: die moralische Atmosphäre so zu vergiften, daß alles das stirbt, was dem Menschen sein menschliches Antlitz gibt.

Wem aber diese Gefahr bewußt wird — und um dieses Bewußtwerden handelt es sich

bei jenem inneren Entwicklungsprozeß, von dem ich eingangs sprach —, ist verpflichtet, von ihr zu sprechen. Da das im Machtbereich der sowjetischen Geheimpolizei nicht möglich ist, habe ich ihn verlassen.

*Heinrich Graf von Einsiedel.*

## Beobachtungen und Bemerkungen

Die hamburger Sektion der Weltorganisation der Mütter hat in einer eigenen großen Kundgebung unter dem Motto: „Sie gaben — wir danken“ denen in aller Welt gedankt, die als private und oft anonyme Spender den Deutschen in den letzten drei Jahren zu Hilfe gekommen sind.

Ja. Endlich!

\*

Im Parlamentarischen Rat zu Bonn ist einige Monate, nachdem man darauf verzichtet hatte, die Gleichberechtigung der Frau im Grundgesetz festzulegen, folgender Antrag von der SPD gestellt und von der Mehrheit der anderen Parteien abgelehnt worden. 1. Das uneheliche Kind steht dem ehelichen gleich. 2. Es gilt mit seinem natürlichen Vater als verwandt. 3. Durch die Gesetzgebung sind ihm die gleichen Bedingungen für seine leibliche, seelische und gesellschaftliche Tüchtigkeit zu schaffen wie dem ehelichen Kind.

Abgelehnt also. An keiner Stelle fordert die christliche Lehre eine rechtliche Beeinträchtigung des unehelichen Kindes oder überhaupt die Diskriminierung irgendeines Menschen, der schuldlos ist. Ungerechtigkeit ist keinesfalls ein geeignetes Mittel, bedenklichen gesellschaftlichen Entwicklungen entgegenzuwirken.

\*

Ein sozialdemokratischer Minister fand es, in einer taktischen Wendung, „inkonsequent“ von der föderalistischen CDU, daß sie das Elternrecht in der Bundesverfassung verankern wolle: sie drohe damit ja „die Länder unter das Joch des Bundes zu bringen“.

Der Föderalismus ist nicht die Lehre von der Allmacht der deutschen Länder. Er ist die Lehre von der gestuften Verantwortung.

Wenn Föderalismus diese ihre Grundeinsicht in Sachen der Schule zum Bundesgesetz machen möchten, so vertreten sie nur formal die Sache des Bundes gegen das Land, in Wahrheit aber die Sache der Familie gegenüber Land und Bund. Das ist genauso inkonsequent, wie es inkonsequent von der Französischen Revolution war, die individuelle Freiheit durch ein allgemein geltendes Gesetz einzuführen.

\*

In Hessen wurden in der Zeit von September 1948 bis Februar 1949 nicht weniger als 11 266 Hausdurchsuchungen vorgenommen. In 65 Prozent der Fälle lag kein richterlicher Befehl vor. In Württemberg-Baden fehlte er in 91, in Bayern in 84 Prozent der Fälle. Das hessische Innenministerium erklärte, die Polizeibeamten seien bisher nach der Strafprozeßordnung von 1946 und nicht nach der hessischen Verfassung geschult worden; in Zukunft werde die Polizei darauf hingewiesen werden, daß die Bestimmungen der Verfassung einzuhalten seien.

Beruhigend, nicht wahr? Die hessische Verfassung wurde immerhin am 1. Dezember 1946 angenommen und in Kraft gesetzt. Ihr Artikel 8 lautet schlicht: „Die Wohnung ist unverletzlich.“ Jetzt zählen wir Frühling 1949. Ein Hochwasser plötzlicher Eingriffe der Besatzungsmacht hat die administrative Brücke zum Einsturz gebracht, auf der die totalitäre Verachtung der Menschenrechte offensichtlich in eine scheindemokratische Zukunft gerettet werden sollte. Jene „Strafprozeßordnung von 1946“ allerdings erweist sich bei näherem Zusehen als „abgeleitetes Besatzungsrecht“, nämlich als eine von der Militärregierung selbst verfügte, aber nicht gezeichnete Neuredaktion der vormaligen Reichs-Strafprozeßordnung.

\*

Die Gefühle der Bonner und die Gefühle der Frankfurter werden immer gemischer, wenn sie in ihren schlaflosen Nächten auf die Entscheidung über die Bundeshauptstadt warten. Inzwischen soll ein Kompromißvorschlag erwogen werden, „der vorsieht, zunächst weder Bonn noch Frankfurt zur Bundeshauptstadt zu erklären, sondern den vorhandenen Raum beider Städte auszunützen und abzuwarten, wohin sich die Hauptstadt dann entwickeln wird.“

Das ist ein genialer Einfall! Man sollte ihn auch auf andere schwierige Fragen anwenden: auf West- und Ostdeutschland, auf Krieg und Frieden, auf Kapitalismus und Sozialismus. Es holpert und stolpert sich schon alles irgendwie zurecht. Die Völkerwanderung ist auch nicht anders entschieden worden.

\*

An der Grenze zwischen Bayern und der Sowjetzone drang ein Gruppe Ostzonenpolizei in Begleitung sowjetischer Posten etwa hundert Meter in die US Zone nach Nordbayern ein. Von dort entführten sie 31 Güterwagen.

Sitten von Viehräubern. Oder: Systematische Gewöhnung an mongolische Grenzstände.

\*

In einer hessischen Stadt hat man, wie im Rundfunk zu hören war, die Thälmann-Straße (wieder?) in Blücher Straße umbenannt.

Es empfiehlt sich, die Thälmann-Schilder zwecks Vermeidung neuer Unkosten aufzubewahren. Denn wenn man Thälmann mit *Blücher* bekämpft, wird Thälmann eines Tages siegen.

\*

Ein eben in Paris erscheinener neuer Briefmarkenkatalog bringt in seiner zweiten Abteilung „Französische Kolonien“ hinter Réunion und vor Senegal Sarre, zu deutsch Saargebiet.

Das ist doch wenigstens ehrlich, und Ehrlichkeit in solchen Dingen ist heute beinahe schon sympatisch. Jedenfalls sympathischer als das Herumgerede von „nur wirtschaftlichem Anschluß“ und so weiter. Wenn der Katalog recht hat, dann ist

die Saar ein staatsrechtliches Novum, denn seit wann kann eine Kolonie durch eine Volksabstimmung über ihr politisches Schicksal entscheiden? Und nach dem ersten Weltkrieg haben wir Deutschen unsere Kolonien erst durch den Friedensvertrag verloren. Haben wir einen Friedensvertrag?

\*

Eine Delegation der kommunistischen Aufständischen Griechenlands unternimmt seit einigen Wochen einen Werbefeldzug durch die sowjetische Besatzungszone, um Freiwillige für den Bürgerkrieg in Griechenland zu gewinnen.

Es wäre nicht die schlechteste Lösung, wenn die führenden Kommunisten der Ostzone nach Griechenland abzögen.

\*

Gleichzeitig mit der Bekanntgabe des ägyptisch - israelischen Waffenstillstandes stellte sich in USA heraus, daß ein wegen Rohstoffmangels verweigertes Stahlkontingent für Ölleitungen von Saudi-Arabien nach dem Mittelmeer nunmehr überraschend freigegeben werden konnte.

Nun, solange Geschäfte Frieden brauchen und Frieden bringen, liegt kein Grund vor, sich über ein so besonders glückliches Zusammentreffen allzu ironische Gedanken zu machen.

\*

Der Physiker Dr. Slotin ist in den Atomwerken von Las Alamos in eine bleigepanzerte Reaktionskammer eingedrungen. Er hat dort einen irrtümlich eingeleiteten Prozeß unterbrochen, der zu einer Katastrophe zu führen drohte. Dr. Slotin hat anschließend bis zu seinem durch die Einwirkung radioaktiver Strahlen erfolgten Tode die an sich selbst angestellten Beobachtungen niedergeschrieben.

Noch werden in dieser Sache wirklicher Irrtum, wirkliche Schuld, kaltberechneter Mißbrauch dank Leuten wie Dr. Slotin im Gleichgewicht gehalten durch wache Opferbereitschaft, mögliche Erkenntnisse, mögliche gute Folgen — im weiten Feld von der Heilkunde über die Energiewirtschaft bis zur Politik. Aber dieses Gleichgewicht ist labil! Es genügt ein Mißgriff im Laboratorium, in der Regierung oder auf einem

Kommandostand, und die Kettenreaktion des Unheils ist nicht mehr aufzuhalten.

\*

Der Landeskonservator von Westfalen und das Dortmunder Museum zeigten auf Schloß Kappenberg Kunstwerke aus zerstörten Kirchen, darunter vor allem Marienbilder aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Der „Feuerreiter“ schreibt dazu: „Sie hätten im Vorfeld des Industriereviere keinen angemesseneren Ort für die heimatlose mittelalterliche Malerei und Plastik finden können als das alte Prämonstratenserkloster . . .“

Keinen angemesseneren Ort? Der angemessenste Ort für ein Kultbild ist der Altar einer

Kirche, in der gebetet wird. Heimatlose Malerei? Seit fünfzig Jahren hat man gemerkt, daß das Museum — und Kappenberg ist kein Kloster, sondern ein Museum — ein schlechter Ersatz für die Heimat jedes und gerade des sakralen Kunstwerks ist; die Museumsleute selbst haben es gemerkt und schlagen sich mit dem Problem herum. Hier aber handelt es sich nicht um alten Museumsbesitz, sondern um Bilder, die bis zum Tage ihrer Sicherstellung vor dem Bombenkrieg in dortmunder Kirchen auf den Altären gestanden haben, — warum stellt man sie nicht wieder auf Altäre? Warum leiht man sie nicht unzerstörten Kirchen?

## Theaterruinen

Unsere Theater sind, wie bekannt, in arge Bedrängnisse geraten, man kann schon sagen, in eine Krise. Von dieser wird vor allem das finanzielle Elend sichtbar. Das Geld fehlt an allen Ecken und Enden: zur Bezahlung der Gagen, besonders der kostspieligen Orchester und Ensembles, zu Neuinszenierungen, zur Auffüllung der mehr oder minder beschädigten Kostüm- oder Requisitenfonds und, natürlich, zum Neubau von Theatern, ja auch nur zur Modernisierung der veralteten Theatermaschinerie oder zu notwendigen Wiederherstellungsarbeiten.

Über diese Schwierigkeiten klagen alle Intendanten und die leitenden Leute vom Bau. Auch wir wissen, daß die materielle Armut einen gewichtigen Teil der Theaterkrise ausmacht — wenngleich nicht den ernstesten.

Wie sah es bei Kriegsschluß mit dem deutschen Theater aus? Es war zusammengebrochen wie alles andere. Ein Großteil der Theatergebäude war zerstört, ganz oder teilweise, und jedenfalls für den praktischen Betrieb unbrauchbar. Das Theaterleben muß sich seither vielerorts in Vereinssälen, in Turnhallen, auf schlecht und recht zusammengezimmerten Hilfs- und Notbühnen abspielen. Manche Werke sind überhaupt nicht mehr aufzuführen, so vor allem die großen Opern, die früher immer volle Häuser brachten. Tannhäuser, Meistersinger, Aida. Aber auch große Dramen sind zum neuen Problem geworden, — Ham-

let, Don Carlos, Wallenstein; Hilfskonstruktionen, Vorbauten und dergleichen sind erforderlich, — sie kosten wieder Geld! Dann der aufreibende Kampf mit den notwendigen Umbauten: wie soll man sie auf einer Bühne zustandebringen, die ganze acht Meter tief ist? Es ist tatsächlich so, daß jedes Werk, das den Kammerpielrahmen sprengt, einer eigenen, höchst kunstvollen und raffinierten szenischen Neueinrichtung bedarf.

Doch das ist nicht alles. Vielfach ist die Akustik schlecht, die Orchester dröhnen oder die Solostimmen verwehen. Manchmal liegen die Hilfstheater so ungünstig, daß sich die Bewohner der entlegenen Stadtteile besonders im Winter nur schwer zu einem Besuch aufraffen können. Dann: ein wenig überspitzt möchte man sagen, daß heute die Zahl der Sitzplätze nach so viel Hunderten zählt wie früher nach Tausenden. Wie soll sich aber zum Beispiel eine Oper, die zu jeder Zeit zuschlußbedürftig war, auch nur einigermaßen „rentieren“, wenn vierhundert oder fünfhundert Besucher die Kapazität des Raumes füllen? Der alte Witz, daß die Leute auf der Bühne in der Überzahl gewesen seien, wird heute nicht selten Wirklichkeit. Wie soll sich der Apparat eines Großstadttheaters mit Oper, Operette, Schauspiel und Ballett tragen, wenn insgesamt sechshundert Plätze zur Verfügung stehen? (Selbst die sind nicht jeden Abend besetzt, wird man einwenden, — ein wichtiger Einwand, auf den wir noch zu sprechen kommen.)

Der personelle Notstand des Theaters war 1945 nicht so groß wie der materielle und der seelisch-geistige. Die meisten Intendanten verschwanden zunächst einmal in der Versenkung. Aber das hätte nicht viel zu sagen, denn erstaunlich schnell tauchten neue Leute auf; bald hatte jedes Theater seinen Lizenzträger. Bei den Bühnenkünstlern, einem politisch durchweg indifferenten Völkchen, das gottseidank lieber spielen als „weltanschaulich optieren“ will, machte sich die Säuberung nicht so einschneidend bemerkbar wie in vielen anderen Berufen. Sehr bald schon waren fast alle wieder da, bereit, auf den Trümmern und in einer Militärdemokratie dem lieben Publikum die gleiche Kunst zu bieten wie einst „in den glänzenden Tagen von ‚Kraft durch Freude‘“. In der Tat, es änderte sich wenig: die Iphigenie war 1910 ein gutes Stück und auch 1920, sie wirkte unter dem Diktator aus Braunau ebenso, wie sie jetzt unter dem Gouverneur aus USA, Südfrankreich oder Schottland wirkt. Solange es Klassiker gibt, kann dem Theater im Grund nichts passieren, — so dachte man; aber man übersah dabei einiges Wichtige.

Gewiß, Tasso und Iphigenie, Maria Stuart und Don Carlos werden zu jeder Zeit das Herz der Menschen treffen, und sie konnten ihre Wirkung bei einem Theaterpublikum nicht verfehlen, das soeben aus den Kellern und Bunkern gestiegen und dem Leben wie dergegeben war. So kam es, daß gerade 1945/46 unter oft primitivsten äußeren Umständen gutes, ja erschütternd echtes Theater gemacht wurde. Aber die Zeit des ersten Erwachens aus Nacht und Grauen, die kurze Zeit fast unschuldiger, neugeschenkter Kindschaft gegenüber dem Leben und der Kunst vergingen schnell. Das Theater verharrte in den ausgefahrenen Geleisen bürgerlichen „Bildungs- und Entspannungsbetriebes“ und vermochte die Sehnsüchte des Menschen unserer Tage nicht aufzufangen. Bis zur Währungsreform waren zwar die Häuser Abend für Abend ausverkauft, aber das lag, wie man inzwischen erfahren mußte, weit weniger an der Liebe zum Theater als an der Unmöglichkeit, alles Geld anderweitig auszugeben. Der 20. Juni 1948 brachte die Fassade der „Theaterblüte“ zum Einsturz. Und siehe da, als ganz allmählich und

weit beschränkter als vorher die Reichsmark endlich die Deutsche Mark wieder zu rollen begann, zeigte es sich, daß für Theater, Bücher und Bilder zu allerletzt Geld vorhanden war. Ebenso wie die staatlichen und kommunalen Stellen ohne große Aufregung und ohne sich viel Kummer zu machen, die Kulturetats zusammenstrichen, so ließ auch der auf das Privatportemonnaie gehaltene Daumen für alle möglichen Dinge, von der Buttercreme-Torte bis zur Rindsledermappe, die „DM“ eher springen als für Theaterkarten. Ohne Zweifel hat das verschiedene Gründe: die Bevölkerungsschicht, die die größte Liebe zur Kunst hegt, verfügt über die geringsten Mittel; die aber, die sich ein Vermögen bewahren oder neu erwerben konnten, sind in der Regel amüsich, ja, bisweilen geradezu kulturfeindlich; schließlich gibt es eine Unzahl notwendiger Anschaffungen, die einfach keine einzige Mark mehr für die Erfüllung kultureller Bedürfnisse übrigläßt.

Zu diesen ökonomischen Tatsachen kommt aber etwas hinzu: Das deutsche Theater steht an einer Wende und hat es noch nicht richtig begriffen.

Das Theater, wie wir es heute kennen, wurde in der Renaissance an den Fürstenthöfen geboren; es wurde allmählich zum repräsentativen künstlerischen Ausdruck einer saturierten, dem Adel gleichberechtigten, ja diesem durch Wohlstand und Kenntnis überlegenen Bürgerschicht. Nie ist es von den gesellschaftlichen Gegebenheiten seiner Zeit zu trennen gewesen: als allgemein verbindliche Kulthandlung in der Antike, als Mysterienspiel des Mittelalters, als Treffpunkt des Hofes, als Bildungs- und Erbauungsinstitut des Bürgertums hat es jeweils den Anliegen der Zeit den künstlerischen Ausdruck gegeben, — im wörtlichen Sinne „Bretter, die die Welt bedeuten“.

Heute? Das Zeitalter bürgerlicher Sicherheit ist endgültig und unwiderruflich abgeschlossen, wenn auch natürlich unser gesellschaftliches Dasein noch überall die museal anmutenden Reste jener Epoche aufweist. Damit ist das Theater keine gesellschaftliche Angelegenheit mehr. Ferner: Aus und vorbei ist es auch mit der fortschrittsgläubigen Humanitäts„religion“ des neun-

zehnten Jahrhunderts. Zwei Weltkriege und deren Folgen haben sie samt dem Glauben an die Wissenschaft als an ein Allheilmittel und samt dem Vertrauen auf erlernbares Wissen zerstört und ad absurdum geführt. Das Theater hat in eben dieser Entwicklung aufgehört, Bildungsstätte zu sein. Ort der Kulthandlung und der sakralen Feier ist es schon seit Jahrhunderten nicht mehr.

Was also blieb?

Nun, geblieben ist die Lust der Menschen, Theater zu machen und Theater aufzunehmen. Viele wollen unterhalten, abgelenkt, erheitert werden. Deshalb haben Operetten, Schwänke und Revuen verhältnismäßig gute Kassenaussichten. Es gibt Leute, die sich auf diese Weise betäuben lassen möchten und sich grundsätzlich nichts anderes ansehen, aber die sind nicht einmal in der Mehrheit: viele von ihnen gehen gerne in ernstzunehmende und künstlerisch qualifizierte Vorstellungen, weil sie „auch das“ bisweilen brauchen. Andere schließlich erschennen geradezu den dramatischen Anruf ihrer Seele und geben etwas darum, im innersten Wesen angerührt zu werden. Mit kaltem, psychologisch überspanntem Feuerwerk ist freilich nichts zu machen, auch nichts mit allerhand surrealistischen oder existentialistischen Experimenten. Und trotzdem ist das Publikum nicht so verstockt, nicht so verhärtet, daß es etwa als „überhaupt“ unansprechbar gelten dürfte. „Unsere kleine Stadt“, „Wir sind noch einmal davongekommen“, „Des Teufels General“, „Draußen vor der Tür“, — an diesen Stücken ist etwas,

das in den empfindlichen Kern der zum Teil verschütteten Seelen dringt, etwas, das den neuralgischen Punkt berührt, der berührt werden muß, soll eine echte Erschütterung und eine Läuterung zustandekommen.

Die Theater sind leer. Die Theaterleute klagen, die Presseleute schreiben darüber. Aber die Herzen der Menschen sind voll (und wenn sie es oft auch selbst nicht wissen), sind voll der Sehnsucht nach neuen Maßstäben, nach Halt und Weisung, nach Erkenntnis und nach Lösung des immer noch andauernden Krampfes. Wenn auch Erlösung zu bringen nicht Sache des Theaters ist, vermag es doch auf seine Weise den Menschen unserer Tage das Aushalten in der Welt zu erleichtern und sinnvoll erscheinen zu lassen. Finanzielle Sanierung, Neubau der zerstörten Spielstätten, Modernisierung des technischen Apparates, Besucherorganisationen und Städteringe — ja, alles das, es ist wichtig und notwendig. Noch wichtiger, noch notwendiger aber ist die Einsicht, daß das Theater unserer Zeit *moralische und pädagogische Anstalt in einem* — natürlich auf künstlerischer Ebene und ohne peinliche Aufdringlichkeit — sein muß. Wenn uns dann noch die Dichter geschenkt werden, ohne die Theaterleben nicht möglich ist, Dichter, die echte Stücke nach dem Maße unserer heutigen finanziell und technisch beschränkten Möglichkeiten schreiben — was glorios sein könnte! —, dann wird die Krise des Theaters von heute zur Geburtswehe des Theaters von morgen werden.

*Hans-Peter Berglar-Schröer.*

## Der Skandal unserer Kioske

*EK* Zweimal innerhalb kurzer Zeit wurde ich im Ausland von Persönlichkeiten, die unlängst durch Deutschland führen, auf die Bedeutung des Bildes hin angesprochen, das gegenwärtig unsere Zeitungskioske bieten: von oben bis unten, rings um die Tagesblätter herum, mit Ganz-, Halb- und Vierfeldpornographie behängt, mit Schund und Kitsch bis zum Erbrechen angefüllt. Ob der moralische Abstieg in Deutschland so zunehme?

Nein, er nimmt nicht zu. Die bekannte Erscheinung der Nachkriegszeit: eine

ziemlich zügellose Sexualität, in die besonders die Jugend hineingerissen wird, war sogar erheblich im Abflauen. Aber seit der Währungsreform sind viele Publikationsunternehmen in Schwierigkeiten geraten, und da haben sie sich zuerst mit Bildern, dann mit sexuell anreizenden Bildern, schließlich, als die bedenkenlosen Herrschaften wieder einmal sahen, welchen Erfolg man damit in finanziell nicht ganz leichten Zeiten haben kann, mit teilweise oder ganz und gar skandalösen Bildern geholfen. Sich, nicht etwa dem deutschen Volk.

Die überwältigende Mehrheit der Grossisten und der Inhaber von Kiosken ist ohne Scheu und Scham mitgegangen. D-Mark riecht nicht.

Das ist die eine Seite. Die andere ist die, daß außer den Tageszeitungen, einigen vom Publikum überall verlangten Wochenblättern und den von den Besatzungsmächten herausgegebenen Zeitschriften, die man nicht abzuhängen wagt, seriöse Lektüre von eben jener Mehrheit schlankweg boykottiert wird. Boykottiert —, das heißt, entweder gar nicht angenommen oder kaum bis überhaupt nicht gezeigt wird. Das Bild, das sich so bietet, ist infolgedessen erst recht einseitig.

Wo von Hamburg bis München könnte jemand an Kiosken und an Bahnhofsbuchhandlungen die „Deutsche Rundschau“, die „Wandlung“, die „Frankfurter Hefte“, „Hochland“ oder irgendeine andere unserer maßgebenden Monatszeitschriften entdecken? Nur in Ausnahmefällen. Selbst „Die Gegenwart“, eine Halbmonatsschrift, sieht man vielleicht noch in der französischen Zone, obgleich sie vor der Währungsreform (als das Publikum eben alles kaufte, sagen jene Vertriebsleute) überall verbreitet war. Liefern wir nicht? Wir haben sehr wohl geliefert: aber die Nichts-als-Geschäftemacher nahmen nicht an oder schickten verdächtig rasch alles zurück.

Es gibt einige wirklich rühmliche Ausnahmen, ich wiederhole es. Ausnahmen.

Selbstverständlich ist das Publikum schuld, sagen jene. Dieses gemeine Publikum. Fehlt bloß noch, daß sie hinzufügen, wie leid es ihnen tue, die Bilder halb- oder ganznackter Frauenzimmer verkaufen zu müssen. Wären doch alle Redaktionen seriös, um wieviel leichter täten sich die Kioske, nicht wahr? Man muß da nur ihre ebenso schnellen wie aalglatten Antworten

auf die Frage hören: „Die ‚Wandlung‘, bitte!“ — „Noch nicht eingetroffen.“ — „Die ‚Frankfurter Hefte‘!“ — „Schon verkauft.“ Am Sechsten oder Achten des Monats, zu einer Zeit, wo sie meist, leider noch immer, gar nicht fertig ausgeliefert sind!

Gegen den Gesinnungsboykott gibt es nur ein einziges wirksames Mittel: die Aktivierung der Gesinnungsgemeinschaft. Die Leser der Zeitschriften müssen auf den Plan treten. Wir meinen damit nicht, daß sie ihre Hefte an Kiosken oder an Bahnhofsbuchhandlungen beziehen sollen. Gelegentlich, unterwegs in der Stadt oder auf Reisen, werden sie sie dort verlangen; das wird aber wenig helfen, nicht zuletzt, weil die bezeichneten Händler viel zu hartgesottene Geschäftsleute eines bestimmten Typs sind, als daß ihnen eine nicht massiv auftretende Nachfrage nach Lektüre, die ihnen nicht paßt, imponieren würde. Wir meinen vielmehr Empfehlung im Kreis der eigenen Bekannten und Freunde. Ausgeschlossen, daß nicht die Mehrzahl der Abonnenten der „Deutschen Rundschau“, des „Hochland“, des „Merkur“, der „Frankfurter Hefte“ und der anderen Monatszeitschriften imstande wäre, ohne besondere Mühe einfach durch ihre gute Art, durch Bekundung wirklichen Interesses und durch Hervorhebung der Gemeinsamkeit, der Bedeutung der Sache, die infrage steht, je einen weiteren Bezieher zu gewinnen. Was allein dies für die Zeitschriften und für die deutsche Öffentlichkeit ausmachen würde!

Denen, die unser verbliebenes und unser neuzugewinnendes Ansehen in Verruf bringen, ein Gegengewicht entgegenzusetzen, ist ohnehin Pflicht jedes Anständigen. Der weittragende mittelbare Nutzen für alle kommt hinzu. Man täusche sich nicht: eine bloß wirtschaftlich-materielle Erholung Deutschlands bliebe ohne Bestand

## Geist und Geister vor Gericht

*WD* Wir können garnicht dankbar genug dafür sein, daß Stefan George vor dem Zeitalter der Spruchkammern gestorben ist. Zwar hätte er Glück haben können: dann wäre er als Antifaschist und „nicht vom Gesetz betroffen“ anerkannt worden; aber

er hätte auch an den Richtigen beziehungsweise den Falschen geraten können. Dann wäre er in Gruppe II gekommen und hätte fünf Jahre lang nicht dichten, nämlich in seinem „freien Beruf“ arbeiten können, und 50 Prozent seiner Geld und Sachwerte, aus-



genommen „die notwendigsten Gebrauchsgegenstände“, wären eingezogen worden.

Der Anlaß dieser Bemerkung: Kolbenheyer, Erwin Guido Kolbenheyer, — vielleicht erinnern sich manche Leser noch daran, daß sie ihn nicht gelesen haben, — ist in München an den Richtigen beziehungsweise Falschen, nämlich an einen Vorsitzenden geraten, der auf die kritische Bemerkung eines Zeugen, in der US-Zone sei der Vorsitzende einer Spruchkammer offenbar gleichzeitig Anklagebehörde, die Antwort gab: „Wir sind dazu verpflichtet“. Er nahm reichlich Gelegenheit, sich danach zu benehmen, und zwar nach den Bräuchen, die in Amerika üblich sein sollen, wo der Staatsanwalt und der Verteidiger nach der Regel „catch as catch can“ um den Kopf des Angeklagten einen Ringkampf ausfechten (Wenn einer das Kunststück fertigbringen könnte, für den „pseudomystischen Gelehrtenphilosophen“ Kolbenheyer auch bei denen Sympathie zu erwecken, die ihn von jeher innig und herzlich abgelehnt haben, dann wäre es dieser Richter.)

Kolbenheyer ist Aktivist geworden, Dwinger dagegen Mitläufer, und Thorak darf ungehindert versuchen, seine Männer auf die heute gültigen Maße zu reduzieren; Furtwängler und Gieseking hatten Schwierigkeiten, Gründgens dagegen nicht; die Hatheyer vom Euthanasie-Film durfte nach einem halben Jahr Spielverbot auftreten, Veit Harlan vom Antisemitismus-Film steht vor dem Schwurgericht. Sehr verschiedene Behandlung, — mit gutem Recht, da die Fälle bei Künstlern offenbar noch viel verschiedener liegen als bei gewöhnlichen Zeitgenossen und Amtswaltern: wir gönnen Fräulein Hatheyer die Kamera sehr, wir würden Veit Harlan das Spielverbot gönnen (und etwas mehr); wir würden gern bald wieder etwas von Ernst Jünger lesen, auf die neuen Bücher Dwingers dagegen, der an sich weniger Schaden angerichtet hat als der große Schriftsteller, sind wir garnicht gespannt. Nur sollte die Verschiedenheit der Urteile nicht der Verschiedenheit der Ergebnisse einer Lotterie vergleichbar sein, in der es darauf ankommt, entweder ein laxes oder ein scharfes oder ein gerechtes Gericht zu ziehen.

Künstler vor der Spruchkammer, Dich-

ter, Schriftsteller, Musiker, Maler, — die Richter sind nicht zu beneiden. Die Betroffenen sind unbequem, oft enfants terribles, das Publikum ist brennend interessiert und gegen und für (meistens für) voreingenommen, und wenn ein Richter beim ersten Mal so eitel ist, das als einen Vorteil für sich anzusehen, dann wird er während der Verhandlung merken, wie heikel es ist, über den Geist und seine Schicksale, seine Freiheiten und sein Mißbräuche zu Gericht zu sitzen. Wie ist dem Richter Kolbenheyers die Frage auf die Nerven gegangen, ob er (oder dieser oder jener Sachverständige) die Hauptwerke des Schriftstellers gelesen habe! Wer hat sie gelesen, außer den Anhängern, die voreingenommen sind? Aber muß man sie nicht kennen, um die politische Tätigkeit zu begreifen? Das Münchener Gericht meint: nein, es stünden nur die politischen Belastungen einzeln zur Debatte, — aber wenn es zu beweisen gilt, daß der V 1-Artikel Kolbenheyers eine starke Wirkung habe — Sachverständiger Tschuppik meint, er habe vielleicht die Kapitulation „aufgeschoben und verhindert“,\*) dann spielt das Gesamtwerk auf einmal doch wieder eine Rolle. Wenn betroffene Maler, Tänzer und Musiker niemanden ins KZ gebracht und sich im übrigen an die Regel gehalten haben: „Bilde, Künstler, rede nicht!“, so gerät man bei der Meinungsbildung völlig ins Schwimmen. Sind Thoraks Plastiken Nazi-Propaganda? Haben sie „zur Begründung, Stärkung und Erhaltung der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft beigetragen“? Was ist in dieser Hinsicht von Werner Egks pariser Aufführung des Balletts „Joan von Zarissa“ zu halten? Ist Pfitzners Kampf gegen die Herrschaft „der Impotenz“ und für die „deutsche Seele“ eine Förderung des Nationalsozialismus, und hatten seine Sirenenklänge aus der „Rose vom Liebesgarten“ das reale Bewußtsein der Deutschen geschwächt und ihr Gefühl für die Hingabe an die Diktatur reif gemacht? Bei Schriftstellern aber, wo man sich an das Wort halten kann, an Sätze, die wie Frau Meiers Äußerung: „Frau Müller hat gestern Abend Radio London gehört“ Subjekt und Prädikat haben und daher annähernd verstanden

\*) Wieso eigentlich verhindert? Hat sie nicht stattgefunden?

und gewertet werden können, da bestehen die Betroffenen und ihre Freunde darauf, diese Sätze müßten „aus dem Zusammenhang des Gesamtwerkes“ verstanden werden, und sie haben fatalerweise recht. Sollen sechs Männer (ein Vorsitzender, ein Ankläger, vier Beisitzer) eigens Literaturgeschichte studieren? Und Geistesgeschichte? Und Philosophie? Denn das Gesamtwerk muß doch wohl in Zusammenhang mit der gesamten literarischen und geistigen Situation verstanden werden? Sachverständige? Wenn sie einander nicht so widersprechen! Kolbenheyer sei „Biologist“, und das fördere den Nationalsozialismus, meinte der eine, ein anderer Kenner aber, eindeutig Antifaschist und Widerständler, war offenbar selbst „Biologist“, und er sah in Kolbenheyers „Baulütte“ die noch nicht anerkannte Wahrheit schlechthin.

Es geht nicht. Es geht *so* nicht, darin ist man sich allmählich außer in jener münchener Spruchkammer überall einig, — aber es geht eben *überhaupt* nicht. Die Spruchkammer kann sich bei Künstlern an formale Belastungen (Mitgliedschaften) und an eindeutige Handlungen (Denunziation, klare Äußerungen) halten wie bei jedem andern, — das übrige geht über ihre Kraft.

Für das übrige ist das Volk zuständig. Wir haben oft gehört und selbst gesagt, der Sinn und die Aufgabe der politischen Reinigung sei die nachzuholende Revolution, und haben bald erkannt, daß jene Gesetze dazu ungeeignet sind. Nun, in der Behandlung der Dichter und Künstler gibt es so etwas wie eine nachzuholende Revolution, eine permanente sogar. Sie würde, wollte man sich zu ihr entschließen, sehr einfach darin bestehen, daß man diese Leute in ihrem eigenen Bereich und mit den diesem Bereich angemessenen Mitteln so behandelte, wie sie es je nach ihrer politischen Haltung verdienen. Wer ist dieser „man“? Alle: die Regierung, der Kultusminister, der Oberbürgermeister, der Theaterdirektor, der Verleger, der Buchhändler, der Käufer, der Leser, der Theaterbesucher, der Kritiker. Setzen wir einmal den tollen Fall, das deut-

sche Volk wäre in seiner überwältigenden Mehrheit antinazistisch und demokratisch. Was würde sich daraus ergeben? Daß sich kein Filmproduzent fände, der in diesen Jahren Veit Harlan auftreten ließe, und wenn er es doch riskierte, daß dann die Kritik über ihn herfiele und das Publikum den Film sabotierte. Geschähe da irgendein Unrecht? Hat Harlan einen Anspruch auf einen Spielvertrag? Hat er Anspruch auf begeisterte Kritik, auf volle Häuser? Es würde sich ergeben, daß sich kein Oberbürgermeister fände, der bei Thorak Plastiken bestellte. Und daß Kolbenheyers Bücher nicht gelesen würden, — kann man mich zwingen, seine Bücher zu lesen? Das wäre ein grausamer Boykott, ein Mord mit anderen Mitteln? Boykotte werden verabredet, organisiert und meistens mit Druck oder Zwang durchgesetzt, — unsere Voraussetzung war aber, das deutsche Volk wäre antinazistisch; dies alles würde also ohne irgendeine Nötigung von selbst geschehen, in schlichter Auswirkung der freien Meinung.

Aber das deutsche Volk *ist* doch nicht in überwältigender Mehrheit antinazistisch? Und es besteht doch die ernste Gefahr, daß alle die alten Sünder wiederkommen, demonstrativ beklatscht werden, viel Geld verdienen und das Gift des nationalistischen und militaristischen Geistes wieder ins Volk tragen? Ja. Aber das ändert wenig an der Sache. Dann müssen sich eben die *Demokraten* unter den Kultusministern, Oberbürgermeistern, Theaterdirektoren, Verlegern, Käufern, Theaterbesuchern und Kritikern entsprechend verhalten und, ein jeder in seinem Verantwortungsbereich, den Kampf gegen den Ungeist aufnehmen. *Glaubt man, daß uns dieser Kampf mit irgendwelchen Mitteln erspart bleiben könnte?* Glaubt man, daß ein antidemokratisches Volk eine demokratische Intelligenz und Künstlerschaft haben könnte? Die Illusion von 1945 ist vorbei, der Kampf um den demokratischen Geist und Willen des deutschen Volkes geht weiter. Er kann nicht vor Gericht geführt werden, sondern nur im Leben des Volkes selbst, Geist gegen Geist, Willen gegen Willen.

*Denis de Rougemont*  
**ZUERST EUROPA**

*Europa und die Welt*

Es scheint, daß der Gedanke einer Weltregierung nunmehr bis nach Paris gelangt ist; nicht zu früh! Ein Gedanke, der seit mindestens drei Jahren in der Luft lag, der freilich auch dort hätte bleiben können, wären nicht einige Schriftsteller dem „ersten Weltbürger“ zu Hilfe geeilt. So nämlich gehen die Dinge in Frankreich vor sich, und das ist sehr gut so: es ist sehr europäisch . . . Jedermann erklärt sich für „die Welt“ und spricht im Namen der Weltmassen. Wer bietet mehr?

Es sieht aus, als sagten wir weniger, viel weniger, wenn wir von unserem kleinen Europa sprechen. Wir werden ganz provinziell dastehen oder wie zurückgebliebene Nationalisten, und man wird uns fragen: Warum Europa? Da wir schon dabei sind, warum nicht die ganze Welt?

Sobald man versucht, einen gefühlsmäßigen Elan in die Wirklichkeit umzusetzen, scheint es immer, als bremsen man ihn ab. Aber wir schlagen eine Arbeitsmethode vor, eine Bewegung, die schon an der Arbeit ist, und ein unmittelbares Ziel: mit Europa anzufangen. Denn wir meinen, daß man zum Frieden und zur Weltregierung über Europa gelangt, — oder daß man garnicht dahin gelangt.

Ich habe vielleicht ein Recht, so zu sprechen, da ich in Amerika und in Europa einer der ersten war, die am Tage nach Hiroshima erklärten, es gäbe ein einziges Mittel gegen diese Bomben, nämlich die Weltregierung. Nicht einen Augenblick habe ich mich rückwärts gewandt, ich bin im Gegenteil überzeugt davon, einen großen Schritt vorwärts getan zu haben, als ich die Sache *Europas* zu der meinigen machte. Ich war einer der ersten begeisterten Anhänger des durch die Einheit der Völker geeinten Planeten; vor unserer Nase aber fiel brutal ein gewisser Eiserner Vorhang. Und der kalte Krieg begann. Man kann sagen, die Situation hat sich geklärt . . . Zwei Kolosse, oder so erscheinen sie uns doch, beobachten sich über unsere Köpfe hinweg. Sie haben keine Lust, sich zu schlagen, sagen sie; im Gegenteil, sie verkünden ihre Liebe zum Frieden. Nur tun sie es mit immer gröberer, mit immer eisigerer Stimme. Und man kann sich des Gedankens nicht erwehren, daß, sollten sie fortfahren, sich in diesem Ton den Frieden zu erklären, es mit Schlägen enden wird.

Eine einzige Macht könnte sie trennen, sie zurückhalten und sie zum Kompromiß zwingen, das heißt also zum Frieden, — Europa.

Aber Europa ist keine Macht mehr, da es in zwanzig Nationen geteilt ist, von denen keine einzige, für sich genommen, mächtig genug ist, zu sprechen und sich Gehör zu verschaffen, in einer Welt, die von den zwei großen Reichen beherrscht wird. Gehen die Dinge weiter wie bisher, so werden

erstens die verschiedenen Länder Europas eines nach dem andern annektiert oder kolonisiert werden;

es wird sich zweitens die deutsche Frage nicht regeln lassen, sie wird also einen andauernden Vorwand zum Kriege zwischen USA und UdSSR bilden;

es wird sich drittens nichts diesem Krieg zwischen Rußland und Amerika entgegenstellen können, — einem Krieg, nach dem, wer auch der Sieger sein mag, die ganze Menschheit als Besiegter übrigbliebe.

Alles dies ist einfach wie das kleine Einmaleins. Alles dies treibt zu einem Krieg, der nun wohl endlich der letzte wäre, weil er allzuwenig Leute übrigließe, einen weiteren zu führen. Es führt uns aber auch mit der Macht der Evidenz zu einer einzig möglichen Lösung: Wenn wir jedes unserer Länder retten wollen, müssen wir diese Länder vereinen. Wenn wir den Frieden retten wollen, oder besser gesagt, Frieden machen wollen, müssen wir zunächst Europa machen; das heißt: jene dritte Macht, die in der Lage wäre, den Frieden zu verlangen, ihn zu erfinden für die beiden anderen.

Und wenn man mir sagt, daß Europa selbst vereint immer noch zu klein wäre, die beiden Großen in Respekt zu halten, dann will ich an eine einzige Ziffer erinnern, die man zu vergessen geneigt ist: Die Bevölkerung Westeuropas, also westlich des Eisernen Vorhangs, beläuft sich auf etwa dreihundert Millionen, auf das Doppelte jener Amerikas und auf ebensoviel wie die Rußlands und aller seiner Satelliten zusammen. Schlossen sich diese dreihundert Millionen zusammen, sei es daß sie sich für neutral erklärten, sei es daß sie damit drohten, ihr ganzes Gewicht einer von beiden Seiten zur Verfügung zu stellen, so wären sie in der Lage, zu handeln, den Angreifer zum Nachdenken zu zwingen und den Weltfrieden zu retten.

#### *Europa ist nicht eine Ideologie*

Es bleibt die Methode zu finden, die Mittel einer unmittelbaren Aktion. Hier allerdings hören die Dinge auf, einfach zu sein, weil Europa die vielfältigste Wirklichkeit auf dieser Erde ist, und weil es sich darum handelt, aus Europa eine Einheit zu machen, die wirkliches Gewicht hätte auf der politischen Ebene.

Dabei „erheben sich“, wie man so sagt, einige Schwierigkeiten. Man fragt: Was ist das, die Einheit Europas? Ist es etwas Kulturelles? Oder Politisches? Oder Wirtschaftliches? Das sind sehr schöne Themen für Artikel und selbst für Doktorarbeiten, aber uns geht es um den Frieden, den man sofort retten muß. Im feierlichsten Ton wiederholt man uns, Europa, das seien Pascal und Goethe, Dante und Shakespeare, Paul Valéry und wer noch. Ja ja, ganz gewiß. Nur leider, das wirkliche Europa ist durchaus nicht bloß eine Gesellschaft von Geistern. Es gehören auch die Typen aus Courteline und Bourget dazu, und die Personen bei Kafka und auch jene Bauern, die die Politik aus den Städten verwirrt, so, wie unsere italienischen Freunde Silone und Carlo Levi sie uns beschrieben haben. Auch jene gehören dazu, die niemals die Helden irgendwelcher Romane waren, und die politisch Ahnungslosen. Mit allen diesen Menschen und für sie, selbst gegen sie, müssen wir nun Europa bauen.

Aber die ganz Klugen werden kommen und sagen: Alle diese Leute, — was gibt es denn Gemeinsames unter ihnen, welche Einheit sehen sie in allem dem? Nun, das wiederum ist einfach: alle diese Leute teilen das gleiche Schicksal, das Schicksal Europas; das will heißen: Wenn man nichts tut, dann werden sie einer nach dem andern anektiert, kolonisiert, atomisiert werden; und dann — dies

ist womöglich noch einfacher — allen diesen Leuten ist gemeinsam der Ekel am Krieg und die unendliche Angst vor ihm, und wir wollen für sie und mit ihnen den Frieden machen. Dies ist die einzige, ernsthafte Frage, die einzige Schwierigkeit, und es ist uns ganz recht, wenn sie sich „erhebt“, auf daß man ihrer Herr werden könne.

Niemals aber hat diese Einheitlichkeit unseres Schicksals, nicht einmal auf dem Gipfelpunkt des Mittelalters, für Europa eine Uniformierung unserer Doktrinen und damit also eine Erstarrung mit sich gebracht.

Jene Ungeduldigen, die davon träumen, in vierzehn Tagen das ganze Menschengeschlecht zu vereinen, kann man nicht besser erschüttern, als wenn man ihnen Gelegenheit gibt, tätig an einem dieser Kongresse teilzunehmen, auf denen unsere europäische Föderation erarbeitet wird. Denn gerade, wenn man sie einen will, entdeckt man, wie sehr alle Europäer an ihren Unterscheidungen festhalten — und vielleicht *aus* ihren Gegensätzen bestehen. Aber ich wiederhole es: Im Bemühen darum, sie hinter sich zu lassen, erkennt man diese Unterschiede wirklich und kann man ihre wahre Bedeutung ermessen.

In Amerika ist natürlich alles viel einfacher: *eine* Sprache, *eine* Nation, *eine* beherrschende Lebensauffassung, *eine* Partei an der Macht, *eine* in der Opposition, *ein* einziger Typus von drugstores und *eine* durchschnittliche Moral. In Rußland ist es noch einfacher: ein einziges Haupt, eine Partei, eine Polizei und keinerlei Opposition erlaubt, auf welchem Gebiet auch immer. Aber in Europa! Zwei Dutzend Nationen mit ihren Überlieferungen, fast ebenso viele Sprachen, fünf oder sechs große Kulturen, unzählige einander widersprechende Moralen, und wer weiß wieviele politische Parteien, Stile, Schulen, die sich gegenseitig verurteilen, und wieviele Wirtschaftsexperimente mehr polemischer als rationeller Natur. Und das ist noch garnichts; Europa besteht aus der Verbindung und der Vertauschung einer langen Reihe von wesentlichen Gegensätzen: von Nord und Süd, Links und Rechts, Insular und Kontinental, Katholisch und Protestantisch, Gläubig und Ungläubig, Erbe und Fortschritt, Individuum und Kollektiv, „Ordnung muß sein“ und „Gerechtigkeit vor allem“, Regionalismus und Universalismus, Freiheit und Verpflichtung, und noch so manchen anderen Spannungen auf allen Gebieten, andere Paare von Gegensätzen und Verbindungen (ohne von den Dreiecks-Ehen zu sprechen), und keines von allen könnte ohne die anderen leben, und keines kann Anspruch auf Alleinherrschaft erheben. Welch ein Durcheinander, sagen die Amerikaner; aber sie dürfen nicht vergessen, daß der Reichtum Europas, wie freilich sein Unglück, daß seine Größe wie auch seine Schlechtigkeit, jedenfalls seine ganz unvergleichliche Dynamik gerade aus jenen Spannungen, Zwiesgesprächen, aus jener unaufhörlichen Polemik entstehen. Daher so manches willkürlich auf die Spitze getriebene Dilemma, das zur Erfindung zwingt, soll nicht Gewalt der einzige Ausweg bleiben; daher die immer offene Wahl und das Risiko, erste Bedingung dessen, was der Europäer Freiheit nennt.

Deshalb also wäre es verbrecherisch — vor allem freilich unmöglich —, die Einheit des Kontinents abhängig zu machen von einer intellektuellen oder politischen Vereinheitlichung der Sitten und der Doktrinen, oder vom Sieg einer Ideologie.

Unmöglich ist es zunächst, und jeder kann es sehen: Weder die Linke noch die Rechte haben heute die leiseste ernstzunehmende Hoffnung, ihre Gegner zu überzeugen oder sie auf entscheidende Weise auszuschalten. Und selbst wenn es ihnen für eine Zeit und mit Gewalt gelänge, blieben zehn andere Gegensatzpaare zu befrieden. Angenommen, auch dies würde erreicht durch eine Kombination aller bekannten Vereinfachungsmittel, vom Penthotal über die Geheimpolizei bis zum Plutonium, so wäre das Resultat nicht mehr Europa, sondern sehr genau eine kleine asiatische Halbinsel; dies nämlich ist Europa ohne seinen Genius.

Also nicht aus einer Ideologie wird Europa werden, weil es ja gerade das Problem ist, Europa zu beginnen, ohne es seines Wesens zu berauben.

#### *Eine außerordentlich europäische Methode*

In Ermangelung einer Ideologie gibt es jedoch eine politische Methode, die uns dazu bestimmt erscheint, die europäische Krise zu überwinden. Es ist die föderalistische Methode.

Föderieren heißt tatsächlich nicht, vereinheitlichen, sondern durch einen beschworenen Vertrag Elemente aneinanderbinden, die unter sich verschieden bleiben sollen. Das menschliche Paar, durch die Ehe gebunden, entspricht dieser Definition und ist ein leuchtendes Beispiel dafür. Auf allen Ebenen sagt, wer Föderalismus sagt, immer gleichzeitig zwei Dinge, die einander entgegengesetzt zu sein scheinen, aber gleichermaßen gültig sind, und es handelt sich nicht darum, das eine dem andern unterzuordnen, sondern im Gegenteil darum, sie in einem lebendigen Gleichgewicht, in Spannung zu halten. So ist es auf der politischen Ebene: Autonomie und Zusammengehörigkeit, oder auch: örtliche Freiheit und beschränkte Zentralgewalt. Auf der wirtschaftlichen Ebene: freier Sektor und gelenkter Sektor, oder auch: Risiko und Sicherheit.

Überall und auf allen Ebenen ist die Formel die gleiche: handelt es sich um private Verträge oder um allgemeine Politik, um Wirtschaft oder Ästhetik, das Problem bleibt immer: gleichzeitig die unfruchtbare Isolierung und die erzwungene Uniformität zu vermeiden, die Anarchie und die Tyrannei, oder auch: die Unordnung und die falsche Ordnung. Und überall ist das Lösungswort das gleiche: Einheit in der Vielheit, die genaue Antithese also zur totalitären Formel, die in erzwungener Gleichförmigkeit besteht. Dies ist die föderalistische Dialektik, einfach im Prinzip wie der gesunde Menschenverstand, in der Praxis freilich immer wieder von den modernen Bauherren der Staaten und ihrer Verfassungen verraten (eine Ausnahme bilden wohl nur die Schweizer).

Wie aber könnte es uns entgehen, daß diese Dialektik genau jener entspricht, die der wesentlichen Definition Europas dient? Wie könnten wir vergessen, daß die Drohungen, die zu allen Zeiten auf dem Geschick des Kontinents lasteten — die Zerstörung der Nationen in der Anarchie oder aber ihre Zentralisierung durch einen Imperialismus oder eine Partei — genau jenen Verirrungen gleichen, die die Gefahr für jede föderalistische Aktion bilden? Wie sollten wir schließlich nicht sehen, daß Europa gerade dem schöpferischen Konflikt zwischen unseren Verschiedenheiten und unserer widerwilligen Einheit sein Leben verdankt, jenem permanenten Konflikt, der die Sprungfeder eines föderierten Lebens ist?

### *Gegen die Verstaatlichung der Nation*

Man muß sich nun über die Kampfstellungen klar werden, die eine solche Haltung uns anweist. Gewiß, wir wollen mit allen anderen bauen, das heißt mit allen Parteien, die es akzeptieren; mit allen Nationen, die frei genug sind, es zu akzeptieren, mit allen Religionen oder Irreligionen und mit allen Klassen; nicht hier finden wir unsere Gegner.

Aber wenn wir Anhänger des Föderalismus in allen Schichtungen der Gesellschaft sind, in der Gemeinde und im Unternehmen zuerst, im nationalen Maßstab dann, im europäischen, und endlich im Weltmaßstab, so wissen wir wohl, daß wir auf gewisse Denkgewohnheiten stoßen, die gleichzeitig nationalistisch und rationalistisch, mit einem Wort also jakobinisch sind und totalitär, ohne es wahrhaben zu wollen. Das wäre noch nichts. Wir wissen, daß unsere Aktion münden muß in eine tiefgehende Veränderung der Welt, wie sie ist, denn sie zielt auf sie als Ganzes, von Natur aus, ihrem eigenen Wesen entsprechend und dem Wesen der Hindernisse, die sie auf ihrem Weg zu einem föderierten Europa und zum Frieden findet. Zertrümmern muß sie den modernen Leviathan, den Thomas Hobbes schildert und den Nietzsche einmal „das kälteste aller kalten Ungeheuer“ nennt, den nationalen Staat, Ursache und Folge gleichzeitig aller unserer Kriege.

In dieser Hinsicht werden wir uns unerbittlich zeigen.

Nicht einen Augenblick denken wir daran, die Nationen zu zertrümmern, die Unterschiede unter ihnen aufzuheben, oder zu bestreiten, daß es für unsere Länder sehr autonomer Verwaltungen bedarf; womit wir aber ein Ende machen wollen, das ist die Setzung der Nation selbst als Staat. Es ist die Beschlagnahme ihrer lebendigen Kräfte durch die hirnlose Maschine des Staates, und es ist endlich das Dogma und die Praxis der absoluten nationalen Souveränität.

So verlangen wir denn und so bereiten wir vor als ersten Punkt unseres ganzen Programms die Errichtung eines höchsten Europäischen Gerichtshofes, einer Gewalt über den Staaten. Dieser höchste Gerichtshof muß der Hüter einer Charta der Rechte der Person werden. Und an diesen Gerichtshof müssen gegen die staatliche Gewalt appellieren können: unterdrückte Minderheiten, und mehr noch, der einfache Bürger selbst. So werden wir jenes Recht schützen können, das die europäischen Freiheiten garantiert, das Recht der legalen Opposition gegen den Staat. Von der Demokratie zu sprechen, solange man dieses Recht nicht besitzt, ist bloßes Gerede, oder aber man spricht eben von Diktatur: es genügt das Beispiel der sogenannten Volksdemokratien.

### *Einem Europäischen Rat entgegen*

Hinter allem, was ich hier darlege, steht eine Aktion, die seit zwei Jahren in ganz Europa vorgetrieben wird und die nun hart davorsteht, zu sehr bestimmten, konkreten Ergebnissen zu führen. Zunächst hat unsere föderalistische Methode sich unter unseren Vorkämpfern bewährt. Die Union ist desto stärker geworden, je echter der Respekt vor den ursprünglichen Berufungen und vor den politischen und religiösen Temperamenten war. Die verschiedenen Bünde, die sich

auf Zeit zusammengetan hatten, um den Haager Kongreß einzuberufen \*), haben ein ständiges Organ geschaffen: die „Europäische Bewegung“. Nationale Räte wurden überall gegründet, sie beschicken einen Internationalen Rat, der auf der europäischen Ebene die gemeinsame Aktion leitet. Schon die Namen seiner vier Präsidenten, Churchill, Spaak, Blum und de Gasperi, bezeugen die Weite eines politischen Zusammenschlusses ohne Beispiel in der Geschichte Europas.

Am 18. August 1948 wurde allen demokratischen Regierungen des Kontinents ein Memorandum über den Europäischen Rat (wie der Haager Kongreß ihn vorgesehen hatte) unterbreitet. Dieser Vorschlag wurde durch die Regierungen Frankreichs und Belgiens vorbehaltlos angenommen, und sie setzten ihn auf die Tagesordnung der Konferenz der fünf Mitgliederstaaten des Brüsseler Paktes. Eine besondere Kommission wurde von den fünf Regierungen gebildet; am 28. Januar 1949 beschloß sie die Errichtung eines Interministeriellen Rates und einer „konsultativen Versammlung, deren Sitzungen öffentlich sein werden“. Von dieser Versammlung wünschen wir, daß sie gewählt werde gleichzeitig von den Parlamenten und von den lebendigen Kräften jedes Landes (also, unter anderm, von den Gewerkschaften, Universitäten, Kirchen, Jugendverbänden). Wir halten dafür, daß ihre Hauptaufgabe darin bestehen wird, die Gründung des höchsten Gerichtshofes vorzuschlagen, eine Bundesverfassung für Europa und die mit Europa verbundenen Völker auszuarbeiten, sie dann den Parlamenten und direkt der Volksbefragung zu unterbreiten.

Nur das Prinzip freilich einer konsultativen Körperschaft hat sich bisher durchgesetzt. Das bedeutet einiges und kann vieles werden. Aber von Siegeshymnen sind wir noch weit entfernt. Unser wahrer Kampf beginnt erst. Sobald wir uns den ersten konkreten Ergebnissen nähern, werden die Risiken mit jedem Schritt schwerer. Das ist völlig normal. Jeden Augenblick kann alles fehlgeleitet werden in irgendwelche Bündnisse souveräner und von Panik ergriffener Staaten oder von Generalstäben — ohne Truppen freilich; oder in eine beliebige, unfreiwillig komische Erklärung über kollektive Sicherheit; oder auf geduldigem Papier in eine Koalition, die sich den Anschein gäbe, als könne sie einen der beiden Großen herausfordern, ohne gleichzeitig die nötige Macht zu schaffen, einen Angriff zu entmutigen... Jetzt ist also der Augenblick, in den Europäischen Räten stark zu sein, die aktive öffentliche Meinung hinter unseren föderalistischen Avantgarden zu sammeln und unserer Propaganda im Volk, oder um es besser zu sagen, der Unterrichtung der Massen einen großen Auftrieb zu geben.

Wyschinskij allein kann schließlich nicht die ganze Arbeit machen und eine europäische öffentliche Meinung schaffen.

### *An euch ist es!*

Einen Satz gibt es, den ich gern nie mehr hören möchte, so oft habe ich ihn in Hunderten von Berichten über unsere Versammlungen und Kongresse gelesen. Er lautet: Wir können den mutigen Vorkämpfern des Föderalismus nur alles Glück

\*) Es kamen hinzu die Sozialistische Bewegung für die Vereinigten Staaten von Europa und die Syndikalistische Europäische Arbeitervereinigung.



wünschen. — Deutlicher gesagt: „Geht nur voran, wir werden aus der Entfernung eure Anstrengungen verfolgen, und solltet ihr wunderbarerweise wirklich Erfolg haben, so werden wir uns euch natürlich anschließen, alle wie wir da sind...“ Es gibt solche, die uns Beifall spenden, wie jene Soldaten irgendeines Landes, die während des Ersten Weltkrieges ihren Offizier aus dem Graben springen und als Ersten zum Angriff vorgehen sahen, „Bravo, bravo!“ riefen und in ihren Löchern blieben.

Es gibt auch jene, die uns sagen: „Wir haben nichts gegen eure Bewegung, aber wir bleiben trotzdem abseits, denn ihr seid zu sehr in Gefahr, euch durch imperialistische Mächte ‚irreführen‘ zu lassen.“ So liest man in der Revue „Esprit“ folgenden wundervollen Satz: „An einer eisernen Wachsamkeit“ (gegenüber der föderalistischen Bewegung) „festhalten, das bedeutet keine Abwesenheit, das bedeutet zweimal anwesend sein.“ Danke, meine Herren, einmal hätte genügt! Aber wenn es sich darum handelt, auf unseren Kongressen gegen eine dieser „Irreführungen“, auf die sie von außen her mit Recht hinweisen, die sie aber viel weniger gut kennen als wir selbst, die wir sie jeden Tag zu bekämpfen haben, — wenn es sich darum handelt, dagegen zu stimmen, dann sind diese eisernen Wachsamkeit nicht da. Wenn der Kampf ernsthaft wird, sind sie nicht doppelt anwesend, sondern einfach abwesend.

Der oder jener wirft uns manche unserer taktischen Bündnisse vor. Sie wollen ganz gern Europa bauen, sie wollen den Frieden sichern, aber unter einer Bedingung: Mr. Churchill darf nicht dabei sein! „Wenn er mittut, dann ohne uns — mag die Bombe explodieren und die Welt untergehen.“ Diese kleinen Naturen sagen ihre Aufgabe vom heutigen Tage auf. Es kommt daher, daß sie die von gestern vergessen haben. Sie vergessen, daß selbst Stalin sich mit Churchill verbunden hat, um Hitler zu schlagen. Man liebt es in ihren Kreisen nicht, daran erinnert zu werden, aber ich erinnere daran. Und ich füge ohne jeden besonderen Nachdruck hinzu: daß wir jedenfalls völlig frei sind in unseren Beziehungen zu Churchill, während sie es vielleicht weniger sind in ihren Beziehungen zu bestimmten totalitären Parteien.

Und endlich gibt es jene, die nicht ohne Berechtigung sagen: „Wir haben die Reden satt. Was wir nötig haben, sind Taten. Geht mit einem Tanzbären an der Leine auf die Straße, sammelt die Leute um Euch, zerreißt Euren Paß. Und dann werden wir auch unsere Namen hergeben — ohne unserseits irgendetwas zu zerreißen, allerdings.“ Wir brauchen, so sagen sie, wirkliche Apostel. Habt Ihr sie?

Für diese Leute haben wir Arbeit. Ich sage ihnen: Wenn ihr Apostel braucht, wenn euch wirklich so sehr daran liegt, könntet ihr nicht die ersten sein? Diogenes hatte sehr unrecht, bei Laternenlicht nach einem Menschen zu suchen. Er hätte viel besser daran getan, selbst einer zu werden. Das ist das sicherste Mittel, einen zu finden.

Wir, die Föderalisten haben eine Schlacht um Europa heraufbeschworen, indem wir die Regierungen und die Parlamente dazu aufgefordert haben, eine Europäische Versammlung einzuberufen. Jetzt und vielleicht niemals wieder ist die Stunde des Föderalismus und mit ihr die Stunde des Friedens.

Wenn Ihr den Frieden wollt, müßt Ihr seine Mittel wollen. Ein einiges Europa ist das sicherste. Wenn Ihr Europa wollt, müßt Ihr den Föderalismus wollen; wenn Ihr frei bleiben wollt, müßt Ihr *heute* das Abenteuer bestehen. Es hängt von euch ab, Europäer, dem Krieg den Rang abzulaufen. Es hängt von euch ab, daß der Tag nahe sei, an dem die vereinten Stimmen Europas in der ganzen Welt endlich als die starke Stimme der Hoffnung gehört werden!

*Hendryk Brugmans*

## DIE REVOLUTIONÄRE STABILITÄT DER SOWJETUNION

Der sozialdemokratische Patriarch Karl Kautsky pflegte in seinen letzten Jahren zu sagen, das einzige wirklich wichtige Problem unserer Zeit sei das Sowjetrußlands, seiner inneren Kämpfe und seiner Entwicklung. In der Tat haben jene recht behalten, die im Oktober 1917 fühlten, daß eine neue Wirklichkeit entstand, daß sich eine neue Form menschlichen Daseins bildete, deren Tragweite unberechenbar war. Und es gibt keinen lächerlicheren Irrtum als den, zu meinen, die Frage werde mit dem Tode Stalins, mit „einer Atombombe auf Moskau“ oder ähnlichen Kindereien behoben sein.

Man muß eingestehen, daß das Schicksal der russischen Revolution in der Geschichte ohne Beispiel ist. Wiederholt hat man Vergleiche mit 1789 gezogen; die Bolschewiken haben es zu Anfang selbst getan. Trotzki, so „westlich“ in seiner Denkart, sprach vom Stalinismus wie von einem robespierreischen Bonapartismus, der den Thermidor übersprungen hätte. Doch werden solche Vergleiche immer seltener. Man beginnt zu verstehen, daß das Schicksal der Sowjetunion keinem der bisher bekannten geschichtlichen „Gesetze“ entspricht. Das Phänomen des Kommunismus verwirrte unsere Propheten, und es hat sie noch immer Lügen gestraft. Und doch, das neue Rußland färbt viel unmittelbarer auf die Welt ab als das revolutionäre Frankreich der Zeit vor hundertfünfzig Jahren.

Nichts hat die „kapitalistischen“ Mächte stärker enttäuscht als die dauerhafte Unerbittlichkeit des neuen russischen Regimes in Fragen der Doktrin, als seine revolutionäre Stabilität. Als Lenin die „Periode der neuen ökonomischen Politik“ (N. E. P.) eröffnete, also offiziell bekanntgab, daß man auf dem Wege zur völligen Sozialisierung zurückweichen müsse, daß man gezwungen sei, Inseln des „freien“ Marktes wieder einzuführen, da war allerorten Jubel. So hatte man es doch vorhergesagt. Die Greuel des „Kriegskommunismus“ gehörten nun der Geschichte an, die bolschewistischen Führer begannen also, Vernunft anzunehmen, „gewissen wirtschaftlichen Tatsachen“ Rechnung zu tragen . . ., nicht wahr? „Ein Jakobiner, der Minister wird, ist kein jakobinischer Minister.“ Jules Romains zeigt in einem der letzten Bände seiner „Menschen, die guten Willens sind“ den famosen Industrieritter Haverkamp, der darangeht, in Moskau so etwas wie eine „Aktiengesellschaft zur Ausbeutung der Sowjetunion“ zu gründen.

Alle Hoffnungen schienen sich damals zu bestätigen. Und dann geschah gar nichts. Im Gegenteil. Bald wurde das Ruder wieder herumgerissen, diesmal in Richtung einer lückenlosen und scharfen staatlichen Planwirtschaft. Völlige Liquidation der N. E. P.-Leute. Später: Kollektivierung der Landwirtschaft und Verschwinden der „Kulaken“ als Klasse, das heißt also, ihre physische Vernichtung. Seither konnte die „Linie“ oft wechseln, niemals wechselte das Endziel, dem man sich mit Zähigkeit, Wirklichkeitssinn und eiskalter Leidenschaft nähert. Heute ist Sowjetrußland über dreißig Jahre alt, und nichts deutet auf den Beginn einer Abnutzung hin, einer Nachgiebigkeit in der Lehre oder in den Methoden. Das ist das Wunder.

Ich weiß wohl, daß es nach dem letzten Krieg einige Übellaunigkeit bei bestimmten führenden Persönlichkeiten in Sowjetrußland gab; in einem gewissen Sinn waren diese Feinde für das Regime ernster zu nehmen als jede politische Revolte, jede Abweichung nach links oder rechts von der Doktrin. Es war einfach Müdigkeit, die Reaktion von Männern und Frauen, die es satt hatten, und die von einem menschlichen Leben träumten, von einer Existenz, in der auch anderes Platz hätte als politischer, wirtschaftlicher und militärischer Kampf. Bürgern, die im Jahre 1917 fünfzehn Jahre alt gewesen waren, wurde es klar, daß nun das Alter nahte und daß ihr Leben ganz erfüllt gewesen war von Kampf in allen seinen Formen: Bürgerkrieg; Hungersnot; dem Ringen, die Staatsmaschine wieder in Gang zu bringen; den Fünfjahresplänen; der Vorbereitung für einen neuen Weltkrieg; schließlich den Einbruch des Feindes. Andererseits waren sie mit dem Westen in Berührung gekommen, mit dem verfluchten, aber verlockenden Westen. Vielleicht gab es schon welche, die Verse auf den Frühling machten, ohne dabei auch nur zu erwähnen, daß es sich um jene Jahreszeit handle, in der bestimmte Zweige der sowjetischen Produktion (wie zum Beispiel die der Eier) zu neuen Siegen eilen. Man geht in den Wald, ohne sich dabei die Statistiken des Forstwesens vor Augen zu halten. Kurz: es war der Beginn einer Art nichtsozialistischen Humanismus, der Ansatz zu einem ganz einfach humanen Humanismus. Ausgangspunkt war Leningrad, „das offene Fenster zum Westen“ schon seit den Tagen Peters des Großen. Aber diesem Aufbegehren wurde bald ein Ende gemacht. Durch Shdanow selbst, den Mann von Leningrad. Wieder einmal war eine Säuberung der Widerstände und Müdigkeiten Herr geworden.

\*

Das bolschewistische Schwert hat sich nicht — wie man vielleicht erwarten konnte — abgestumpft. Unerbittlich verfolgt das Land seinen Marsch, einem fernen, aber schon klar sich abzeichnenden Ziele zu. Vorläufig hat die UdSSR alle alten Sprichwörter der menschlichen Weisheit Lügen gestraft, die sagen, daß alles vergehe, zerbreche, ermüde, und daß man am Ende in jeden Wein etwas Wasser zu tun habe.

Dies nämlich ist das Beunruhigende an Rußland. Nicht nur mildert sich das Klima dort keineswegs, es wird vielmehr immer rauher. Und die Diktatur ist den kommunistischen Führern nicht von außen her aufgezwungen worden — wie

ein vorübergehendes Übel, unvermeidlich in der tragischen Lage nach den ersten Jahren der ersten Revolution. Sie ist der prinzipielle Kern selbst der tatsächlichen Verfassung des Landes. Natürlich hat jedes sogenannte Übergangsregime eine Neigung dazu, sich zu verewigen, aber schließlich hat der Terror der Jakobiner sich niemals für das politische System der Zukunft ausgegeben, für eine „höhere Form“ der Volksdemokratie. Sie hat sich immer entschuldigt, sich auf die Vendée berufen, auf die Alliierten in Verdun, auf die Engländer vor Toulon und auf die Feinde der Republik, die in Paris konspirierten. Kaum schien das Provisorium sich auf Dauer einrichten zu wollen, da wurde es eiligst hinweggefegt.

In der Sowjetunion hingegen normalisieren sich der Polizei-Terror, die Zensur und die innere politische Spionage. Unter Beria ist dies alles nicht mehr von blutgierigen Leuten geleitet, bei deren Namen allein schon man erschauert. Es ist eine tadellose Verwaltung; die Öffentlichkeit beginnt sie wie einen Teil des normalen Staates zu betrachten. Sie ist das Herz des öffentlichen Lebens, und dieses Herz schlägt automatisch. Dies erlaubt der Führung, ihre Politik zu verfolgen, — ohne allzuviel Sorge vor Überraschungen von unten.

\*

Ohne Zweifel: Das MWD genügt nicht. Die Geheimpolizei vermag es am Ende fertigzubringen, daß der Gedanke an Auflehnung den Geist der Bürger nicht einmal mehr streift. Begeistern aber, elektrisieren, zu täglichen Opfern sie anfeuern, kann sie sie nicht. Inquisition ist nichts ohne Mystik. Neben der Staatspolizei bedarf es der Propaganda. Auch sie trägt dazu bei, die revolutionäre Stabilität zu sichern. Immer deutlicher wird sie nationalistisch. Sie ist jedoch unendlich geschickter als jene von Goebbels, wie ja auch die Arbeit von Beria der Himmlers (der sich als dessen Schüler bekannte) überlegen ist. Sie schreit nicht, sie versucht zu überzeugen. Sie betäubt nicht, sie erklärt diskret. Sie beweist an Hand von Statistiken, daß die UdSSR „an der Spitze der Zivilisation“ marschiere, und — viel wichtiger noch — daß ihre Siege zum Teil natürlich dem Genie Stalins, besonders aber dem Opfermut des Mannes von der Straße, vom Feld und in der Fabrik zu danken sind. „Der Sowjetstaat . . ., das seid ihr, du Arbeiter, Bauer, Soldat, Seemann.“ Seine Größe ist, im Grunde genommen, die Größe Aller.

Diese Propaganda beschränkt sich nicht auf die sogenannte Politik: sie äußert sich in allen Formen, bringt ohne Unterlaß den Bürger mit seiner Arbeit in Verbindung. Und dieser glaubt es am Ende, daß es das ganz große Anliegen seines Lebens sei, für seine Person zum Ruhme des Staates beizutragen, auf welchem Gebiete auch immer. Um Goebbels auszuweichen, genügte es, einen Abschaltknopf zu drehen \*); einer dezentralisierten Propaganda aber, die überall ist, die überall wiederholt, daß es begeisternd sei, ein gewissenhafter Konstrukteur des sowjetischen Vaterlandes zu sein, einer solchen Propaganda kann man nicht ausweichen.

\*

\*) In Holland! In Deutschland selbst hatte das Nazisystem ein wenig von der Allgegenwart, die dem russischen System eigen ist. *Die Schriftleitung.*

Aber auch dies alles genügt nicht, die revolutionäre Stabilität in der Sowjetunion zu erklären. Gewiß, mit der Polizei kann man endgültig jede spontane Regung des Unwillens unterdrücken, man kann es allen klarmachen, daß die geringste Abweichung von der „Linie“ der reinste Irrsinn sei. Die Propaganda ihrerseits vermag jedem einzureden, das Leben habe nur insoweit seinen Sinn, als es zur Erfüllung der gestellten gesellschaftlichen Aufgaben diene. Eine solche Stabilität aber müßte am Ende tödlich werden, sobald es an revolutionärer Eingebung fehlt. So vollkommen die Maschine sein mag, ihre Räder müssen sich auch drehen, sie muß gespeist werden; und sie bedarf eines Stabes von tadellosen Ingenieuren. Hier stellt sich die Frage der kommunistischen Kader in Sowjetrußland. Woher kommt es, daß die normale Abnützung, daß die normale Fäulnis, die die Folge der Reife ist, woher kommt es, daß sie in dieser Partei und in diesem Lande sich nicht eingestellt haben? Wie erklärt es sich, daß nach der Erringung und auf die Festigung der Macht keine Periode der Entspannung folgte? Jedes neue Regime bringt neue Privilegien für Gruppen von Jungen mit sich, aber gerade diese Privilegien korrumpieren die Kämpfer, die anfangs einen „harten Kern“ darstellten. Daß eine Führungsgruppe sich mit Prätorianern umgibt, nichts ist selbstverständlicher. Aber daß sie ihre ursprüngliche Reinheit bewahrt, ihre Unerbittlichkeit und ihren revolutionären Willen, dieses Phänomen ist unvergleichlich, und es kann nur mystischer, oder genauer gesagt, mythischer Natur sein, denn die russischen Bolschewiken scheinen wohl einem Mythos im Sinne Sorels zu folgen.

In einem gewissen Maß trägt diese Erscheinung unzweifelhaft nationalen Charakter. Außerhalb Sowjetrußlands sind die Kader der kommunistischen Parteien oft sehr tüchtig und (menschlich gesprochen) denen der anderen Parteien weit überlegen, — und wäre es nur, weil diese letzteren (es gereicht ihnen zur Ehre, aber es behindert ihre Tätigkeit) nicht die Totalität der menschlichen Person für sich in Anspruch nehmen. Doch das Prestige Rußlands innerhalb des *Kominform* wäre nicht, was es ist, hätten nicht die Häupter der kämpfenden Kirche (in partibus infidelium) gegenüber denen der triumphierenden Kirche da drüben eine Hochachtung, die bis zur Unterwürfigkeit geht. Im übrigen ist die kommunistische Mystik identisch mit der des neuen Rußland, oder vielmehr: sie sind beide gezeichnet von der ungeheuersten Mystik sozialer Aggressivität, die die Welt je gekannt hat: der des Klassenkampfes.

Mag man immer sagen: die Probleme der Stunde seien gar nicht proletarischer Natur, oder — dies besonders — die unvermeidliche Schaffung einer europäischen Föderation gehe doch gleichermaßen alle Schichten der Bevölkerung an; das ist alles wahr. Richtig bleibt trotzdem, daß die ungeheure Mehrheit der Arbeiterklasse — der Gläubigen wie der anderen — das instinktive Gefühl hat, auf der einen Seite stehe der Bourgeois, der einen ausbeutet und betrügt, und auf der anderen stehe man selbst mit Hunderten von Millionen Brüdern über die Welt hin. Und da fast die ganze Führungsschicht in Rußland (eine Schicht, die Millionen von Männern und Frauen umfaßt) sich so gut wie ausschließlich aus einstigen

Proletariern zusammensetzt, so steht dies Unterfangen ohne Vergleich in der Geschichte. Sagt, was ihr wollt, denken sie — Rußland, das bedeutet: Unsere Klasse endlich und tatsächlich an der Macht, und nicht durch irgendwelche Mittelsmänner.

Daher kommt es, daß die führenden Persönlichkeiten Rußlands ihre revolutionäre und proletarische Reinheit hüten wie ihren Augapfel. Sie können ihre Taktik ändern, so oft es ihnen paßt, einen Vertrag mit Hitler unterzeichnen, der einen der monumentalsten Verratsfälle der Weltgeschichte darstellt, — das ist nichts Ernstes, solange man die psychologische Verbindung mit den Massen der Werktätigen aufrechterhält, solange man sich in einer Sprache ausdrückt, die sie verstehen, weil sie die ihrige ist, solange man nicht in den Augen der Welt jener „falsche Bruder“ wird, der seine alten Elendsgenossen vergessen hat.

Gern ist der kommunistische Arbeiter bei uns dabei, Zweifel über diese oder jene konkrete Stellungnahme seiner Partei beiseite zu schieben. Er erklärt sich da unzuständig, und sein Vertrauen bleibt unerschüttert. Und die Regierung seines Landes bleibt bürgerlich, so wie auch jede nichtkommunistische Zeitung dem Klassenfeind verpflichtet bleibt... während Rußland von wirklichen früheren Arbeitern geleitet wird. Es sind Hunderttausende.

In der Sowjetunion ist die Lebenshaltung bedeutend niedriger als hier? Ihre Außenpolitik ist engstirnig nationalistisch? „Laßt sie reden“, sagt sich der Kommunist. „Recht oder Unrecht, — es ist meine Klasse. Die russischen Genossen haben die Macht ergriffen, während wir immer noch unter einem Regime dahingleben, das uns gesellschaftlich fremd ist.“ Das Klassenbewußtsein (das kein leeres Wort ist und auch keine Erfindung des erzlehrten Doktor Karl Marx, sondern eine tägliche, unscheinbare und beängstigende Realität) steht für alles gut. „Der Rest wird uns hinzugegeben.“

Wie steht es aber heute in Wirklichkeit mit der proletarischen Reinheit dieser bolschewistischen Führer? Ist sie denn nicht schon längst untergegangen? Ist die revolutionäre Russenbluse im sowjetischen Leben nicht schon seit Jahren ersetzt durch den Bürgerrock... oder durch die militärische oder zivile Uniform?

Ja, das ist teilweise wahr. Und in der Tat war für den russischen Mythos nichts verheerender als die in der Presse verbreiteten Bilder, auf denen man Soldaten und Offiziere der Roten Armee mit Orden bedeckt sah, während ihre angelsächsischen Waffenbrüder so sehr viel unauffälliger auftraten. Und doch...

Die Staffelung der Löhne und Gehälter zeigen bei ihnen größere Unterschiede als im kapitalistischen Amerika. Sie sind in den besetzten Ländern durch die empörende Prachtentfaltung bei ihren Empfängen aufgefallen. Heute weiß jedermann, daß keine Regierung der Welt so bewacht und beschützt wird wie die verantwortlichen Führer der Sowjetunion. Und doch...

Und doch sind sie sehr weit davon entfernt, auf ihren Eroberungen eingeschlafen zu sein. Nichts haben sie von ihrem „*élan vital*“ verloren, und sie teilen ihn den von ihnen geleiteten Massen mit. Sie sind geblieben, was sie waren: Arbeiter „wie wir auch.“

\*

Wie ist ihnen das gelungen? Indem sie innerhalb der früheren Schicht nie aufgehört haben, auf die Furcht vor dem Morgen zu setzen, — auf den Gedanken, daß Privilegien jeden Tag neu verdient werden müssen. Und indem man bei ihnen das Gefühl der ununterbrochenen Gefahr wach hält, vermeidet man die sonst in allen Fällen unvermeidliche Erschlaffung, jene „Vermenschlichung“, die gleichzeitig den Sinn für das Kompromiß mit sich bringt. Hier finden wir vielleicht das Geheimnis sowohl der Stabilität als der Unstabilität des revolutionären Geistes in der Sowjetunion: der Stabilität, weil die Partei ohne Nachgiebigkeit ihre revolutionäre Aktivität fortsetzt; der Unstabilität, weil niemals jemand wird behaupten können, seine Zukunft sei gesichert. Ich möchte sagen: *Diese Unstabilität im privaten Leben der verantwortlichen Parteileute ist die Basis und die Bedingung für die politische Kontinuität.*

Es gibt genug Beispiele: Die großen Journalisten, die Führer im politischen Leben und in den Gewerkschaften, die Stars der sowjetischen Kunst, die Marschälle und die Botschafter, alle wissen sie, daß zu jeder Stunde des Tages oder der Nacht ihre Herrschaft zu Ende gehen kann. Der Reichtum, mit dem sie sich umgeben — auf Befehl übrigens —, bleibt zweifelhaft, und man kennt die Geschichten von berühmten moskauer Tänzerinnen, die heute schmuckbeladen den ausländischen Gästen vorgestellt werden, und die morgen, ärmlich gekleidet, stundenlang vor dem Bäckerladen Schlange stehen wie jedermann. Wer ist es aber, der am Ende über das Schicksal jener „Verantwortlichen“ entscheidet? Was ist in Wirklichkeit jener mystische Begriff, der sich „die Partei“ nennt?

Ganz gewiß ist es nicht die Gesamtheit der einfachen Mitglieder. Seit Lenins berühmtem Bericht über „demokratische Zentralisierung“ konzentriert sich die Macht immer mehr in den Händen der Exekutive, das heißt weniger Männer. Sie sind es, die die Kontinuität sichern (indem sie jene Maßnahmen der Diskontinuität und der Willkür treffen, die sie für nötig halten).

Es stellt sich die ewige Frage der Legitimität der Machtausübung. Von wem haben sie sie erhalten? Wem sind sie Rechenschaft schuldig? Wenn Rußland sich der Partei unterwirft und die Partei dem Kreml, wer kontrolliert die höchsten Kontrolleure? Die Frage ist nicht akut, solange die Geheimpolizei ihre Machtposition hält, solange die Mystik das Werk der Polizei und der Propaganda ergänzt, — solange der Kreml in sich selbst eins bleibt, das heißt, solange eine sehr große Persönlichkeit (eine mythische) ihn beherrscht. Beim Tode Stalins aber wird es ein Problem geben, und es ist möglich, daß sein Testament nicht alles regelt.

\*

Stabilität und Unstabilität, — Kontinuität und Diskontinuität: die beiden hängen in merkwürdiger Dialektik je von einander ab.

Unsere Zeit ist seelisch ebenso schwach wie sie technisch stark ist; sie neigt zur Wirksamkeit, und es ist selbstverständlich, daß der zentralisierteste Machtapparat mit den raschesten und unmittelbarsten Resultaten wirksam wird.

Unsere Zeit ist verrandesmäßig ebenso leichtgläubig wie im Religiösen skeptisch; sie läßt sich leicht durch weithin sichtbare Gesten blenden; da sie nicht mehr

an Gott glaubt, verehrt sie Götzen, und jede Diktatur kommt ihrem Hunger nach einem Mythos entgegen.

Unsere Zeit neigt dazu, nicht mehr an das innere Leben zu glauben, an die Zitadelle im Herzen des persönlichen Menschen. Sie wünscht Befehle auszuführen. Das kann sie bei Diktatoren haben.

Unsere Zeit hat den Zusammenbruch der Traditionen gesehen und hat keinen Sinn für Geschichte; leicht öffnet sie sich einer Ideologie, die wie die kommunistische den Menschen für total umformbar hält. Den Menschen, aus dem man macht, was die wirtschaftliche Entwicklung, die Propaganda, die Parteierziehung und die Angst vor der Exekutive machen wollen.

Nichts ist unsicher, nichts ist ungewiß — außer der individuellen Existenz des Bürgers, der heute nichts davon weiß, was er morgen tun und sein wird. Und er fügt sich im übrigen diesem unmenschlichen Menschendasein, denn er „dient“.

\*

Die kommunistische Lebensauffassung bleibt jedoch, das wird man sagen müssen, im wesentlichen russischer Herkunft. Andere Völker können sich ihr unterordnen, sich daran eine Zeitlang begeistern, aber am Ende werden sie das Joch abschütteln. Bei den Russen sitzt das tiefer, ist es wahrer, ihrem Wesen gemäßer.

Wer die Geschichte dieses sehr großen Volkes studiert, dem fällt gerade ein seltsamer, dialektischer Wesenszug auf. Diese Geschichte schreitet in Sprüngen fort und durch Gewalttaten, über einer untergründigen Kontinuität.

Die französische Revolution hat sich immer — geschickt oder nicht — auf ihre wahren oder falschen Ahnen berufen, die Arbeiterbewegung in Europa hat immer auf Vorläufer hingewiesen, die allgemein anerkannt waren. Im Westen hat noch niemand mit voller Überzeugung gesagt, er wolle mit der Vergangenheit reinen Tisch machen. Aber, wenn Peter der Große die Bärte seiner Bojaren wegrasieren läßt, dann setzt er tatsächlich einen Schlußpunkt. Zusammenhanglosigkeit scheint uns gerade eine der Konstanten des russischen Lebens, und wir täuschen uns nicht, wenn wir annehmen, daß dies so manchen Zug im Werden der russischen Revolution erklärt.

Andererseits kennzeichnet diesen gleichen russischen Charakter, so wie er sich in Geschichte und Kunst ausprägt, gerade ein unablässiges Streben nach Kontinuität, nach tausendjähriger Stabilität. Russen sind zu allen Opfern bereit, wenn nur die wesentlichen Werte erhalten bleiben, wenn nur „das Reich Gottes“ kommt. Wenn sie so eilig und wie wollüstig ins Absurde und ins Zusammenhanglose ableiten, so ist es, weil sie die ganze Verworfenheit der Ausschweifung und der Auflehnung ermesen. Die Häresie ist ihnen Versuchung und Entsetzen zugleich, ein Teil ihres Wesens verlangt geradezu nach der unerbittlichen Heiligen Inquisition. Und diese äußert sich in recht konkreter Form heutzutage. Sie wird in ihrem ganzen Schrecken möglich durch die politische Zentralisation und durch die wirtschaftliche Technisierung des Landes. War es einstmals so, daß Revolten isoliert und daher verhältnismäßig unwichtig blieben, so müßten sie heute unmittelbar das ganze Land und das Regime selbst berühren. Man muß also zuschlagen und strafen, im Namen des Tausendjährigen Reiches.



Und man kann es mit der moralischen Zustimmung der großen Massen, da der Kommunismus seinem Ideal der Armut treu geblieben ist, trotz den Unterschieden in der Entlohnung, trotz dem Prunk der sowjetischen Botschaften, trotz dem Abfall einzelner. Das Dogma der Gleichheit bleibt aufrechterhalten.

Dieses Dogma freilich ist widersinnig. In jeder Gesellschaft bilden sich spontan Schichten; sogar in den Konzentrationslagern hat man das gesehen. Das Dogma der kommunistischen Gleichheit aber verneint die natürliche und unumgängliche Entstehung jeglicher Aristokratie. Mehr als irgendein Land bedarf die Sowjetunion technisch Gebildeter, Verantwortlicher, eines „Adels“, der sich gleichzeitig durch seine Fähigkeiten wie durch seine seelische Haltung rechtfertigt. Und dieser Adel hat sich wirklich gebildet. Er heißt: die Partei. Sie neigt dazu, sich zu verhärten, aus regionalen Sekretären Satrapen zu machen. Das ist unvermeidlich. Man weiß es, man sieht es, aber ganz im Gegensatz zu allem, was man bisher in der Geschichte erlebt hat (wenigstens in der Geschichte des Westens): die Führer finden sich damit nicht ab. Und um rein zu bleiben, reinigen sie. Denn die Reinigung ist in Sowjetrußland nicht nur politische und ideologische Erscheinung. Sie ist auch, und vielleicht in erster Linie, moralischer Natur. Man sträuft nicht nur die Opponenten, sondern auch die Schwachen, die Geschäftemacher, die Ausbeuter. Gegen diese aber gibt es nur eine Waffe: den Schrecken, den Hüter der Moral.

\*

Sind diese Überlegungen wirklich gültig? Ich denke: ja, ohne zu glauben, daß sie alles erklären. Auf alle Fälle erlauben sie, wenigstens gewisse Elemente klarzustellen, die uns als Widersprüche erscheinen, während sie vielleicht einander bedingen. Sie rücken auch die Größe des russischen Phänomens ins rechte Licht, ohne deshalb auf „mildernde Umstände“ zu plädieren; ganz im Gegenteil: in der Größe der Dinge liegt gerade ihr sprengender und unheilvoller Charakter, um nicht zu sagen: ihr diabolischer.

Gegenüber der westlichen Lauheit (die sich manchmal hinter einem wortreichen, dummen und unfruchtbaren Antikommunismus verbirgt), bleiben die Sowjetunion und der Kommunismus vor allem anderen: die Herausforderung. Nur Propheten können sich ihr stellen.

*Hans Urs von Balthasar S. J.*

## THEOLOGIE UND HEILIGKEIT ZUR REVISION DER SCHÖLASTIK

In der Geschichte der katholischen Theologie gibt es kaum ein Ereignis, das weniger beachtet worden ist und doch mehr Beachtung verdient als die Tatsache, daß es seit der Hochscholastik keine heiligen Theologen mehr gab.

Betrachten wir die Geschichte der Theologie bis zur Hochscholastik, so fällt jedem unbefangenen Blick sogleich auf, daß die großen Heiligen, jene nämlich, die

es nicht nur durch eine gewisse persönliche Bemühung zu einer vorbildlichen Reinheit des Lebens gebracht, sondern offenkundig von Gott eine Sendung in die Kirche hinein erhalten haben, beinahe ausnahmslos große Dogmatiker waren. Das ist es, was ihnen nicht nur die nachhaltigste Wirkung verlieh — da die Gläubigen in ihrem Leben wie eine unmittelbare Darstellung ihrer Lehre das Zeugnis für deren Wert und Richtigkeit erblickten —, sondern ihnen selbst auch die Gewißheit gab, vom Kanon der geoffenbarten Wahrheit nicht abzuweichen, da der gefüllte Begriff der Wahrheit, den das Evangelium darbietet, gerade in dieser lebendigen Darstellung der Theorie in der Praxis, des Wissens im Tun besteht. „Wenn ihr mein Wort haltet . . ., dann werdet ihr die Wahrheit erkennen“ (Johannes 8, 32). „Wer die Ehre dessen sucht, der ihn gesendet hat, der ist wahrhaft und kein Falsch ist in ihm“ (Johannes 7, 18). Und noch stärker: „Wer sagt: Ich kenne ihn, und dabei seine Gebote nicht hält, der ist ein Lügner, und Wahrheit ist nicht in ihm“ (1 Johannes 2, 4). „Wer nicht liebt, erkennt Gott nicht, denn Gott ist die Liebe“ (1 Johannes 4, 8).

Es gibt also im Sinne der Offenbarung gar keine wirkliche Wahrheit, die nicht in einer Tat, einem „Wandel“ inkarniert wäre, so sehr, daß diese Inkarnation geradezu zum Kriterium aller wirklichen Wahrheit wird (1 Johannes 2, 22; 4, 2), daß „in der Wahrheit wandeln“ die Art ist, wie Glaubende im Besitz der Wahrheit sind (2 Johannes 1—4; 3 Johannes 3—4). Das Urbild der Wahrheit, Christus, der sich selbst als die Wahrheit bezeichnet, ist nur darum für uns der Kanon der Wahrheit, weil er in seinem Dasein seine Wesenheit darlebt: nämlich „Ebenbild Gottes“ zu sein (2 Korinther 4, 4): „Denn ich tue immerdar, was ihm gefällt“ (Johannes 8, 29).

Durch diese Einheit des Wissens und des Lebens werden die großen Kirchenlehrer fähig, ihrem besonderen Amt entsprechend zu echten Lehrern und Hirten der Kirche zu werden. Wir wundern uns daher nicht, daß in den ersten Jahrhunderten die Personalunion nicht nur von Gelehrtheit und Heiligkeit, sondern ausdrücklich von Lehramt und Hirtenamt (im Sinn von Epheser 4 und 1 Korinther 12) das Normale ist. Irenäus, Cyprian, Athanasius, die beiden Cyrill, Basilius, Gregor von Nazianz, Gregor von Nyssa, Epiphanius, Theodor von Mopsvestia, Chrysostomus, Theodoret, Hilarius, Ambrosius, Augustinus, Flugen-tius, Isidor: sie alle sind Bischöfe, — um von den großen päpstlichen Kirchenlehrern Leo und Gregor zu schweigen. Eine Ausnahme bilden unter den Größten der Zeit die beiden Alexandriner, Hieronymus und Maximus, und der Damazener, die aber von der asketischen und mönchischen Seite her die Einheit von Lehre und Leben umso stärker betonten.

Diese Säulen der Kirche sind totale Persönlichkeiten: was sie lehren, das leben sie in einer so direkten, um nicht zu sagen naiven Einheit, daß der Dualismus der späteren Zeit zwischen Dogmatik und Frömmigkeit ihnen ganz unbekannt ist. Es wäre nicht nur müßig, sondern dem innersten Lebensgesetz der Kirchenväter zuwiderlaufend, ihre Werke in solche aufzuteilen, die sich mit dem Dogma, und solche, die sich mit dem christlichen Leben („spiritualité“) beschäftigen. Gewiß kennen sie die Polemik und damit die Apologetik. Aber auch diese bildet im Grunde keine eigene Wissenschaft für sich, sondern vielmehr nur die jeweils neue

Anregung zu dogmatischer Entwicklung der Lehre. Wenn ein Irenäus, ein Basilius, Gregor von Nazianz oder Augustinus mit seinen Gegnern spricht, dann tut er es nicht in einem Vorhof der Theologie, sondern in deren Herzkammer. Er kann nicht anders antworten als mit der Fülle und Tiefe der zentralen Offenbarung. Man mag zwischen den Kommentaren und den Homilien des Origenes einen Unterschied feststellen und in jenen mehr das wissenschaftliche Interesse, in diesen mehr die pastorale Bemühung vorherrschen sehen; die Schattierung ist doch für den Tiefblickenden kaum merklich; in beiden Formen geht es um Auslegung des Wortes Gottes, das immer ebensosehr ein Wort des Lebens wie ein Wort der Wahrheit ist. Natürlich könnte man eine Anzahl — besonders kleinerer — Schriften der Kirchenlehrer zusammenstellen und sie, als mehr praktisch gerichtet, unter dem Titel der „spiritualité“ zusammenfassen. Aber wie die polemischen Schriften alle zugleich dogmatisch sind, so auch diese das christliche Leben betreffenden Arbeiten. Die exegetischen Schriften der Väter sind ebensowohl dogmatisch wie polemisch wie spirituell, die dogmatischen ebensowohl exegetisch wie polemisch wie spirituell.

Das ändert sich auch nicht im beginnenden Mittelalter, das im Zeichen Augustins steht. Anselm, Bischof und Kirchenlehrer, kennt für die kirchliche Wahrheit keinen andern Kanon als diese Einheit von Einsicht und Leben; Beda, Bernhard, Petrus Damiani nicht anders. Dagegen mußte die fortschreitende Verschulung der Theologie als „Scholastik“ und mehr noch die plötzliche Hereinnahme des wie eine Art Elementarereignis auftretenden Aristotelismus der bisherigen naiven Einheit eine schwere Erschütterung bringen. Daß der Gewinn an Klarheit, Sichtung, Beherrschung des gesamten Wissensmaterials überwältigend war, wer wollte das bestreiten? Viel elementarer als zur Zeit der Väter, die wie selbstverständlich in den antiken Schulen großgeworden waren, wiederholt sich der Jubel über die „spolia Aegyptiorum“. Die Stimmung, die die christlichen Denker befällt, gleicht der trunkenen Begeisterung nach der Schlacht, wenn unverhofft große Beuteschätze verteilt werden.

Diese Beute war aber zunächst eine philosophische und nur ganz indirekt eine theologische. Die Philosophie beginnt sich als ein eigenes Thema neben der Theologie abzuzeichnen und in ihr ein philosophischer Wahrheitsbegriff, der in seinem Gebiet völlig richtig war und den überlegenen Gehalt der geoffenbarten Wahrheitsidee auch garnicht für sich beanspruchen durfte. *Adaequatio intellectus ad rem*: in dieser Definition war zunächst nur die theoretische Seite der Wahrheit berücksichtigt. Man sah und betonte zwar die intime Verbindung zwischen Wahr und Gut als transzendentale Eigenschaften des einen Seins, aber man sah sie mehr anthropologisch, in der gegenseitigen Voraussetzung von Intellekt und Wille (*Summa Theologiae* I. quaestio 16 a 4 c + ad 2), als in ihrer objektiven gegenseitigen Einschließung, ja Identität. Die Philosophie als eine Lehre vom natürlichen Sein unter Ausschluß der Offenbarung konnte nicht wissen, daß die höchste Deutung jener philosophischen Definition der Wahrheit eine trinitarische sein müsse, entsprechend den angeführten Stellen über die Wahrheit bei Johannes. Die Gefahr einer Verkennung der übernatürlichen Wahrheit war so lange gebannt, als man die philosophischen Begriffe nicht anders handhabte denn als An-

sätze und Wegweisungen zur endgültigen, übernatürlichen und göttlichen Wahrheit hin.

Die Gefahr begann erst dort, wo die philosophische Propädeutik zur Theologie sich als eine fixe, endgültige Grundlage zu verstehen begann, deren Begriffe, ohne die notwendige Übertragung in die Welt des Glaubens sich gefallen zu lassen, zu Normen, Kriterien und damit zu Richtern über den Glaubensinhalt sich aufspielten. Als wisse der Mensch im voraus, noch bevor er auf die Offenbarung gehört hat, in einer gewissen Endgültigkeit, was Wahrheit, was Gutheit, was Sein, was Leben, was Liebe, was Glaube ist. Als füge sich die Offenbarung Gottes über solche Wirklichkeiten in die schon feststehenden Gefäße philosophischer Begrifflichkeit ein. Der scholastische Lehrgang war nicht dazu angetan, diese Gefahr zu verringern, im Gegenteil: der Schüler wurde zuerst mit dem philosophischen Inhalt vertrautgemacht, bevor er an die theologische Ausweitung heranging; er bedurfte also einer fast übermenschlichen Wachsamkeit, wenn er den Fehler vermeiden wollte, an die Offenbarung wirklich mit „vorgefaßtem Begriff“ heranzugehen. Nur dann war die Aufgabe bewältigt, wenn die gesamte natürliche Philosophie schließlich als ein Moment innerhalb der einheitlichen theologischen Weltdeutung verstanden wurde, in der die ständige Übertragung des Natürlichen ins Übernatürliche sich organisch vollzog. Dann war — in einer wahrhaft gewaltigen Anstrengung — noch einmal die Möglichkeit geboten, diese so vermehrte und bereicherte Welt der Idee im christlichen Dasein darzustellen und im alten Sinn ein Lehrer der Christenheit zu sein. Albert, Bonaventura und Thomas haben diese Leistung vollbracht, sich durch die Fülle der einströmenden philosophischen Wahrheit in ihrem letzten Wahrheitsverständnis nicht irremachen zu lassen, um noch einmal den früheren Begriff des Kirchenlehrers, der notwendig ein Heiliger ist, zu verkörpern.

Aber damit war ein Ende erreicht. Die nachfolgende Zeit kennt den totalen, das heißt den heiligen Theologen nicht mehr. Vielmehr hat die Einführung der weltlichen Philosophie in das Innere der Theologie die großen Heiligen aus der Theologie verscheucht. Es begann sich neben der Dogmatik — denn um diese zentrale Wissenschaft von der Auslegung der Offenbarung geht es hier stets — eine neue Wissenschaft vom „christlichen Leben“ aufzutun: herkommend von der mittelalterlichen Mystik und in der devotio moderna endgültig verselbständig. Auf diesem Seitenweg finden wir fortan die Heiligen. Zwar wird es auch später noch Kirchenlehrer geben: einen Johannes vom Kreuz, einen Canisius, Bellarmin, Alphons von Liguori. Aber Johannes ist Kirchenlehrer nicht als Dogmatiker, sondern als Mystiker, Canisius — der gewiß kein Dogmatiker war — als Vermittler der Lehre an das einfache Volk, Bellarmin als Kontrovertist und Alphons als Moralist. Keiner von ihnen hat die Mitte seiner Lebendigkeit, ich sage nicht: im Dogma, aber in der Dogmatik. Das gilt sogar von Franz von Sales, der, als der eigentliche Begründer der „spiritualité“, dieser einen anerkannten, wenn auch nie wirklich festlegbaren Platz innerhalb der kirchlichen Wissenschaften gesichert hat.

Brémond hat in seiner „Métaphysique des Saints“, ohne es zu wollen, den Finger auf diese empfindlichste Stelle der modernen Theologie gelegt. Was hätten

die Kirchenväter allein schon zu diesem Titel gesagt? Brauchen, fordern die Heiligen vielleicht eine eigene Metaphysik? Und worin soll diese bestehen? Etwa in einer Art esoterischer Lehre von der „oraison pure“, einer Lehre, die abseits von den gewöhnlichen Inhalten der kirchlichen Dogmatik, oder diese weit unter sich zurücklassend, in die reine Höhe sublimer Aszetik und Mystik sich erhebt? Daß Brémond es überhaupt unternehmen konnte, eine so umfassende „Histoire littéraire du sentiment religieux“ zu schreiben, ohne den Stand der Theologie als dogmatischer Wissenschaft auch nur erwähnen zu müssen, ist eine Tatsache von solcher Ungeheuerlichkeit, daß sie zu den alarmierendsten Fragen der Kirchengeschichte gehört.

Aber Brémond hat diese seltsame Abstraktion nicht erfunden. Er hat sie vorgefunden, und die Heiligen selbst sind daran nicht unbeteiligt. Als erster vielleicht jener unbegabte Schüler der scholastischen Philosophie und Theologie in Alcalá, Salamanca und Paris, dessen scholastische Studien so gut wie keine Spur in seinen Schriften und in seinem persönlichen Lebenswerk hinterlassen haben, Ignatius von Loyola. Das Büchlein der Exerzitien, das er seiner Gesellschaft als Grundlage ihrer Heiligkeit hinterließ, enthält wohl am Ende eine kurze Empfehlung sowohl der scholastischen wie der positiven theologischen Methode, einen Hinweis auf das gleiche Gewicht, das auf Scholastik wie auf Patristik zu legen sei, und damit einen kostbaren Wink für alle seine Jünger; es enthält aber in seiner Substanz nichts, was die Scholastik, wenn auch nur ungenannt, voraussetzen würde. Ignatius bezieht sein Wissen mit der Naivität und der Klugheit, die Kindern und Heiligen eignet, direkt aus der Offenbarung. Ohne damit eine neue Theologie inauguriert zu wollen — dazu fühlte er sich weder berufen noch befähigt —, setzte er unmittelbar an dem johanneischen Punkt an, wo Wissen und Leben identisch zu werden haben. Die Exerzitien erstreben eine „Wahl“ aus der Fülle der Kontemplation des Lebens des Herrn, eine Existenz aus der Fülle der christlichen Idee. Sie sind damit zur großen Schule der Heiligkeit für die nachfolgenden Jahrhunderte geworden. Sie haben jenen einfachen, christlichen Begriff der Wahrheit wiederhergestellt, der die Einheit von Einsicht und Heiligkeit ist. Wie der Dominikaner Thomas zum Patron aller christlichen Schulen wurde, welcher Ordensrichtung immer sie angehören mögen, so ist das ignatianische Exerzitienbuch zur praktischen Schule der Heiligkeit aller Orden geworden.

Aber eins vermochte Ignatius nicht: die Kluft zwischen Dogmatik und Heiligkeit zu schließen, — er so wenig wie seine Schüler. Es ist eine befremdliche, aber doch zu buchende Tatsache, daß es keinem unter den vielen frühen Kommentatoren gelungen ist, die besondere Haltung des Exerzitienbuches zum Strukturprinzip einer Dogmatik zu machen. Sei es, weil in den Exerzitien die Ansatzpunkte dazu nicht deutlich genug sind — es bedurfte schon der Hellsicht eines Erich Przywara, um sie zu einer tief sinnigen „Theologie der Exerzitien“ zu verlängern und zu verdeutlichen —, sei es, weil die Barockzeit diesem Unternehmen nicht günstig war, sei es endlich, weil die Zerspaltung des kirchlichen Denkens in Dogmatik einerseits, in Aszese und Mystik andererseits schon als vollendete Tatsache hingenommen war und der Versuch einer Überbrückung den meisten Theologen, die die thomistische Summa kommentierten und dozierten, kein gefühltes

Anliegen mehr war. Manche waren sich wohl eines Mangels bewußt; Denis Petau versuchte, die Einheit von den Quellen her wiederzugewinnen. Viele mühten sich in seinem Gefolge und mit den Benediktinern um die Sichtung, Übersetzung, Verständlichmachung der Väter. Umsonst, — so muß man trotz ihrer gewaltigen Anstrengung sagen, die sich nicht in lebendige dogmatische Erkenntnis umsetzte.

Niemand hatte unter dieser Lage mehr zu leiden als die großen Heiligen. Für viele von ihnen, die einen entsprechenden Ausdruck ihres Verständnisses der Offenbarung, ihrer Kontemplation, ihrer Liebe suchten, wurde das Studium der Philosophie und der Theologie zu einer fortgesetzten Bußübung. Das gilt nicht nur von den intellektuell wenig Begabten, wie einem Vianney und, auf höherer geistiger Stufe, einem Ignatius, sondern auch von einem Aloysius von Gonzaga, einem Johannes vom Kreuz. Während die einen ihre lebendige Heiligkeit an ihren Studien vorbei am betrachteten Evangelium nährten, versuchten andere in einer letztlich dilettantischen Weise die Synthese zwischen dem, was sie ihrer göttlichen Sendung gemäß zu verkünden hatten, und den überlieferten Formeln der Scholastik. Und da sie diese in ihrer Weitschichtigkeit sich nicht zu assimilieren vermochten, es vielleicht auch nicht wollten, nahmen sie einzelne Steine aus dem Gebäude heraus, als raschgezimmerten Unterbau aus traditionellem Gedankengut für ihre persönliche Lehre. So entstand die Liebeslehre eines Franz von Sales, der Theotismus, dessen theoretischer erster Teil in seiner Schwäche grell absticht von den nachfolgenden, ungebundenen und jeder scholastischen Form sich entledigenden Aufschwüngen zu Gott. So entstand aber auch, und das ist wohl noch schwerwiegender, der „Aufstieg zum Berge Karmel“, der — wenn anders die trockenen und unverdauten scholastischen Einschübe wirklich von Johannes vom Kreuz selber stammen — die leichte Taube in den schweren Panzer scholastischer Begrifflichkeit kleidet.

Man fühlt an diesen zwei Beispielen deutlich, was hier geschah, was die Ausdrucksmöglichkeit dieser Heiligen von der eines Ephräm, eines Gregor von Nyssa oder Augustinus trennt. Bei den Alten schmiegt sich die ganze persönliche Erfahrung immer sogleich in ein dogmatisches Gewand: alles wird ins Objektive gewendet, die subjektiven Zustände, Erfahrungen, Erschütterungen und Bemühungen sind nur dazu da, um den objektiven Inhalt der Offenbarung tiefer und reicher zu erfassen, zu orchestrieren. Jede Spiritualität, sogar jede Mystik behält einen durchaus dienenden Charakter. Sie ist, wie die ganze Heiligkeit überhaupt, vor allem ein kirchliches Amt. Man hatte damals noch nicht vergessen, daß Paulus mit Unerbittlichkeit alle subjektiven Charismen — nicht ablehnte oder zerstörte, sondern sie von der Gefahr des Subjektivimus erlöste, indem er sie fremdzwecklich einordnete in die sachliche Struktur der Kirche. Wohl gab es damals schon gewisse Nebenschößlinge, Auswüchse, die, weitergetrieben, zur Verselbständigung der Spiritualität von der Dogmatik hätten führen können; es gab einen Evagrius Pontikus, es gab die Messalianer und andere die religiöse Erfahrung ungebührlich in den Vordergrund stellende Sekten. Und doch ist selbst die Theologie eines Evagrius und Makarius viel dogmengesättigter als die entsprechende eines Franz von Sales, einer Theresia, eines Johannes vom Kreuz.

So wenig die Lehre dieser Heiligen im geringsten mit der dogmatischen Theologie in Widerspruch steht — sind doch Franz und Johannes Kirchenlehrer —, so sehr ist es doch wahr, daß sie primär keine objektive Dienstmystik, sondern eine subjektive Erfahrungs- und Zustandsmystik ist. Zustände sind bei Theresia und Johannes der eigentliche Gegenstand ihrer Beschreibung, und am Zustand wird, vergrößernd gesprochen, der etwaige objektive Gegenstand, der in ihnen offenbar wird, abgelesen. Die spanische Mystik steht hier am entgegengesetzten Pol zur dogmatischen Mystik der Bibel: der johanneischen Mystik der Apokalypse, in der der entrückte Seher sich im Dienst der Vermittlung der Offenbarung völlig vergißt, der Mystik der Patriarchen und der Propheten, der Mystik Marias und Josephs, der Mystik des Paulus und des Petrus, deren mystische Gnaden alle im Dienste des einen Offenbarungsgeschehens stehen, — der dogmatischen Mystik aber auch einer Hildegard von Bingen, selbst noch einer Mechtild, einer Birgitta, einer Katharina von Siena, bei denen es stets um eine der Kirche zu übermittelnde, in Sachlichkeit und Dienstlichkeit auszurichtende Botschaft ging.

Weil beide Welten wie disparat geworden sind, weil sie kaum mehr Berührungspunkte haben, darum werden die Heiligen und Spirituellen von den Dogmatikern auch immer mehr ignoriert. Welche moderne Dogmatik, die als ihre höchsten Autoritäten neben der Bibel die großen Heiligen der Väterzeit und der Scholastik anführt, fühlt sich bemüßigt, mit der gleichen Selbstverständlichkeit, mit dem gleichen Nachdruck, einen der drei genannten Modernen zu zitieren? Ganz zu schweigen von den unzähligen anderen Heiligen der neueren Zeit, bis hin zu Theresia von Lisieux. Für die Theologie existieren diese Heiligen nicht, sie werden der „spiritualité“ zur Ausdeutung überlassen. Aber die Spiritualität selbst existiert für die moderne Dogmatik nicht mehr. Die neueren Heiligen werden dogmatisch nicht mehr ernstgenommen, weil sie selbst sich nicht mehr getrauen, dogmatisch zu sein. Wäre aber Dogmatik das, was sie für die Väter war, die einfache Kontemplation der Heiligen Schrift, dann würden sie sich nicht scheuen, in den Chor der Tradition einzustimmen und ihre Stimme — ihre absolut einmalige, ihre unentbehrliche Stimme — erschallen zu lassen. Von der Trinität im Evangelium leben sie. Aber im Begriffsgespinnst von Notionen, Relationen und relativen Oppositionen, Proprietäten und Attributionen erkennen sie sich nicht mehr.

Man kann vieles denken. Aber nicht jedes Denken ist fruchtbar. Man kann vieles deduzieren, aber nicht jede Deduktion läßt sich im christlichen Leben auch inkarnieren. Die Heiligen, verschüchtert durch den Stacheldraht von Begrifflichkeiten, den man um die evangelische Wahrheit gezogen hat, wagen es nicht mehr, an der echten und notwendigen Auslegung des Dogmas als Gleichberechtigte weiterzuarbeiten. Sie überlassen das Dogma der prosaischen Arbeit der Schule und werden zu — Lyrikern. Aber entsprechend der Entwicklung der Lyrik von einer objektiven, das Sein auslegenden Kunst, wie die Griechen und Römer sie kannten, zu einer subjektiven, Zustände schildernden, impressionistischen und expressionistischen Kunst der Neuzeit, bilden sie auch hier eine undogmatische religiöse Sprache aus.

Es ist schwer zu sagen, wer von beiden Parteien darunter schwerer zu leiden

gehabt hat: die Heiligen in ihrer Isolierung von der lebendigen Dogmatik oder die Theologen in ihrer Isolierung von der lebendigen Heiligkeit. Man vergleiche den Ertrag eines Mystikers wie Dionysius für die Dogmatik — nicht umsonst gehört er zu den meistkommentierten — mit dem dogmatischen Ertrag auch der größten modernen Mystiker, selbst eines Johannes vom Kreuz. Aber man vergleiche auch, wenn man den Mut dazu hat, den Heiligkeitsertrag eines modernen theologischen Lehrbuches mit dem gleichen Ertrag eines patristischen Schriftkommentars. Die Verarmung, die durch diese tiefe gegenseitige Entfremdung beider kirchlichen Welten für die lebendige Kraft der heutigen Kirche und ihre glaubwürdige Verkündigung der ewigen Wahrheit sich ergab, ist unabsehbar. Diejenigen, die heute den modernen Heiden das Evangelium zu predigen haben, fühlen stärker als die Professoren auf ihren Kathedern diese Verarmung. Und sie schauen sich vergebens nach jener Instanz um, die ihnen ungeteilt und auf einmal die Weisheit und die Heiligkeit gäbe. Sie suchen den lebendigen Organismus der kirchlichen Lehre. Was sie finden, ist das Ergebnis einer seltsamen Anatomie: auf der einen Seite die Knochen ohne Fleisch: die überlieferte Dogmatik, auf der andern Seite das Fleisch ohne Knochen: jene ganze fromme Literatur, die aus Aszetik, Spiritualität, Mystik und nicht wenig Rhetorik eine auf die Dauer unerträgliche, weil substanzlose Kost vermittelt.

Aus dieser Situation hat vor wenigen Jahren eine theologische Schule, die sich selbst den Namen der „kerygmatischen Theologie“ gab, einen Ausweg versucht. Ausgehend von zwei scheinbar feststehenden Tatsachen: daß an der Lebensfremdheit der überlieferten Scholastik nichts mehr zu ändern sei, daß aber die heutige Verkündigung der Offenbarung dringend einer neuen theoretischen Fundierung bedürfe, kam diese Schule auf den Gedanken, neben der alten Scholastik, und ohne sie anzutasten, ein neues, zweites, kleineres und bescheideneres Gebäude der Theologie aufzuführen, hauptsächlich für die praktischen unmittelbaren Bedürfnisse der Seelsorge und nicht zuletzt aus Rücksicht darauf, daß eine große Anzahl Theologiestudenten mit den scholastischen Traktaten aus mangelnder Fassungskraft wenig anzufangen wisse. Man ging so weit, diese Doppelführung der katholischen Theologie aus der scholastischen Ontologie selbst zu rechtfertigen, aus der Unterscheidung nämlich von Wahr und Gut, sodaß die scholastische Theologie primär und direkt das Verum zum Gegenstand hätte, die kerygmatische Theologie primär das Bonum, das heißt die praktische Auswertung der geoffenbarten Wahrheit für die Seelsorge.

Dieser Lösungsvorschlag, folgerichtig ausgeführt, würde aber doch zur Endgültigsetzung des unheilvollen Risses in der Theologie führen, zur Bankrotterklärung der spekulativen Kraft der glaubenden Vernunft. Dieser Versuch liegt in der Linie des modernen Denkens, dessen tiefstes Thema wohl die Trennung ist von Geist und Leben, von theoretischer und praktischer Vernunft, von Apollo und Dionysos, von Idee und Existenz, von Ohnmacht, aber Wert der geistigen Welt, und Macht, aber Sinnlosigkeit der tatsächlichen Welt. Es wäre ein leichtes, nachzuweisen, daß spätestens seit Kant, und mit aller Wucht in der französischen und deutschen Lebens- und Existentialphilosophie dieser Dualismus die Philosophie beherrscht. Das Christentum aber, um das es in der Theologie geht, hat



seine Denkstrukturen und -rhythmen nicht denen der säkularen Geistesströmung zu entlehnen. Vielmehr sollte es gerade ein Zeichen seines dem Auf und Ab der Kultur überlegenen Lebensgesetzes sein, daß es aus den Vorräten seiner eigenen übernatürlichen Kraft die in seiner Lehre aufgerissene Wunde schließt.

Das kann nicht anders geschehen als durch eine sehr ernste neue Besinnung auf das Wesen der Theologie. Und wenn jetzt von Theologie die Rede ist, dann ist damit nochmals die zentrale Wissenschaft der Dogmatik gemeint, unter Ausschluß einer von außen her an den Glauben führenden Apologetik für Nicht-Glaubende, unter Ausschluß einer philologischen und geschichtswissenschaftlichen Präparierung der Texte, in denen die Offenbarung uns entgegentritt, unter Ausschluß, kurz gesagt, aller jener Hilfswissenschaften der Theologie, die nicht die reine Auslegung der Offenbarung aus dem Glauben für den Glauben zum Inhalt haben. Eine so abgegrenzte Dogmatik hat sich nun auf ein Doppeltes zu besinnen: auf ihren Inhalt und auf ihre Form.

Der Inhalt der Dogmatik ist die Offenbarung selbst. Diese gilt es im lebendigen Glauben zu verstehen, kraft der von Glauben und Liebe beseelten und erleuchteten Vernunft auszulegen. Die Dogmatik hat ihr Zentrum genau dort, wo die Offenbarung selbst ihr Zentrum hat, wie ja auch der Glaube, jener Grundakt, auf dem alle Auslegung beruht, sein Zentrum im Zentrum der Offenbarung besitzt. Die Dogmatik ist nicht etwa ein „Verbindungsglied“ zwischen der Offenbarung und etwas anderem, zum Beispiel der menschlichen Natur, oder der Vernunft, oder der Philosophie. Die menschliche Natur und ihre Denkmöglichkeiten sind in Christus in ihr wahres Zentrum gestellt, zu ihrer endgültigen Wahrheit, wie Gott, der Schöpfer der Natur, sie von ewig her wollte, gebracht worden. Um die Beziehung zwischen Übernatur und Natur zu erforschen, braucht der Mensch nicht aus dem Glauben herauszutreten. Es genügt, daß er den „einzigen Mittler zwischen Gott und Mensch: den Menschen Jesus Christus (1 Timotheus 2, 5) versteht und ihm glaubt, „in dem alles erschaffen ist, was im Himmel und auf Erden ist“, „alles durch ihn und für ihn“ (Kolosser 1, 16). So wenig Christus, um Mensch zu werden und die Schöpfung in allen ihren Reichen zu erfüllen, den Vater verläßt, so wenig braucht der Christ aus dem Zentrum Christi herauszutreten, um ihn der Welt zu vermitteln, um sein Verhältnis zur Welt zu verstehen, um eine vermeintliche Synthese zwischen Offenbarung und Natur, zwischen Philosophie und Theologie anzustreben.

Das ist es, was die Heiligen wissen. Sie verlassen in keinem Augenblick ihr Zentrum in Christus. Sie geben sich ihrer weltlichen Aufgabe hin, indem sie doch „allzeit beten“ und „alles zur Ehre Gottes tun“ (1 Timotheus 5, 17; 1 Korinther 10, 31). Und wenn sie philosophieren, dann tun sie es als Christen, das heißt als Glaubende, als Theologen. Oder wann hätte sich ein Heiliger für „reine“ Philosophie interessiert? Wenn schon alle wahre Philosophie außerhalb des Christentums im Grunde Theologie ist, wenn sie jeweils von einem Anziehungspunkt, der ihr selbst transzendent ist, lebt, einem geheimen, mystischen Punkt, der jenseits der bloßen weltlichen Vernunft liegt, um dessentwillen sich aber allein zu denken lohnt, um wieviel mehr mußten dann alle großen christlichen Denker — und je mehr sie von Gott und seiner Heiligkeit ergriffen waren, umso brennen-

der — theologische Denker sein? Das aber heißt: ihr Denken ist eine Funktion ihres Glaubens; es ist ein Akt, der an einem letzten Punkt im Dienst ihres Glaubens, im Dienst an der Offenbarung Christi steht. Was aber aus dem Zentrum der Offenbarung herausführt, und mag es noch so logisch deduziert sein, was irgendwo an die Peripherie führt, was nur der menschlichen Neugier oder der menschlichen Eitelkeit dient (und nichts ist ja eitler als der menschliche Geist, wenn er denkt), das gehört zum „Wissen, das aufbläht“ (1 Korinther 8, 1), aber sich eben dadurch bei aller logischen Richtigkeit als ein innerlich hohles, windiges, eitles Denken erweist. „Vanitas“ ist eine theologische Kategorie, unter die alle innerweltlichen Werte rücken können, auch die Werte des weltlichen Wahren und Guten, wenn sie nicht nach dem übernatürlichen Wert des Glaubens und der Liebe ausgerichtet und von ihnen informiert sind.

Die wahre Theologie, die Theologie der Heiligen, fragt im Glaubensgehorsam, in der Ehrfurcht der Liebe, immer das Zentrum der Offenbarung im Auge, welches menschliche Denken, welche Fragestellung, welche Denkwege dazu angeht, den Sinn der Offenbarung selbst zu erhellen. Dieser Sinn liegt keineswegs darin, dem Menschen abstruse und okkulte Kenntnisse zu vermitteln, sondern ihn in seinem ganzen, auch geistigen, auch verstehenden Dasein enger mit Gott zu verbinden. Was diesem Zweck nicht dient, ist sicherlich keine Auslegung der Offenbarung, sondern ein Nebenvorbei-hören an ihrem Sinn und somit ein Ungehorsam. Die Theologie hat an der Gestalt der Offenbarung selbst den untrüglichen Maßstab für ihre eigene Form und Struktur. Was, substantiell gesehen, in der Offenbarung wichtig ist, das hat auch für die Theologie wichtig zu sein. Was in der Offenbarung nur wie am Rand steht, nur wie nebenbei erwähnt wird, das hat auch für die Theologie nur ein beiläufiges Thema zu bilden. Die Proportionen der Offenbarung sollten auch die Proportionen der Theologie sein. Wenn sie eine auslegende Verlängerung des Wortes der Offenbarung sein soll, dann sollte diese Verlängerung organisch vom Zentrum der Offenbarung ausgehen, sich gleichmäßig nach allen Seiten erstrecken und dabei auf die besonderen Artikulationen der Offenbarung achtgeben und ihnen feinhörig nachfolgen.

Nehmen wir als Beispiel das zentrale Anliegen der Offenbarung: die Trinität, aus der alles hervorströmt, durch die allein alles erklärlich ist und auf die alles zurückgeführt wird. Die ersten Jahrhunderte der Theologie hatten die elementaren Grundlinien der Lehre zu entfalten und sie gegen die elementaren Irrlehren zu schützen: das war im großen und ganzen mit Chalcedon erreicht. Augustin wagte einen ersten Vorstoß über diese elementare Stufe hinaus: in seiner Imago-Lehre. Er stieß damit eine Türe auf, hinter der sich ein weites Land eröffnete: das Verständnis des letzten Geheimnisses des Seins aus der in der Schöpfung begonnenen, in Christus und der Kirche entfalteten Offenbarung der Trinität. Es wäre nun darum gegangen, die Heilsgeschichte, das Leben Jesu, das Leiden, die Abfahrt zur Hölle, die Auferstehung und Himmelfahrt, die Kirche als Auslegung der Trinität zu deuten. Das wäre die eigentliche übernatürliche Ontologie gewesen. Aber es geschah nicht. Bis heute ist die Trinitätslehre im wesentlichen auf der Stufe stehengeblieben, auf die sie Augustin oder doch die Viktoriner gebracht hatten.

An die Stelle dieser Auslegung trat in dem üblich gewordenen Schema zunächst eine aus vorwiegend philosophischen Mitteln aufgebaute Eingott-Lehre, mit eingestreuten Artikeln über die natürliche Ontologie des Seins und der Transzendentalien. Dem folgt wohl ein Traktat über die Dreieinigkeit, der aber, weil er den Reichtum der evangelischen Offenbarung, ihre unendliche historische Fülle und Vielgestalt nicht benützt, abstrakt und formal bleibt und somit wiederum keine Fruchtbarkeit in die übrigen Gebiete des theologischen Wissens entfalten kann. Die geschichtliche Wirklichkeit der Offenbarung als Heilsgeschichte, die Offenbarung als Vorgang und Tatsächlichkeit ist heute aus dem Corpus der Dogmatik verschwunden. Die Behandlung dieses Zentralanliegens der Dogmatik wird der „Exegese“ überlassen, die, ihrer dogmatischen Aufgabe notwendig unbewußt, sie den Historikern und Philologen überliefert, welche ihrerseits die Gottesauslegung durch Christus, so wie die Väter sie verstanden, und die der Kern der Dogmatik sein müßte, als eine noch unvollkommene Stufe der theologischen Reflexion, betrachten und die „Exegese“ der Väter, die wesentlich Dogmatik sein will, an den Forderungen der modernen „exakten“ Wissenschaften messen.

Diese Situation aber hat ihre Wurzeln im Mittelalter. Der tiefe Geschichtsbegriff, den die Väter in mühsamer Arbeit gegenüber den Griechen, gegenüber der Gnosis und Philon als den christlichen Geschichtsbegriff erarbeitet hatten, ist in der Erneuerung des Aristotelismus wieder stark verblaßt, und der unselige Zwiespalt zwischen Idee und Geschichte bricht wieder und auch diesmal zugunsten der ungeschichtlichen Ideenwelt auf. Trotz der Betonung der Erfahrung bei Thomas verbleibt das Weltbild der Scholastik in einem der wahren Geschichte fremden, ihr angeblich überlegenen Bereich einer Weisheitswelt, in der man — ähnlich wie bei Husserl, der ja auch die Tatsächlichkeit ausklammert — Wesenszusammenhänge schaut. Dementsprechend ist das Organ der Theologie auch nicht mehr einfach der immer nur aus dem geschichtlichen Raum vernehmende und hörende Glaube, sondern eine diesen Glauben wohl voraussetzende, natürlich-übernatürliche Weisheit, die den Glauben aber als Akt nicht mehr sichtbar werden läßt.

Diese Distanz zum direkten, historischen Offenbarungsgeschehen ist das, was die gesendeten, unmittelbar im Offenbarungsgeschehen stehenden Heiligen schwer zu ertragen vermögen. Sie hängen am Munde des Herrn, am Munde der Offenbarung. Sie wollen nichts wissen, als was Gott ihnen sagt. Sie wollen alles, auch das, was sie schon wissen, von ihm hören, neu und wie wenn sie noch nie davon gehört hätten. Sie wollen sich die ganze Welt innerhalb der Offenbarung neu schenken, neu erklären und auslegen lassen. Sie wollen die Natur mit keinen anderen Augen betrachten als mit den Augen Christi. Sie wollen Gott nicht als philosophisches ens a se kennen, sondern einzig als den Vater Jesu Christi, und den Geist nicht als eine abstrakte Welt allgemeiner Gesetze und Geltungen, sondern als den Geist der Feuerzungen, der weht, wo er will. Sie haben einen Fanatismus der Ausschließlichkeit, der ihnen als der geradeste Weg zur Universalität und Katholizität der Wahrheit erscheint. Sie sind nicht ängstlich besorgt um die Synthese zwischen Natur und Übernatur, Wissen und Glauben, weltlichen und kirchlichen Ordnungen, weil sie wissen, daß jedem, der seinen Standpunkt unverrückbar in Christus bezieht, die Sorge um solche Synthesen abgenommen ist; die

Sorge, nicht die Aufgabe. Christus ist ja der Gesandte Gottes in die Welt. In ihrer Anpassung an die verschiedenen Sprachen der Welt wissen sie, daß sie nicht als Diplomaten, sondern aus der Kraft des Pfingstwunders handeln, das die gleichbleibende Botschaft in jede Denk- und Begriffssprache zu übersetzen vermag.

Wenn wir vorhin sagten: sie wollen sich von der immerfließenden Quelle des Lebens nicht entfernen, dann sprachen wir auch schon von der Form der Theologie. Christliche Dogmatik muß ausdrücken, daß der im Glaubensgehorsam Denkende in einem betenden Verhältnis zu seinem Gegenstand steht. Man schlage Anselm von Canterbury auf: „Ich kann dich nicht suchen, wenn du es nicht lehrst, noch finden, wenn du dich nicht zeigst.“ Betend nähert er sich dem Geheimnis, betend unternimmt er auch seine abstraktesten Untersuchungen über Gott und seine Eigenschaften, betend stellt er sein Denkeperiment an, den Glaubensakt einzuklammern, um den rationes necessariae ihre Beweiskraft zu öffnen. Betend empfängt er die übernatürliche Offenbarung Gottes in Christus und versteht dabei, daß auch Gottes natürliche Offenbarung in Schöpfung und Vernunft echte Offenbarung ist, etwas also, was man nicht minder als die geschichtliche Offenbarung auf den Knien des Herzens entgegennehmen muß. Natur und Übernatur, Wissen und Glauben unterscheiden sich für ihn nicht wie profan und sakral: vom Glauben her versteht er, daß auch die Vernunft um des Glaubens willen, die Natur um der Gnade willen geschaffen wurde, und daß beide die eine zusammenhängende, einheitliche Offenbarung der einen unfasslichen Liebe des dreieinigen Gottes sind. So ist Gebet die einzig *sachliche* Haltung vor dem Mysterium, gehorchender Glaube die „Voraussetzungslosigkeit“ der theologischen Wissenschaft. Es gibt in der Theologie keine Untersuchung, die nicht notwendig den Atem dieses betenden Suchens ausströmen müßte. An ihm erkennt der Heilige, ob diese Form der Wahrheit ihn angeht, ob hier die Luft weht, in der er atmen und gedeihen kann. Fehlt sie, so wird er vielleicht — gezwungenermaßen und im kirchlichen Gehorsam — sich einige Zeit mit einer solchen Wissenschaft abgeben, aber er wird sich dann seine eigentliche Nahrung anderswo, in einer parallelen Betrachtung des Evangeliums holen.

Wie Anselms Theologie gebetete Theologie ist, so besitzt fast die ganze Theologie der Väter diese besondere Heimatluft, in welcher die Heiligen atmen. Selbst ihre Polemik ist die Polemik von Heiligen: heilige Entrüstung, der Zorn, hinter welchem man das Beben der Liebe spürt, das Beben, daß Gott durch die Niedertracht eines häretischen Gedankens beleidigt wird. Und wenn sie schon in der Abwehr gottgemäß zu reden wissen, wie wundervoll klingt dann nicht ihre Stimme, ihr Bekenntnis, wenn sie sich nach innen, an die Kirche der Glaubenden und Lebenden wenden. Wer würde es wagen, einem der Väter nachzusagen, er sei im modernen Sinn dieses Wortes „salbungsvoll“? Man wußte damals, was theologischer Stil ist: die selbstverständliche Einheit wie der Glaubens- und der Wissenshaltung, so auch der Sachlichkeit und der Ehrfurcht. Die Theologie war, solange sie eine Theologie der Heiligen war, das heißt bis zu den Höhen der Scholastik, eine betende, eine knieende Theologie. Darum ist ihr Gebetsertrag, ihre Fruchtbarkeit für das Gebet, ihre gebetserzeugende Macht unabsehbar gewesen.

Irgendeinmal geschah die Wendung von der knieenden Theologie zur sitzenden Theologie. Damit ist auch der Riß, der anfangs beschrieben wurde, in sie hineingetragen. Die „wissenschaftliche“ Theologie wird immer gebetsfremder, immer unwissender über den Ton, mit dem man über das Heilige reden soll, während die „erbauliche“ Theologie durch ihre zunehmende Inhaltslosigkeit immer mehr dem Ton der falschen Salbung verfällt. Die Theologie überantwortet sich damit dem gleichen Niedergang wie die christliche Kunst der neuen Zeit, die in eine „moderne Sachlichkeit“ ohne Ehrfurcht und eine wirklichkeitsferne Romantik auseinandergefallen ist.

Es handelt sich heute nicht darum, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und eine Renaissance der Patristik zu ungunsten der scholastischen Philosophie und Theologie durchzusetzen. Die Fortschritte der Scholastik gegenüber den Vätern in Frage zu ziehen, wäre ein unsinniges, blindes Unterfangen. Aber wenn die Geschichte sich nicht zurückdrehen läßt, so ist es doch das Wesen der Überlieferung, und somit auch der Theologie, daß sich ihr je größerer Fortschritt in einer je stärkeren Auseinandersetzung mit den *ersten* Quellen der Schrift, deren theologische Auswertung immer erst in den allerersten Anfängen steht — und heute mehr denn je darin zu stehen scheint —, sondern auch mit dem Jungbrunnen der patristischen Theologie, deren unerschöpfliche Fülle die göttliche Vorsehung sicher nicht umsonst den nachfolgenden Geschlechtern geschenkt hat. Wie unendlich viele Themen theologischer Forschung sind doch bei den Vätern angeschlagen, die später, in der fortschreitenden Systematisierung, als unbequem, als scheinbar belanglos, scheinbar abwegig, einfach fallengelassen wurden! Und mit welcher Geschwindigkeit hat sich dieser Ausscheidungsprozeß von der Hochscholastik zur modernen Neuscholastik fortgesetzt! Welch unendlichen Reichtum enthält noch Thomas, an Gesichtspunkten, an Ausblicken nach allen Seiten hin, an hingestreuten Anregungen ohne jede systematische Absicht, verglichen mit den traurigen Gerippen eines heutigen thomistischen oder sonstigen scholastischen Lehrbuchs! Gewiß, man schreibt für die Schule. Scholastik trägt nicht umsonst ihren Namen. Aber soll die katholische Theologie denn ständig auf diesem Schulniveau stehenbleiben?

Kardinal Newman hat darauf hingewiesen, daß die Kirche auch in ihrer Lehre, in der *Auswahl* der Wahrheiten, die sie berücksichtigt, in der Art, wie sie sie darstellt, sehr oft mehr durch praktische als durch theoretische Rücksichten geleitet werden muß. Und das nicht zu Unrecht, denn sie ist, aufs Ganze gesehen, keine wissenschaftliche Akademie, sondern eine Mutter, die für die Seelen ihrer Kinder zu sorgen hat. Aber immer wieder droht Rücksicht zu einer Verharmlosung der Probleme zu führen, die der zur *Evasion* nur allzu geschickten scholastischen Denk- und Unterscheidungsmethode oft genug unterlaufen ist. Dieser Zaghaftigkeit und Verkalkung des theologischen Denkens könnten Heilige jederzeit, auch heute, ein jähes Ende bereiten. Ihnen ja ist es von Gott verliehen, als ein Sturmwind alle Fenster und Türen der Kirche und der Theologie aufzureißen. Ihnen muß es, da Gott seine Kirche nicht verläßt, mit der Hilfe seiner Gnade gelingen, Heiligkeit und Theologie in eine neue Einheit zu bringen, eine Einheit, die vielleicht das Segensreichste wäre, was die Kirche von Gott erbitten könnte.

Walter Dirks

## WIR WOLLEN KEINEN KULTURKAMPF!

Wer es gewesen ist, der in den bonner Verhandlungen um die Verfassung das Wort „Kulturkampf“ zuerst ausgesprochen hat, mag gleichgültig sein, — vielleicht ist es noch Zeit, dieses zerstörerische Wort auszurotten, ehe vor einem Haufen zerschlagenen Porzellans alle Welt fragen wird: Wer hat angefangen?

Aber es stehen doch wichtige Dinge auf dem Spiel? Dinge, von denen die seelische und geistige Zukunft unseres Volkes abhängt? Ja, jene Gegensätze dürfen nicht bagatellisiert werden, — aber wer sie im Stil eines Kulturkampfes glaubt austragen zu können, beweist damit unter anderm, daß er nicht verstanden hat, wie tief sie sind.

Wenn nun aber der andere böswillig ist? Der antikirchliche, materialistische Sozialdemokrat, der nichts gelernt hat und sich in dieser schlechten Sache einmal mit dem liberalistischen Bürger einig ist? Der reaktionäre Kirchenmann, der die gute Gelegenheit benutzen will, um seinen überlebten Einfluß auf die Massen in der deutschen Verfassung zu sichern? Muß man sich da nicht wehren, im Namen der bedrohten Wahrheit und der christlichen Seele des Volkes, — im Namen der bedrohten Freiheit und der fortschrittlichen Zukunft des Volkes? Mag sein, daß es so ist. Aber auch dann ist es Sache der Besonnenen auf *beiden* Seiten, die Übereifrigen abzukühlen und die Frage auf den richtigen Grund zu stellen, wo nicht Eifer gegen Eifer kämpft, sondern Sorge und Sorge miteinander ins Gespräch kommen. Kampfhähne gibt es überall. Aber darf ein Minister (der CDU) sich den Satz gestatten: „Es wird sich herausstellen, ob unsere Gegner ein verlängerter Arm des Ostblocks sind“? Und darf ein Minister (der SPD) die Tatsache, daß seine Gegner für die Höheren Schulen keine besonderen Folgerungen aus dem Elternrecht ziehen, mit dem demagogischen Satz deuten: „Anscheinend glaubt man sich derjenigen sozialen Schichten gewiß zu sein, die kraft ihrer finanziellen Situation ihre Kinder auf eine Höhere Schule schicken können“? Kampfhähne gibt es überall. Erst die falsche Solidarität mit den Übereifrigen der eigenen Gruppe verführt auch die Besonnenen der Gegenseite, zu denen wir diese Minister zählen, zur „Einheitsfront“, und erst dann sind die Voraussetzungen des Kulturkampfes komplett.

Es kann ihn ja in Wahrheit geben, auch als guten Kampf. Wo eine Partei rücksichtslos kämpft, muß sich die andere wehren. Es können Lagen entstehen, in denen kulturelle Werte bis aufs Messer gegen die Unterdrücker verteidigt werden müssen. (Der Glaube aber ist kein kultureller Wert: hoffentlich wissen alle Christen, daß er notfalls nicht „bis aufs Messer“, sondern bis zum Martyrium verteidigt werden soll...) Aber liegt denn die Sache so, — heute in Deutschland?

Drei Kulturkämpfe haben wir hinter uns. In dem ersten erkämpften sich die Katholiken gegen die Einheitsfront des übermütigen Liberalismus, des omnipotenten preußischen Staates und — leider — eines kämpferischen Protestantismus

die staatsbürgerliche Gleichheit und Freiheit, das Recht auf Vereinigung und eine freie Presse. In dem zweiten erkämpften sich die sozialistischen Arbeiter gegen eine sehr ähnliche Einheitsfront einen Teil jener Freiheiten. Im dritten wurden die Verfolgten der beiden Kulturkämpfe *und* ein Teil ihrer Verfolger, nämlich die Liberalen und die Protestanten, von der Macht der Nazi-Diktatur unterdrückt. *Zwischen Christen und Sozialisten hat es bisher in Deutschland keinen Kulturkampf gegeben.* In der Verfolgungszeit erkannten sie geradezu ihre gemeinsame Aufgabe. Ihre Gegensätze blieben, aber Gegensätze sind kein Kulturkampf. Ein Kulturkampf wird nötig, wo unterdrückt wird. *Wird irgendwo in Deutschland unterdrückt?*

Man wagt nicht durchaus Nein zu sagen. Vielerorts wird im kleinen unterdrückt, oder doch wenigstens die Spielregel verletzt. Am meisten in der Personalpolitik. Die unteilbare staatliche oder kommunale Autorität ist vielfach in Partebereiche aufgespalten worden, innerhalb derer die jeweils herrschende Partei mehr oder minder rücksichtslos nach ihren besonderen Interessen regiert, — „Demofaschismus“, Tyrannei der 51 %. Wo man aus solchem Geist auch im Kulturellen die Minderheit vergewaltigt, mögen das nun die sogenannten Christen oder die Leute versuchen, die sich früher Freidenker nannten (oder auch da und dort wieder die nationalliberal-nationalsozialistischen Fachleute . . .), da muß man dagegen ankämpfen; aber dieser Kampf ist verloren, wenn er als Kulturkampf der einen gegen die andere Partei geführt wird: er muß von den Besonnenen und Anständigen *beider* Parteien gegen den demofaschistischen Geist geführt werden, und er muß einen Pakt der anständigen Leute zum Ziel haben. Ehe die beste Hoffnung der deutschen Zukunft vollends der Engstirnigkeit und Kurzsichtigkeit derer geopfert wird, die keinen Sinn für die Größenordnungen der deutschen Aufgaben haben.

Aber in Bonn? Versucht dort eine Partei die andere zu vergewaltigen? Die Berichte aus Bonn sind so widerspruchsvoll — bieder auf Herzenseinigkeit gestimmt, wenn es gerade einmal eine Weile gutging, auf bittere Feindschaft, wenn es ein andermal schiefging —, daß es besser ist, nicht nach der Schuld zu forschen, sondern gleich die strittigen Fragen selbst anzugehen.

\*

Es besteht kein Zweifel, daß in den bonner Streitpunkten Weltbild gegen Weltbild steht. Ein christliches Weltbild, dessen Anhänger davon ausgehen, daß sie gegen den Irrtum die Wahrheit selbst vertreten, gegen den zerstörerischen, auch politisch zerstörerischen Irrtum die fruchtbare, auch politisch fruchtbare Wahrheit, dazu die überlieferte Gesinnung und Ordnung des deutschen Volkes. Und ein „profanes“ Weltbild, für dessen Anhänger das Christentum entweder ein gefährlicher oder lästiger Rückstand einer überwundenen Geschichtsepoche oder aber doch wenigstens nur eine Religion neben anderen ist, vielleicht wichtig und positiv, auf jeden Fall aber eine Privatangelegenheit, die geschützt, aber aus den säkularen Angelegenheiten des Staates, des Volkes, der Geschichte herausgehalten werden sollte. Für die einen liegt es nahe, das Wort Gottes in der Verfassung als eine selbstverständliche Grundlage des Gemeinwesens zu fordern; für

die anderen, im religiösen Bekenntnis das Anliegen eines Volksteiles zu sehen, das nicht in die für jedermann gültige Verfassung gehört. Für jene liegt es nahe, den Religionsunterricht als Pflicht oder doch als Regel für alle Schularten zu verlangen, die anderen aber wundern sich darüber, daß ihnen der fakultative Religionsunterricht auf Antrag nicht genügt.

Es wäre viel erreicht, wenn beide Seiten zum mindesten dafür Verständnis hätten, daß es sich so verhält: daß es sich beim andern nicht durchwegs um einen blinden Fanatismus und einen Willen zur Vergewaltigung handelt, sondern um ein wirkliches Weltbild, hinter dem der Glaube, die Erfahrung, die ganze Existenz vieler ausgezeichneten Menschen steht, und daß dann den Streitgegenständen auf beiden Seiten echte Sorgen um die gute Zukunft des deutschen Volkes zugrundeliegen.

Es sollte in diesen Fragen keinen Fraktionszwang geben, denn die echten Weltanschauungsgruppen decken sich schon längst nicht mehr genau mit den Parteien. In der SPD gibt es Christen. Andererseits werden einige der von christlicher Seite vorgebrachten Forderungen von Christen bestritten, und zwar nicht aus Glaubensschwäche oder Nachgiebigkeit, sondern aus wesentlich christlichen Gründen. Diese Christen möchten damit ernstmachen, daß der Glaube nicht eigentlich „Überlieferung“ des „Volkes“, sondern wesentlich eine Entscheidung der Person und ein Geschenk der Gnade ist, mit der Taufe Grundlage der Kirche, nicht unmittelbar des Volkes und des Staates; sie halten die christliche Überlieferung in Deutschland weithin für ausgehöhlt und mit P. Ivo Zeiger S. J. Deutschland für ein „Missionsland“; sie wenden das Wort Pauli, daß der Glaube an Kreuz und Auferstehung „den Juden ein Ärgernis und den Heiden eine Torheit“ sei, auch auf den Christenglauben in Deutschland an und halten es nicht für verwunderlich, sondern geradezu für einen Erweis seiner Lebendigkeit, wenn die Nichtgläubigen ihn *nicht* billigen und fördern, sondern „kulturkämpferische“ Neigungen haben. Diese Christen kämpfen mit, wo es um die staatsbürgerliche Freiheit des Lebens aus dem Glauben geht, sie werden aber nicht geneigt sein, den christlichen Glauben selbst staatlich zu sichern oder den Nicht-Gläubigen Zugeständnisse zuzumuten, die nur unter der Voraussetzung des *Glaubens* zumutbar sind. Sie sehen eine Zeit gekommen, da die Bindung an den Staat die Kraft der Kirche nicht vermehrt, sondern schwächt. (Die Einbehaltung der Kirchensteuer mit der Lohnsteuer etwa ist in ihren Augen eine Gefährdung der Würde und Freiheit des Glaubens für das Linsengericht einer bequemeren und höheren Einnahme.) Das Wort „Gott“ in der Verfassung und die Durchsetzung des Pflicht-Religionsunterrichtes auch dort, wo die Zustimmung des ganzen Volkes nicht vorausgesetzt werden kann, meinen sie den nichtgläubigen Volksgenossen nicht zumuten zu sollen, *weil* sie den Glauben und also auch den Nicht-Glauben ernstnehmen. Für Forderungen problematischer Art in einen Kulturkampf einzutreten, möchten diese Christen nicht verantworten. (Was den Vertrag angeht, den Adolf Hitler 1933 mit der Kurie schloß, so ist es das Recht des Vertragspartners, auf der Anerkennung seiner Gültigkeit in den Ländern — sowie im Bund, sobald es ihn als handlungsfähigen Partner geben wird, — zu bestehen, und es ist das Recht des katholischen Staatsbürgers, sich dieser Auffas-



sung der Rechtslage anzuschließen; auch wir tun es. Die Aufnahme dieses Vertrages in die *Verfassung* dagegen wäre ein Privileg, das man durchaus zur Debatte stellen, aber nicht mit dem Pathos des verletzten Rechts als *conditio sine qua non* beanspruchen kann. Die vorgesehene allgemeine, also für alle Staatsverträge geltende Formel kann die Schwierigkeit beseitigen.)

\*

Gewichtiger sind die Forderungen nach der *christlichen Erziehung* in der Schule und nach der *Konfessionsschule*. Aber für die Entgiftung der Atmosphäre ist es auch in dieser Frage nötig, daß zunächst ihre Vielschichtigkeit anerkannt wird, und zwar auf beiden Seiten der Front.

Schon die örtlichen Verhältnisse sind sehr verschieden. Die Konfessionsschule droht überall dort, wo viele Nichtgläubige leben, dann eine Vergewaltigung zu werden, wenn sie als einzige Schulform anerkannt ist. Wo andere neben ihr möglich sind, oder wo sie selbst als Sonderschule möglich ist, bedeutet sie als Absonderung der katholischen und der evangelischen Schüler und Lehrer zugleich den Verzicht auf die Gemeinschaft mit den übrigen. Man kann aus anderen Gründen für diese Absonderung sein, aber man sollte dann auch an den Preis denken, der dafür zu zahlen ist. Man sollte den Verzicht auf die Verwirklichung der Volksgemeinschaft in der Schule nicht leichtfertig, sondern nur mit Trauer ins Auge fassen. Ist er nicht der Verzicht auch auf die heilsgeschichtliche Aufgabe, ohne Proselytenmacherei und ohne Verletzung der Spielregeln und des Taktes, sondern nur durch das Beispiel sachlich und fachlich hochbefähigter und charakterlich vorbildlicher Lehrer das Licht des Glaubens in das ganze Missionsland Deutschland auszustrahlen? Gehen uns die Kinder der Eltern, die nicht überzeugte Christen sind, nichts an? Es ist nicht an ihre „Bekehrung“ gedacht, sondern an die stille Macht der Zeugenschaft, vor allem aber an die Bildung des Charakters und die heute so gefährdete Ausstattung mit der „natürlichen Moral“. Haben wir eine Verantwortung nur für die Schicksale der katholischen und der evangelischen Kinder? Auch besteht die Gefahr, daß das, was die Schicksalsgemeinschaft Volk und Staat aus sehr gewichtigen Gründen von der Schule fordern muß, in der Bekenntnisschule nicht völlig zu seinem Recht kommt, weniger durch Versäumnisse der Lehrer als durch die Tatsache der Absonderung selbst.

Aber solchen Erwägungen stehen sehr gewichtige andere Verantwortungen gegenüber, — vor allem pädagogische Erfahrungen. Das junge Kind bedarf einer einheitlichen erzieherischen Atmosphäre — gerade der moderne Ganzheitspädagoge sollte dafür Verständnis haben —; es ist mit sechs Jahren zu jung für den Zweifel und die Reflexion; es mag für seine seelische Gesundheit entscheidend sein, wenn es das Vertrauen, das es zu den Eltern hat, auch auf die Lehrer übertragen kann; die Eltern müssen im Sinne dieser erzieherischen Notwendigkeit die Gewähr dafür haben, daß ihr Kind auch im Rechen-Unterricht auf eine religiöse Frage eine Antwort im Sinne der Eltern erhalten werde statt einer Ausflucht oder gar einer gegensätzlichen Antwort. Auch das Gewicht *dieser* Sorgen sollte die Gegenseite verstehen. Gewiß gibt es unter den Christen Fana-

tiker, welche am liebsten nicht nur die konfessionelle Schule, sondern sogar den konfessionellen Staat verlangen würden. (Weil es „nur *eine* Wahrheit gibt“, und weil ja bekanntlich, „aus dem Irrtum nur Böses kommen kann“.) Gewiß gibt es Kleriker, welche „Konfessionsschule“ sagen und ihre eigene, ach so süße Macht über die Seelen meinen. Aber ist es denn so schwer zu verstehen, daß ein Vater, der mit guten Gründen und vielleicht nach schweren inneren und äußeren Erfahrungen seinen Kindern den Glauben an das Heil in Christus als kostbarste Erbschaft weiterzugeben wünscht, und der diesen Glauben in der eigenen Kirche in seiner Reinheit und Wahrheit behütet weiß, den Rosenkranz und das Kreuzzeichen und die Ehrfurcht vor dem Heiligen Vater (oder den evangelischen Choral und die „Freiheit eines Christenmenschen“ und die Verehrung der großen Reformatoren), den Glauben also nicht in einer abstrakten Form, sondern als gewachsene Gestalt, lebendige Übung und Atmosphäre seinen sechsjährigen Kindern auch in die Schule mitgeben will? Und der Meinung ist, daß die Kinder erst einige Jahre später die Bekenntnisunterschiede und gar die Tatsache des Unglaubens ohne Schaden begreifen können?

Aber ist es wiederum hüben denn so schwer zu verstehen, daß der andere aus der Echtheit seines Unglaubens für das wahre Gewicht dieser Gründe, auch wenn er psychologisch auf sie einzugehen versucht, kein volles Verständnis haben *kann*, und daß daher alles das, was *gegen* die Absonderung spricht, in seinen Augen ein höheres Gewicht bekommt?

Es geht hier nicht darum, Gründe gegen Gründe abzuwägen. Das Thema dieses Aufsatzes heißt nicht „Konfessionsschule“, sondern „Kulturkampf“. Es geht um ein Doppeltes: nach beiden Seiten hin um Verständnis für den andern Standpunkt zu werben, und zu erklären, daß die Frage zu vielschichtig und der Gegensatz zu tief ist, als daß eine eindeutige Lösung „so oder so“ erzwungen werden könnte. Und beides hängt zusammen: gerade wenn ich den Gegner zu verstehen suche und selbst hinter dem forschen Auftreten eines doktrinären Kulturkämpfers eine echte Sorge wittere, dann merke ich, daß der Gegensatz auf Grundentscheidungen über den Sinn des Lebens beruht.

Was ist dann zu tun? Nun, man kann miteinander reden und Gründe gegen Gründe setzen. Man wird damit an ein Ende kommen und verstehen, daß hier in letzter Instanz Zeugnis gegen Zeugnis steht. Für den Augenblick heißt dann die Formel: vernünftiges Kompromiß. Und wenn auch dieses nicht zu erreichen ist: Abstimmung, — und die unterlegene Minderheit sucht auf der Ebene des Lebens selbst ihr Zeugnis so wirksam zu machen, daß die Stunde kommt, da sie die Mehrheit überzeugt hat. (Wenn die anderen wieder einmal sagen werden: „Seht, wie sie einander lieben“ und darüber hinaus: „Seht, wie sie *uns* lieben“, dann wird es nicht schlecht um jenen Kampf der Christen stehen.) Es soll in diesen Dingen jederzeit leidenschaftliche Auseinandersetzungen geben. Aber wo ist hier Platz für einen „Kulturkampf“? Er wird die eigentliche Voraussetzung der Schwierigkeit *nicht* verändern: daß es in Deutschland Christen und Nichtchristen gibt.

\*

Der Kampf um die Elternrechte wird, wie man weiß, in enger Verbindung mit diesem Kampf um die Konfessionsschule geführt. Ist es eine Entwertung dieses Grundsatzes, wenn das festgestellt wird? Als die Sozialisten um das Recht der Koalitions-Freiheit kämpften, kam es auch ihnen auf ihre eigene Freiheit an. Allgemeine Rechte entstehen aus besonderen Ansprüchen, die sich nur als allgemeine Geltung verschaffen können. (Die Folgerungen muß man dann freilich tragen: das Koalitionsrecht kam auch den Arbeitgebern zugute, — und das Elternrecht wird auch zu areligiösen, ja antireligiösen Schulen führen.) Zuzugeben ist ohne weiteres, daß es manchen Männern der Kirche und ihren politischen Freunden in Wahrheit nicht auf das Gewissensrecht der Eltern, sondern auf den Einfluß der kirchlichen Autorität ankommt, — die davon überzeugt sein kann, daß sie die Gewissen der Gläubigen zu bilden vermag. (Aber selbst diese Absicht ist nicht ohne weiteres Herrschsucht, sondern viel öfter echte Hirtensorge.) Wir geben das zu, weil es einmal von katholischer Seite gesagt werden muß: es ist wahr, und nur das Aussprechen der Wahrheit kann die Luft reinigen. Wir sagen es auch um der Richtigkeit des Grundsatzes des Elternrechtes selbst willen. Wir könnten ihn nicht vertreten, wenn wir die Schiefheit, die in die Argumentation hineingekommen ist, mitvertreten müßten. Daß der Grundsatz gut ist, vermögen manche Liberale oder Sozialdemokraten vielleicht eher einzusehen, wenn er von jenen Verdächtigen gereinigt ist.

Wenn unsere Auffassung richtig ist, daß der geschichtliche Gegensatz der Grundüberzeugungen des säkularisierten und des christlichen Volksteiles in Deutschland nicht durch Verhandlungen oder Abstimmungen aus der Welt geschafft werden kann, dann würde sowohl eine allgemeine Durchsetzung der Konfessionsschule als auch ihre allgemeine Verhinderung eine Vergewaltigung bedeuten. Will man diese Vergewaltigung vermeiden, so darf man diese Frage nicht „einheitlich“ („totalitär“), sondern man muß sie durch Aufteilung, freiheitlich lösen: so wird man nicht „entweder — oder“, sondern „sowohl — als auch“ sagen. Genau das aber bedeutet der Grundsatz des Elternrechtes. Die Linie der Teilung zu bestimmen, wird denen überlassen, von denen man doch zum mindesten sagen muß, daß sie das Wohl der Kinder am meisten angeht: den Eltern. Wie es die Vereinigten Nationen in der Charta der Menschenrechte (Art. 26, 3) erklärt haben: „Die Eltern haben *das erste Recht*, die Art der Schulerziehung zu bestimmen, die ihren Kindern zu gewähren ist.“ Versuchen dann Priester oder andere einen Druck auszuüben, so kann man das gesetzlich und gerichtlich verhindern. Gegen ihren Einfluß selbst kann man nur den eigenen zu setzen suchen: es ist das demokratische Recht jedes Staatsbürgers, sein Vertrauen den Menschen zu geben, denen er es geben will.

Eine weitere Erwägung geht weiter. Sie versteht das Recht der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder als ein *elementares Freiheitsrecht*. Es mag früher unter den liberalen Gläubigen der fortschrittlichen Welt- und Staatsvernunft üblich gewesen sein, die Kinder gern und willig der Staatsschule, ihrem Geist und ihren jeweiligen Lehrern anzuvertrauen, — ich für meine Person gestehe offen, daß ich nach den Erfahrungen der Nazizeit und *auch* der deutschen Demo- und Bürokratie von 1945 bis 1949 dieses Vertrauen nicht aufbringe. Übrigens haben

es die meisten Wortführer der Zwangs Staatsschule selbst niemals aufgebracht: sie waren wirtschaftlich fast immer in der Lage, sich die Schule auszusuchen; selbst die vier Jahre Volksschule konnten sie gegebenenfalls umsehen. In solcher Lage ist es zu billig, den Ärmeren die Freiheit der Wahl der Schule abzusprechen. Man soll den Gegensatz zwischen Staat und Familie gewiß nicht dramatisieren. Der Staat hat ein echtes Interesse an der Schule, das ein modischer oder taktischer „christlicher Anarchismus“ heute gern verkleinert. Es ist auch festzuhalten, daß unter Christen vielfach ein Ressentiment gegen den Staat besteht; viele Christen sehen zu wenig, daß der totalitäre und der bürokratische Mißbrauch der Staatsgewalt gerade deshalb möglich sind, weil dem Staat so viele neue und große Aufgaben zuwachsen, und sie erkennen nicht, daß es der Fehler des heutigen Staates nicht nur ist, zuviel Autorität zu beanspruchen, nämlich in Dingen, die ihn nichts angehen, aber seiner Bürokratie Vergnügen machen, sondern auch zu wenig Autorität, nämlich in den undankbaren Aufgaben, die durch die soziale Not gegeben sind. Aber auch bei allem Verständnis für die Ansprüche eines handlungsfähigen Staates vermag ich als Vater meiner soeben schulpflichtig werdenden Kinder schlechterdings nicht einzusehen, warum ich diese jungen Wesen im bildsamsten Alter, für die ich nun einmal mehr Verantwortung habe als der Abgeordnete Meier und der Schulrat Müller (und für die ich mehr Liebesopfer zu bringen bereit bin als jene zweifellos wohlmeinenden und tüchtigen Herren) einer bestimmten Schule anvertrauen muß, über welche der Staat, will sagen: eine Mehrheit in Bonn oder Wiesbaden oder sonstwo maßgeblich und absolut verfügt. Mag sein, daß jenes Recht der Eltern im vertrauensseligen patenten Neunzehnten Jahrhundert nicht erkannt und gewollt wurde: ich nehme es nach Kräften für meine väterliche Person in Anspruch, und ich würde es für einen echten Fortschritt der Freiheit halten, wenn das souveräne Volk dieses Freiheits-Recht anerkannte. Wie es die UNO tut.

Wäre es nicht Sache der Eltern-Bewegungen, dieses Recht sehr fortschrittlich anzuwenden? Zum Beispiel: überdurchschnittliche Opfer an Geld zu bringen, wo eine überdurchschnittliche Sorge für die Kinder vorliegt? Oder etwa, nach dem Vorbild gewisser kommunitärer Betriebe in Frankreich, in welchen überzeugte Marxisten und überzeugte Christen miteinander leben, dagegen Laue und Überzeugungslose nicht zugelassen sind, Versuchsschulen für Sozialisten und Christen zu gründen? Wäre es nicht ein Fortschritt, wenn die Ärmeren, solange sie aus Mangel an Geld nicht die volle Freiheit der Wahl haben, wenigstens im allgemeinen eine Schulart ihres Vertrauens wählen könnten? Müßte es nicht die Sache der freiheitlich Denkenden sein, dieses Recht zu fordern? Und müßte es nicht die Sorge der freiheitlich denkenden Sozialisten sein, daß sie, die dem Volk mit guten Gründen da, wo es nötig ist, so viel Bindung und Disziplinierung zumuten müssen, in den elementaren menschlichen Bereichen umso mehr Gegengewichte der Freiheit schaffen? Sache der Schulgesetze wäre es, den guten Grundsatz gegen uferlose Ansprüche zu schützen.

Wir schlagen vor: das Elternrecht nicht als Zankapfel, sondern als Grundlage der Verständigung, — als Sache der Freiheit. Das Elternrecht nicht als Kampf-

mittel der Konfessionalität, sondern als echtes Freiheitsrecht, loyal und verständig verwirklicht.

\*

Verlassen wir Bonn, gehen wir ins Land. Die Atmosphäre ist schlecht, an manchen Orten stickig. Alte Fronten, welche die Gutwilligen für abgebaut hielten, sind wiederaufgerichtet. Dort sind es — man verzeihe das harte Wort — die Bonzen der mittleren und unteren Partei- und leider auch Gewerkschaftsbürokratie: sie verfolgen gewohnheitsmäßig oder gar systematisch und oft genug mit schlaudem Augenzwinkern die alte kirchenfeindliche Linie und lassen niemanden an die Arbeit (noch an die Krippe . . .), der nicht „zuverlässig“ ist. Auf der andern Seite sind es — man verzeihe um der Parität willen auch dieses harte Wort — die „Pfaffen“ und die pfäffischen Naturen: sie schließen in ihrem Machtbereich (sei er in manchen ehemals rein christlichen Gegenden — die Flüchtlinge zählen ohnehin nicht — ein Dorf, eine Stadt, ein ganzer Kreis, sei er in den gemischten Gegenden irgendein Einflußgebiet als geliebtes und eifersüchtig bewahrtes Stück Ghetto) die Tür zum Volks- und Schicksalsgenossen anderer Überzeugung sorgfältig ab.

Wissen diese Leute, was sie tun? Wissen sie, daß sie in ihrem läppischen Kulturkampf den wahren Kampf verraten?

Wir stehen nämlich in der Tat in einem Kulturkampf, aber ganz anderer Art und ganz anderer Dimension. (Keine Angst: hier wird nicht zum Kreuzzug gegen den Bolschewismus aufgerufen. Die Auseinandersetzung mit ihm ist ein besonderes Kapitel, das hier nicht behandelt wird.) Dieser Kampf spielt sich auf der ganzen Welt, aber wahrhaftig auch mitten unter uns ab, und es geht darin um das materielle, geistige und seelische Schicksal der Menschheit und der Menschen, und *auch* um das Heil. Dieser Kampf spielt sich mitten in der profanen Welt ab, in der Wirtschaft, in der Gesellschaft, in den Bewegungen und in den Ideen der Zeit, im Staat und in den überstaatlichen Ordnungen, aber er zieht seine Kräfte aus dem Wurzelbereich der Religionen und der „Weltanschauungen“, vor allem der persönlichen menschlichen Existenz: er bleibt ein „Kulturkampf“, — der folgenreichste, der je gekämpft worden ist. Es geht darum, ob in dieser Welt, die sich zu einer einzigen Schicksalsgemeinschaft teils wirtschaftlich und technisch entwickelt, teils zusammengerauft und zusammengeblutet hat, die helfenden *Ordnungen* entstehen, und ob diese Ordnungen, *wenn* sie entstehen, wirklich *helfende* Ordnungen sind. Die Fronten sind, besonders im Ideologischen, noch sehr verwirrt, und sie werden sehr verwickelt bleiben. Aber oft genug erkennt ein unbefangener Blick die eigentliche Front: auf der einen Seite stehen die, die das *Ganze* sehen und die *dienen* wollen, auf der andern Seite stehen als zähe Riesenmasse die Millionen, die nicht das Ganze sehen und nicht dienen wollen, sondern nur ihr Schäfflein ins Trockene bringen, und neben ihnen und teilweise gegen sie die Schar der Großen und Schlaunen, die zwar das Ganze „sehen“, aber nur, um es ihren Interessen dienstbar zu machen, oder gar, um es zu beherrschen: — insgesamt die kleinen Egoisten, die schlaunen Interessenten und die großen Raubtiere. Soll die Welt nicht in der Trägheit der Engherzigen und Dummen ersticken oder der Tüchtigkeit und der Machtlust der Manager zum Opfer

fallen, so kommt alles darauf an, daß die Gläubigen, Überzeugten und Dienenden *aller* Art mit ihrer persönlichen stärksten Glaubenskraft in den profanen Aufgaben zusammenarbeiten: Katholiken, Evangelische, Quäker, Juden, Sozialisten, Humanitätsgläubige und wer immer eine Wirklichkeit anerkennt, die verpflichtender ist als sein eigener Lebens-, Sicherungs-, Raff-, Lust- und Machttrieb. Ihr Versuch, durch funktionierende und menschliche Ordnungen den vom Chaos Bedrohten zu helfen, ist der eigentliche Kulturkampf: *der Kampf der Dienenden gegen die Trägen, die Interessenten und die Raubtiere*. Nicht nur als Kampf der Gesinnungen, sondern auch als Kampf um Entscheidungen, als politischer Kampf. In jedem Dorf und in der ganzen Welt.

In Deutschland zum Beispiel leben einige Millionen Flüchtlinge, einige Hunderttausende in Baracken. Millionen von Deutschen vegetieren, lieben und hassen zusammengepfercht in engen Wohnungen, Hunderttausende in Kellern. Daß ihnen rasch und wirksam geholfen wird, verhindern die Trägen, die Interessenten, die Raubtiere — und die Zwietracht der Menschen guten Willens. Wenn die Führer der großen Weltanschauungsgruppen, deren kleine Funktionäre Lust zu „Kulturkämpfen“ zeigen, leidenschaftlich und nüchtern einige Monate nichts anderes bedächten als das, wie zunächst einmal nur *dieser* unwürdigen und gefährlichen Not rasch und gründlich zu steuern sei, — ob sie dann noch Kulturkämpfe dulden würden? Wenn Kardinal Frings und Kurt Schumacher mit zwei oder drei Männern ähnlicher Verantwortung (und einem halben Dutzend Experten im Nebenzimmer) einmal zwei Wochen lang in einem Konklave des Aufbaus zusammenlebten? Wer und was kann die beiden genannten Männer von Einfluß eigentlich daran hindern, so etwas zu tun?

Wenn ein Zug entgleist und die Feigen sich drücken, die Asozialen heimlich oder offen plündern, die Christen aber und die Juden, Humanitäre und Sozialisten alle aus ihrer tiefsten Kraft heraus zuspringen und helfen, nach dem ersten Schock sogar planmäßig helfen, dann schwächt der gemeinsame Dienst den Glauben nicht. Im Gegenteil! Die Christen schauen einander an, wenn sie beim Hilfsdienst einander begegnen, — sie wissen, in wessen Kraft sie sich opfern, und sie haben Zeit, unterm Helfen auch zu beten. Die Sozialisten schauen einander an, — sie wissen, um welcher Solidarität und Aufgabe willen sie zupacken. Beide bilden ihre besondere Gruppe, wo es angeht, und sie stellen sich zu *einer* Aktion zur Verfügung, wo es nötig ist. Entscheidend ist, ob in Wahrheit geholfen wird.

Unser Zug *ist* entgleist.

*Wir machen uns Freunde. Wir machen uns Feinde. Aber Gott macht uns den Nachbarn nebenan.*  
G. K. Chesterton.

*Hildegard Brücher und Clemens Münster*  
**DEUTSCHE FORSCHUNG IN GEFAHR?**

Auch Wissenschaft und Forschung sind durch den deutschen Zusammenbruch schwer getroffen. Seit einiger Zeit wird von ihren bekanntesten Vertretern immer wieder sehr nachdrücklich darauf hingewiesen, daß ohne schnelle und gründliche Hilfe ihr Bestand bedroht ist. Die Öffentlichkeit und ein Teil der maßgebenden Persönlichkeiten wissen aber nur ungenau, was Forschung überhaupt ist, und daß sie für das deutsche Volk eine Lebensfrage bedeutet. Noch weniger sind sie über die engen und vielseitigen Beziehungen unterrichtet, welche die Forschung mit dem Ganzen unseres Lebens verknüpfen.

*Was ist Forschung?*

Jedes Ergebnis der Naturforschung, von der hier vor allem die Rede sein soll, hat ein doppeltes Gesicht. Die Maxwell'schen Gleichungen etwa stellen zugleich eine Erkenntnis über die in elektromagnetischen Feldern wirksamen Funktionszusammenhänge und eine der Vorschriften dar, die bei der Konstruktion eines Radiosenders zu beachten sind. Ist das Ziel des Forschens die reine Erkenntnis, unabhängig von ihrer mittelbaren oder unmittelbaren Brauchbarkeit für technische Zwecke, dann spricht man bekanntlich von Grundlagenforschung, im andern Falle von angewandter Forschung. Auf beide bauen sich, noch mehr oder weniger von Elementen eigentlicher Forschertätigkeit durchsetzt, Entwicklung, Konstruktion und Erprobung etwa einer Maschine oder eines Instrumentes auf. Erst mit dem Abschluß der Erprobung ist die Produktionsreife erreicht.

Die Technik, die früher vorwiegend aus der handwerklichen Überlieferung sowie aus praktischen Erfahrungen und Bedürfnissen weiterentwickelt wurde, beruht heute fast ausnahmslos auf den Ergebnissen der Naturforschung; der „voraussetzungslose“ Erfinder ist gestorben: Radiogeräte, Elektronen-Mikroskope, synthetische Stoffe, Einrichtungen zur Auswertung der Atomenergie, Vitamine, Pennicillin sind nicht „erfunden“, sondern aus den Ergebnissen der Grundlagenforschung entwickelt worden. Andere Ergebnisse der neuesten Forschung wie zum Beispiel die radioaktiven Isotope beinahe aller Elemente oder der Chemismus der Befruchtung und der Geschlechtsbestimmung harren noch der Anwendung. Das Gleiche gilt für die Fülle täglicher kleiner Fortschritte. Mit den neuen Fertigungsmethoden und -hilfsmitteln, etwa mit Schmiermitteln, Materialprüfungen, Feinmeßgeräten, laufenden Fertigungskontrollen aller Art und mit einer fortschreitenden Rationalisierung der gesamten Industrie steht es ähnlich.

Wilhelm Stupp hat im Januarheft der Zeitschrift „Wirtschaftsverwaltung“ gezeigt, wie in einem wichtigen Industriezweig nach fünfzehn Jahren fünfzig Prozent der Gesamterzeugung, die im gleichen Zeitraum auf das 3,7-fache gestiegen ist, neuentwickelte Produkte geworden sind. Das entsprechende zusätzliche Steueraufkommen aus „neuen Produkten“ erreicht bereits nach acht Jahren die Forschungskosten; nach sechzehn Jahren überschreitet sie das Vierfache.

Es wäre aber völlig falsch, nur *angewandte* Forschung zu treiben, mit der Begründung, sie allein sei wirtschaftlich zu rechtfertigen. Denn die inneren und tragenden Zusammenhänge, auf denen auch jeder technische Fortschritt beruht, erschließen sich nur dem reinen, zweckfreien Erkenntnistrieb.

Aber es gibt auch Rückwirkungen der Technik auf die Grundlagenforschung. Der Techniker stößt oft auf ungelöste und von der reinen Wissenschaft noch nicht behandelte Fragen. Und so ist eine den heutigen Anforderungen entsprechende Ausbildung des Grundlagenforschers ohne die Kenntnis der angewandten Forschung ebenso undenkbar wie eine Ausbildung des Technikers ohne Kenntnis der Elemente und Ergebnisse der Grundlagenforschung. Angesichts aller dieser Zusammenhänge ist es sinnlos, nach der Rentabilität einzelner Forschungsarbeiten zu fragen. Wir sehen hier ganz davon ab, daß die reine Erkenntnis ihren Wert in sich selbst hat. Aber auch ihre volkswirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Bedeutung ist längst erwiesen.

#### *Neuer Charakter der Forschung*

Die Arbeitsweise der Forschung hat sich im Laufe der letzten Jahrzehnte von Grund auf gewandelt. Im allgemeinen reichen die „klassischen“ Arbeitsmethoden von „Reagenzglas und Glasstab“ oder „Streichholz und Klebwachs“ nicht mehr aus, wenn man in wissenschaftliches Neuland vorstoßen will. Das ist genau so selbstverständlich, wie es selbstverständlich ist, daß eine Antarktis-Expedition oder die Besteigung des Mount Everest ohne modernste Spezialgeräte und technische Hilfsmittel nicht erfolgreich sein kann. — Vom alten Spezialistentum ist nicht mehr viel übriggeblieben; man hat gelernt, daß mehr oder weniger alles mit allem zusammenhängt und alles auf alles wirkt. — Michelson, dem wir die wichtigste experimentelle Grundlage zur Relativitätstheorie verdanken, hat schon vor Jahren gesagt, „daß wir unsere zukünftigen Entdeckungen in der sechsten Dezimale machen müssen; daraus folgt, daß jedes Mittel, welches die Genauigkeit fördert, möglicherweise ein Faktor für eine zukünftige Entdeckung ist“. Hohe Genauigkeiten aber verlangen besondere Meßinstrumente und Meßmethoden. — Extreme Versuchsbedingungen sind das Feld der neuen Entdeckungen: sehr hohe und sehr tiefe Temperaturen; sehr hohe Drucke, Geschwindigkeiten, elektrische Spannungen; isolierte Vorgänge an einzelnen Atomen und in einzelnen Zellen. Das bedeutet ebenso einen Wandel der Methoden wie einen außerordentlichen Anstieg der Kosten, selbst wenn man auf Riesenapparaturen verzichtet, was bis zu einem gewissen Grade möglich ist. — Weiterhin haben sich in Forschung und Technik neue Formen der Zusammenarbeit herausgebildet: Träger der Forschung sind Gruppen, Teams, Arbeitsgemeinschaften. Im „Teamwork“ sollen Genialität und Arbeitskraft des einzelnen Forschers eine zwar mit gewissen Verzicht verbundenen, aber folgerichtige und zweckmäßige Steigerung erfahren. In Deutschland ist „Teamwork“ zwar für die Entwicklungs-Forschung der Industrie eine Selbstverständlichkeit, für die Grundlagenforschung ist es aber leider erst sehr wenig versucht worden; einmal, weil es an dem Geld fehlt, eine größere Zahl wissenschaftlicher Arbeiter an die gleiche Aufgabe zu setzen, zum andern, weil der deutsche Wissenschaftler von Haus aus eingefleischter Indivi-



dualist ist, — und auch „Teamwork“ will gelernt sein. — Ferner ist die Bedeutung der wissenschaftlichen Literatur viel wichtiger geworden, als ein Kommunikationsorgan der Forscher des gleichen Arbeitsgebietes und als ein Informationsmittel für die Nachbargebiete.

Schließlich sind die Anforderungen an Zahl und Qualität des wissenschaftlichen Nachwuchses erheblich gewachsen. Auf allen Stufen der wissenschaftlichen Hierarchie und in fast allen Ländern besteht großer Mangel an Wissenschaftlern. Die Ausbildung kann, von Ausnahmen abgesehen, nur in enger Verbindung von Forschung und Lehre vorsichgehen. Nur ein als Forscher tätiger Lehrer vermag in den seltsamen Kernbereich des Geistes, der Methoden, der Intuition, der Erfahrung in Beobachtung, Rechnung und manuellen Geschicklichkeiten einzuführen und den Trieb zu eigener wissenschaftlicher Erkenntnis im Schüler zu wecken.

#### *Beiträge der Nationen*

Der Anteil der Nationen an der Forschung ist außerordentlich verschieden. Einen gewissen rohen Anhalt gibt die Statistik der Nobelpreise für Physik, Chemie und Medizin. In der Zeit von 1900 bis 1933 stellten an Preisträgern: Deutschland 31, Großbritannien 19, Frankreich 10, Österreich 7, die Vereinigten Staaten 7, die Niederlande 6, Schweden 5, Dänemark 4, die Schweiz 3, Rußland 2, Italien 2, Spanien, Indien und Belgien je 1. Inzwischen haben sich die Verhältnisse ganz außerordentlich zugunsten der Vereinigten Staaten verschoben. Man hat 1937 die Zitate in allen mathematischen Fachzeitschriften der Welt ausgezählt. Von den Zitaten aus den Jahren 1921 bis 1925 stammten aus Deutschland 37, den Vereinigten Staaten 14, Großbritannien 15 Prozent. Für die Jahre 1926 bis 1930 waren die entsprechenden Zahlen 39, 14 und 11, für die Jahre 1931 bis 1935: 28, 25 und 13. In einem Jahrzehnt ist also der deutsche Anteil um ein Viertel gefallen, der amerikanische auf fast das Doppelte gestiegen. Auf einem der wichtigsten und stark in Entwicklung begriffenen Gebiete der Physik ist in zwölf Jahren vor dem Kriege die deutsche wissenschaftliche Produktion um das Dreieinhalbfache, die anglo-amerikanische um das Dreizehneinhalbfache gestiegen, — ohne daß wir, wie Professor Ramsauer schon 1942 erklärte, „den Trost hätten, daß unsere Arbeiten qualitativ überlegen seien“.

Interessante Anhaltspunkte geben die tatsächlichen und geplanten Ausgaben. Sie betragen in den Vereinigten Staaten (ohne die Ausgaben für Atomforschung) 1947 etwa das Zehnfache der Ausgaben im Jahr 1930, und zwar verbrauchten die Industrieforschung 450, die staatlichen Forschungsinstitute 625, die Forschung an den Universitäten 45, das sind insgesamt 1120 Millionen Dollar. Gemäß dem auf Veranlassung von Präsident Truman von John R. Steelman erstatteten Bericht „Science and Public Policy“ sollen die Ausgaben in den nächsten zehn Jahren auf 2240 Millionen Dollar gebracht werden. Das heißt, daß ein Prozent des nationalen Einkommens für Forschungszwecke ausgegeben werden wird. Die Belastung je Kopf der Bevölkerung nur für Zwecke der Forschung beträgt augenblicklich etwa 9 Dollar; sie wird nach jenem Vorschlag in zehn Jahren etwa 18 Dollar betragen. In England werden heute je Kopf der Bevölkerung 14,9 Shil-

ling, davon 2,1 Shilling vom Staat, in Nordrhein-Westfalen (nach den Angaben von Stupp) DM 1.80 für Zwecke der Forschung ausgegeben. (Nach den Vorschlägen sollen 1949 vom Land Nordrhein-Westfalen insgesamt 70 Pfennig jährlich je Kopf aufgewandt werden.)

### *Krisen der deutschen Wissenschaft*

Bereits 1910 mußte man feststellen, daß die deutsche Forschung zurückgeblieben war. Die staatlichen Institute waren (und sind noch) erbärmlich finanziert, und die geringen Mittel und der kleine Personalbestand der Universitätsinstitute überdies zum Nachteil der Forschung zu stark durch die Lehre in Anspruch genommen. Die Verwendung der Etatsmittel war (und ist noch) an sehr bürokratische Vorschriften gebunden. Sogar bedeutende Forscher wie Röntgen und Fritz Haber waren durch die Zustände an ihren Instituten in ihren wissenschaftlichen Arbeiten gehemmt. Fast nur Leute mit eigenem Vermögen konnten sich den Luxus leisten, ihr Leben der reinen Forschung zu widmen.

So wurde 1911 auf Anregung von Emil Fischer und Walter Nernst nach Plänen von A. v. Harnack die „*Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften*“ gegründet. Über die Hälfte der Mittel der Gesellschaft wurde von privaten Geldgebern aufgebracht. Sie verfügte schließlich über mehr als zwanzig Institute, so für Physik, Chemie, medizinische Forschung, Biologie, Biochemie, Biophysik, Arbeitsphysiologie, Hirnforschung, Züchtungsforschung, Tierzucht und Tierernährung, Kohlen-, Eisen- und Metallforschung. Die Nobelpreisträger Planck, Einstein, Willstätter, Haber, Emil Fischer, Franz Fischer, Debye, Hahn, v. Laue, Heisenberg, Kuhn, Butenandt gehörten oder gehören ihr — in ihrer neuen Form: der Max-Planck-Gesellschaft — noch an.

Das Ende des Ersten Weltkrieges führte die zweite Krise der deutschen wissenschaftlichen Forschung herauf. Um sie vor dem Zusammenbruch zu bewahren, gründete man 1920 auf Anregung der Berliner Akademie der Wissenschaften die *Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft*. Sie war ein Selbstverwaltungskörper der deutschen wissenschaftlichen Körperschaften, so der Akademien, Universitäten, Hochschulen und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Sie hat unter der Leitung ihres umsichtigen und tatkräftigen Präsidenten Schmitt-Ott der reinen Forschung in ganz ungewöhnlichem Ausmaß gedient. Neunzig Prozent der Mittel (insgesamt bis acht Millionen Mark jährlich) wurden vom Reich aufgebracht. Ähnlich, wenn auch in erheblich geringerem Umfang, wirkten die Helmholtz-Gesellschaft und die Leibnitz-Stiftung. Die Rockefeller-Foundation gab zwischen 1923 und 1934 für Forschungszwecke in Deutschland 2,1 Millionen Dollar, für Stipendien im In- und Ausland an Deutsche 800 000 Dollar. Bekannt ist auch, daß die General Electric Company 42 500 Dollar stifteten.

Die Beiträge aus der deutschen Wirtschaft waren gering. Die Bestimmung der Carl Zeiß-Stiftung, einen Teil der in den Stiftungsbetrieben erzielten Überschüsse der wissenschaftlichen Forschung zur Verfügung zu stellen, war wohl die einzige dieser Art. Als die Industrie immer häufiger auf wissenschaftliche Probleme auch aus dem Bereich der Grundlagenforschung stieß, welche die Institute des Staates und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nicht behandeln konnten oder

wollten, begann sie eigene Forschungslaboratorien einzurichten oder auszubauen. Sie erwiesen sich auch in der Grundlagenforschung als sehr fruchtbar.

In der Zeit von 1937 bis 1942 erhielt die deutsche Forschung aus Reichsmitteln einen jährlichen Zuschuß von 30 bis 35 Millionen Mark. Den außerordentlich reichen wissenschaftlichen Ertrag bildet der aufs äußerste zusammengedrückte Inhalt der seit 1948 erscheinenden 84 Bände „FIAT-Review of German Science 1939 to 1946“, die auch in einer deutschen Ausgabe erscheint.

Inzwischen war eine dritte Krise hereingebrochen, diesmal eine Personalkrise. Nach 1933 wanderte ein Teil der besten deutschen Wissenschaftler aus. Wir erinnern an Namen wie Einstein, Frank, Born, Willstätter, Mark, Bethe, Paneth, Hevesy und viele andere. Mit ihrem Weggang verwaisten bestimmte Arbeitsgebiete; Forschergemeinschaften wurden unwiederbringlich auseinandergerissen. Zugleich sank die Zahl der Studenten naturwissenschaftlicher Fächer. Sie fiel in Heidelberg von 1932 bis 1939 von 417 auf 159, die Zahl der Dozenten von 48 auf 30. Die Zahl der Studierenden an den deutschen Technischen Hochschulen sank von 20 000 im Jahre 1932 schon 1933 auf 85 Prozent, 1935 auf 56, 1937 auf 46 Prozent, stieg 1939 wieder auf 60 und sank dann 1940 auf 34 Prozent. In den ersten Jahren des Krieges fielen zahlreiche jüngere Gelehrte. Wären nicht seit 1942 außer den schon vorher in der Rüstungsindustrie Tätigen weitere fünftausend deutsche Physiker, Chemiker und Techniker vom Militärdienst zurückgestellt worden, so würde die Nachwuchslücke kaum mehr zu schließen sein.

Auf die Forschung in Deutschland haben, ähnlich wie in den anderen Ländern auch, Rüstung und Krieg einerseits hemmend, andererseits fördernd gewirkt. Einen Vorteil für die Forschung bedeutete die zunächst nur widerwillig aufgenommene enge Zusammenarbeit aller Wissenschaften, die in Industrie, Hochschulinstituten oder an Erprobungsstellen der Wehrmacht auf bestimmten Gebieten tätig waren. Zugleich wurden Anstrengungen gemacht, die Forschungstätigkeit den gegebenen personellen und sachlichen Voraussetzungen anzupassen und sie durch die Tätigkeit des Reichsforschungsrates bis zu einem gewissen noch erträglichen Grad zu rationalisieren.

Den vierten Schlag erhielt die deutsche Forschung schließlich durch den Verlauf des Krieges und seine Folgen.

#### *Der heutige Zustand*

Wer trägt heute die Grundlagenforschung in Deutschland? Genau gesagt, wo gibt es heute überhaupt noch die Voraussetzungen, Grundlagenforschung zu treiben? Von den 22 westdeutschen Chemischen Hochschulinstituten zum Beispiel sind zwölf ganz und vier teilweise zerstört; nur sechs haben den Krieg — veraltet und reparaturbedürftig — überstanden. In der Physik, Botanik und Zoologie sieht es nicht viel besser aus. Wiederherstellung und Aufbau schreiten nur langsam und mit großen Unterbrechungen voran. So beträgt der Bedarf für die dringendsten Bauvorhaben der Universität Münster rund 3,5 Millionen D-Mark, von denen kaum der achte Teil bis Dezember 1948 zur Verfügung stand. Von den für die Universitäten der Ostzone erforderlichen 33 Millionen wurde bisher nur der vierte Teil bereitgestellt. Der Aufbau wird überall von den

Finanzministerien gesteuert. Die Mittel sollen später teilweise über die Kreditanstalt für Wiederaufbau den Erlösen des Marshall-Planes entnommen werden.

Auch die unversehrt gebliebenen Institute sind nur begrenzt arbeitsfähig. Ein großer Teil der Sammlungen, Apparate, Bibliotheken ist verlorengegangen und kann ebenfalls nur sehr langsam ergänzt werden. Nur der Unterricht ist überall wieder in Gang, — oft unter außerordentlich schwierigen Umständen und mit scharfer Beschränkung der Zahl der Praktikanten. Er nimmt die Dozenten übermäßig in Anspruch; manche Vorlesungen müssen doppelt und dreifach gehalten werden. Und da der Dozent mehr als früher mit Verwaltungsarbeiten belastet ist, nimmt es nicht wunder, wenn die wissenschaftliche Fruchtbarkeit der Hochschulinstitute (wie sie sich in den Fachzeitschriften spiegelt) erschreckend gering ist.

Die Anpassungsfähigkeit der verschiedenen Forscher an die schwierigen Arbeitsbedingungen und die geringen Mittel ist ebenso unterschiedlich wie das Verständnis und das tatsächliche Entgegenkommen der Behörden. Ein positives Beispiel dafür: Sechs Institute der Technischen Hochschule Darmstadt haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, um mit *einem* Elektronen-Mikroskop Untersuchungen durchzuführen; auf diesen Plan hin ist das teure Gerät vom Ministerium genehmigt worden. Es ist andererseits immerhin eine kulturhistorische Kostbarkeit, wenn ein Ministerpräsident, wie man sich erzählt, auf die dringenden Vorstellungen eines Professors erwidert hat: „Ei, habbe Se sich doch net so, mer habbe in der Verwaltung aach große Schwierichkeite. Schlimmstefalls mache mer halt die Hochschul zwei oder drei Jahr zu!“ In dieses Bild gehören auch schwere Mißgriffe ministerieller Personalpolitik. Noch liegen sehr wertvolle Kräfte brach, während unzulängliche gehalten werden.

Einige Einzelheiten mögen zur Veranschaulichung des Gesagten dienen. Fast überall gelangen die alten, schon seit Jahrzehnten unzureichenden Sach-Etats der Institute nur gekürzt zur Auszahlung, in Hessen etwa zu 80 Prozent. Im Chemischen Institut der einzigen Bergakademie Westdeutschlands, in Clausthal-Zellerfeld, stehen je Tag, Student und Arbeitsplatz ganze 4 D-Pfennig zur Verfügung. Das Institut für physiologische Chemie in Göttingen erhält jährlich statt DM 12 000.— nur DM 5 600.— (alle Göttinger Institute zusammen kaum DM 400 000.—), das Hygienisch-Bakteriologische Institut in Erlangen bekommt monatlich DM 70.—, das Physikalisch-Chemische Institut in Heidelberg DM 500.—. In manchen Instituten konnten nicht einmal die Gas- und Stromrechnungen bezahlt werden, und man mußte sonst laufend betriebene Einrichtungen stilllegen. Diese Aufzählung kann man beliebig fortsetzen.

In den letzten Wochen allerdings sind für einige Institute die finanziellen Sorgen leichter geworden, und es besteht Hoffnung, daß der Tiefpunkt der finanziellen Krise überwunden ist. Einige Kultusministerien streben eine wesentliche Erhöhung der laufenden Etats an. In der Hoffnung auf gelegentliche Sonderzuschüsse und die Hilfe der Notgemeinschaft wird ihre Verdoppelung auch von Institutsleitern für zunächst ausreichend gehalten. Das Land Nordrhein-Westfalen wird im Haushaltsjahr 1949 für laufende persönliche und sachliche Zwecke der Universitätsinstitute 3,8 Millionen D-Mark, für die Forschung ins-

gesamt 8,15 Millionen D-Mark aufwenden. Auch den münchener Instituten sind höhere Etats zugedacht. (Allerdings steht die Genehmigung des kulturellen Aufgabens ungunstigen Finanzministeriums noch aus.) Auch hierzu einige Zahlen: Das Chemische Institut erhielt 1937 für allgemeine Betriebskosten RM 43 000.—, für wissenschaftliche Zwecke rund RM 44 000.—. 1948 insgesamt nur rund DM 19 000.—; für 1949 wurden insgesamt DM 77 000.— bewilligt. Für die Pharmakologie standen 1937 RM 33 000.—, 1948 DM 17 000.— zur Verfügung; für 1949 sind DM 38 000.— vorgesehen.

Den tatsächlichen Wert der Etat-Erhöhungen darf man allerdings nicht überschätzen. Die Preise für Gerätschaften aller Art sind sehr gestiegen; seit zehn Jahren konnten keinerlei neue Anschaffungen gemacht werden; selbst aus erhöhten laufenden Etats ist die unbedingt nötige Ergänzung der Apparate und Bibliotheken auch im bescheidensten Umfang nicht möglich. Für diesen Zweck verfügen die Kultusministerien über Sonderfonds, die 1949 zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen DM 350 000.—, in Hessen DM 400 000.— betragen sollen.

Die modernsten naturwissenschaftlichen Hochschulinstitute Deutschlands entstehen in Mainz. Es soll sogar ein Cyclotron oder ein Linearbeschleuniger gebaut werden. Professor Straßmann, der engste Mitarbeiter Professor Hahns, wird mit seinem Kaiser-Wilhelm-Institut von Hechingen nach Mainz übersiedeln und den Lehrstuhl übernehmen.

Über die Situation und den Zustand von Wissenschaft und Forschung in der Ostzone sind nur sehr schwierig Informationen zu erhalten. Die wenigen Wissenschaftler ersten Ranges, die noch nicht nach dem Westen abgewandert sind, müssen der wesentlichsten Voraussetzung fruchtbarer wissenschaftlicher Arbeit entbehren: sie sind vom schriftlichen und mündlichen Gedanken- und Erfahrungsaustausch mit ihren Fachkollegen ausgeschlossen. Es ist für sie praktisch unmöglich, sich durch einen Vortrag oder eine Publikation dem Vorwurf auszusetzen, „wissenschaftliche Ergebnisse“ an die westlichen Alliierten zu „verraten“.

In Westdeutschland war es höchste Zeit, daß im Januar dieses Jahres die „Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft“ wiedergegründet wurde. Ihre Renaissance gestaltet sich einigermaßen schwierig, denn aus Kreisen der Wissenschaft und der Industrie werden Einwände dagegen erhoben, daß die Notgemeinschaft durch die Zusammensetzung des Kuratoriums und des Hauptausschusses zu einer „Unterabteilung der Kultusministerien“ gemacht werde. Die Mittel, die für die Zwecke der Notgemeinschaft zur Verfügung stehen sollen, sind im übrigen noch recht bescheiden. Sie werden vorläufig 2 Millionen jährlich betragen, entsprechend einer kürzlich beschlossenen Belastung von etwa 3 Pfennig je Kopf der Bevölkerung der Bizone. Die französische Zone darf sich noch nicht beteiligen.

Wesentlich günstiger als an den Hochschulinstituten sind die Arbeitsbedingungen an den freien Forschungsinstituten der Max-Planck-Gesellschaft. Sie zählt in der britischen und amerikanischen Zone 27 Institute; die 9 Kaiser-Wilhelm Institute in der französischen Zone durften sich — zu ihrem finanziellen Schaden — bisher der „zentralistischen“ Neugründung nicht anschließen. In

der Leitung der Gesellschaft sitzen nicht weniger als fünf Nobelpreisträger. Auch die Länder tun manches, um diesen Hort bester deutscher wissenschaftlicher Tradition zu erhalten. Schon der Start gab der umbenannten Gesellschaft, die ihre wichtigsten Institute während des Krieges rechtzeitig und sicher verlagert und Krieg und Kriegsende verhältnismäßig gut überstanden hatte, einen gewissen Vorsprung vor den Hochschulinstituten.

Gegenwärtig wird (in der US-Zone aufgrund eines Staatsvertrages der Länder) die Gesellschaft weit mehr als früher über die Etats der Kultusministerien der Länder finanziert. Der Betrag (5,1 Millionen D-Mark aus der britischen und 1,6 Millionen aus der amerikanischen Zone) wird dem Generalsekretariat in Göttingen zur Verfügung gestellt. Die Verteilung an die einzelnen Institute geschieht unbürokratisch, Etat-Umdispositionen sind jederzeit möglich. Auch die Rockefeller-Stiftung hat ihre Gunst als erster wieder der Max-Planck-Gesellschaft zugewandt und hilft bei der Finanzierung der Otto-Hahn-Bibliothek in Göttingen, der besten und vollständigsten naturwissenschaftlichen Bibliothek, die es zur Zeit in Deutschland gibt. Mit den zur Verfügung stehenden Summen läßt sich haushalten und forschen, und so geht es vor allem den Max-Planck-Instituten in Göttingen (Heisenberg), Heidelberg (Bothe und Kuhn) und Mühlheim an der Ruhr (Ziegler) besser als der übrigen Forschung in Deutschland.

Diese allerdings betrachtet die wissenschaftliche und wirtschaftliche Prosperität der Kollegen von der Max-Planck-Gesellschaft gelegentlich mit gemischten Gefühlen. Erst in allerletzter Zeit wieder hat es Aufsehen erregt, daß der gleichermaßen als Wissenschaftler und als Lehrer hervorragende Physiko-Chemiker Karl Bonnhoeffer von einer ehrenvollen Berufung absah und in letzter Minute in ein Max-Planck-Institut in Göttingen abschwenkte; und zwar offensichtlich, weil dort ein tadelloses Institut mit einem tadellosen Etat eingerichtet wird.

Sehr viel weniger gut — oder vielleicht: umso schlechter — geht es allerdings den übrigen freien Forschungsinstituten. Vor allem sind die kleinen Länder der französischen Zone (ausgenommen Südwestfalen-Hohenzollern mit Tübingen) einfach nicht in der Lage, die kostspieligen wissenschaftlichen Unternehmungen zu finanzieren. So erhielt zum Beispiel das Institut der deutschen Hirnforschungsgesellschaft in Neustadt im letzten Jahr statt RM 70 000.— nur noch 18 000.— R- und D-Mark, das Mathematische Forschungsinstitut in Oberwolfach monatlich noch DM 850.—. Diese und andere Institute stehen vor dem Ruin.

Die Max-Planck-Gesellschaft repräsentiert übrigens die deutsche Wissenschaft weitgehend im Ausland. Es ist wohl der Persönlichkeit ihres Präsidenten, des Nobelpreisträgers Otto Hahn, zu verdanken, daß namhafte Emigranten, wie zum Beispiel Lise Meitner, Richard Goldschmidt, James Frank, Hermann Mark und Neuberger heute wieder auswärtige Mitglieder der Max-Planck-Gesellschaft sind.

Im übrigen beschränken sich die Beziehungen zur Wissenschaft der Welt im wesentlichen immer noch auf persönlichen Kontakt und Freundschaft einzelner Wissenschaftler untereinander. Bisher waren Deutsche nur ausnahmsweise Gäste auf internationalen Kongressen. Zum ersten Mal waren Professor Hahn und

Professor Straßmann zu einem Kongreß der Atom-Experten in London Ende März eingeladen. Auch die zweite Möglichkeit für die deutsche Wissenschaft, wieder am internationalen Austausch der Gedanken und Ergebnisse teilzunehmen, die wissenschaftliche Publikation in ausländischen Zeitschriften, ist seit einiger Zeit wieder möglich. Die ausländischen Fachzeitschriften kommen immer zahlreicher und immer vollständiger durch Stiftungen, über die JEIA, über die Amerika-Häuser oder auf privaten Wegen nach Deutschland.

Als dritter Träger der wissenschaftlichen Forschung — und zwar auch der Grundlagenforschung — ist wieder die Industrie zu nennen. Hier sind die Arbeitsbedingungen und Möglichkeiten am besten, und zwei wichtige Arbeiten (die wichtigsten, die seit Kriegsende in Deutschland veröffentlicht wurden,) stammen aus dem Forschungsinstitut der Badischen Anilin- und Sodafabrik — die Kondensation von 4 Molekülen Acetylen zu Cyklooktatetraen — und aus der pharmazeutischen Industrie — ein neues „Bayersches“ Mittel gegen Tuberkulose, dem außerordentliche Wirkungen nachgerühmt werden. Da überdies die Zahl der Stellen und die Gehälter in der Industrie unverhältnismäßig höher sind als an staatlichen Instituten, ist auch hier eine Abwanderung gerade sehr befähigter jüngerer Kräfte bereits in Gang.

Aber auch die Industrie hat mit bemerkenswerten Schwierigkeiten zu kämpfen. Auch ihre Mittel sind beschränkt, und auch sie leidet darunter, daß vorläufig in Deutschland nur einige Arten wissenschaftlicher Apparate und auch diese nicht immer in der gewünschten Güte zu beschaffen sind. (Man versucht neuerdings, das Nötigste über Devisenbonus A aus dem Ausland zu bekommen.) Und an einer wirksamen Unterstützung der Forschung außerhalb ihres eigenen Bereiches hindert die Industrie eine kurzsichtige Steuergesetzgebung.

Vielfach wird die Ursache für die mangelhafte Erholung von Wissenschaft und Forschung in Deutschland in dem Kontrollratsgesetz Nr. 25 gesehen, das der wissenschaftlichen Tätigkeit theoretisch genau festgesetzte Beschränkungen auferlegt. In der Praxis der amerikanischen und britischen Zone sieht es damit allerdings sehr viel milder aus, und wir konnten keinen Wissenschaftler finden, der außer über die bürokratischen Umständlichkeiten, die das Gesetz alle vier Monate von ihm verlangt, ernsthaft Klage darüber führt. Es wird zwar eine genaue Aufstellung der wissenschaftlichen Arbeiten verlangt, nicht aber eine detaillierte Beschreibung ihrer Methoden und Arbeitsweisen. Außerdem wird die Geheimhaltung der Angaben garantiert. Mit der Durchführung dieses Kontrollratsgesetzes ist in jedem Land der Doppelzone eine deutsche Stelle, die eigens zu diesem Zwecke geschaffen wurde, beauftragt. Sie reicht das Material an die Militärregierung weiter.

Wesentlich ernster wird vor allem in Industriekreisen immer noch das Fehlen eines Patentschutzes beurteilt. Er hat innerhalb der Industrien eine ungesunde Abkapselung zur Folge und dient leider auch manchmal als Vorwand, wenn die wünschenswerte Auskunftsfreudigkeit und wissenschaftliche Fairneß fehlt.

Viel ist seit Kriegsende von der „Demontage deutscher Wissenschaftler“ geredet worden. Die Zahl der Abwanderungen nach dem Osten ist nicht abzuschätzen. (Von den Wissenschaftlern, Konstrukteuren, Betriebsleitern, Meistern

und Vorarbeitern der *einen* Firma Zeiß wurden allein fast dreihundert deportiert.) Der Entschluß, nach Amerika zu gehen, ist freiwillig. Ein erster Schub von Raketen-Fachleuten, an der Spitze der Leiter der ehemaligen Peenemünder Versuchsanstalt, Wernher von Braun, arbeitet bereits seit 1945 in New Mexico für die amerikanische Luftwaffe. Eine größere Zahl (ungefähr hundert) deutscher Wissenschaftler befinden sich in Wrightfield bei Dayton (Ohio). Sie wurden vorerst für sechs Dollar je Tag und reichlich bemessenen D-Markzahlungen an die zunächst in Deutschland bleibenden Familien verpflichtet, Arbeitskraft und Kenntnisse in den Dienst der amerikanischen Forschung zu stellen. Die sechs Dollar entsprechen der Löhnung der unteren Offizierdienstgrade in den Staaten. Entsprechen die Leistungen der deutschen Wissenschaftler den amerikanischen Erwartungen, so können sie nach einiger Zeit einen Fünfjahres-Vertrag mit höherer Bezahlung abschließen und die Familie nachkommen lassen, — einen Vertrag, der die deutschen Partner vor allem wegen der am Ende der Vertragszeit in Aussicht gestellten amerikanischen Staatsbürgerschaft lockt. Trotz diesem Vertrag kann der Wissenschaftler jederzeit nach Deutschland zurückgeschickt werden. Die deutschen Wissenschaftler berichten beinahe übereinstimmend von dem guten und herzlichen Kontakt mit amerikanischen Kollegen und von Schwierigkeiten (vor allem in den ersten zwei Jahren) mit den militärischen Aufsichtsbehörden, Schwierigkeiten, die weniger aus bösem Willen als aus völligem Unverständnis entstanden seien. — Die Zahl der deutschen Wissenschaftler in Amerika wird auf ungefähr fünfhundert geschätzt.

#### *Wie wird es weitergehen?*

Aus alledem ergibt sich folgendes Bild: Es wird allen Hemmungen und Einschränkungen zum Trotz gearbeitet. Die Mittel sind unzureichend. Die bisherige Finanzierung durch die öffentliche Hand hat teilweise provisorischen Charakter und steht auf dem schwankenden Boden eines sehr begrenzten Verständnisses. Die deutsche Forschung hat erst begonnen, sich in geeigneter Weise selbst zu organisieren.

Wir haben nun zu fragen, welche Anstrengungen in Gang sind, und welche Möglichkeiten darüber hinaus vielleicht noch bestehen, um den zweifellos vorhandenen schweren Gefahren zu begegnen. Anfang März ist, entsprechend dem Vorbild anderer Länder, ein zentraler Forschungsrat gebildet worden, dem fünfzehn anerkannte Vertreter der Geistes- und der Naturwissenschaften angehören; Präsident ist der Physiker Heisenberg, Vizepräsident der Physiologe Rein. Er soll eine behutsame Rationalisierung aller wissenschaftlichen Arbeiten in Deutschland in Angriff nehmen, das heißt, die gegebenen persönlichen und sachlichen Verhältnisse und die Wichtigkeit der Themen aufeinander abstimmen und für eine möglichst wirksame Verteilung der verfügbaren Mittel sorgen. Weiterhin wird er die Forderungen der Wissenschaft gegenüber den staatlichen Stellen vertreten und begründen. Es besteht Aussicht, daß der Forschungsrat wirklich die gesamte deutsche Forschung außerhalb der Industrie repräsentieren und die Interessen der verschiedenen Gruppen, insbesondere der Hochschulen, der Max-Planck-Gesellschaft und der Notgemeinschaft gleichmäßig wahrnehmen wird.



Die Vorherrschaft einer dieser Gruppen wäre ebenso schädlich wie eine zusätzliche Bürokratisierung. Schließlich will der Forschungsrat Verbindungen mit entsprechenden Einrichtungen im Ausland aufnehmen.

Weiterhin sind die Kultus- und Finanzministerien der elf westdeutschen Länder, die Verwaltung für Wirtschaft und der Länderrat daran, gemeinsam mit dem Forschungsrat diejenigen Institute, deren Bedeutung über die zu ihrer überregionalen Finanzierung vorzubereiten. Ein solcher Staatsvertrag müßte das Verfahren regeln, nach dem die betreffenden Institute, die insgesamt aufzubringenden Summen und der Kostenschlüssel für die einzelnen Länder festzulegen sind. Der Voranschlag beträgt rund 9,5 Millionen D-Mark. Die übrigen Institute sollen nach wie vor von den Ländern finanziert werden.

Die Schwierigkeiten des vorgeschlagenen Staatsvertrages sind verfassungsrechtlicher Art: er bedeutet eine gewisse Einschränkung der kulturellen Autonomie der Länder und einen gewissen Verzicht auf Teile ihrer Etatbewilligungsrechte: die Gesamtheit der Länder einigt sich über den Zuschuß für ein bestimmtes Institut. Aber daran sollte der Plan nicht scheitern, umso weniger, als er der bisherigen provisorischen Regelung, die sich bewährt hat, ähnelt. Im Grunde ist der Plan ein Prüfstein für das föderative Verfassungsprinzip, das ja den Ländern nicht nur Privilegien, sondern auch Verpflichtungen auferlegt. Wenn die föderative Solidarität der Länder in gemeinsamen Notlagen sich nicht als tragfähig erweist, wird die Entwicklung in Richtung auf einen Zentralismus drängen. So ist es nicht überraschend, daß die erforderliche Einsicht gerade bei den weniger armen Ländern vorhanden ist. Bei der Finanzierung soll ein Verteilerschlüssel, gemäß der Steuerkraft der einzelnen Länder festgesetzt werden, falls es nicht gelingt, solche Ausgaben der Länder „zur gesamten Hand“ durch Einnahmen „zur gesamten Hand“ zu decken, etwa aus einem Teil der Überschüsse des Rundfunks.

Auch die Industrieforschung bedarf einer gewissenhaften Abstimmung der wirtschaftlichen und der wissenschaftlichen Interessen und Möglichkeiten, sowie eines offenen Gedankenaustausches, ja einer Zusammenarbeit zwischen den wissenschaftlichen Mitarbeitern der verschiedenen Firmen, sowie zwischen ihnen und den Hochschulen und Forschungsinstituten. Die Bereitschaft dazu ist bei den Industriewissenschaftlern zweifellos vorhanden. Ein Teil der Werksleitungen ist erheblich zurückhaltender. Es läge auch nahe, daß die verschiedenen Werke bestimmter Industriezweige sich gemeinsame Forschungsinstitute einrichteten, wie sie sich vor allem in England und Amerika bewährt haben. Dem steht aber offenbar ein sehr kurzsichtiger Firmenegoismus im Wege. Es wäre schließlich wünschenswert, den Forschungsrat durch Vertreter der Industrieforschung zu erweitern.

Die Rettung der deutschen Forschung ist eben nicht allein ein Finanzproblem. Sie steht und fällt mit der Lösung einer Reihe anderer Fragen. Dazu gehört zum Beispiel, daß auf vielen Wegen — Presse, Funk, Kulturfilm, gute allgemeinverständliche Literatur — die tatsächlichen Verbindungen zwischen der Forschung und dem gesamten Leben des Volkes diesem auch zum Bewußtsein gebracht werden. Die Wissenschaft muß die Teilnahme und das Verständnis

weiter Kreise zu gewinnen trachten, und zwar ebenso für die Gegenstände wie für die Bedeutung der Forschung. Wenn in einer Zeit, in der Zahllose im Elend leben, Millionen aufgebracht werden sollen, wollen die Steuerzahler mit Recht erfahren, wofür und warum.

Im Grunde gilt es, die Einheit des kulturellen Lebens und damit auch die der Natur- und der Geisteswissenschaften, des geistigen und des politischen Lebens wiederherzustellen. In seiner Forschung spiegelt sich vielfältig die Lage des deutschen Volkes. Sein Schicksal in den folgenden Jahrzehnten hängt in einem viel höheren Maße, als es sich die meisten vorstellen, von der Entwicklung dieser deutschen Forschung ab. Noch haben wir diesen Faktor in der Hand.

### FLUCHTLINGE

Wir sind die verlorenen Söhne im Reich,  
Die neuen Hugentotten.  
Wir zählen zu den Verlusten im Krieg,  
Zu Vermissten, Krüppeln und Toten.

Man sucht für uns statt Heim und Hemd  
Einen Namen, den wir tragen.  
Wir sind — der fünfte Stand? Ach nein,  
Das fünfte Rad am Wagen.

Wir sind die fünfte Kolonne der Not.  
Wir passen in kein System.  
Und gäbe es kein fünftes Gebot,  
Wir wären kein Problem.

*Maria Hufnagl.*

## Das Porträt:

### DR. CHAIM BEN OZER WEIZMANN VATER DES STAATES ISRAEL

*„Nächstes Jahr in Jerusalem!“*

Der große Saal des von Bomben beschädigten Gebäudes der Jewish Agency in Jerusalem. Die 120 Abgeordneten der neugewählten Verfassunggebenden Versammlung Israels blicken gebannt auf die Rednertribüne, auf der ein mittelgroßer Mann mit schmalen Gesicht, hoher Stirn, kahlem Schädel und einem Spitzbart, der dazu beiträgt, seine Züge denen Lenins noch ähnlicher zu machen, die Eidesformel spricht: „Ich, Chaim Ben Ozer Weizmann, schwöre als Präsident des Staates dem Staat von Israel und seinen Gesetzen Treue.“ 17. Februar 1949.



Ein Lebenswerk voll von Mühen, voll von Arbeitslast und Ruhelosigkeit, voll von Rückschlägen und Erfolgen hat seine Erfüllung gefunden.

Die Lebensgeschichte Dr. Chaim Weizmanns sollte allen zu denken geben, die einen großen politischen Entwurf in seinen Anfängen mit spöttischem Achselzucken als Utopie abzutun pflegen.

In Weißrußland, nahe den Pripet-Sümpfen, liegt das Städtchen Motol. Dort wurde Chaim Weizmann 1874 als das dritte von fünfzehn Kindern geboren. Gegen den anfänglichen Widerstand seines Vaters, eines kleinen Holzhändlers, gelang es ihm, mit elf Jahren auf das Realgymnasium nach Pinsk zu kommen. Bald darauf wurde ein

russisches Gesetz erlassen, dem zufolge zehn Prozent der Gymnasiasten Juden sein durften. Chaim Weizmann hatte Glück; er konnte bleiben. Nach dem Abitur, mit achtzehn Jahren, ging er als Lehrer an eine Privatschule in Pfungstadt bei Darmstadt. Dann immatrikulierte er sich in Berlin und studierte Biochemie. 1896 veröffentlichte Theodor Herzl das klassische Buch des Zionismus „Der Judenstaat“. Weizmann, der schon in früher Jugend bittere Erfahrungen mit dem Antisemitismus gemacht hatte, kannte es bald auswendig. Die Handvoll Männer, die sich damals dem Zionismus verschrieben, glaubten mit Inbrunst an ihre Aufgaben. Weizmann (inzwischen in Freiburg zum Doktor promoviert, seit 1900 Professor in Genf) mußte 1904 aus der Schweiz, wie er in seinen Memoiren schreibt, „geradezu fliehen. In Genf lief ich einfach in Gefahr, vom Zionismus aufgezehrt zu werden“.

Wohl nahm Weizmann auch in England, wohin er sich begab, bald Verbindung mit den zionistischen Kreisen auf, er reiste sogar nach Palästina, um die Verhältnisse dort persönlich kennenzulernen; aber im Mittelpunkt seiner Tätigkeit stand nunmehr doch seine biochemische Forschungsarbeit an der Universität Manchester. Weizmann wurde in jenen Jahren zu einem der führenden Chemiker der Welt.

Von nun an begann er jene merkwürdige Doppelrolle als Wissenschaftler und Politiker zu spielen, die für die Entwicklung des Zionismus so bedeutsam wurde. Im Verlauf seiner Forschungsarbeit hatte Weizmann ein Verfahren gefunden, Azeton vor

allem aus Getreide herzustellen. 1916 litt Großbritannien an einer gefährlichen Sprengstoffknappheit, die auf eine Knappheit an Azeton zurückging. Churchill, damals Erster Lord der Admiralität, ließ Weizmann zu sich kommen: „Wir brauchen 30 000 Tonnen Azeton. Können Sie sie herstellen?“ Weizmann hatte es bis dahin erst auf einige hundert Kubikzentimeter gebracht. Aber er verfügte über einen unerschütterlichen Willen. Schrittweise gelang es ihm, die Azeton-Krise zu überwinden. Er wurde Chef des Marinelaboratoriums. In dieser Eigenschaft kam er häufig mit den führenden englischen Politikern zusammen. Er begann, mit ihnen vom Zionismus zu sprechen: einer Heimstätte der Juden in Palästina. Seine Worte fielen, zumal bei dem damaligen Außenminister Balfour, auf fruchtbaren Boden. Angesichts der für die Alliierten gespannten Lage sprach manches für eine Geste gegenüber dem Weltjudentum. Gefühlsmäßige Einflüsse kamen hinzu; man war Weizmann verpflichtet.

Als der erste Entwurf der Erklärung Balfours bekannt wurde, erhob sich unter den englischen Assimilationisten — den Juden, die für ein Aufgehen des Judentums in den verschiedenen Nationen eintraten, — ein Sturm der Entrüstung. Die Erklärung mußte allgemeiner gefaßt werden. Trotzdem war es noch am 2. November 1917, als das Kriegskabinett zur Beschlußfassung über die Erklärung zusammentrat, ungewiß, ob sie gegen den Widerstand der Assimilationisten durchgesetzt werden konnte. Während das Kabinett beriet, wartete Weizmann im Korridor. Er wartete Stunden. Schließlich öffnete sich eine Tür, und der Erste Sekretär kam mit den Worten heraus: „Doktor Weizmann, ich gratuliere, — es ist ein Junge!“

Mochte die Balfour-Erklärung noch so theoretisch gemeint gewesen sein, sie zeitigte bald sehr praktische Folgen. 1918 konnte Weizmann als Vorsitzender einer zionistischen Kommission in Palästina mit dem Araberkönig Feisal einen Vertrag über jüdische Siedlerrechte schließen. Die Hauptsache war indes, daß sich die Zionisten nunmehr von einer nicht allzu ernstgenommenen Sekte zu einer bedeutenden politischen Bewegung entwickelten.

1921 wurde Weizmann zum Präsidenten des Zionistenkongresses gewählt. Er legte den Grundstein zur Jewish Agency, in der alle großen jüdischen Verbände zusammengeschlossen wurden, die an dem Palästina-Plan Interesse zeigten. Aus der Agency entwickelte sich die einflußreiche jüdische Interessenvertretung bei der englischen Mandatsverwaltung Palästinas, schließlich die Regierung Israels.

Mit dem Fortschreiten der jüdischen Siedlertätigkeit und dem Wachstum des jüdischen Einflusses in Palästina erwachte — vor allem 1930, dann 1936 — der arabische Widerstand. Er rief den bereits latent vorhandenen jüdischen Nationalismus auf den Plan, einen Nationalismus, den Hitlers Politik der Ausrottung schließlich zur hellen Flamme entfachte. Männer tauchten auf, die Weizmanns Geduld, seine Versöhnlichkeit, seine stets erneute Nachgiebigkeit gegenüber England, seine Hinweise auf das moralische Recht durch Aktion, Gewalt, ja Terror ersetzt sehen wollten. Sie wie Weizmann fochten für Gleichberechtigung und Selbständigkeit. Nur war die Selbständigkeit ihm nicht mehr isolierter Selbstzweck, er dachte bereits in der Weise des Staatsmannes. Deshalb ließ er nie die Verbindungen nach England, später nach den USA abreißen. Viele Zionisten haben sein Verhalten damals nicht verstanden, manche verstehen es heute noch nicht. 1931 entthob man ihn für vier Jahre der Stellung als Präsidenten des Zionistenkongresses; 1946 kam seine Wiederwahl nicht zustande. Der Geheimsender der Kampforganisation „Irgun Zvai Leumi“ nannte ihn einen Quisling. Daß er indes die Entwicklungsstufe des militanten Nationalismus überwand, bewahrte den Zionismus davor, die Geduld der Weltöffentlichkeit zu einer Zeit ungebührlich in Anspruch zu nehmen, da das für ihn wahrscheinlich tödlich gewesen wäre.

Vielleicht hätte Weizmann dies nie vermocht, wäre er nicht Wissenschaftler gewesen, der in sechs Sprachen denken und seine Gedanken äußern konnte. Seine Liebe zur Wissenschaft kam dem Zionismus noch in anderer Hinsicht zugute: zur Gründung der hebräischen Universität auf Mount Scopus über Jerusalem, zur Errichtung des Daniel Sieff-Instituts und des Weizmann-Instituts; Palästina wurde so schon früh auf einem wichtigen Sondergebiet wirksamer Teil der Welt.

Chaim Weizmanns Politik leitete sich nicht aus fanatischem Nationalismus her, sondern aus der Verbindung von Idee und eigenem Leben. Anfang der dreißiger Jahre war er mit seiner Frau, einer russischen Ärztin, die er als junger Professor in Genf kennengelernt hatte, nach Südafrika gefahren, um für den Zionismus zu werben. Dann hatte er sich wieder der Forschung gewidmet, von 1933 an aber auch die Ansiedlung deutscher Juden in Palästina betrieben, 1937 siedelte er selbst nach dort über. Vor dem Zweiten Weltkrieg versuchte er in London, die proarabische Politik Englands in Palästina im zionistischen Sinne zu beeinflussen. 1940 wurde er zum wissenschaftlichen Ratgeber beim englischen Minister für Nachschub ernannt. Wiederum gelang es ihm, eine Reihe kriegswichtiger Erfindungen zu machen, zum Beispiel ein neues Verfahren zur Gewinnung des Grundstoffes zu entwickeln, der für die Herstellung synthetischen Gummis gebraucht wurde. Um es in großem Stil auswerten zu können, holte ihn Roosevelt 1942 nach den USA. Sicher ist es nicht ein zufälliges Ergebnis jenes Aufenthaltes, daß es gerade Weizmann war, der in den entscheidenden Jahren 1947 und 1948 — nach einem kurzen Aufenthalt in Palästina, während dessen er die Forschung an den dortigen Instituten ganz auf die palästinensischen Bedürfnisse umstellte, — als Vertreter der zionistischen Interessen abermals in den USA weilte. Er selbst beschreibt den Einfluß, den er auf Truman gewann; er berichtet, wie er sich vergeblich dafür verwendete, den Hafen Akaba in das israelische Gebiet einbeziehen zu lassen; daß er in dauernder Verbindung mit führenden amerikanischen Politikern stand, bis die USA Israel de facto anerkannten.

Es gibt nicht wenige Juden, die bezweifeln, daß es richtig sei, Weizmann den Vater des Staates Israel zu nennen. Man hat ihn zum Präsidenten des neuen Staates gewählt; aber doch mehr deshalb, weil er der „große alte Mann“ ist, als um seiner Politik willen. Vermied er es nicht selbst, England zu berühren, als er 1948 aus den USA nach Palästina heimkehrte (jenes England, für das einer seiner Söhne als Flieger gefallen war, der andere sich als Flaksoldat eine dauernde Nervenstörung zugezogen hatte)? Gab er damit nicht selbst zu, daß seine ursprüngliche Politik falsch gewesen war? In Wirklichkeit entstand Israel jedoch nicht, weil sich die Mächte vor jenen jüdischen Nationalisten gebeugt hätten, die aus den letzten zehn Jahren Geschichte vor allem gelernt haben, nun ihrerseits ihre Gefangenen mit der Reitpeitsche in der Hand zu bewachen, sondern weil man die Berechtigung, die Billigkeit und die Kraft der Forderung jener endlich einsah, für die Weizmanns Name und Person symbolisch geworden sind. Das dauerte bei England sehr lange. Es entbehrt für Weizmann gewiß nicht der Tragik, daß die Interessenpolitik des Landes, mit dem er sich und Israel am meisten verbunden fühlte, jene übernationalistischen Kräfte hervorrief, die in diesem Kampf vorübergehend vielleicht begreiflich sind, in einem gewissen Sinn sogar notwendig gewesen sein mögen, die aber auf Dauer Israels Geschick nicht im Guten halten könnten. Niemand weiß, mit wessen Übergewicht die Auseinandersetzung der Kräfte innerhalb des jüdischen Staates früher oder später enden wird. Doch kann die Tatsache nicht mehr verdunkelt werden, daß das jüdische Volk es Dr. Chaim Weizmann wie keinem andern Manne verdankt, daß die uralte jüdische Wunschformel zum Passahfest endlich Wirklichkeit geworden ist:  
*„Nächstes Jahr in Jerusalem!“*

*Rüdiger Proske.*

## Berichte:

### DIE PRESSE DER SOWJETUNION

Die Presse der Sowjetunion unterscheidet sich nicht nur durch ihre politische Gleichschaltung, sondern auch durch eine einzigartige Machtstellung von der aller westlichen Länder. Der Leninismus-Stalinismus stellt die Partei über den Staat. Aufgabe der Presse aber ist es, den Staat für die Partei zu überwachen. Ihre Kritik kann erheben und vernichten, Positionen schaffen und zugrunderichten. In den größeren Orten gehören der Presseklub oder das Verlagshaus meist zu den schönsten Gebäuden. Doch wächst die Presse ihrem Auftraggeber nicht über den Kopf: eine umsichtig organisierte Zensur sorgt dafür, daß jede Zeitung den Anweisungen der Partei folgt.

#### *Die Auflagen, die Leser, der Inhalt*

Während 1914 etwa 80 Prozent der russischen Staatsbürger nicht lesen konnten, waren 1939 nur mehr 18,8 Prozent der Bevölkerung und 10,9 Prozent der 9—49jährigen Analphabeten. Entsprechend wuchsen die Auflagen der Zeitungen. 1913 gab es 809 mit einer Gesamtauflage von 1 401 000 Stück. Im Rekordjahr 1940 erschienen 9 000 Zeitungen (einschließlich kleinster Lokalblätter) mit einer Gesamtauflage von 4 000 000 Stück. Der Krieg und die Kriegszerstörungen verursachten natürlich einen Rückgang. Heute zählt man wieder gegen 6 500 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von 31 000 000 Stück.

Etwa zwei Drittel der Sowjetpresse erscheinen in Russisch, der Rest in 69 Sprachen, darunter in solchen kleiner Völkerschaften Westsibiriens und des Fernen Ostens, die vor der Oktoberrevolution nicht einmal ein eigenes Schrifttum besaßen.

Die genannten Auflagen decken den Bedarf nicht. Nach zuverlässigen Schätzungen gelangt nur jeder fünfte Russe, der als Leser in Betracht kommt, tatsächlich in den Besitz eines Blattes. Aus zweiter Hand kostet eine Nummer oft das Zwei- und Dreifache des normalen Verkaufspreises, der durchschnittlich 20 Kopeken beträgt. Seltenheitswert erhöht Ansehen und Bedeutung der Presse.

Im allgemeinen bringen die Sowjetzeitungen weder sogenannte Gesellschaftsnachrichten, noch eine Gerichtschronik oder Sensationsberichte über Verbrechen, Verkehrsunfälle und dergleichen. Geschieht das doch, dann immer in einer bestimmten Absicht: es soll dann dem Verkehrsminister, dem Justizminister, oder dem, der sonst zuständig ist, unmittelbar oder mittelbar ein Verweis erteilt werden. Die Sprache der Kritik — sie läßt nur ganz wenige selbst der höchsten Funktionäre der Partei ungeschoren — ist außerordentlich scharf. In England wären „libel“-Klagen, in Westeuropa Beleidigungsklagen an der Tagesordnung. Dieses Damoklesschwert, das über jedem Verantwortlichen und auch über Nur-Bürokraten und korrupten Elementen hängt, gehört zum bolschewistischen System. Andererseits werden die „Helden der Arbeit“ ausführlich verherrlicht.

Die Unterlagen für diese kritischen und anstachelnden Berichte liefern 3 000 000 sogenannte Arbeiter- und Bauernkorrespondenten, von denen etwa 250 000 hauptberuflich arbeiten. Dieses Netz von Korrespondenten sichert die Kontrolle selbst des kleinsten industriellen und agrarischen Betriebes. Der Korrespondent ist ein Machtfaktor. An abgelegeneren Orten besteht enge Zusammenarbeit zwischen ihm und dem Parteisekretär, — manchmal sind sie eine Person.

Nur wenige Photos werden veröffentlicht, wohl aber zahlreiche Karikaturen; sie sind oft gut und witzig. Man bringt nicht Nachrichten bloß deshalb, weil sie „interessant“

sind. Unterhaltung steht an letzter Stelle, und Feuilletons in unserem Sinne sind unbekannt. Doch veröffentlichen Sowjetblätter gute Lyrik; auch hat ihr wissenschaftlicher, von Mitgliedern der verschiedenen Akademien bestrittener Teil gelegentlich ein hohes Niveau.

Man bevorzugt große Formate. Titel im Text fehlen, dadurch wirkt das Satzbild meist monoton. Die ersten beiden Seiten sind fast ausschließlich für Nachrichten aus dem Inland bestimmt, oder ihr Inhalt steht mindestens im Zusammenhang mit der Sowjetunion. Hier finden sich alle amtlichen Bekanntmachungen, ebenso die offiziellen Mitteilungen über Verträge mit anderen Staaten. Berichte über verbesserte Methoden des Aufbaus und dergleichen fallen dem Leser eines Sowjetblattes eher in die Augen als etwa die Ergebnisse der amerikanischen Präsidentenwahl.

Von zwei Zeitungen abgesehen ist Rußlands Presse im Besitz der „öffentlichen Hand“, Gewerkschaften und sonstige Berufsorganisationen natürlich einbegriffen. Ausländische Nachrichten sind von der „Tass“, der amtlichen Nachrichtenagentur, monopolisiert, die ihrerseits Abonnentin verschiedener westlicher Agenturen ist. Zensurmaßnahmen führen immer wieder zu Verzögerungen. Oft wird die Rede eines bedeutenden Staatsmannes erst zwei Tage totgeschwiegen, dann nach weiteren drei oder vier kommentiert, sie erscheint schließlich weitere zwei Tage später ganz oder im Auszug.

Die Anweisungen, denen die Presse unterworfen ist, kommen hauptsächlich von dem Propagandakomitee der Kommunistischen Partei. Sein Leiter G. F. Alexandrow erhielt beim Erscheinen der zehntausendsten Ausgabe der *Prawda* eine Auszeichnung.

#### *Die Prawda*

Die *Prawda* („Wahrheit“) wird „Stammutter der sowjetrussischen Presse“ genannt. Sie kam am 5. Mai 1912 zum erstenmal heraus, und Rußland feiert seit 1922 den 5. Mai jährlich als „Tag der Presse“.

Stalins Idee war es, daß die Revolution nur zu gewinnen sei, wenn sie in einem einzigen großen und im ganzen Lande gelesenen Organ vorbereitet werde. Dieser Zeitung war eine Flut illegaler, teils im Inland, teils im Ausland gedruckter oder vervielfältigter Blätter vorausgegangen. 1857 begann diese Ära mit *Kolokol* („Die Glocke“); sie hatte zwar nur eine Originalauflage von 2 500 Stück (monatlich, später halbmonatlich), sie wurde aber in Rußland so eifrig vervielfältigt und lithographiert, daß sie schon damals in Massen verbreitet war, selbst der Zar gehörte zu den ständigen Lesern. Jede der verschiedenen sozialistischen Richtungen war bemüht, über ein eigenes Organ zu verfügen; es gehörte zum Ehrgeiz der Parteiführer, auch gute Redakteure und Journalisten zu sein (Trotzki, Radek, Lenin, Stalin). Lenin gründete 1890 *Iskra* („Der Funke“), deren Chefredaktion er 1900 selbst übernahm. Auch in der Leitung der *Prawda* saßen seit dem ersten Tage Lenin und Stalin; später gehörten dem Redaktionskomitee Kalinin und Molotow an.

Während der zaristischen Zeit litt die *Prawda* an ständiger Geldknappheit. Mit Koppen-Spenden der Arbeiter hielt sie sich, damals die einzige Tageszeitung der Partei, mühsam über Wasser. Von je acht Nummern wurde eine konfisziert. Immer wieder kam es zu Verboten. Die Zeitung änderte oft ihren Namen, um weitererscheinen zu können; sie hieß „Wahrheit der Werktätigen“, „Arbeiterwahrheit“, „Weg der Wahrheit“, „Für die Wahrheit“ undsoweiter, — an dem Wort „Wahrheit“ hielt man fest. Von jeher legte die Parteizeitung der Bolschewiki Wert auf engste Verbindung mit ihren Lesern. Stalin, neben Lenin lange Zeit ihr Haupt-Leitartikler, stellte fest, daß sie während der Kampfzeit vier Fünftel aller aktiven Arbeiter Rußlands gewonnen habe. Schon im ersten Jahre ihres Bestehens empfing sie über 11 000 Zuschriften. Heute rühmt sie

sich, 12 000 bis 13 000 Leserbriefe monatlich zu erhalten. Jeder einzelne wird beantwortet, zum Teil in der Zeitung selbst. Daß eine so enge Verbindung mit den Lesern Stimmungen im Volk erkennen läßt und viele Anregungen zu volksnahen Beiträgen gibt, liegt auf der Hand.

Im August 1914 mußte die *Prawda* ihr Erscheinen einstellen; am 5. März 1917 war sie gewissermaßen als Geburtshelferin der Räterepublik erneut zur Stelle. Verlagsort war zunächst wiederum Leningrad, dann aber siedelte die Zeitung nach der Regierungstadt Moskau um. Sie trug den Untertitel „Das Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)“.

Unter den 46 Zeitungen, die in der ganzen Sowjetunion verbreitet sind, nimmt die *Prawda* eine so hervorragende und konkurrenzlose Stellung ein, wie sie wohl kein anderes Blatt der Welt in seinem Lande hat. Zwischen 12 und 1 Uhr nachts werden ihre wichtigsten Nachrichten und die Leitartikel, die auch alle anderen Zeitungen übernehmen, durch Radio Moskau verbreitet. (Schärfste Angriffe gegen den Westen enthalten zurzeit die mit David Zaslowsky gezeichneten; der Name ist ein Pseudonym.) 1914 hatte sie als Zuschußunternehmen eine Auflage von 40 000. Nunmehr ist die dritte Million längst überschritten.

Der riesige achtstöckige Gebäudeblock der Zeitung beansprucht eine Fläche von 10 Hektar. Die benachbarte Druckerei liegt an der Eisenbahnlinie, sodaß die Waggons mit Papier in den Hof einfahren. Die Zeitung wird auf 36 modernsten Linotype-Maschinen gesetzt und auf 19 Rotationspressen gedruckt; die moskauer Ausgabe kann in drei Stunden gedruckt werden. (Eine der Rotationsmaschinen wirft 1 000 000 Exemplare vier- oder achtseitiger Zeitungen in der Stunde aus.) Matrizen werden auf dem Luftweg nach Leningrad, Kybischew, Swerdlowsk, Wladiwostok und anderen Großstädten gebracht, wo für die Lokalausgaben eigene Druckereien zur Verfügung stehen.

Im moskauer *Prawda*-Haus werden noch zwei weitere Zeitungen und zwanzig Zeitschriften gedruckt, darunter der 36-seitige *Ogmjók* („Die kleine Flamme“), eine illustrierte Zeitschrift, die an das amerikanische *Life* erinnert. (Auflage: 100 000.)

Unter dem Chefredakteur J. Wiktorow (Monatsgehalt: 1 000—1 600 Dollar) arbeiten 430 redaktionelle Angestellte. Ein Kommentator verdient 800 Dollar, ein Reporter 300—400 Dollar. Jeder Angestellte des Blattes kann seinen bezahlten Urlaub in einem luxuriösen Sanatorium auf der Krim verbringen, das der Zeitung gehört. Auch diese Tatsachen sind wichtig; sie zeigen, daß die Mitarbeiter der Zeitung „Fürsten der öffentlichen Meinung“ sind.

Die Leitartikel der *Prawda* behandeln durchaus nicht nur innen- und außenpolitische Probleme in unserem Sinne, sondern sind oft auch Betrachtungen über landwirtschaftliche, industrielle und städtebauliche Einzelfragen. In einer Achtseiten-Ausgabe — für gewöhnlich erscheint die Zeitung vierseitig — waren zum Beispiel fünfeinhalb Seiten einem großzügigen Plan gewidmet, zur Verhinderung der Versteppung Waldgürtel anzulegen. Der Leser der Zeitung wird über russische Verhältnisse bis ins einzelne informiert; über die Welt außerhalb der Sowjetunion kann er sich kein objektives Bild machen.

#### *Die Iswestija*

Mit ihrer 2 Millionen-Auflage finden auch die *Iswestija* („Nachrichten“) längst nicht den Weg zu allen Russen oder auch nur zu allen Moskauern, die sie kaufen möchten. Vor ihren Schaufenstern am Puschkinplatz stehen Passanten Schlange, um wenigstens einen Blick auf die Überschriften erhaschen zu können.

Das Blatt wird vom Präsidium des Obersten Sowjets der Sowjetunion herausgegeben; es ist damit Regierungsblatt. Wer über die Taktiken und die Stimmungen des Kreml



informiert sein will, der muß *Prawda* und *Iswjestija* verfolgen. Beide haben vielfach dieselben Mitarbeiter — wie Ilja Ehrenburg, Zalawsky, Demidow und den Karikaturisten Jefimow (Rußlands Low), dessen Lieblingsfigur Churchill ist —, verfolgen aber auf einigen Gebieten eine verschiedene Linie. So sucht man in den *Iswjestija* vergeblich nach ausführlichen Kominform-Berichten, die die *Prawda* als kommunistisches Zentralorgan bringt.

Auch die *Iswjestija* kennt keinen unterhaltenden Stoff. Reden Stalins oder anderer Sowjetführer, amtliche Verlautbarungen, Betrachtungen über den Staatshaushalt und andere innenpolitische und wirtschaftspolitische Fragen beanspruchen meist drei Viertel des politischen Teils, die Außenpolitik ein Viertel. Über das Berliner Problem wird fast täglich geschrieben. Für Reden Piecks und Grotewohls stehen mehrere Spalten zur Verfügung. Interessanterweise kommen neuerdings Nachrichten über die Tschechoslowakei und andere slawische Länder auf die Seiten, die gemeinhin der Innenpolitik dienen. Es existiert kein Handelsteil. Nachrichten über den Welthandel bringt die Zeitung nicht, über den russischen unter anderen Titeln (Fünfjahresplan, Wiederaufbau). Wissenschaft, Literatur, Kultur, Musik und Bühne kommen zu ihrem Recht.

#### *Die Komsomólskaja Prawda*

Die *Komsomólskaja Prawda* („*Prawda* der Komsomolzen“) hat als Zentralorgan der Kommunistischen Jugend einen offiziellen Charakter. 1939 betrug ihre Auflage 600 000 Stück. Trotz der Papierknappheit dürfte sie inzwischen eher gestiegen als gesunken sein.

Viele Mitglieder der Jugendorganisation bleiben ihrer Zeitung auch später treu. Sie ist lebendiger und gefälliger als viele andere Tageszeitungen. Neben dem mehr amtlichen Teil, der überall uniformen Charakter trägt, erscheinen gute informative Artikel und Berichte über Erziehungsfragen. Auch bringt das Blatt im Gegensatz zu den übrigen viele sorgfältig aufgemachte Bilder. Es zeigt eine Schwäche für Würdigung individueller Persönlichkeiten, talentierter junger Menschen, die als Erfinder, Wissenschaftler, Schriftsteller oder Künstler etwas Besonderes leisten. Mit sehr spitzer Feder bekämpft dieses Blatt der Jugend Korruption, Überheblichkeit, Gewinnsucht und andere Schwächen. Die *Komsomólskaja Prawda* darf vieles laut sagen, was die *Prawda* und die *Iswjestija* wegen ihres höheren Prestiges verschweigen müssen.

Etwa eine halbe Spalte steht für Inserate zur Verfügung. Neben Todesanzeigen handelt es sich hauptsächlich um Ankündigungen öffentlicher Vorträge, für welche die Jugend interessiert werden soll, mit historischen, kulturellen und hygienischen Themen. (Zurzeit ist das Mittelalter besonders interessant.)

#### *Trud*

*Trud* („Arbeit“) vertritt als Organ des Zentralrates der Gewerkschaftsverbände eine der wichtigsten Organisationen; nach sowjetischem Prinzip ist ja der Arbeiter der eigentliche Träger der Revolution und des kommunistischen Staates. Chefredakteur N. A. Kulikow und seine wichtigsten Mitarbeiter nahmen den Weg zum Journalismus über die Gewerkschaft. Wie in den meisten anderen Blättern — sogar die *Prawda* macht darin keine Ausnahme — gehört nur jedes vierte Redaktionsmitglied zur Partei. (Obgleich das Zentralkomitee Anstellungen bestätigen muß.)

*Trud* besitzt einen eigenen Flugdienst, der das Blatt in die bedeutendsten Städte der Sowjetunion bringt. Wer nicht an Arbeitsfragen besonders interessiert ist, wird den Inhalt dieser Zeitung ziemlich langweilig finden. Ihre äußere Monotonie wird nur durch geistreiche Karikaturen unterbrochen.

Innenpolitische Nachrichten und amtliche Mitteilungen sind so uniform wie überall. Ein zehntägiger Querschnitt ergab das folgende Bild: ein einziger außenpolitischer Artikel, der nicht Gewerkschaftsprobleme behandelt. (Er befaßt sich mit Israel, Tendenz: die Sowjetunion ist für den jüdischen Staat, aber gegen den Zionismus, die Regierung in Tel Aviv ist „bourgeois“.) Ein Korrespondenten-Brief berichtet über die Situation der Gewerkschaften in USA. Die beiden bestaufgemachten Artikel beschäftigen sich mit dem Weltgewerkschaftskongreß und mit der Anlage von Grünflächen in den Städten. Nachrichten aus den Betrieben nehmen viel Raum ein. (Das Blatt verfügt natürlich über ein besonders umfassendes Netz von Arbeiterkorrespondenten.) Ausführlich wird das Leben einer großen Familie behandelt, deren Glieder alle im gleichen Betrieb beschäftigt sind. Dieser Beitrag entspricht etwa Aufsätzen lokaler westeuropäischer Blätter aus Anlaß von Silberhochzeiten, Berufsjubiläen und dergleichen. In einer besonderen Rubrik werden Auskünfte über Arbeitsfragen, Urlaubsansprüche und ähnliches gegeben. Das Amt für Statistik stellt Sonderberichte zur Verfügung, in denen Fabriken aufgezählt sind, die ihre Pläne erfüllt haben; andere werden scharf angegriffen. Auch *Trud* glorifiziert die Helden der Arbeit. Zu den wenigen Bildern gehört das eines Ingenieurs und die Photokopie seines Ehrendiploms: er hat ein rationelleres Herstellungsverfahren erfunden, das im einzelnen dargestellt wird.

Im Hause des *Trud* erscheint auch die *Nowoje Wremja* („Neue Zeit“), Chefredakteur W. Beresin. Sie hat Ausgaben in mehreren Sprachen und ist ein nationales und internationales Propagandablatt, das unter Mitarbeit prominentester Journalisten und Persönlichkeiten des sowjetischen öffentlichen Lebens Weltprobleme im russischen Licht betrachtet.

#### *Die Literatúrnaja Gasjéta*

*Literatúrnaja Gasjéta* („Literaturzeitung“), das Organ des sowjetischen Schriftstellerverbandes, berichtet nicht nur über literarische Angelegenheiten, sondern ist zugleich eine politische Tageszeitung. Über die Welt außerhalb der Sowjetunion erfährt man hier sogar mehr als anderswo. Die Berliner Krise, Amerika nach den Wahlen, Bulgarien von heute, Franco-Spanien, — Querschnitt einer Woche.

Die Aufmachung ist recht lebendig; mit Illustrationen wird weniger gespart als in den Parteizeitungen.

Ideologische Fragen stehen im Vordergrund. Literatur aus verschiedenen Ländern wird besprochen. Stanislawskij und das Moskauer Künstlertheater beanspruchen hier noch mehr Raum als in den übrigen sowjetischen Zeitungen, die in der Würdigung gerade dieses Theaters nicht kleinlich sind. Gedichte werden oft gebracht, auch Auszüge aus neuesten Werken sowjetischer, gelegentlich auch ausländischer Schriftsteller (Shaw, Priestley). Aufsätze wissenschaftlichen Charakters — Medizin, Biologie — werden gelegentlich veröffentlicht.

Die Spezialität der *Literatúrnaja Gasjéta* sind scharfe literarische Porträts ausländischer Politiker; in letzter Zeit wurden Marshall, Attlee, Bevin und Bidault vorgenommen. Ein Beitrag in dieser Serie griff kürzlich Amerikas frühere First Lady an: unter dem Titel „Die schätzbare Rolle der Eleanor Roosevelt“ warf er ihr Mittäterschaft in der Marshall-Front, sowie ihr Alter vor.

Während die übrigen Sowjetzeitungen nur den Namen des Chefredakteurs veröffentlichen (und manchmal auch den nicht), gibt die *Literatúrnaja Gasjéta* das ganze Redaktionskomitee bekannt. Ihm gehören so bekannte Literaten wie Leonid Leonow, Kosmetschuk, Nikolai Bogodin und der junge Lyriker Twadowskij an. Chefredakteur ist Jermilow.

### *Die Wjétschernaja Moskwá*

Als einzige Tageszeitung mehr unterhaltenden Charakters erscheint das Boulevardblatt *Wjétschernaja Moskwá* („Moskauer Abend“), das nicht ins Ausland gelangt. Es ist reichbebildert, bringt Lokalnachrichten, leichtgefaßte Theater- und Ballettartikel, eine Schach-Ecke und viele Reportagen über das alte Moskau. Selbst der Inseratenteil (oft eine halbe Seite und sogar mehr) ist abwechslungsreicher als anderswo. Er bringt Anzeigen über Vergnügungen, offene Stellen, neue Waren der Regierungsgeschäfte und offizielle Meldungen beabsichtigter Scheidungen. (Nebenbei: Scheidungsanzeigen sind fast die einzigen persönlichen Inserate in den Zeitungen.)

### *Die Moscow News*

*Moscow News* (Chefredakteur: M. M. Borodin) soll Ausländern als tägliches Informationsorgan dienen. In der Aufmachung ist die Zeitung jedoch typisch russisch; der Nichtrusse vermißt die Hilfe der Schlagzeilen. Reden sowjetischer Politiker werden wörtlich veröffentlicht. Das Blatt bringt überhaupt hauptsächlich innerrussische Nachrichten.

### *Tageszeitungen der Ministerien*

Einen besonderen Typ der russischen Presse bilden die von den Ministerien herausgegebenen Tageszeitungen. Sie sind leichter erhältlich als andere Blätter. Da jede dieser sogenannten Fachzeitungen auch die üblichen politischen Nachrichten und Ankündigungen bringt, ist der Leser also über aktuelle Ereignisse so weit informiert, wie es von einem guten Sowjetbürger verlangt wird.

Am berühmtesten ist *Krássnaja Swjesdá* („Der Rote Stern“), das Organ des Kriegsministeriums, mit hervorragenden militärischen Darstellungen. Zwei der größten Blätter dieser Art, die sogar ins Ausland gelangen, sind die *Utschitelskaja Gasjeta* („Lehrerzeitung“), Organ des Ministeriums für Volksbildung und der Lehrgewerkschaft, und das *Sowjétskoje Iskústwo* („Sowjetische Kunst“), Organ des Ministeriums für Kinematographie, sowie der Komitees für künstlerische und architektonische Angelegenheiten (Chefredakteur: Dawidschenko). Beide enthalten Fachartikel von hohem Niveau. Im übrigen gibt es solcher sogenannter Fachblätter viele Hunderte.

*Alfred Joachim Fischer.*

*Welches ist der beste Schutzwall befreiter Völker gegen das Eindringen des Despotismus? Es ist die Pressefreiheit. Und der zweitbeste? Die Pressefreiheit. Nun und der drittbeste? Immer noch die Pressefreiheit...*

*Was unterscheidet einen Freistaat von einer Monarchie? Nur eines: Die Freiheit zu sprechen und zu schreiben. Stellen Sie sich Pressefreiheit in Moskau vor, und morgen ist Moskau eine Republik.*

*Camille Desmoulins, Le Vieux Cordelier 1789/91.*

## Die Glosse:

### **Ohnmacht und Macht des Einzelnen**

Deutsche haben Verbrechen begangen. Opfer rächen sich mit Verbrechen. Noch bevor die ersten Täter zum rechten Bewußtsein ihrer Schuld gekommen waren, fühlten sie sich durch Untaten derer, die einmal unschuldige Opfer waren, gerechtfertigt. An den transatlantischen und den anderen Richtern aber rächt es sich, daß sie auf gar zu hohen moralischen Rossen daherritten. Sie sind längst wieder auf der uns allen gemeinsamen Erde gelandet; einige auch in dem — Vielen gemeinsamen — Sumpf. Auf dessen Grund lauern alle auf den billigsten Vorwand, böse zu sein.

Das ist das eine.

Dann kommen die anderen „Automatismen“ des Unheils. Immer wieder erstehen anonyme Mächte und zermalmen Schuldige und Unschuldige. Kaum bekannte Triebkräfte der Wirtschaft, der Gesellschaft, des menschlichen Daseins führen Katastrophen herbei, verheerender als diejenigen, die uns die Natur ohnehin beschert.

Aus dem Wesen der Amoralität folgt, daß sie der Moral an unbedenklich mißbrauchter Gewalt überlegen ist, — sofern sich der Sanftmut der Taube nicht die Klugheit der Schlange gesellt, diese wahrhaft göttliche Klugheit, die dem Bösen unerreichbar ist.

Aber der Eindruck einer alles überwältigenden Macht des Bösen ist dadurch nicht zu erschüttern, daß es der Listige auch im Ohr des Leviathan aushält und Odysseus im Fell des Widders dem Polyphem entschlüpfte. So liegt es nahe, resignierend auf die fette oder magere Weide zu gehen und alles gehen zu lassen, bis auf die eine oder andere Weise geschlachtet wird.

Aber etwas stimmt nicht mit der Ohnmacht des Menschen. Sprechen wir einmal nicht von den Heiligen. War es nicht der eine Voltaire, der dem toten Jean Calas zu seinem Recht verhalf? Der eine Zola, der die totale Korruption unter Anklage stellte und den Weg zur Aufhebung des Urteils gegen Dreyfus freimachte? Die eine Dorothea Dix, welche für eine menschliche Unterbringung der Irren in aller Welt sorgte? Der eine Charles Péan, der es

schließlich fertigbrachte, daß die Strafkolonie auf der Teufelsinsel aufgelöst wurde? Erscheint nicht, durch die paar Namen aufgerufen, eine endlose Prozession bekannter und vieler, vieler unbekannter Gestalten, — Einzelner, die ohne Furcht und ohne Geschwätz das Gute vollbrachten?

Immerhin, es gehört. Beruf dazu, Drachen zu töten, und es ist offenbar ein seltener Beruf. Diese oder jene Zustände zu bessern, mag schließlich nicht aussichtslos sein, so oft wir auch in einem bloß ohnmächtigen Grimm davorstehen mögen. Vermutlich kommt es auch weniger darauf an, Zustände zu bessern, als Menschen zu helfen. Sie existieren — als Tätige nicht weniger denn als Leidende — in erster Linie einmal als Einzelne.

Jüngst hat Jef Last den Einzelfall proklamiert. Eine fruchtbare Proklamation! Denn siehe da: dem Einzelnen läßt sich fast immer sogar vom Einzelnen helfen, nicht total — wer dürfte das verlangen! —, aber für die nächsten Schritte. Hier läßt sich ein guter Rat geben, dort ein Konflikt entwirren, hier jemand schützen, dort jemand angreifen, hier mit Essen, dort mit Geld helfen, hier den Übermut der Ämter dämpfen, dort ein gewichtiges Argument für einen Bedrängten in die Waagschale legen, — um nur einige von den kleinsten Hilfen anzudeuten, die jeder jedem gewähren kann. Aus ihrer Fülle bildet sich der Mörtel, der auch gewichtige Steine zu dem Bau verbindet, in dem wir alle wohnen sollen. *CM*

### **Der Name Gottes in der Verfassung**

Soweit heute die Forschung reicht, findet sich die Aufstellung und Verehrung der Rechtsformeln, sowie die Kodifikation von Rechtssätzen zuerst in Mesopotamien. Das Recht ist nicht etwas Zufälliges und leicht Abänderliches, es ist etwas Göttliches und hat somit Bestand.

Der erste uns bekannte politische und soziale Reformator, der König Urukagina aus Lagasch, der sumerischen Stadt, der etwa um 2600 vor Christus lebte und regierte, versprach in seinen Erlassen den Witwen und Waisen, sowie den wirtschaftlich Schwachen Schutz; er brachte, wie er sich in den Königsinschriften rühmt, dem Volke

die Freiheit. Im Bewußtsein, daß das Recht überzeitlichen Wert hat, nennt er sich in seinen Erlassen den Boten des Schutzgottes von Lagasch, das heißt den Boten des Gottes Ningirsu; das will besagen, daß er im Namen des Gottes Recht setzt.

Der König Gudéa von Lagasch, der etwa um 2400 vor Christus regierte und sich auf dem Gebiete der Gesetzgebung auszeichnete, nennt sich Sonne der Gerechtigkeit und leitet das Recht von der Gottheit ab.

Hammurabi von Babylon, dessen Regierungszeit um 1900 vor Christus angesetzt wird, empfängt auf der Stelle im Louvre in Paris, auf der sein Codex in Keilschrift eingegraben ist, ein Gesetz aus den Händen des Sonnengottes Schamasch.

Mose nimmt von Jahwe auf dem Sinai oder Horeb das Gesetz entgegen. Laut Überlieferung soll Solon sein Gesetz von Apollo erhalten haben. Justinian beruft sich im Vorwort zur Herausgabe der Institutionen und Pandekten auf Gott, und mittelalterliche Kaiser unterzeichneten Erlasse im Namen Gottes, das heißt *dei gratia*.

In der Bezugnahme auf die Gottheit brachten die alten Völker und die Könige und Kaiser den Gedanken der Ewigkeit und Unveränderlichkeit eines Gesetzes zum Ausdruck. Diese Eigenschaften hatte das Gesetz, weil es das Geschenk der Gottheit war. Darin liegt gleichzeitig die Abhebung des Gesetzes vom Zufälligen und Willkürlichen. Das Gesetz ist eine ernste Angelegenheit. Es ist Fundament des Wohlergehens des Einzelnen und des Staates. Namentlich vom öffentlichen Gesetz, von der Verfassung gilt dies. Das hat auch Heraklit gewußt, denn er sagt in dem uns überlieferten Fragment 44: Für das Gesetz soll das Volk kämpfen wie um seine Mauer. Fällt das Gesetz, so ist das Volk machtlos und der Tyrannei preisgegeben, — wie es uns Heutigen die Geschichte der letzten Jahrzehnte wieder vor Augen geführt hat.

Das ehrwürdige Dokument der schweizer Geschichte ist der erste Bundesbrief der Landleute von Uri, der Gemeinde des Tales Schwyz und der Watdleute des unteren Tales (Nidwalden) vom 1. August 1291, worin sie sich „in Anbetracht der Arglist der Zeit“ gegenseitig Hilfe versprechen, um das Ihrige zu verteidigen mit Rat und Tat,

mit Leib und Gut, innerhalb und außerhalb der Täler mit aller Macht und Anstrengung gegen alle, die ihnen Gewalttat oder Beleidigung zufügen. Die Urkunde enthält öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Bestimmungen. Sie beginnt „Im Namen Gottes, Amen“ und schließt: „Diese Bestimmungen sollen, so Gott will, auf ewig dauern.“ Diesen Eingang haben auch die späteren Bundesbriefe behalten.

Die schweizerische Bundesverfassung von 1848, deren hundertjähriges Bestehen die Schweizerische Eidgenossenschaft letztes Jahr feiern konnte, beginnt mit den Worten: „Im Namen Gottes des Allmächtigen.“ Mit Dankbarkeit und Genugtuung blickt der Schweizerbürger auf die hundert Jahre Bundesverfassung zurück. Die Verfassung von 1848 ist nichts Starres: durch Erweiterungen und Ergänzungen, die in Volksabstimmungen angenommen wurden, ist sie der industriellen, politischen und sozialen Entwicklung gefolgt. Der Grundgedanke aber, nämlich der des freien, föderativen Rechtsstaates, ist der gleiche geblieben. Damit die Schweiz in der Anrufung des Namens Gottes in ihrer Verfassung aber vor Überheblichkeit bewahrt bliebe, riet seinerzeit der reformierte Dichter-Pfarrer Jeremias Gotthelf, an das neu zu errichtende Gebäude für das Bundesparlament die Aufschrift zu setzen: „Alle unsere Gerechtigkeit ist wie Unflat vor Gott.“

Zwar ist auch in der Schweiz heute die Gläubigkeit nicht mehr so selbstverständlich in allen Volkskreisen wie vor hundert Jahren. Man hat sich schon gefragt, ob ein solcher Eingang für die Bundesverfassung noch gewählt würde. Aber so, wie die Gesinnung heute ist, dürfte man es nicht wagen, den jetzigen Eingang, nämlich die Berufung auf Gott, zu streichen. Die Mehrheit des Schweizervolkes hätte mit dieser Streichung etwas Wesentliches verloren. Nur extreme Elemente würden die Entfernung befürworten. Während des Zweiten Weltkrieges hielt der inzwischen verstorbene Bischof Marius Besson von Fribourg in den Schweizer Städten Vorträge, in denen er zur staatsrechtlichen Selbstbesinnung aufrief. Er stellte sie unter den Gedanken: die Schweiz ist ein freier Staat, der die Rechte des Einzelnen achtet, ein föderativer Staat und

ein christlicher Staat. Das Dritte sollte sie wenigstens in ständiger Anstrengung sein.

Für die alten Völker war eine Bezugnahme auf die Gottheit in ihrer Gesetzgebung also etwas Natürliches. Der Bindung des Grundgesetzes, nämlich der Verfassung, an den Namen Gottes, liegt sicher noch die jahrtausendealte Auffassung zugrunde, daß das Gesetz Dauerhaftigkeit und Bestand haben soll. Ob ein Volk heute noch aufrichtigerweise sein Gesetz oder seine Verfassung an Gott binden kann, hängt davon ab, ob dieser Glaube in ihm noch lebendig ist.

*Hildegard Bürgin-Kreis.*

### Deutsche Efficiency?

„Efficiency“ — geheimnisvolles amerikanisches Wort. Im Deutschen gibt es das nicht — das Wort und offenbar auch nicht die Wirklichkeit, so meinen die Amerikaner. Zuweilen haben sie Grund zu dieser Annahme, denn die berühmte deutsche Organisationsbegabung ist in der Tat auf einer Reihe von Gebieten verkratert.

Efficiency heißt: mit vergleichsweise geringster Anwendung von Energie vergleichsweise größte Leistungen erzielen. Also etwa mit drei tüchtigen Beamten das Zehnfache von sechs Leuten schaffen, die ihr Amt als eine sichere Sache auf Lebenszeit und mit Anrecht auf Pension bis zum Tode betrachten, ohne daß sie es nötig hätten, Tag für Tag die eigene Unentbehrlichkeit zu beweisen.

Mangelnde efficiency werfen die Amerikaner vor allem unseren Behörden, nächst ihnen unseren Parlamentariern vor, weil sie mit wichtigen Dingen nie zurandekommen, sondern im Parteienstreit sich erschöpfen. An der Behauptung ist etwas Wahres. Unsere nagelneue demokratische Maschine hat keinen rechten Schwung. Es gibt eine Fülle trauriger Beispiele. Von einem soll hier die Rede sein.

Die Jugendverbände in Hessen hatten bewegte Klage darüber geführt, daß sie keine guten Jugendleiter besäßen, was vor allem daran liege, daß es keine Möglichkeit gäbe, für deren Ausbildung und Entwicklung etwas zu tun. Da die Klage bei den zuständigen Deutschen — wegen anderer, größerer Sorgen — nicht Gehör fand, beschloß die

Besatzungsmacht ihrerseits, die Initiative zu ergreifen. Sie stellte dem Kultusministerium einen reichlichen Betrag zur Verfügung mit der Auflage, nun in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Landesjugendausschuß eine Schule für Jugendleiter einzurichten. Ein großzügiges Angebot, zumal die Amerikaner sich dabei jeder unmittelbaren Beeinflussung des inneren Betriebes dieser Schule enthalten wollten. Es sollte eine deutsche Angelegenheit sein.

Dabei blieb es denn auch. Nach einem Jahr war nichts geschehen. Das nichtbeanspruchte Geld vertiel mit Ablauf des Etatsjahres. Die Amerikaner wiederholten ihr Angebot. Jetzt entschloß man sich unter dem Druck der Jugendverbände, etwas zu tun. Man gründete einen Ausschuß. In diesem Ausschuß tat man entweder garnichts oder aber man stritt sich über hunderterlei mehr oder weniger wichtige Fragen. Auch die meist ziemlich bejahrten Vertreter der Jugendorganisationen stritten; sie wollten zwar eine Schule für Jugendleiter, aber jeder Verband nur für seine Leute, damit es um nichts in der Welt einen Platz gäbe, wo junge Leute aller Lager einmal zusammenkämen.

Damit versandete die Initiative abermals. Die Amerikaner fragten gelegentlich; man vertröstete sie gelegentlich und wies auf die Schwierigkeiten hin, ein passendes Schulobjekt zu finden. Es gab zwar eine ganze Reihe entsprechender Gelegenheiten, aber man konnte sich zu nichts entschließen.

Nach weiteren sechs Monaten drohte das Geld von neuem zu verfallen. Da endlich, nach einer Neubesetzung des Ausschusses, geschah etwas. In Oberreifenberg gab es ein Heim, das ursprünglich der Post gehört hatte. Es war seinerzeit von der Besatzungsmacht beschlagnahmt und schließlich der Jugendarbeit der Stadt Frankfurt zur Verfügung gestellt worden. Hier gab man der hessischen Jugendleiterschule eine Unterkunft auf Zeit. Bis Ende Mai 1949 darf sie dort wirken. Dann wird sie bis zum Herbst wieder ohne Quartier sein, obgleich sie ihre Notwendigkeit in den vergangenen Monaten gründlich bewiesen hat.

Da es eine halbe Maßnahme blieb, wurde natürlich auch nur der halbe Geldbetrag in Anspruch genommen, dessen ganze Höhe

man für die Einrichtung der Schule in eigenen Räumen zugunsten der deutschen Jugend hätte so nützlich anlegen können.

Für das kommende Etatjahr sind, kein Wunder nach diesen Erfahrungen, die Amerikaner nicht mehr so großzügig. Sie stellen sich — mit gutem Grund — auf den Standpunkt: Ihr habt das Geld nicht in Anspruch genommen, Ihr braucht es offenbar nicht! Jetzt wollen sie nur noch die Hälfte der Kosten übernehmen, die andere Hälfte soll der hessische Staat tragen. Wenn der nun sagt. „Geld für eine Jugendleiterschule? Da gibt es doch Wichtigeres!“ Ja, was dann?

Und die Amerikaner? Vielleicht werden sie, wenn ihnen der Geduldsfaden nicht endgültig gerissen ist, den braven Deutschen wieder einmal zeigen, was *sie* unter *efficiency* verstehen. KB

### Reaktionen

Das Ruhrstatut hatte in Deutschland verständlicherweise eine Reaktion; es war eine schlechte Reaktion. Das Ausland reagierte scharf auf diese Reaktion: steht es den Deutschen denn überhaupt an, so zu reagieren? Da hättet ihr aber mal gewisse deutsche Leitartikler sehen sollen! Wie die es denen gesagt haben! Daß sie so unverständlich auf unsere verständliche Reaktion reagiert haben!

Dann merkten einige verständige Leute hüben und drüben den Unsinn dieses politischen Gesellschaftsspiels und führten eine neue Tonart ein. Zum Beispiel Herr Arnold, und zum Beispiel Herr Schumann. Und suchen nun zu flicken, was die Reaktionen zerschlagen haben.

Man soll nicht reagieren, — man soll agieren. Das heißt, man soll sich nicht von der Aktion des Partners bestimmen lassen, indem man reagiert, sondern man soll frei genug sein, selbst ein Wort zu sagen, nämlich eine Antwort zu geben, und zwar eine Antwort, die man beantworten kann. Wenn die Geschichte eine Folge von verantworteten Antworten ist, geht sie weiter, geht sie gut weiter, führt sie manchmal sogar zu Lösungen. Wenn alle nur reagieren, so fixieren sie sich (und alle) an das Vergangene, — so verstricken sie sich in das Übel, aus dem sie doch ge-

rade heraus wollen. Reaktionen, das ist das Ergebnis dieser Überlegung, sind — wen sollte es wundern? — *reaktionär*. WD

### Per definitionem

Karl R. Popper, Professor für Logik an der Universität London, dozierte kürzlich in einer Vorlesung: „Maurice Thorez, der französische Kommunistenführer, sagt, daß Rußland *per definitionem* kein anderes Land angreifen könne. Da haben wir eine einfache Lösung für alle unsere Probleme. Wir definieren uns als Nicht-Angreifer, und dann gibt es *per definitionem* Frieden für immer.“

Antwort (wenn es eine gäbe) des leninistisch-stalinistischen Scholastikers:

Man merkt eben gleich, daß Herr Popper Professor nur für Logik und nicht für marxistische Dialektik ist. Zunächst ist zu vermuten, daß er ein ganz falsches Klassenbewußtsein hat und sich daher überhaupt nicht definieren kann (als was auch immer; es wäre denn als Klassenfeind, was Aussicht hätte zu stimmen). Als Nicht-Angreifer aber kommt Popper garnicht infrage. Er kann nicht leugnen, in der letzten Phase des Kapitalismus zu leben? (Der jeweils letzten? Das wird er doch schließlich zugeben!) Die letzte Phase des Kapitalismus aber ist der Imperialismus. Der Imperialismus aber ist der Angreifer. (Stimmt?) Was bleibt also der Sowjetunion übrig? Nicht-Angreifer zu sein. Diesmal: *per exclusionem*. Genau besetzen, müßte das sogar schon ein Logikprofessor verstehen.

Angenommen jedoch (*per impossibile*), es gelänge Popper, sich als Nicht-Angreifer zu definieren. Dann wäre er kein Imperialist. Lebte nicht in der letzten Phase des Kapitalismus. Lebte also in einer früheren. *Per distinctionem*. Die proletarische Revolution hätte also nicht stattgefunden. Die Sowjetunion wäre zaristisch. Mit dem Zarismus aber kann man keinen Frieden halten. Also gibt es erst recht keinen Frieden. Quod erat demonstrandum.

Im übrigen: ein burshúi, also ein Lügner — der Essenz, der Existenz und der Intention nach. WG

### Wissenswertes aus einem Schmöcker

Vermutlich wird kaum eine der zahllosen Broschüren über Ursache und Wurzel des Dritten Reiches mit so viel Interesse verschlungen worden sein wie der 414 Seiten dicke Schmöcker eines ungenannten Autors, der schon 1947 unter dem Titel „Bis der Vorhang fiel“ im Karl Schwalvenberg-Verlag in Dortmund erschienen ist. Die Zuständigkeit dieses Mannes für den Theater- und Hofklatsch eines *Baldur von Schirach* ist unzweifelhaft echt; hingegen scheint es die oft beteuerte Unschuld weniger zu sein. Wie ihm denn auch manch aufschlußreiches Wort entfällt, das seine eigene Stellung und Haltung beleuchtet.

Dennoch ist dieses Buch für die Psychologie des Dritten Reiches mindestens so wertvoll wie Karl May für die Psychologie des Kindes. Weniger in seinen Urteilen als in der Schilderung eines sehr wesentlichen Zuges dieses Dritten Reiches, das sich erhielt gerade durch die Diadochenkämpfe, die schon unter dem lebenden Oberhaupt ausgetragen wurden, durch die Gegensätze der obersten Führung, — Gegensätze, die zwar viel Kraft wegfraßen, aber gewissermaßen „jedem etwas“ gaben, jeder Machtgruppe abwechselnd Raum gewährten. „Für die Historiker dürfte es später einmal mehr als nur interessant sein, darzustellen, wie sehr die einzelnen ‚Garanten‘ des Dritten Reiches sich untereinander bekämpften, in einem Maße wie zu keiner Zeit des ungebundenen politischen Liberalismus Städte erhielten ihre Etats nicht genehmigt, Institutionen ihre Zulassungen verweigert, behördliche Unternehmungen ihre Planungen untersagt, weil die Ressortminister und die zuständigen Gauleiter einander nicht grün waren. Und Gaue schwammen im Überfluß, deren Chefs sich ein durables Biertischverhältnis mit den zuständigen Ministern zu erhalten wußten.“

Da ist vor allem der Machtkampf Berlin-Wien. Wien soll glänzen unter der reichsdeutschen Ära. Man verdoppelt und verdreifacht die Etats der Theater auf allerhöchsten Befehl. Es soll aber auch durch den Glanz nicht Berlin in den Schatten stellen: *Goebbels* versucht das Theater- und Kulturleben der Stadt in seine Hand zu bringen und greift, als *Schirach* die Führung dort an sich gerissen hat, immer wieder ein; er tobt

über die Wiener Mozart-Woche: „Sie ist ein Skandal! Das hat nichts mit uns zu tun, das verfolgt nur ein Ziel, nämlich Wien zu einem Kunstmonopol zu machen... Berlin ist und bleibt die Hauptstadt. In jeder Beziehung. Ich habe es in der Hand, aus Wien ein kulturelles Dorf zu machen!“ Exponent des wiener Kulturseparatismus wird der Thüringer *Baldur von Schirach*, der „politisierende Literat“, der auf die „Libertinage seiner Neigungen“ (zur modernen Kunst) setzt, um seine Unabhängigkeit von Berlin zu beweisen. Von dem Ausgang amtlicher Telefonaden, gegenseitiger Staatsbesuche und Intrigen hängt es darum ab, ob moderne Malerei in Wien gezeigt wird, ob *Strauß* „tragbar ist“, ob *Hauptmann* als deutscher Dichter gefeiert oder als „Erzpaizifist“ stillschweigend übergangen wird.

Da hat sich *Heß* zu einer Tasso-Aufführung angemeldet — ganz privatim. Über die Stadtverwaltung erfährt es der Oberbürgermeister („Was heißt ganz privat? Glauben Sie, ich will meinen Kopf riskieren?“); und der Gauleiter („Ganz privat? Wie stellen Sie sich das vor? Wenn der Stellvertreter des Führers ein Theater unseres Gaues besucht und der Gauleiter ist nicht anwesend, dann ist das ein Anlaß zur Gerüchtbildung...“); es folgen in der Anmeldung ihrer Kompetenzansprüche auf das Theater und seinen Gast der Kreisleiter, der Ortsgruppenleiter, der Organisationsstellenleiter, die Nachrichtenfunktionäre, der SA- und schließlich der SS-Chef: „Schließlich habe ich die Verantwortung für die Straßenabspernungen!“ Der Leiter von KdF macht geltend, seine Organisation habe das Theater für den Abend gemietet; und zuguterletzt greift noch der Landeskulturwalter in den Kampf ein. Inzwischen „rollten die Lastwagen heran. Frische Schnittblumen wurden abgeladen, um allso bald von eiligen Dekorateuren zum farbigen Schmuck in der Vorhalle und in den Foyers des Theaters verwandt zu werden. Andere richteten riesige Masten auf, an denen sich die blutigen Banner entfalteten; — und während dies alles geschah, zogen bereits SS-Kolonnen heran, die sich zu Abspernungen an den Gehsteigen formierten...“ Die Ehrenloge wird freigemacht, das Parkett für die Ehrengäste in Galauniform geräumt. Zwanzig Minuten vor Beginn der Vorstellung



„stürzte atemlos der Adjutant des Gauleiters herein: ‚Gottlob, es hat noch nicht begonnen! Das Stück darf nicht gespielt werden — Befehl des Gauleiters!‘ Die Sache verhielt sich so, daß sich der Gauleiter (damals noch *Wagner*) irgendwo eine Goethe-Ausgabe besorgt hatte, um den Torquato Tasso zu lesen. Das... hatte ihm dann die Gewißheit erbracht, daß es sich um ein gefährliches Machwerk von ausgesprochen individualistischer Prägung handele, ja daß dieser hysterische Literat Tasso eine Inkarnation dessen bilde, was seit Jahr und Tag bekämpft und ausgemerzt werde: ein launischer, femininer Mensch, ohne Ehrfurcht vor der staatlichen Obrigkeit.. ‚Und das soll vor dem Stellvertreter des Führers gespielt werden? Dann schon lieber gleich was ganz Anarchistisches — vielleicht die Dreigroschenoper!‘“ Aber Heß ist bereits da: Der Gauleiter ist über die Unmöglichkeit der Spielplanänderung ungehalten..., es soll jemand vor der Vorstellung sprechen, am besten ein Parteifunktionär. Soll sagen, daß dieses Stück von *Goethe* und schon deshalb eine Dichtung sei, selbstverständlich —, aber daß die NSDAP sich von den darin geäußerten weltanschaulichen Dingen distanzieren... Niemand will an die heikle Aufgabe herangehen, nicht einmal der Landeskulturwaller, der noch vor kurzem erklärt hatte, das Denken des Nationalsozialismus sei ein allgemeines, ja geradezu „ein *kosmetisches*“... Aber diesmal: „Sagen Sie dem Gauleiter, jawohl, sagen Sie dem Gauleiter, ich bin nicht rasiert und bitte mich zu entschuldigen!“ Auf der Höhe der Verwirrung kommt noch einmal ein Telefongespräch von Heß' Adjutanten, das den privaten Charakter des Besuches betont. Nach dem Ausdruck der Empörung, daß man ihnen das nicht mitgeteilt habe, „zogen alle Ortsgehaltigen ab, auf leisen Sohlen. Keiner erklärte sich für zuständig. Als schließlich das Stadtoberhaupt sich herbeiließ, eine Erklärung vorzubringen, winkte Heß ab: ‚Ach, lassen Sie, ich weiß genau Bescheid. — Überall das gleiche.“

Zu den Spannungen zwischen den Machthabern kommt die Zwiespältigkeit dieser Figuren in sich, die wiederum zum Aufbau des ganzen Systems gehört. Schirach, mit

der geheimen Neigung für die *Buddenbrooks*, ist der gepflegte Mann, dessen Lieblingsblume, die Orchidee, in zierlichem Glas auf seinem Schreibtisch steht, der zwischen Champagnerfrühstück und Schlafwagenprogramm gemäß donnert: „Und wenn der Ruf an dich, du junger Kamerad, ergeht, dein Leben hinzugeben für das Heilige, dem du dich verpflichtest, dann tu es lachend, ohne Weichheit und dekadente Todesangst...“. Er drückt schwielige Arbeitsfäuste, und klagt nachher privatim über den „schweißtreibenden Sozialismus“. Ist er nicht als Führer der HJ doch ganz richtig, — teuflisch richtig — am Ort: „War beispielsweise die Uniformierung der Jugend in ihrer Mischung von Germanen-Pathos und naturburschenhaftem, schenkel- und wadenfreiem Mannequintum nicht die Entgleisung eines Literaten?“ Und *Himmeler* läßt Anfang 1943, als die „Judenpogrome in Wien längst ihren Höhepunkt erreichten“, einen Brief los: „In einem Musikkatalog... fand ich den Vermerk, daß Josef Haydns sterbliche Überreste in seiner Heimat bestattet seien, während sein Schädel, der damals vom Rumpfe getrennt wurde, sich im Besitz der Wiener Gesellschaft der Musikfreunde befindet. Falls dies stimmt... ersuche ich, den Schädel sobald wie möglich mit den Überresten zu vereinigen, da diese widerwärtige Form der Genieverehrung eine Schande für die gesamte Kulturmenschheit bedeutet.“ — Ist dieser Gegensatz, wie der Verfasser es deutet, der von beruflicher Grausamkeit und privater Gefühlsduselei, oder liegt in diesem Zusammen nicht auch das „integrale“ System des „für jeden etwas?“

Solche Überlegungen, wie sie sich aus diesem so ungemein klatschhaften Buch ergeben, sind leider nicht nur die Sorge des Historikers. Daß die Deutschen zum zweiten Mal auf ein totalitäres Programm hereinkommen werden, sollte nach den gemachten Erfahrungen nicht zu befürchten sein. Aber wenn mit einem Kulturbund die Enteignung, mit „Arbeitsschutzgesetzen“ die Zwangsarbeit ausbalanciert wird, wenn mit Staatsstipendien für die Unterdrückung der Parteien gewonnen wird, dann tut es ganz gut, zu wissen, „wie es gemacht wird...“.

*Clara Menck.*

## Kritik:

### **Das Publikum im Film „Nürnberg und seine Lehren“**

Fühlt man das Unbehagen nach, mit dem der Kinobesucher auf die Ankündigung der Vorführung „Nürnberg und seine Lehren“ reagiert, so spürt man darin einiges von der Verstocktheit, die vor dem Unbequemem die Augen schließt, aber auch etwas von jener besonnenen Erschöpfung, welche die ausgebrannten politischen Leidenschaften hinterließen. Das Publikum — beispielsweise am ersten Sonntag, an dem dieser Film den Nürnbergern geboten wurde, — kam trotz dem bekannten „Unbehagen an der Politik.“

Die billigen Plätze besetzten zumeist kurzstämmige und primitive junge Männer, die man jetzt gelegentlich in Gruppen auf öffentlichen Plätzen herumstehen sieht, und die man immer fragen möchte, wer sie geschickt hat. Zwischen ihnen saßen ihre Mädchen. Im ganzen erscheinen sie ebenso naiv wie die Männer dieser Kriegs- und Nachkriegsgeneration. Sie lachten herzlich beim Anblick der im Stechschritt marschierenden Soldaten und bei Hitlers Armsegen; sie freuten sich an Tanks und Bränden. Die mittleren Plätze waren von bürgerlichen Ehepaaren gerade noch hinreichend besetzt, — ein Beweis dafür, daß auch die in der US-Zone so erheblich unpsychologischen Rundfunk-Kommentare seinerzeit nicht das gesamte Interesse an den Kriegsverbrecherprozessen ins Gegenteil verkehren konnten. Die teuren Plätze waren etwa halb besetzt. Hier erhob sich später eine ganze Reihe und verließ geschlossen den Film: als die KZ-Greuel gezeigt wurden. Ob aus physischer Übelkeit oder aus Protest (und wogegen), blieb offen.

Als der Film zu Ende war, sah man in ernste Gesichter eines doch sehr erschütterten Publikums. Die wirkungsvollen Worte der Angeklagten, beispielsweise Leys: daß unser ganzes Unglück eine gerechte Strafe für die antisemitischen Verbrechen sei, oder Speers, der diese Strafe jeder verbrecherischen Politik prophezeit, oder Baldur von Schirachs, der seine Schuld bekennt, die Jugend für einen Führer erzogen zu haben, der ein Mörder wurde, riefen allgemeine Bewe-

gung hervor. Der Anblick des sowjetischen Anklägers, wie er die Hungerkatastrophen unter den russischen Kriegsgefangenen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnete, weckte hingegen keinerlei Reaktion, nur äußerst gespanntes Interesse. Mit Befriedigung vernahm das ganze Publikum die Schlußworte, wonach die Nürnberger Urteile auch jedem künftigen Angreifer zur Warnung dienen mögen, der je etwa wagen sollte, noch einmal die Menschheit mit Krieg zu überziehen.

So weit scheint der Film „Nürnberg und seine Lehren“ trotz der Abneigung der Kinobesucher gegen Politik gute Aussichten auf Erfolg und breite Wirkung zu versprechen. Er gibt inhaltlich ein recht genaues Bild der Vorgänge: die generalisierende Schärfe der Anklage, die individuell ausweichenden Variationen der Verteidigung, die sich auf den sattsam bekannten Vorgang der inneren Ablenkung des Kriminellen in den höchsten Staats- und Heeresstellen beruft, kommen in kurzen Bildern abgewogen zur Darstellung. Der Film dient ohne Zweifel dazu, die Legendenbildung, die sich etwa um die Prozesse ranken möchte, zu zerstören.

Als Vorspiel läuft etwas Merkwürdiges, das sich „1848“ nennt. Es sind ausgezeichnete Bilder aus der Zeit des Paulskirchen-Parlaments, Porträts jener Männer, zeitgenössische Landschaftszeichnungen und Genrebilder, dazwischen Flugblätter und Verfassungsdokumente, alles interessant und reizvoll zusammengestellt. Umso wunderlicher wirkt der Text. Der geschichtlich wenig geschulte Besucher hört dort mit Erstaunen, daß die Verfassung der USA und der Französischen Revolution mit Karl Marxs Kommunistischem Manifest gemeinsam zum Vorbild des Paulskirchen-Parlamentes dienten. Worte wie „Die Freiheit und die Einheit Deutschlands“, „Elend ruft zum Aufstand“, „Reaktion“, „Verrat am Volk“ machen die Zusammenhänge der umstürzlerischen Revolutionäre mit dem Verfassungswerk auch nicht klarer. Der Begriff „liberal“ — wichtigstes Stichwort der Menschenrechte — wird überhaupt verschwiegen. Wer die Geschichte der Achtundvierziger Jahre kennt, sieht wohl, daß hier versucht wurde, äußerst vielschichtige Dinge

zusammenzuprojizieren. Aber wer hat die Schlagworte dazu ausgesucht, deren Klang moderne Ohren in ganz andere Richtungen horchen läßt?

Wir haben nicht ohne Absicht diesen Vorfilm, der ja vermutlich den Hauptfilm „Nürnberg und seine Lehren“ durch die Städte der Doppelzone begleiten wird, miterwähnt. Sind doch solche Streifen immer zugleich auch Proben auf die Reaktion des Publikums. Der Deutsche reagiert allerdings nicht im üblichen Sinn, sondern er registriert: vermeint, Tendenzen verspürt zu haben, und zieht daraus Schlüsse an ganz anderen Entscheidungspunkten. Er verhält sich solchen politischen Themen gegenüber alles andere als naiv. Er wittert hinter allem einen fremden Geruch. Er will Tendenzen vorauswissen, um sich anpassen oder verkriechen zu können.

Das deutsche Publikum ist politikscheu. Ohne Zweifel ist es politisch auch sehr hellhörig. Beides zusammen erst ergibt das Kennzeichen der Generation, die das Dritte Reich, Nürnberg und seine Lehren überlebt hat. *Wanda von Baeyer.*

### **Wilhelm Geyer und das Problem der christlichen Kunst der Gegenwart**

Eine Ausstellung der graphischen Werke von Wilhelm Geyer im Kölnischen Kunstverein bietet Gelegenheit, die tiefe Fragwürdigkeit der christlichen Kunst der Gegenwart, deren man sich nach der großen internationalen Ausstellung vom letzten Sommer gerade hier wieder bewußt geworden war, an einer wesentlichen Stelle zu fassen. Die Spaltung der Kunst in profane und religiöse Malerei, die durch die Vorrangstellung der profanen im neunzehnten Jahrhundert fast unüberbrückbar wurde, hat die eine wie die andere vor schwer lösbare Aufgaben gestellt. Die Profanmalerei leidet an einer schweren Absatzkrise: ihre Werke werden museal, bevor sie sich im öffentlichen oder privaten Lebensraum bewähren konnten. Es sind Bilder, für die es keine praktische Verwendung gibt. Im Gegensatz dazu werden an die religiöse Kunst Anforderungen gestellt, denen die Künstler nur selten gewachsen sind. Kirchen bedürfen des Bildschmucks, das christliche Buch der Illustration, der Hausaltar des Andachts-

bildes. Die Devotionalienindustrie hat sich diese Bedürfnisse zu Nutzen gemacht. Die Künstler aber leiden an dem Widerspruch zwischen Aufgabe und Zeitstil. Er erwächst aus der Tatsache, daß die christliche Kunst zu allen Zeiten aus dem Material der überlieferten Formen und Formeln ihre Kompositionen schuf, während unsere Zeit das originell Neue und den revolutionär freien Zugriff fordert. Geyer nun findet in seiner Graphik — und es ist nur diese aus dem reichen, vor allem auch monumentalen Werk des Ulmer Meisters, die in Köln gezeigt wurde — für diese innere Schwierigkeit echte Lösungen.

Es gibt in der Geschichte der christlichen Kunst so etwas wie einen Stil der inspirierten Linearität. Er bringt die schwierigsten Vorwürfe, sozusagen stammelnd oder wie im Stenogramm zur Darstellung, indem er die Linie allein, gewissermaßen in freien Rhythmen, sprechen läßt, sich ganz der seelischen Bewegung anvertraut. Wir finden diesen „Automatismus“ der Linie im Utrechtsalter des zehnten Jahrhunderts, in den Bibeln und Andachtsbüchern während des ganzen Mittelalters, in Dürers Apokalypse, in Rembrandts Zeichnungen und, zum Selbstzweck geworden, bei Paul Klee. In Geyers Blättern zu den Evangelien, zum zweiten Buch Mosis, zur Passion und der Geschichte des Hiob wird er zum ergreifenden und beunruhigenden Erlebnis. Dieser Zeichenstil, bei dem die eifertige Flüchtigkeit der Linie Methode ist, — Rembrandt ließ gerade seine kürzesten Stenogramme von seinen Schülern zu Studienzwecken immer wieder kopieren, — diese Zeichenschrift, so möchte man sagen, erlebt es, sich von allen Formkonventionen zu lösen, ohne diese zu widerrufen. Und das gerade ist es, was die christliche Kunst braucht. Man bleibt dem Text nahe und entzieht sich doch dem Dilemma, zwischen unverständlichen, oft manierierten Abstraktionen und den traditionsbelasteten Schablonen des Realismus wählen zu müssen. Man begibt sich in einen Bereich, der von diesen Zweifeln selbst noch kaum angekränkt ist. Man gewinnt größere Freiheit, zugleich auch vollere Verantwortung. Denn die Gefahr des Mißlingens muß man mit jedem Blatt neu auf sich nehmen. Einem gewissen Manierismus

allerdings ist weder der Meister des Utrechtsalters noch Geyer entgangen. Effekte werden wiederholt, Metaphern zitiert, das psychologisch Treffende überschätzt. Umso mehr bewundern wir die geglückten Blätter: Hiob von seinen Freunden verlassen, Moses tanzend und die Gesetzestafeln zerschmetternd, der verspottete Christus. Hier greift Geyers Feder tief in den menschlichen Bereich. Der Text wird in seiner ganzen Gewalt maßgebend. Aus dem Dienst an ihm erwächst eine ihm wirklich angemessene Form.

Gerade in den großen Drucken aus der Geschichte des Hiob gelingt die beschwörende Geste, jener bewußte Bezug zum Beschauer, der zugleich anzieht und den sakralen Abstand wahrt. Hier glauben wir den Künstler auf einer Stufe seiner Entwicklung angefangen, auf der es möglich wird, Rast zu halten, das Gelingene zu sammeln und zu größeren Aufgaben zu nutzen. Man weiß, daß auch diese das Stadium der Vorentwürfe überwunden haben.

Wolfgang Braunfels.

### Georgesche Nachklänge

Edgar Salin, *Um Stefan George*. Verlag Helmut Küpper vormals Georg Bondi, Godesberg 1948, 320 Seiten, DM 12.50.

Der Bankrott des Jüngertums im säkularisierten Zeitalter ist offenbar geworden. Zehn Jahre lang, kurz vor und nach dem ersten Weltkrieg, haben George und sein Kreis eine zentrale Stellung im deutschen Geistesleben innegehabt. Danach zerrannen Pomp und Gehabe, die Welt schlug andere Wege ein (keine besseren, gewiß!), und es blieben ein paar Gedichte des „Meisters“, einige Bemühungen der „Jünger“ (vor allem Gundolfs Shakespeare-Übertragung) und, wie das vorliegende Buch zeigt, ein Strauß von Erinnerungen, die uns wie vertrocknete exotische Gewächse anmuten.

Die Komik für einen jungen Leser des Jahres 1949 ist oft unwiderstehlich. Wir wollen uns aber nicht billig lustig machen. Man empfindet nicht ohne Kopfschütteln und nicht ohne Rührung, wie glücklich Salin über den kostbaren Schatz von Erinnerungen an den teuren Meister ist. Gewiß: George war ein legitimer

Dichter; er sah die Wunden der Zeit; er schrieb ein halbes Dutzend Gedichte, die dauern werden. Es waren weiterhin nicht die schlechtesten jungen Deutschen, in denen unnennbare Sehnsüchte mächtig wirkten, deren Erfüllung von dem Dichter des „Siebenten Ringes“ erhofft wurde. Aber alles in allem schufen ein prätenziöser Stil, ein etwas peinlicher Eros und die Diskrepanz zwischen Anspruch und Leistung eine Atmosphäre gefährlicher, mit Unechtheit durchtränkter Romantik, die neben vielem andern zum Nährboden einer Drachensaat wurde.

Ohne Zweifel werden Autor und Verleger uns nicht glauben, wenn wir ihnen sagen: vom Erhabenen zum Lächerlichen, von „Kür und Sende“ zu „Ernennung und Einsatz“, von Maximin zu Baldur von Schirach ist nur ein Schritt.

Hans-Peter Berglar-Schröer.

### In Nacht ertrunkner Tag

Arthur Koestler, *Sonnenfinsternis*, im englischen Original. *Darkness at Noon*. Behrendt Verlag, Stuttgart 1948, 235 Seiten, kartoniert, DM 3.60.

N. S. Rubaschow war eines der ältesten Mitglieder der kommunistischen Partei Rußlands. Er hatte die Revolution mitgemacht. Er hatte als einer der Großen neben den Großen gegessen. Eines Tages wurde er verhaftet. Dreimal wurde er verhört. Dann gestand er im öffentlichen Prozeß seine furchtbaren, nie begangenen Verbrechen. Einige Tage später führte ihn ein Mann in Uniform die Kellertreppe des Gefängnisses hinab. Das letzte, was Rubaschow wußte, war, daß der Revolvergurt nach Leder roch.

Koestler hat die Figur des Rubaschow erfunden, aber sie ist nicht nur ein Kind seiner Phantasie. Sie spiegelt vielmehr das Schicksal jener Männer wieder, die in den dreißiger Jahren den moskauer Schauprozessen zum Opfer fielen. Das Buch ist der Versuch, jenes geheimnisvolle Dunkel zu erhellen, das sich um die Geständnisse und hemmungslosen Selbstbezeichnungen ausbreitet, die diese Prozesse der westlichen Welt so unverständlich machten.

Dieser Versuch hätte niemals in solchem Maße gelingen können, wäre Koestler, der dieses Buch in den Jahren von 1938 bis 1940

schrieb, nicht selbst zuvor ein alle Einzelheiten der Lehre mitdenkender Kommunist gewesen. Er tut nämlich nichts anderes, als den Leser in den inneren Bereich jenes bolschewistischen Ideengebäudes zu führen, das man in der Sowjetunion in den letzten Jahrzehnten mit so viel Sorgfalt errichtet hat. Einmal dort angekommen, bedarf es zur Erklärung der für uns unverständlichsten Dinge nur noch eines: der Logik. Es war logisch, daß Rubaschow kommunistische Idealisten in Deutschland und in Belgien zynisch opferte, und daß er seine Geliebte den Henkern überließ. Es ist logisch, daß der Admiral Bogrow eines Tages zerbrochen und lallend auf dem Wege zum Todeskeller an der Zelle Rubaschows vorbei über den Gefängnisgang geschleift wird, weil er entgegen der offiziellen „Linie“ den Bau von Großtonnage Unterseebooten vertreten hatte. „Er deklamierte bis zum Ende über Großtonnage und Weltrevolution. Er war zwei Jahrzehnte hinter der Zeit zurück... Es blieb uns nichts anderes übrig, als ihn administrativ zu liquidieren.“ Es ist logisch, daß die Arbeiter erschossen werden, wenn sie ein paar Minuten zu spät zur Arbeit kommen. Es ist logisch, daß die Sowjetunion kapitalistischen Ländern für imperialistische Kriege Öl liefert. Es ist dann aber auch logisch, daß Rubaschow zahllose Verbrechen gesteht, die er nie beging.

Der Mann, der ihm diese Geständnisse abringt, ist Gletkin, der eiskalte Verhöroffizier. Er hat es nicht nötig, Drogen oder raffinierte physische Foltern anzuwenden. Zwar läßt er Rubaschow bei den Verhörern unter einer heißen, überhellen Lampe sitzen, wohl läßt er ihn tagelang auch kaum zum Schlafen kommen, aber das sind für ihn Nebensächlichkeiten. Seine eigentliche Waffe, die Waffe dieses neuen roboterhaften Typs, ist die Logik. Er kann sie deshalb mit so viel Erfolg anwenden, weil Rubaschow selbst in jener Theorie von der relativen politischen Reife eines Volkes, die er als Erklärung für die Fehlentwicklung der sowjetischen Revolution in seiner Zelle erdenkt, nicht dazu fähig ist, den merkwürdig eingegengten bolschewistischen Gedankenzirkel zu brechen. So muß er den Weg zu Ende gehen, der dazu führt, daß es ihm schließlich selbstverständlich erscheint, alles das zuzugeben, was man

von ihm verlangt. Es geht nicht mehr darum, was er getan hat, sondern was er hätte tun müssen, wenn er diesen oder jenen ketzerischen Gedanken zu Ende gedacht hätte. Und weil er den sowjetischen Zirkel nicht brechen kann, muß er jeden Ekel und jede Scham unterdrücken und sich selbst öffentlich erniedrigen, weil das für ihn die einzige Möglichkeit ist, der Idee noch einen letzten Dienst zu erweisen.

Koestler schildert diesen Weg mit kargen Stilmitteln. Alles in dem Buch ist eiskalt. Alles ist deshalb nur umso grauenhafter. Es ist deshalb so grauenhaft, weil hier mit geistigen Waffen gemordet wird.

Darkness at Noon, das ist die Nacht, die den hellen Tag einer neuen Freiheit und einer besseren Ordnung überfällt und ihn auslöscht. Es wird hier keine Sonnenfinsternis geschildert, die vorübergeht. Die Übersetzung des Titels trifft nicht. Das ist schade. Denn viele Käufer werden vor den Schaufenstern der Buchläden nicht wissen, was es mit dem Buch auf sich hat, das eins der besten Bücher Koestlers ist. RP

### Geschichte und Dämonie

*Gustav Würtenberg, Nero oder die Macht der Dämonen. Verlag L. Schwann, Düsseldorf 1947, 244 Seiten, DM 8.20.*

Dieses Buch entstand unter den Schauern des zweiten Weltkrieges. Seine Thematik ist dadurch weitgehend bestimmt. Zwei Grundfragen werden hier vor allem gestellt: was ist das Wesen der Geschichte, — und was ist das Wesen der Dämonie?

Würtenberg leistet einen beachtlichen Beitrag zur geschichtsphilosophischen Forschung. Das geschieht, abgesehen vom ersten Kapitel, nicht so sehr in theoretischen Untersuchungen als vielmehr in der geschichtlichen Darstellung und Deutung einer beispielhaften Epoche des römischen Kaiserreichs, der Zeit von Augustus bis Nero. Die Entwicklung drängt unwiderstehlich auf die düstere Gestalt Neros hin. Der Leser erlebt die unbezwingbare Dynamik einer überpersönlichen Dämonie, die geschichtliche Macht eines Mythos in seinen Wandlungen und irrationalen Wirkungen (Germanikus-Legende); aber er erfährt ebenso die Freiheit der Persönlichkeit diesen Mächten gegen-

über (Kaiser Tiberius). Der Verfasser hat den Gegenstand seiner Betrachtungen glücklich gewählt: die entscheidenden Fragen treten klar hervor und fordern Antwort und Lösung.

Aber diese sind nicht so leicht gefunden. Der Gegenstand des Buches selbst drängt Autor und Leser über die engen Grenzen einer „reinen“ Geschichtswissenschaft hinaus. Er ist nur zu bewältigen von einem Standort, der jenseits der gemeinhin so verstandenen Geschichte (als bloßen Geschehens) liegt, nämlich in einer Entscheidung des Glaubens. Und nun erweist es sich, daß die Geschichte selbst schon jeweils, im Guten wie im Bösen, eine solche Entscheidung aus dem Glauben oder dem Unglauben ist. „Nur ein Akt des Glaubens... macht (daher) die Geschichte transparent...“

Mit Jacob Burckhardt scheint Württemberg der Überzeugung zu sein, daß die Macht an sich böse sei. „Die unumschränkte Macht scheint Wirkungen auf den Menschen auszuüben, die ihn nicht nur beeinflussen, sondern „ganz anders“ machen, ihn Kräften ausliefern, deren er schließlich so wenig noch Herr ist wie seiner selbst.“ Von hier aus sucht der Verfasser das Wesen des Dämonischen zu ergründen, das ihm schließlich das Böse in seiner geschichtlichen Wirklichkeit zu sein scheint. Aber damit ist nur die eine Seite getroffen. Kierkegaard hat eine andere, die ethisch-religiöse Seite sehr scharf gezeichnet, was Württemberg ein wenig übersieht. Und wir sollten auch das sokratische und goethische Dämonion nicht vergessen.

WW

### Sozialistische Wirtschaftsordnung

Eduard Heimann, *Sozialistische Wirtschafts- und Arbeitsordnung*. Unveränderter Neudruck der gleichnamigen, 1932 erschienenen Schrift, vermehrt um einen dogmengeschichtlichen Anhang. *Bollwerk-Verlag Karl Drott*, Offenbach 1948, 86 Seiten, DM 3.—

Der Kreis um die „Neuen Blätter für den Sozialismus“, zu dessen führenden Köpfen Paul Tillich, Eduard Heimann und Adolf Löwe gehörten, hat in der Geschichte des freiheitlichen Sozialismus seinen festen Ort. Es ist gut, daß durch den Neudruck einer der wichtigsten Arbeiten aus diesem Kreise, der in den Jahren des Nationalsozialismus unter-

drückten Heimannschen Schrift über die sozialistische Wirtschafts- und Arbeitsordnung, der Zusammenhang der Entwicklung wieder sichtbar gemacht wird.

Der Vortrag, den Heimann im Wintersemester 1931/32 vor Studenten der Berliner Universität gehalten hat — aus diesem Vortrag ist die Schrift erwachsen —, war eine bahnbrechende Äußerung. Als sozialistische Wirtschaftsordnung galt damals gemeinhin ein System, das wir heute als zentrale Verwaltungswirtschaft bezeichnen würden. Man ging davon aus, daß nach Anweisungen einer staatlichen Lenkungsstelle produziert, die Erzeugung nach einem bestimmten Schlüssel verteilt und die Arbeit von der Obrigkeit geregelt werde. Diesen Vorstellungen stellt Heimann ein neues Leitbild entgegen, indem er aus der Marktwirtschaft die Elemente des Wettbewerbs und der freien Preisbildung für Güter und Arbeit in eine Ordnung des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln übernahm und nachweist, daß auch eine solche Ordnung den wesentlichen Anliegen des Sozialismus gerecht werde. Er wies damit den Weg zur Lösung der in der jahrelangen Erörterung der Weimarer Zeit nicht beantworteten Frage, wie in einer sozialistischen Ordnung die Produktivität des Wirtschaftens gesichert werden könne. Wie die Kritiker des Sozialismus, vor allem Max Weber, immer wieder hervorgehoben hatten, gibt es in einer Wirtschaftsordnung, in der es keine Preise gibt oder in der sie als Rechnungseinheiten willkürlich festgesetzt werden, keine Möglichkeit, die Herstellungskosten für die einzelnen Erzeugnisse festzustellen und miteinander zu vergleichen. Ohne eine solche Möglichkeit steht die sozialistische Wirtschaft aber vor der Gefahr, zugunsten der Bedarfsdeckung die andere ebenso wichtige Aufgabe zu verfehlen, mit dem geringsten Aufwand den größten wirtschaftlichen Nutzen zu erzielen. Läßt man dagegen, wie Heimann es will, eine freie Preisbildung für Ware und Arbeitskraft zwischen den miteinander konkurrierenden sozialisierten Betrieben zu, so kann man die Kosten für die einzelnen Erzeugnisse jederzeit ablesen; man kann dann Arbeitskräfte, Rohstoffe und Kapital der wirtschaftlichsten Verwendung zuführen, und

zwar auch dann, wenn technischer Fortschritt oder Veränderungen in der Nachfrage die relative Nützlichkeit der einzelnen Produktionsfaktoren verschieben. Der Zins bietet den Maßstab für die Produktivität des Kapitaleinsatzes. Die Freiheit der Lohnbildung erhält den Anreiz, die besondere Leistung auch in der sozialistischen Wirtschaft höher zu bewerten. Wenn wir uns auf diese Weise den Markt- und Preismechanismus nutzbar machen, so bedeutet das nicht die Unterwerfung unter die Gesetze des freien Spiels der Kräfte. Zur Vermeidung der dem Kapitalismus eigenen periodischen Wirtschaftskrisen bedarf es vielmehr der planmäßigen Steuerung der Wirtschaft mit dem Ziel der Erhaltung des Gleichgewichts zwischen Kaufkraft und Güterproduktion, zwischen der Freisetzung von Arbeitskräften durch technischen Fortschritt und ihrem Wiederaufsaugen durch neue Produktion. Bei den Vorschlägen zu einer planmäßigen Kreditpolitik, zu denen Heimann gelangt, steht er freilich noch im Bann der Krisentheorie jener Zeit, welche die von Keynes beigesteuerten Erkenntnisse noch nicht besitzt.

Noch in einem anderen Punkt wurzelt das Werk in den Verhältnissen der Vorkriegszeit. Heimanns Erwägungen über den Preis gehen von der stillschweigenden Voraussetzung aus, daß es sich um den Umbau einer Wirtschaft hohen Standes vom Kapitalismus zum Sozialismus handle. Wenn es heute um den Neuaufbau der Wirtschaft in einem zerstückelten und von Zerstörungen heimgesuchten Deutschland unter gewandelten weltwirtschaftlichen Bedingungen geht, können solche Erwägungen mit Nutzen angestellt werden — objektive Maßstäbe für die Wirtschaftsführung erleichtern stets die Richtigkeit der Entschlüsse —, der Konstruktionsplan selbst wird aber mit ganz anderen Verfahren arbeiten müssen. In unserer Lage brauchen wir einfache und klare güterwirtschaftliche Planungen.

Der Leser von heute mag entdecken, daß das Buch noch zwei weitere Schritte nicht gegangen ist, welche die Verfechter eines freiheitlichen Sozialismus inzwischen vollzogen haben. Heimann geht noch davon aus, daß Sozialismus die Enteignung sämtlicher Produktionsmittel außerhalb der ganz ande-

ren Gesetzen unterliegenden bäuerlichen Wirtschaft und verwandter Betriebe der Stadt verlange. Nur in einem Nebensatz klingt die uns heute geläufige Erkenntnis an, daß Eigentum für den Sozialisten nicht ein juristischer, sondern ein sozialer Begriff ist, daß also Kleineigentum und Großeigentum an Produktionsmitteln verschieden zu werten sind, und daß Eigentum an industriellen Betrieben seine Eigenart umso mehr ändert, je stärker die Wirtschaft einer Planung und Lenkung unterliegt. Heute bekennt sich Heimann, wie er in zahlreichen in den letzten Monaten in Deutschland gehaltenen Vorträgen betont hat, zu der Auffassung, daß es für die sozialistische Zielsetzung vollauf genüge, die „strategischen“ 20 Prozent der Wirtschaft zu sozialisieren, wie es dem in England durchgeführten Programm der Labour Party entspricht. \*) Ebenso klar hat er ausgesprochen, daß einer zentralen Planung nur der Bereich der Produktionsgüter unterworfen werden solle, und daß auch hier nur so wenig zentral geplant werden solle, wie nur möglich. Die Steuerung für den kurzfristigen Bedarf, namentlich also der Verbrauchsgüterindustrie, möchte er ganz den Marktpreisen überlassen.

Ebenso lag damals die Erfahrung der ungeheuren Bedrohung des Menschen im totalen Staat noch vor uns; diese Gefahr ist in dem 1932 erschienenen Buch noch nicht in ihrer Bedeutung erkannt. Heute wissen wir, daß wir sozialistische Zielsetzungen nur dann umfassend erörtern können, wenn wir die Wirtschaft gleichzeitig als Lebensordnung betrachten und die gesamte gesellschaftliche Wirklichkeit einbeziehen.

Heimann hat die Problematik eines unveränderten Neudrucks seiner Schrift selbst stark gespürt und nur ungern in die Herausgabe eines Buches eingewilligt, von dem er meint, daß es heute nur noch als „Übung in wirtschaftlicher Logik“ dienen könne. Selbst wenn wir dieser allzu weitgehenden Selbstbescheidung folgen könnten, würden wir dem Buch eine wichtige Aufgabe zusprechen: es zwingt uns, die zahlreichen Fragen, die es stellt, aufgrund unserer heu-

\* Zum Sozialismus wird ein solches System freilich nur, wenn die Wirtschaftspolitik sozialistisch ist: wenn ein dauernder sozialistischer Wille hinter ihr steht.

*Die Schriftleitung.*

tigen Erfahrungen neu durchzudenken. Heilmann hat inzwischen die in dieser Schrift enthaltene Alternative Macht-Freiheit durch die Behandlung der anderen: Macht — Freiheit ergänzt. Wir hoffen, daß sein Buch „Freedom and Order“, das diese zentrale Problematik behandelt, bald auch deutschen Lesern zugänglich wird.

Im zweiten Teil des Buches findet der wissenschaftlich interessierte Leser einen ausführlichen bis in die neueste Zeit fortgeführten Überblick über die Geschichte der sozialistischen Theorie.

C. D. von Trotha.

### Hinweise

Die hohe Bedeutung, die ein Friede mit Deutschland für die Welt, für Europa und vor allem auch für uns hat, gibt der von *Wilhelm Cornides* und *Hermann Voile* in der Schriftenreihe „Dokumente und Berichte des Europa-Archivs“ als Band 6 herausgegebenen Dokumentensammlung „Vor dem Frieden mit Deutschland“ (*Verlag Europa Archiv*, Oberursel/Taunus 1948, 122 Seiten, DM 9.—) einen besonderen Wert. Die Sammlung umfaßt alle zur Zeit erfaßbaren, das deutsche Friedensproblem betreffenden Dokumente von 1941 bis zum Juli 1948. Sie ist als eine praktische Arbeitsunterlage gedacht und wird angesichts der verwirrenden Fülle des mit einer deutschen Friedensregelung in Zusammenhang stehenden Materials von allen denen begrüßt werden, die, aus welchen Gründen immer, über die Entwicklungsabschnitte jener Regelung ein zutreffendes Bild gewinnen wollen.

Wer die Schwierigkeit kennt, im heutigen Vier-Zonen- und -Länder Deutschland zuverlässige Angaben, insbesondere eindeutige Zahlen über wichtige Tatbestände (Wirtschaft, Bevölkerung, Verwaltung, Rechtszustand, Personalien) zu beschaffen — wir erleben diese Schwierigkeit ständig bei der Vorbereitung von Aufsätzen von der Art des Ruhr-Berichts in IV/1, des Polizei Aufsatzes in IV/2 —, der weiß zu würdigen, welche Arbeit in dem 500 Seiten starken „*Deutschland-Jahrbuch 1940*“ steckt, das *Klaus Mehnert* und *Heinrich Schulte* im *West Verlag*, Essen, herausgebracht haben, (Ganzleinen DM 36.—) und wie nützlich es Journalisten, Organisatoren,

Geschäftsleuten und anderen Interessenten sein kann.

„*Päpstliche Dokumente*“ gibt der *Sebal-dus-Verlag*, Nürnberg, heraus. Uns liegen die Bände 1, 2 und 6 vor: „*Krieg und Frieden. Papst Pius XII. Die Friedensarbeit Eugenio Pacellis als Nuntius und Papst von 1917 bis 1947*“ (kartoniert, 290 Seiten, DM 7.50); „*Die Soziallehre der Kirche. Nach ‚Rerum Novarum‘ und ‚Quadragesimo Anno‘*“, 35 Darlegungen von Papst Pius XII. (1947, kartoniert, 255 Seiten, DM 7.50); „*Die Enzyklika Mediator Dei über die heilige Liturgie*“, authentische Übersetzung (1948, kartoniert, 109 Seiten, DM 2.40). Handliches Format, vorzügliche Sachregister, klare Anordnung vervollständigen den bedeutsamen Inhalt. Alle neuen päpstlichen Rundschreiben erscheinen jeweils, sobald der amtliche Text vorliegt.

Die „Piper Bücherei“ des Verlages *R. Piper & Co.*, München, umfaßt in freier Folge Bändchen in freundlich getöntem Gelb, Braun, Grau, Grün: Wissenswertes, Genießenswertes, Anschauungswürdiges. Band 2 zeigt „*Matthias Grünewalds Iseheimer Altar in 47 Bildern*“, auf 27 Seiten eingeführt von *Hans W. Hegemann* (1947, broschiert, DM 2.50), Band 5 bringt von *Ernst Barlach* „*Aus seinen Briefen*“, (bro-schiert, 95 Seiten, DM 1.50), Band 9 von *Karl Vöbker* „*Wesenszüge romanischer Sprache und Dichtung*“ (bro-schiert, 62 Seiten, DM 1.50), Band 15 von *Honoré Dan-mier* „*Götter und Helden. 50 Lithographien*“ (bro-schiert, DM 2.50) mit einer Einführung von *Ernst Penzoldt*.

Neuaufgelegt: *Josef Piepers* „*Grundformen sozialer Spielregeln*“, — ein guter und klarer Titel und ein gutes und klares Buch, das seinen Bereich und damit auch seine Grenze selbst genau bestimmt: es behandelt weder Sinn, Aufgabe und Aufbau noch Geschichte oder Geschichtlichkeit der Gesellschaft und der gesellschaftlichen Teilgebilde, sondern ihre in allen Gesellschaften und Epochen verwirklichten Grundstrukturen (deren Pieper drei positive unterscheidet: Gemeinschaft, Gesellschaft und Organisation) und die ihnen gemäßen Verhaltensweisen, — eben die „Spielregeln“. (*Verlag Josef Knecht, Frankfurt a. M. 1948*, 120 Seiten, DM 4.80.)



## Mittellungen

*Urs von Balihasar*, Schweizer, ist Verfasser unter anderm der Werke „Apokalypse der deutschen Seele“, Salzburg 1937/38, Neuaufgabe im Verlag Kerrle, Heidelberg, in Vorbereitung (1. Band: „Deutscher Idealismus“, 2. Band: „Im Zeichen Nietzsches“, 3. Band: „Vergöttlichung des Todes“); „Geist und Feuer / Auswahl und Erläuterung zu Origines“, Salzburg 1938; „Das Antlitz der Kirche / Auswahl aus den Schriften von Augustinus“, 1942; „Die Wahrheit“, Einsiedel 1947; ferner Übersetzer von Paul Claudels „Der seidene Schuh“. — *Dr. Hildegard Brücher* (geb. 11. 5. 1921 in Essen) ist Chemikerin und Journalistin. — *Dr. Hendryk Brugmans*, Niederländer, ist Professor für Literatur an der Universität Utrecht, Präsident des Exekutiv-Komitees der „Union Européenne des Fédéralistes“, einer der bedeutendsten Vorkämpfer der europäischen Einigungsbewegung. — *Frau Dr. Hildegard Bürgin-Kreis* (Basel), ist Notar und Rechtsanwalt. Sie befaßt sich seit Jahren privatim besonders mit Biblexegese und historischer Quellenforschung. — *Dr. Alfred Joachim Fischer* (seit der nationalsozialistischen Zeit in England lebend), ist Korrespondent und Mitarbeiter am Rundfunk. — *Heinrich Graf von Einsiedel* (geb. 26. 7. 1921 in Potsdam) gibt seinen Werdegang in dem Beitrag zur vorliegenden Nummer der FH selbst an. — *Maria Hufnagel* (geb. 2. 10. 1903 in Lengsfeld bei Krems, Niederösterreich) ist Schriftstellerin. — *Dr. Konrad Mommsen* (geb. 9. 10. 1896 in Berlin) leitet die Deutsche Wählergemeinschaft, Darmstadt, und ist frankfurter Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung“, München. — *Denis de Rougemont*, geb. 1906 in Neuenburg, Westschweiz, einer der bekanntesten Schriftsteller der französisch sprechenden Schweiz, Verfasser unter anderm der Werke „Politique de la personne“, „Journal d'un intellectuel en chômage“, „Journal d'Allemagne“, „L'amour et l'occident“, „Mission ou démission de la Suisse“, „La part du diable“, „Les personnes du drame“, „Vivre en Amérique“, „Lettres sur la bombe atomique“, ist wie Brugmans führend in der Politik zur Einigung Europas, Mitglied des Zentralkomitees der Europäischen Bewegung. — *Dr. C. Dietrich von Trotha* (geb. 25. 6. 1907 in Kreisau/Schlesien) ist Dozent und Abteilungsleiter an der Hochschule für Politik in Berlin. — *Dr. Walter Maria Guggenheimer* hat die in der vorliegenden Nummer der FH veröffentlichten Beiträge von Hendryk Brugmans und Denis de Rougemont aus dem Französischen ins Deutsche übertragen.

„*Christliches Zeugnis*“, „*Témoignage Chrétien*“, ist der Name einer französischen katholischen Wochenzeitung, die man nun in Deutschland ganz normal abonnieren kann, und zwar bei A. Wiss-Verdier, Dokumente-Verlag, (17b) Offenburg-Baden, Weingartenstr. 6. „*Témoignage Chrétien*“ und „*Frankfurter Hefte*“ sind miteinander befreundet, — die sachtliche Nähe deutet schon der Name an. Unsere Leser kennen den Chefredakteur Jean-Paul Dubois-Dumée aus mehreren Berichten, denen sicherlich weitere folgen werden. Die Zeitung ist lebendig, kämpferisch und offen, gläubig und kritisch. Unsere französischen Freunde sind wie wir in der teils angenehmen, teils unangenehmen Lage, zwischen sämtlichen Stühlen zu sitzen; sie werfen „die Idee, einem der beiden feindlichen Blöcke beizutreten“ (Blöcke!). Die Zeitschrift ist, wie die unsrige, die Sache einer „Equipe“, einer Arbeits- und Kampfgemeinschaft von Jüngeren und Jungen. Es ist ein schönes Zeichen der Normalisierung und eine großartige Sache, daß man sie jetzt abonnieren und regelmäßig lesen kann. (Wenn man kann...)

*Berichtigungen:* Durch ein redaktionelles Versehen wurde in dem Porträt „... an Statt und Stelle der ganzen Versammlung...“ (FH IV/3, 255) Moderator D. Niesen als der Mann gekennzeichnet, der heute in der Ostzone darum bemüht sei, den bürgerlichen Rahmen der Kirche zu sprengen. Diesen Bemühungen unterzieht sich nicht D. Niesel, der im Rheinland lebt, sondern der kurmärkische Generalsuperintendent Jacob. Moderator Niesel war nur während der Zeit des Bruderrats mit organisatorischen Aufgaben betraut. Er ist heute leitende Kirchenführer der Reformierten in Deutschland; er geht wesentlich theologischen und wissenschaftlichen Aufgaben nach. — In demselben Aufsatz muß es auf Seite 255, 8 Zeile von unten statt „Meisels“ „*Meisers*“ heißen. — In dem im März-Heft der FH erschienenen Aufsatz von Walter Görlitz, „Die deutsche Militäropposition 1939 bis 1945“ muß es auf den Seiten 234 und 235 statt „Oberleutnant von Schlabrendorf“ „*Oberleutnant von Schlabrendorf*“ heißen.

## Mitglieder der Schriftleitung:

Rudolf Andersch (RA), Karl Wilhelm Böttcher (KB), Walter M. Guggenheimer (WG), Rüdiger Proske (RP), Eduard Schröder (ES), Walter Weymann-Weyhe (WW), Hans Brandbeck, Frankfurt am Main.

SOEBEN ERSCHIENEN:

## EUROPÄISCHE AVANTGARDE

*Herausgegeben von Alfred Andersch*

168 Seiten · Halbleinen mit Schutzumschlag · DM 7.50

Gesammelte Aufsätze von zwölf führenden Schriftstellern und Publizisten des gegenwärtigen Europa · Darunter Jean-Paul Sartre, der Engländer Stephen Spender, Artur Koestler, der Schweizer Denis de Rougemont, Vercors, Emmanuel Mounier, Malraux. Eugen Kogons Rede über „Die Aussichten Europas“, die er 1948 auf der Tagung deutscher und französischer Schriftsteller in Royaumont bei Paris gehalten hat, ist in dem Band aufgenommen. Es ist ein Spektrum des Pessimismus, des Optimismus und des Realismus im Gedankenreichtum Europas. Der Herausgeber schreibt im Vorwort über die Bedeutung der einzelnen Autoren.

*Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung*

**VERLAG DER FRANKFURTER HEFTE · FRANKFURT/M.**

### Vorbeck-Schule

*(Staatlich anerkannte Lehranstalt)*

Früher Mannheim,  
jetzt im idyllischen  
Gengenbach  
(Schwarzwald)

bildet seit drei Jahrzehnten  
qualifizierte Fremdsprachler aus  
für Handel, Industrie und Behörde.

Sprachlicher, wirtschaftlicher und  
kultureller Unterricht.

Staatliches Abschlußexamen

### Landerziehungsheim Schule Birklehof

Hinterzarten  
im Schwarzwald

*Humanistisches Gymnasium*

nimmt im Zuge  
des Ausbaues seines Internats  
in die Unter- und Mittelstufe  
noch Schüler auf

# Literarische Revue

Sobald erscheint Heft 2

**FRANZÖSISCHE LITERATUR  
HEUTE**

*Noch lieferbare Sonderhefte*

**ITALIENISCHE DICHTUNG  
REALISMUS UND SURREALISMUS  
SCHRIFTSTELLER UND DIKTATUR  
LITERATUR  
IN AMERIKA UND RUSSLAND  
ENTWICKLUNGSTENDENZEN  
IM MODERNEN ROMAN**

/ Monatlich ein Heft mit 64 Seiten — Einzelpreis DM 1.50, vierteljährlich DM 4.—

Verlangen Sie kostenlose Probehefte

*Ein literarisches Fanal in der Langeweile der Novitäten*

— nennt eine maßgebende Kritik den Roman

ELIAS CANETTI

## Die Blendung

550 Seiten, gebd. DM 9.80

und fährt dann fort: Ein erstaunlich durchgeistigtes Buch von faszinierender Zweischichtigkeit. Nach außen der wechselvolle Roman einer Privatbibliothek und ihres hochgemuten Besitzers im Kampf gegen die klebrigen Kreaturen des Tages. Tief inwendig eine scharfsinnige dialektische Studie über das Leben zwischen Geist und Welt. Beides verwoben durch überaus prägnante Sprache, phantasiegeladene Handlung und eine Ironie des Autors von Graden, wie sie seit Robert Musil nicht mehr vernommen wurde.

*Durch jede gute Buchhandlung zu beziehen*

**WILLI WEISMANN VERLAG · MÜNCHEN**

FORM NO. 51-61  
MAY 1949

CLASSIFICATION SECRET/CONTROL - U.S. OFFICIALS ONLY

*File*

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

REPORT

**INFORMATION REPORT**

CD NO.

50X1-HUM

COUNTRY Czechoslovakia

DATE DISTR.

14 July 1949

SUBJECT Border Security and Probable Disposition  
of Important Units after Mobilization

NO. OF PAGES

PLACE ACQUIRED

NO. OF ENCLS.  
(LISTED BELOW)

DATE OF ACQUIRED

SUPPLEMENT TO REPORT NO.

50X1-HUM

THIS DOCUMENT CONTAINS INFORMATION AFFECTING THE NATIONAL DEFENSE OF THE UNITED STATES WITHIN THE MEANING OF THE ESPIONAGE ACT 50 U.S.C. 31 AND 32 AS AMENDED. ITS TRANSMISSION OR THE REVELATION OF ITS CONTENTS IN ANY MANNER TO AN UNAUTHORIZED PERSON IS PROHIBITED BY LAW. REPRODUCTION OF THIS FORM IS PROHIBITED.

THIS IS UNEVALUATED INFORMATION

50X1-HUM

1. The accompanying map, which shows the probable disposition of important units of the Czechoslovak Army after mobilization, is being sent to you for retention in the belief that it may be of interest.
2. The word "dislocation", which appears on the map, seems to be the result of a curious mistranslation. Undoubtedly "disposition" is meant.

50X1-HUM

CLASSIFICATION

SECRET/CONTROL - U.S. OFFICIALS ONLY

STATE	<input checked="" type="checkbox"/> NAVY	<input checked="" type="checkbox"/> NSRB	DISTRIBUTION									
	<input checked="" type="checkbox"/> AIR	<input checked="" type="checkbox"/>										

*6/17/49*  
*EE/USSR*

### CZECHOSLOVAK ARMY O. B.

Border Security and probable Dislocation of Higher Units after Mobilization

